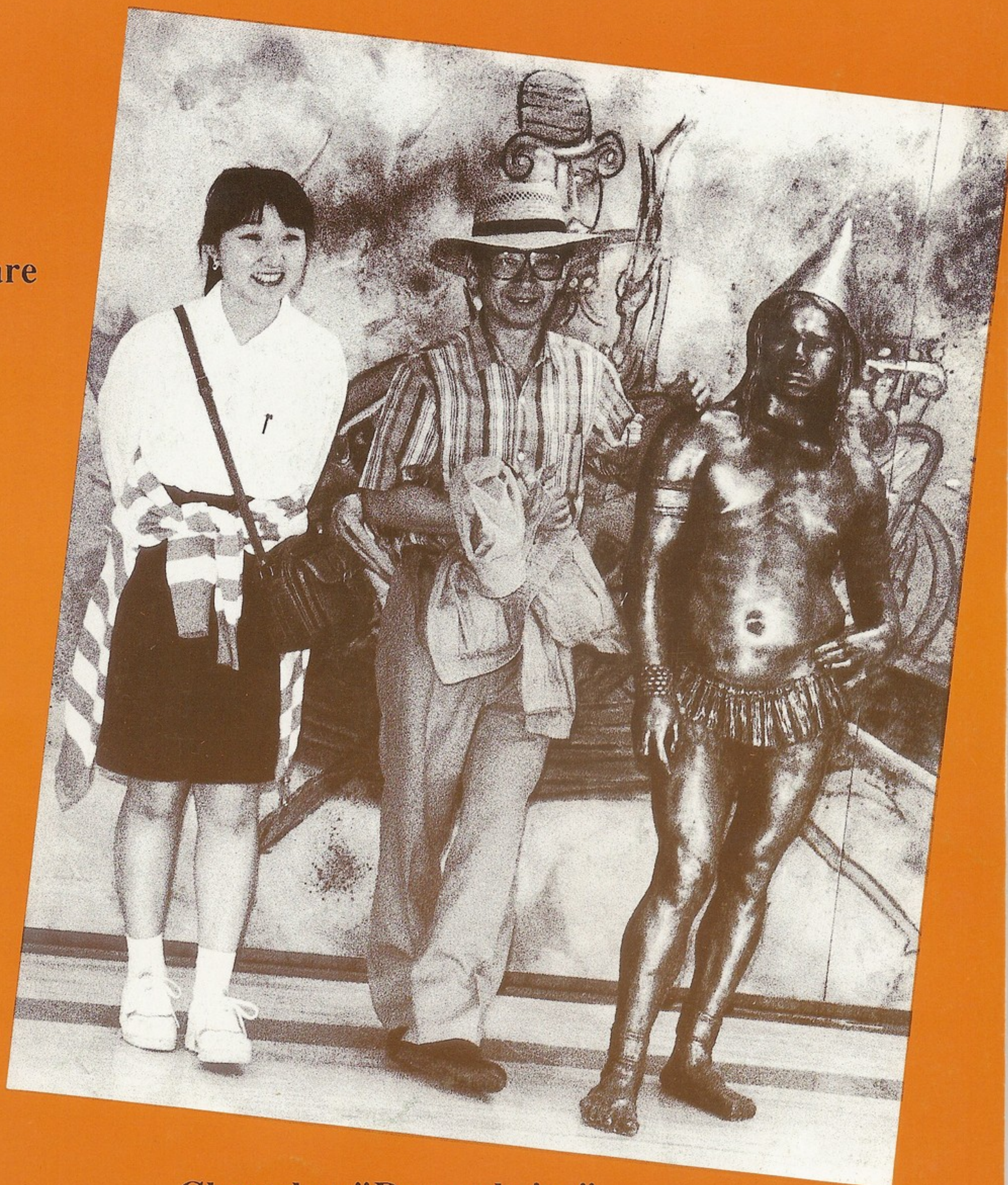
13. Jg. 2/92 7.-DM

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

EXPO:
Fetisch Ware



Chomsky: "Drogenkrieg"
LUPUS: Multikulturelle Gesellschaft
Interviews mit Otto F. Walter * Jean-C. Ammann *
Jutta Ditfurth und Manfred Zieran

Leonard Peltier (American Indian Movement) – 16 Jahre US-Gefängnisse sind genug!

Wenn die... weiße Gesellschaft unsere Gebiete erobert und besetzt, ... nennt sie das "Kolonialismus". Wenn den Bestrebungen der weißen Gesellschaft, Völker zu kolonialisieren, mit Widerstand begegnet wird, wird das "Krieg" genannt. Aber wenn die kolonisierten Indianer diesem Raub mit Widerstand begegnen, werden sie "Verbrecher" genannt. Nichts ist klarer als das, daß dies eine Farce ist.

(Leonard Peltier, Erklärung im Mai 1976 vor einem kanadischen Gericht, das seiner Auzslieferung an die USA stattgab, weil das FBI eine gefälschte Augenzeuginaussage präsentierte.)

Am 26. Juni 1975 wurden ein Indianer und zwei Polizisten des FBI bei einem Schußwechsel zwischen FBI und AIM im Pine Ridge Reservat getötet. Seit der Besetzung von Wounded Knee 1973 hatte es immer wieder Provokationen seitens des FBI im Pine Ridge Reservat gegeben. Nach dem Tod der FBI-Beamten begann eine Menschenjagd, die zur Anklage gegen vier bekannte AIM-Aktivisten führte. Zwei wurden freigesprochen, weil sie ganz offensichtlich in Notwehr handelten, einem konnte nichts bewiesen werden, so daß sich die Anklage auf Leonard Peltier konzentrierte, der von einer indianischen Augenzeugin belastet worden war, die ihrerseits jedoch erklärte, daß diese Aussage unter massiven Drohungen durch das FBI zustande gekommen sei und daß sie Leonard Peltier überhaupt nicht kenne. Entlastungszeugen wurden vom Gericht nicht zugelassen, die Tatwaffe wurde ihm unterschoben (er besaß eine andere Waffe) u.a. Im Ergebnis wurde Peltier zu zweimal lebenslänglich verurteilt und zwar zu zwei aufeinanderfolgenden Haftzeiten!

Im Rahmen der Aktionen des Anti-Weltwirtschaftsgipfels und im Zusammenhang mit den 500-Jahr-Feiern der "Entdeckung" Amerikas wird der "Fall" Leonard Peltier jetzt neu aufgegriffen. Seine Anwälte versuchen zumindest eine Umwandlung der Strafe in lebenslänglich oder eine Begnadigung durch George Bush durchzusetzen. Es wird internationaler Druck auf die USA, ihre Botschaften und Behörden nötig sein um das überfällige "Free Leonard Peltier" in die Wirklichkeit umzusetzen!



SF - Interna/verschobene Beiträge/ fehlende Leserbriefe

Vieles mußten wir in dieser Ausgabe herauslassen, das wir normalerweise gebracht hätten. Manches davon wie einen Beitrag **Murray Bookchins** zum *Libertären Kommunalismus*, eine Auseinandersetzung um *Sport und Politik*, den zweiten Teil des *Andalusienartikels* von Tommy Hohner, den 2. Teil des Chomsky-Interviews, mehrere Artikel zu *Drogen und Drogenkrieg* haben wir auf die nächste Ausgabe verschoben. Hätten wir genügend finanzielle Mittel wäre eine Drogensondernummer eventuell auch die hilfreiche Alternative, einen Themenbereich sinnvoll abzudecken. Wir warten auf SponsorInnen. Andere Artikel wie eine Auseinandersetzung zur Terminologie "Links/Rechts" (von Ulrich Bröckling) oder zum Begriff der "Ganzheit" (von Gerhard Senft) oder eine Beschäftigung mit der Arbeitssituation in der Kindertagesbetreuung/Kinderläden (vom wildcat-Kongreß) könnten ebenfalls in dieser Ausgabe stehen, werden aber vermutlich auch in der kommenden Ausgabe keinen Platz finden. Ähnlich verfahren wir mit einer 22-SF-Seiten umfassenden Diskussion um unsere Beiträge von Gregor Dill (Zürich) und Arno Maierbrugger (Wien) aus dem letzten SF. Besonders von Seiten der Stirner-Fans gab es massive Proteste gegen die Beiträge zu *Anarchismus heute* und *Anarchistenpresse*. Eigentlich bietet sich eine Auseinandersetzung um die Positionen Arno Maierbruggers, die Theorie des Individualanarchismus genauso an wie um die Diskussions"kultur" bundesdeutscher Anarchisten (die Kritiker waren alles Männer!).

Wir konnten diese Beiträge von Jochen Knoblauch (AurorA-Buchvertrieb und Stirner-Bund), Jochen Schmück (Libertad-Verlag), Uwe Timm (ehemals Mackay-Gesellschaft), Bernd A. Laska (LSR-Verlag, Stirner-Verleger) und Andreas Müller (Dortmunder Anarchismus-Historiker) genausowenig reinnehmen wie die Antworten Arno Maierbruggers (Buchautor v. *"Fesseln brechen nicht von selbst")* und Gregor Dills (Ex-BANAL-Red.) (letztere steht noch aus, dürfte aber die kleine Dokumentation dem-nächst vervollständigen) oder eine ausführliche Kritik Werner Portmanns, ebenfalls von der Zürcher BANAL-Redaktion, am "rechten Anarchismus", die sich nicht zuletzt an einigen Beiträgen des Buchs "Anarchismus heute" fest-macht. Angesichts des Umfangs haben wir uns entschlossen, diese Diskussion, die insgesamt 20-25 SF-Seiten umfaßt hätte, allen Interessierten gegen 3.- Vor-auskasse (z.B. Briefmarken für Kopie- und Portokosten) separat zur Lektüre anzubieten. Die Kommentare der SF-Redaktion beschränken sich auf Sachinformationen, wir haben selbst keine inhaltliche Stellungnahme beigefügt. Wir können diese kleine *Dokumentation* aber schon deshalb allen Anarchos und Anarchas wärmstens empfehlen, weil sie sich hier exemplarisch ein Bild machen können, welcher Riß durch den deutschsprachigen (und nicht nur den?) Anarchismus geht und weil der Stil einiger Beiträge erklärt, warum wir ähnliche in der Vergangenheit abgelehnt haben, was jeweils den Vorwurf der Zensur oder des Machtmißbrauchs nach sich zog. Aus diesem Grund hatten wir lange vor, das gesamte Material vorzustellen, auch wenn es vermutlich nur eine (Insider-) Minderheit interessiert.

Durcheinandergewirbelt wurde unsere ABO-"Hitliste". Im Vergleich zur letzten Zählung (Heft 4/91) ergibt sich eine sehr ungleichzeitige Entwicklung: Linke Buchläden in der alten BRD müssen aufgeben oder ihr Sortiment reduzieren, in den neuen Bundesländern will nach wie vor kein Buchladen etwas von linken Themen wissen. Da sind wir auf die Einflußnahme unserer LeserInnen vor Ort angewiesen. Erfeulich: in Berlin und Wien gibt es vermehrt Handverkauf des SF!

PLZ 1: 317	(+42)
PLZ 6: 285	(- 11)
PLZ 2: 265	(- 15)
PLZ A: 247	(+44)
PLZ 7: 233	(- 6)
PLZ 5: 229	(- 5)
PLZ 4: 187	(- 20)
PLZ 3: 186	(- 11)
PLZ 8: 156	(- 6)
Osten: 54	(- 1)

Impressum:

HERAUSGEBER: SF-Redaktion/Trotzdem-Verlag
V.i.S.d.P: Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung der Herausgeber oder gar des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
Verlag, Satz, Vertrieb und ABOs: Trotzdem-Verlag, Grafenau; Druck und Weiterverarbeitung: Druckcooperative Karlsruhe. Gedruckt auf 100% Altpapier.

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, anarchistischer Diskussion, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und Beiträgen, die sich mit Kulturkritik oder einer Kultur von unten befassen. Eingesandte Artikel sind erwünscht, speziell solche von AugenzeugInnen aktueller Ereignisse, die eine analytische Aufarbeitung versuchen. Leute, die regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften lesen, sollen uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen. Allgemein bevorzugen wir namentlich oder von Gruppen gekennzeichnete Beiträge. Telefonische Vorabsprache von Beiträgen ist sinnvoll; Photos, Grafiken etc. sind erwünscht. Pseudonyme sind möglich, wenn der Redaktion die UrheberInnen bekannt sind.

"Neue Technologie": Wer selbst oder über Unis an IBM- oder Apple Macintosh Computer rankommt, kann (und soll!) uns die Artikel auf 3,5 Zoll-Disketten zuschicken. Sie sollten mit dem Textverarbeitungssystem Word bearbeitet sein. Für uns würde es erhebliche Arbeitserleichterungen bedeuten.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden MitarbeiterInnen der Redaktion; ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Honorare bleiben auch unsere Wunschvorstellung. Ausnahmen können wir machen, in dem wir gegen Vorabsprache z.B. die „Anerkennungshonorare" für aufwendige Interviews, Photos, Graphiken oder längere Übersetzungen bezahlen.

Nachdrucke: von Texten und Photos sind gegen Quellenangabe und Belegexemplare erwünscht.

Knastfreiexemplare bleiben solange Eigentum des Verlags, bis sie den Gefangenen ausgehändigt sind. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung!

Erscheinungsweise: vierteljährlich. Ungezeichnete Photos aus dem SF-Archiv.

Abonnementsgebühren: 25- für 4 Nummern Bezahlung im voraus. Mit der letzten bezahlten Nummern erhalten Abonennten eine neue Rechnung für die nächsten 4 Nummern; wer nicht verlängern will, schicke uns eine kurze Nachricht.

Einzelnummer: 7.-DM
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sondernummer Feminismus : 6.-DM
Sondernummer Nostalgie (SF Artikel aus Nr.0-12): 10.-DM
Förderabo: 60.-DM (8 Nummern)
Probepäckchen (5 alte Nummern nach Wahl): 20.-DM
WiederverkäuferInnenrabatt: 30%

SF-Konto: Postscheckamt Stuttgart, F.Kamann, KtoNr. 574 63-703 BLZ 60010070

Anzeigenpreise (alle Preise für s/w + 14% MWST!): 1 Kleinanzeige: 20.-; halbe Spalte (6cm breit x 13,5cm hoch) 150.-; ganze Spalte (6 x 27cm): 280.-DM; 1/8 Seite (8,5 x 6,5 cm) 100.-; 1/4 Seite (8,5 x 13,5cm) 200.-; 1/2 A-4-Seite: 400.-DM; 1 A-4-Seite: 1000.-DM. Beilagen: 300.-DM. Dauerkunden erhalten 30%.Rabatt!!

Redaktions- und ABOanschrift:
Schwarzer Faden,
Postfach 1159, 7043 Grafenau,
Tel.: 07033-44273;
Fax 07033-45264;
ISSN: 0722-8988.
Weiterer Redaktionskontakt:
Herby Sachs, Moosweg 165,
5090 Leverkusen

Redaktionsschluß für Nr. (3/92): 92
Anzeigenschluß Nr.43 :92

Inhalt NR.42

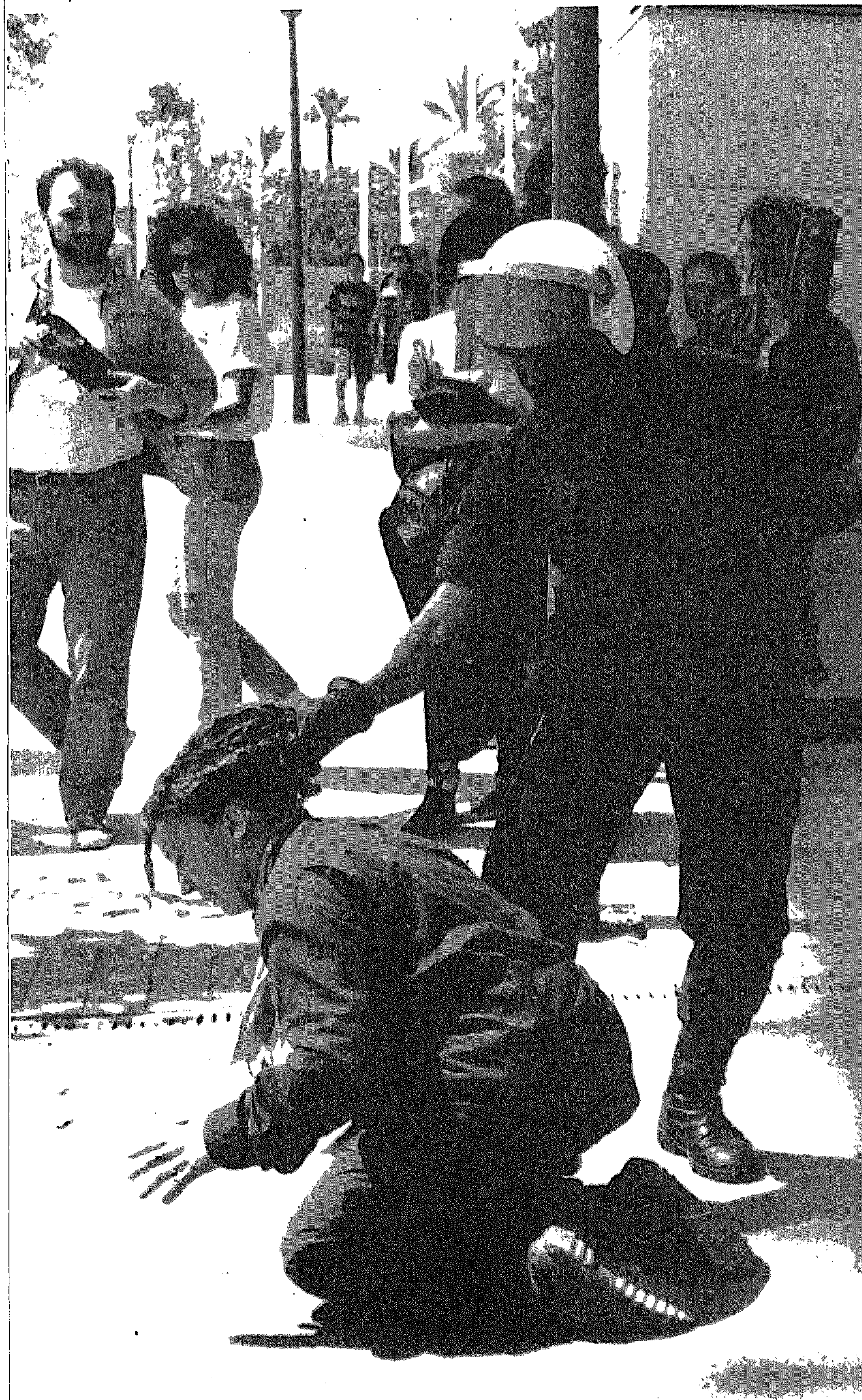
Titelphoto+Rücktitel:
Photo: Herby Sachs/Kurt Oxenius/Transparent

SF-Spendenliste: Wir danken allen SpenderInnen, die uns immer wieder aufgerundete Beträge überweisen. Da einige auf Wunsch ungenannt bleiben wollten, haben wir die Praxis vorerst ausgesetzt, Kürzel zu veröffentlichen. Falls gegenteilige Wünsche ge-äußert werden, wollen wir damit fortfahren und die SpenderInnen bitten, uns mitzuteilen, wenn sie nicht veröffentlicht werden wollen.

Monatliche Dauerspenden:
F.-J.M., Dortmund 5.-; A.R., Paderborn 10.-; W.F., Berlin 10.-; T.P., Köln 10.-; E.T., Bremen 10.-; R.M, 20.-; N.H., Nürnberg 25.-; T.D.L., Berlin 30.-; M.R., Frankfurt 25.-; T.A., Hersfeld 15.-; V.S., 20.-

500 Jahre Eroberung und EXPO'92 in Sevilla mit Schüssen auf Demonstranten, Massenverhaftungen, Mißhandlungen und Abschiebung eröffnet

Photo: Herby Sachs/Transparent



„Einmal sang ein Lateinamerikaner für uns 17, die wir alle in einem Gang untergebracht waren. Es hallte sehr schön. Plötzlich stand ein Wärter vor der Tür, fragte ihn nach seinem Namen und nahm ihn in Einzelhaft... Wir wußten nicht, daß es „nur" für drei Stunden sein sollte. Direkt danach verlangten zwei Frauen nach der Toilette. Die Antwort des Wächters: »Wer jetzt zur Toilette will, kommt auch in Einzelhaft«. So nahmen sie drei von uns weg."

Zitat eines Inhaftierten in Sevilla

Die Ereignisse in Sevilla

Zu einem internationalen Kongreß (Encuentro Nacional de la Solidaridad) reisten Solidaritäts-/Internationalismus- und StudentInnengruppen aus verschiedenen europäischen Ländern nach Sevilla, um an einem einwöchigen Symposium über die Folgen der fünfhundertjährigen Kolonisation, die EXPO '92 und Auswirkungen des EG-Binnenmarktes am Beispiel Andalusiens teilzunehmen.

In dem vom Kölner Reiseunternehmen „Extratours" organisierten Bus befanden sich neben Einzelpersonen auch eine zwanzigköpfige Gruppe des World University Service (WUS). Außerdem waren im Bus VertreterInnen von Gruppen der Informationsstelle Lateinamerika (ila), der Evangelischen StudentInnengemeinde (ESG), der Anti-EG-Gruppe Köln, eine Frauen-Medien-Initiative aus Berlin, der iz3w aus Freiburg *(und ein SF-Redakteur).*

Spontane Demonstration am Vorabend der EXPO-Eröffnung

Am Sonntag, 19. April '92, dem Vorabend der EXPO-Eröffnung, fand nach einem Rockkonzert eine Spontandemo mit ca. 400 SpanierInnen und AusländerInnen statt. Die friedlich verlaufende Demonstration eskalierte in dem Moment, als eine Polizeistreife von hinten in die Menge raste und ein dabei verletzter Demonstrant mit Knüppeln zusammengeschlagen wurde. Gegen weitere Polizeiautos wurden Mülltonnen, Stühle und Autos auf die Straße geschoben. Bei der Auflösung der Demonstration schlug die Polizei wahllos auf alle Umstehenden ein und schoß mehrmals auf die Flüchtenden. Dabei verletzte sie drei Demonstranten und eine Passantin. Im weiteren Umkreis wurden willkürlich über 30 Leute festgenommen.

Brutale Auflösung einer Kundgebung vor der EXPO

Am Eröffnungstag der Weltausstellung, am 20. April, verlasen Kuna, Quetchua und Kolla (Vertreter indigener Völker) einen Protestbrief an den spanischen König vor einem der EXPO-Eingänge. Darin hieß es unter anderem: *„Es geht nicht an, daß Ihre Regierung eine gigantische Weltausstellung finanziert, während Millionen Menschen bei uns bis heute an Hunger und Verfolgung leiden."*

Unterstützt wurden sie von europäischen Solidaritätsgruppen. Wieder bekamen die in Form eines Sit-Ins Protestierenden die Willkür der spanischen Sicherheitskräfte zu spüren, als vermummte Anti-Terror-Einheiten unter Schlagstockeinsatz die kleine Kundgebung unter den Augen der internationalen Presse auflösten und selbst unbeteiligte Beobachter festnahmen. Entgegen den Behauptungen der Polizei und der spanischen Presse war der Zugang zur EXPO zu keiner Zeit blockiert.

Die Entführung vom Campingplatz

Am folgenden Tag nahm die Farce noch groteskere Züge an, als ein Sonderkommando der Polizei 23 KongreßteilnehmerInnen auf dem von den VeranstalterInnen angemieteten Campingplatz, 25 Kilometer außerhalb von Sevilla, während des Frühstücks überraschte und in Präventivhaft nahm.

Mißhandlungen während der Haft

Für die inzwischen über 80 Festgenommenen setzte sich die staatliche Gewalt über Tage fort. Mehr als 72 Stunden lang (nach spanischem Recht ist dann die Frist für den Polizeigewahrsam überschritten), wurden sie weder einem Haftrichter vorgeführt, noch hatten sie die Möglichkeit, mit Anwälten, Angehörigen oder Freunden Kontakt aufzunehmen. Es blieb nicht nur bei Einschüchterung und Gewaltandrohung durch die Gefängniswärter.

– Im Hof der Polizeiwache in Sevilla mußten die Verhafteten vom Sonntag durch ein prügelndes Polizistenspalier Spießrutenlaufen und sich mit erhobenen Händen an der Mauer aufstellen. In den folgenden Stunden schlugen die Männer unter sexistischen und rassistischen Bemerkungen auf die Gefangenen ein.

– Die meisten Häftlinge waren ständiger verbaler Bedrohung, der Verweigerung von hygienischen Bedürfnissen, dem Verbot von Kommunikation zwischen den Zellen und gezielten Schlägen ausgesetzt.

– Alle litten unter der mangelhaften Ernährung (zwei belegte Brötchen am Tag und stark gechlortes Leitungswasser).

Trotzdem stellten die Verhafteten, die sich zum größten Teil nicht kannten, immer wieder Einigkeit im Vorgehen her und sprachen sich Mut und Kraft zu.

EG ohne Grenzen – Abschiebung auf spanisch

Mehr als 40 der Festgenommenen sprach der Haftrichter von Vorwürfen wie „Störung der öffentlichen Ordnung", „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und „Gewalt gegen Sachen und Personen" nach vier Tagen frei. Trotzdem wurden sie unmittelbar in Abschiebhaft genommen und am sechsten Tag (25.4.) abgeschoben. Die in Deutschland lebenden LateinamerikanerInnen und Nicht-EG-BürgerInnen dürfen laut spanischem Ausländergesetz Spanien 5 Jahre nicht betreten.

Obwohl die deutschen Behörden (Generalkonsulat in Sevilla, Auswärtiges Amt in Bonn) nach Verhandlungen mit der spanischen Polizei eine Ausreise mit dem Kölner Reisebus noch bis zum Mor-



Photo: Herby Sachs/Transparent

gen des 25.4. fest zugesichert hatte, fand die Abschiebung in zwei Gefangenentransportern statt. Auf wiederholte Nachfrage unterrichtete die Polizei die Inhaftierten weder über die Reiseroute noch über den Weitertransport bis zur deutsch-französischen Grenze (Zitat Pressestelle Auswärtiges Amt: „Die Abschiebung ist rechtmäßig.") Je zwei Gefangene sperrte man in einen ca. 1,5, qm großen Metallkäfig, in dem zwei Holzsitze angebracht waren. Die Fahrt zur französischen Grenze dauerte 20 Stunden, bei glühender Hitze und war von Ungewißheit über das weitere Geschehen sowie physischem und psychischem Druck durch die zahlreich begleitenden Polizisten geprägt.

Alle EXPO-GegnerInnen auf freiem Fuß

Nach mehr als 14 Tagen Haft setzte ein Haftrichter in Sevilla alle Inhaftierten auf freien Fuß. Drei Deutsche und ein Österreicher wurden abgeschoben, die SpanierInnen und Basken aus der U-Haft entlassen.

Ihnen allen wird Widerstand gegen die Staatsgewalt mit schwerer Körperverletzung, Sachbeschädigung und Störung der öffentlichen Ordnung vorgeworfen. Die SpanierInnen und Basken müssen sich bis zu Prozeßbeginn alle 14 Tage bei der Polizei melden und dürfen das Land nicht verlassen. Die Prozesse jedoch sollen frühestens in einem Jahr stattfinden.

Spendenaufruf

Für die Betreuung der Betroffenen und die hohen Anwaltskosten sind wir dringend auf Spenden angewiesen. Bitte überweist auf folgendes Konto: Holger Recktenwald, Stadtsparkasse Köln, BLZ 370 501 98, Konto Nr. 587 337 40, Stichwort Sevilla. Weitere Informationen: Koordinationsstelle EXPO, c/o Internationalismusreferat des ASTA der UNI Köln, Universitätsstr. 16, 5000 Köln-41; Tel. 0221-4702995, Fax 0221-424732

Herby Sachs

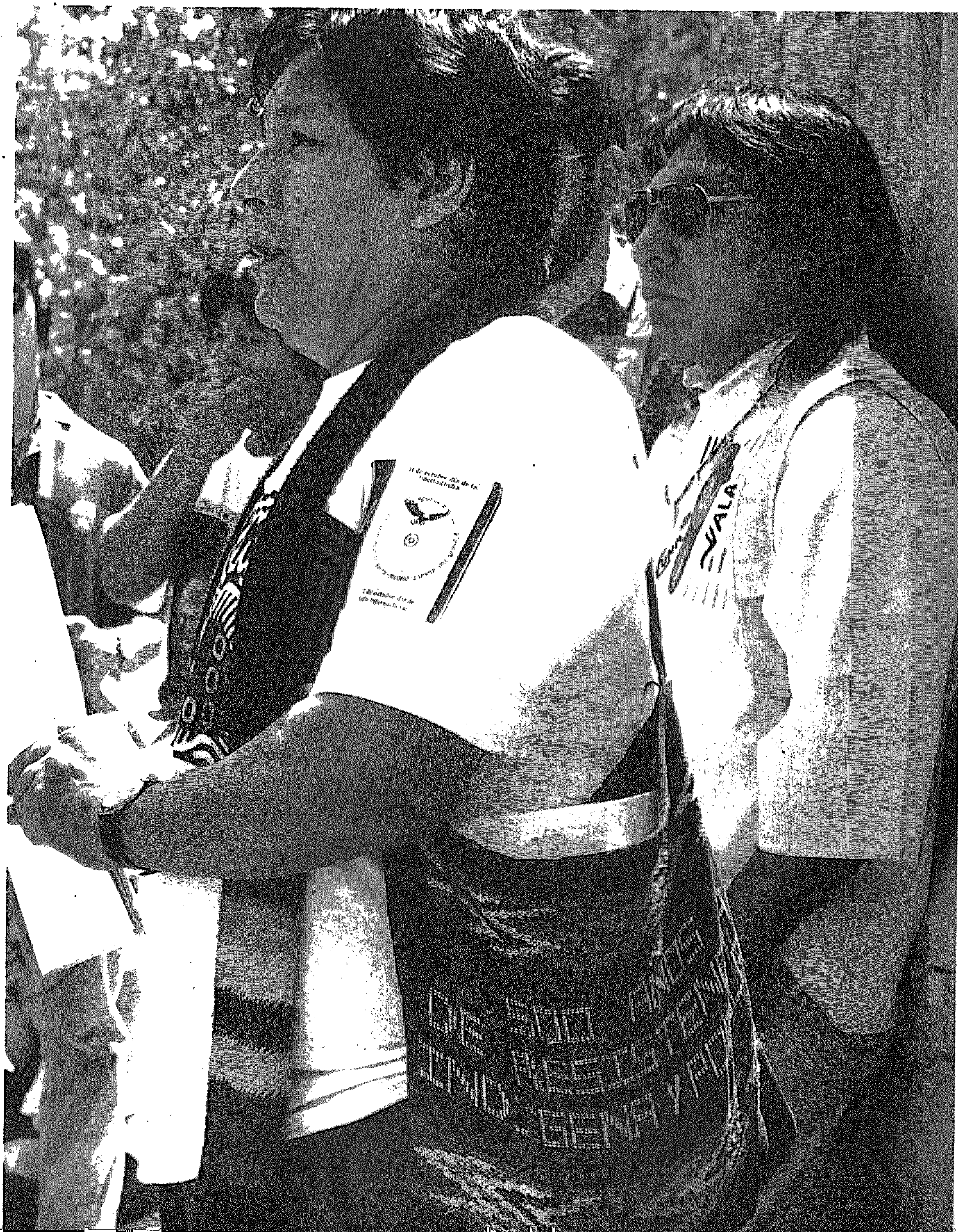


Photo: Herby Sachs/Transparent

EXPO 92 – „Wallfahrt zum Fetisch WARE“

von Tommy Hohner

„Lo mejor del mundo – EXPO '92“, so selbstbewußt gebärdet sich der Slogan mit dem von meterhohen Plakatwänden die Organisatoren der Weltausstellung versuchen, den Andalusiern die EXPO '92 in Sevilla schmackhaft zu machen. Ohne Bescheidenheit konfrontieren die offiziellen Prospekte den Leser mit dem Schönsten, dem Größten und dem Besten. Schwelgend vor Superlativen bleibt kein Platz für kritische Anmerkungen. Auch die gesamte nationale Presse- und Medienlandschaft ist, abgesehen von der Darstellung einiger kleinerer Probleme, voll des Lobes. Nur diverse Wandparolen in Sevilla künden von einigen Wenigen, denen die EXPO gar nicht paßt und nur der, der geduldig und ausdauernd sucht, stößt auf Leute, die aus ihrer Kritik kein Hehl machen und in wenigen photokopierten Materialien überzeugend darlegen, was dagegen einzuwenden ist.

Es muß aber doch gute Gründe dafür geben, daß seit 22 Jahren keine Weltausstellung dieser Größenordnung mehr stattfand und es sein könnte, daß in Sevilla die Allerletzte ausgerichtet wird. Die für 1995 geplante Ost/West-EXPO in Budapest und Wien scheiterte im Frühjahr 1991 in einer Volksabstimmung am Willen der Wiener Bevölkerung. Gefährdet erscheint aber auch die für das Jahr 2000 nach Hannover vergebene Weltausstellung, die nun demnächst ebenfalls der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wird. Auch in Hannover spielt dabei der sich bereits im Vorfeld der Bewerbung artikulierende Protest eine wichtige Rolle, aber auch ein bis in die Spitzen der Parteien und den zuständigen Behörden geführter Streit darüber, ob nach Kosten/Nutzen-Kriterien bemessen, eine EXPO Sinn macht. Nicht so in Sevilla, wo die EXPO weder umstritten noch ein Problem zu sein scheint, und wo sogar die Bombendrohungen der ETA gegen das Weltausstellungsgelände nicht der Kritik am Ereignis selbst, sondern ausschließlich als Vehikel der eigenen Sache dienen.

Erstaunen löst bei jemandem wie mir, der daran gewöhnt ist, daß in der Bundesrepublik nahezu kein größeres staatliches Projekt mehr ohne Widerstand der betroffenen Bevölkerung durchgeführt werden kann, die Mischung aus Zustimmung und Indifferenz in Sevilla aus. Allein schon die jahrelange Bautätigkeit, die Sevilla den Eindruck von Zerstörung und Wiederaufbau verlieh, war Grund genug zum Unmut. Schließlich waren es nicht gerade wenige die unter dem Lärm, dem Schmutz und dem Verkehrschaos zu leiden hatten. Es handelte sich auch nicht um einen ganz normalen Vorgang, wie z.B. eine zyklisch wiederkehrende Modernisierungsanstrengung der Stadt, sondern um die größte Investition, die in Sevilla jemals getätigt wurde. Eine Investition, die auf das Engste mit den Zukunftsentwürfen der Madrider PSOE-Regierung verknüpft ist und als Modell wirtschaftspolitischer Entwicklung auf den Großprojekten von 1992 basiert. EXPO, Olympische Spiele und Madrid als Kulturhauptstadt Europas sind darin Katalysatoren des Versuchs, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Veränderungen einzuleiten, die Spanien verändern sollen. Andalusien, eine wenig entwickelte und strukturschwache Region, wird die Modernisierungsanstrengungen am härtesten zu spüren bekommen.



Photo: Herby Sachs/Transparent

Die EXPO '92 findet statt. Millionen und Abermillionen wird sie am Eröff-

nungstag verschlungen haben.

„1492 – Spanien entdeckt die Welt 1992 – Die Welt entdeckt Spanien"

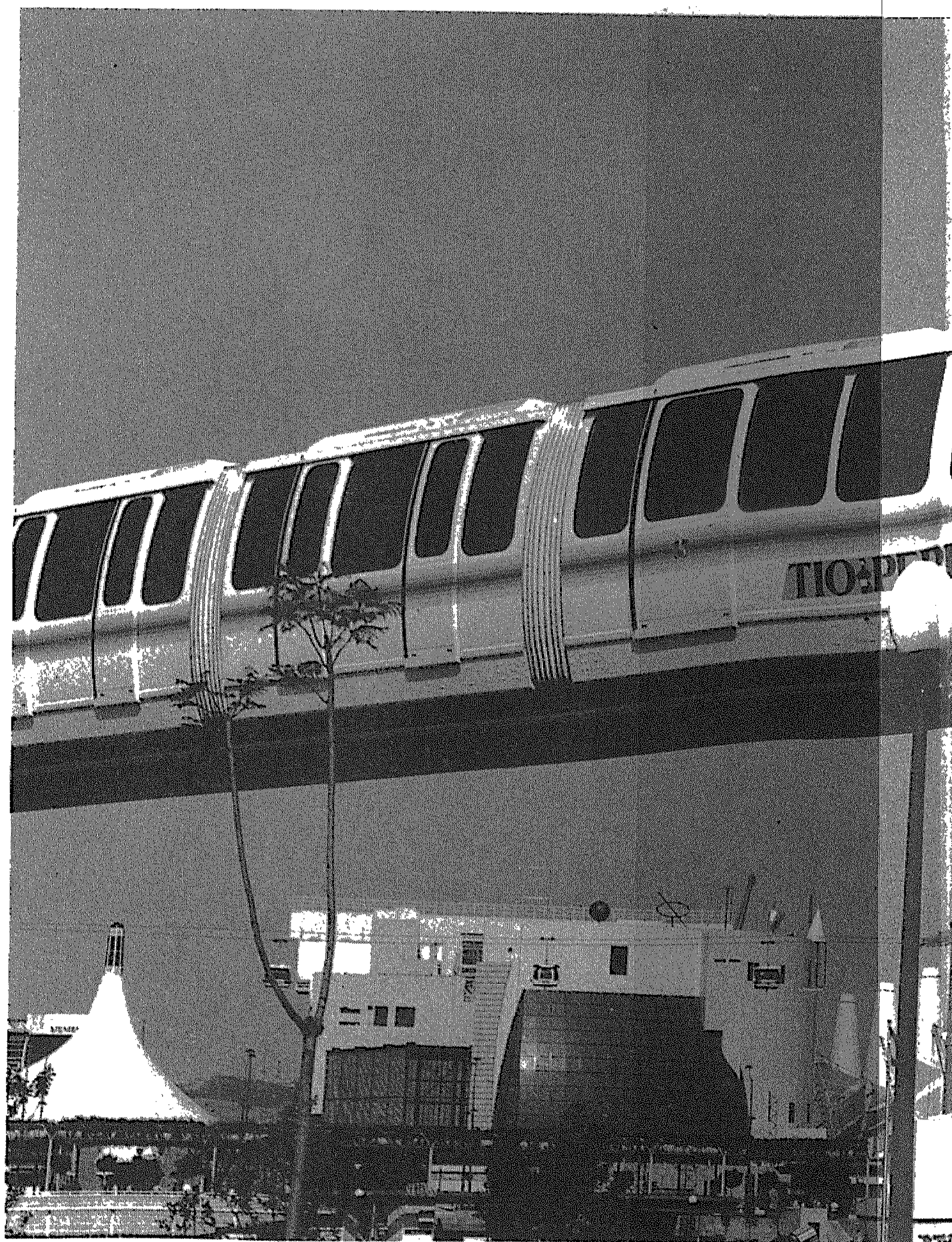
Wünsche, Hoffnungen, die nationale und internationale Bedeutung der Weltausstellung werden in diesem weiteren EXPO-Slogan deutlich.

Spaniens nationale Anstrengungen aufholender wirtschaftlicher Entwicklung sollen präsentiert, seine Reize und Attraktionen aller Welt gezeigt und positive Signale weit über das Großereignis hinaus ausgestrahlt werden. Dadurch wird in Sevilla jedoch keineswegs ein neuer Weg beschritten, sondern nur nachvollzogen, was sich wie ein roter Faden durch die EXPO-Geschichte zieht: Das Phänomen, daß immer wieder gewaltige Anstrengungen unternommen worden sind, um für wenige Monate an einem Ort „die Welt auszustellen" und damit ganz nebenbei das Ausrichterland in bestem Glanz erstrahlen zu lassen.

Nicht gerade zufällig beginnt die Geschichte der Weltaustellungen 1851 in London. Damals war England die mächtigste Nation der Welt, die Industrialisierung dort am weitesten fortgeschritten und der Glaube an den Fortschritt durch Wirtschaft und Wissenschaft jung und stark. Der Freihandel hatte sich herausgebildet, freie Konkurrenz, freie Berufswahl und Gewerbefreiheit wurden proklamiert. Der Kapitalismus begann sich durchzusetzen und mit ihm die EXPOs, als Spiegelbilder der neuen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. In der Folgezeit bleiben die Ausstellungen konsequenterweise auf die entwickeltsten kapitalistischen Staaten beschränkt. Kein Land der 3.Welt, kein „sozialistischer" Staat richteten logischerweise trotz zunehmender Partizipation, jemals eine EXPO aus.

Seit dem Ende des 2.Weltkrieges sind die EXPOs rarer geworden. Von insgesamt 62 Ausstellungen fanden danach gerade einmal 7 und nur 3 mit universalem Charakter statt (Brüssel 1958, Montreal 1967 und Osaka 1970). Sevilla wird die vierte in der obersten Kategorie ausrichten und durchaus in die Fußstapfen ihrer Vorgänger treten. Vor allem in Osaka erinnerte die EXPO mehr denn je an Disneyland und brach nicht zuletzt deshalb alle Besucherrekorde. Das wird in Sevilla auch nicht anders werden, obwohl die Organisatoren den Vergleich mit Vergnügungsparks auf das Schärfste zurückweisen. Nach ihren Vorstellungen wird auf der Isla de la cartuja, dem EXPO-Gelände, alles anders, alles besser werden, insbesondere besser als 1929, als Barcelona die EXPO und Sevilla die iberoamerikanische Ausstellung ausrichtete.

Damals gab es Mißerfolge auf ganzer Linie. Den Sevillanern blieb neben der Plaza Espana und dem Parque Maria-Louisa auch ein riesiger Berg an Schulden erhalten. Die Besucher waren ausgeblieben, da die Weltwirtschaftskrise von 1929 das Interesse an Auslandsreisen nahezu zum Erliegen brachte. Nicht umsonst ist die Geschichte der Weltausstellungen auch eine Geschichte betriebswirtschaftlicher Bauchlandungen. Die Protagonisten der EXPO '92 verweisen auf die lehrreichen Erfahrungen aus dem Fehlschlag von 1929 und hatten also während des Golfkrieges und des gescheiterten Putsches in der Sowjetunion schlotternde Knie. Angesichts der Fortdauer der international instabilen Lage werden sie erst am Schlußtag der EXPO aufatmen können – oder auch nicht!



Trotz aller Versuche auch dem Motto „Das Zeitalter der Entdeckungen" und den zynischen Feiern der fünfhundertjährigen Entdeckung Amerikas thematisch gerecht zu werden, wird die EXPO '92 als Spektakel alle ihre Vorgängerinnen in den Schatten stellen. Die in den vergangenen 22 Jahren seit der EXPO in Osaka erzielten Fortschritte im Bereich der Telekommunikatioon machen erstmals eine telegerechte Inszenierung möglich. Bilder aus Sevilla werden ein halbes Jahr lang um die Welt transportiert. Dies, verbunden mit dem Versuch, enorme Besuchermassen nach Sevilla zu locken, zwingt dazu Inhaltlichkeit durch Effekte und Auseinandersetzung durch Konsum zu ersetzen. So wird die EXPO zu dem, was Walter Benjamin so treffend als „Wallfahrt zum Fetisch Ware" bezeichnete.

„Lo mejor del mundo?"

Weltausstellung bedeutet heute Geschäft,

Politik, Repräsentation, Industriemesse, Kultur und Show. In diesem Jahr werden sich in Sevilla die Größen aus der Politik ebenso treffen, wie die Spitzenmanager aus der Industrie. In der Kulturbranche werden diejenigen die nicht nach Sevilla kommen mehr auffallen, als diejenigen die auftreten. Die neuesten technischen Errungenschaften, die „schönsten" Seiten der partizipierenden Nationen, die verrücktesten Einfälle verrückter Architekten werden sich mit Stars und Sternchen aus dem Showgeschäft 176 Tage

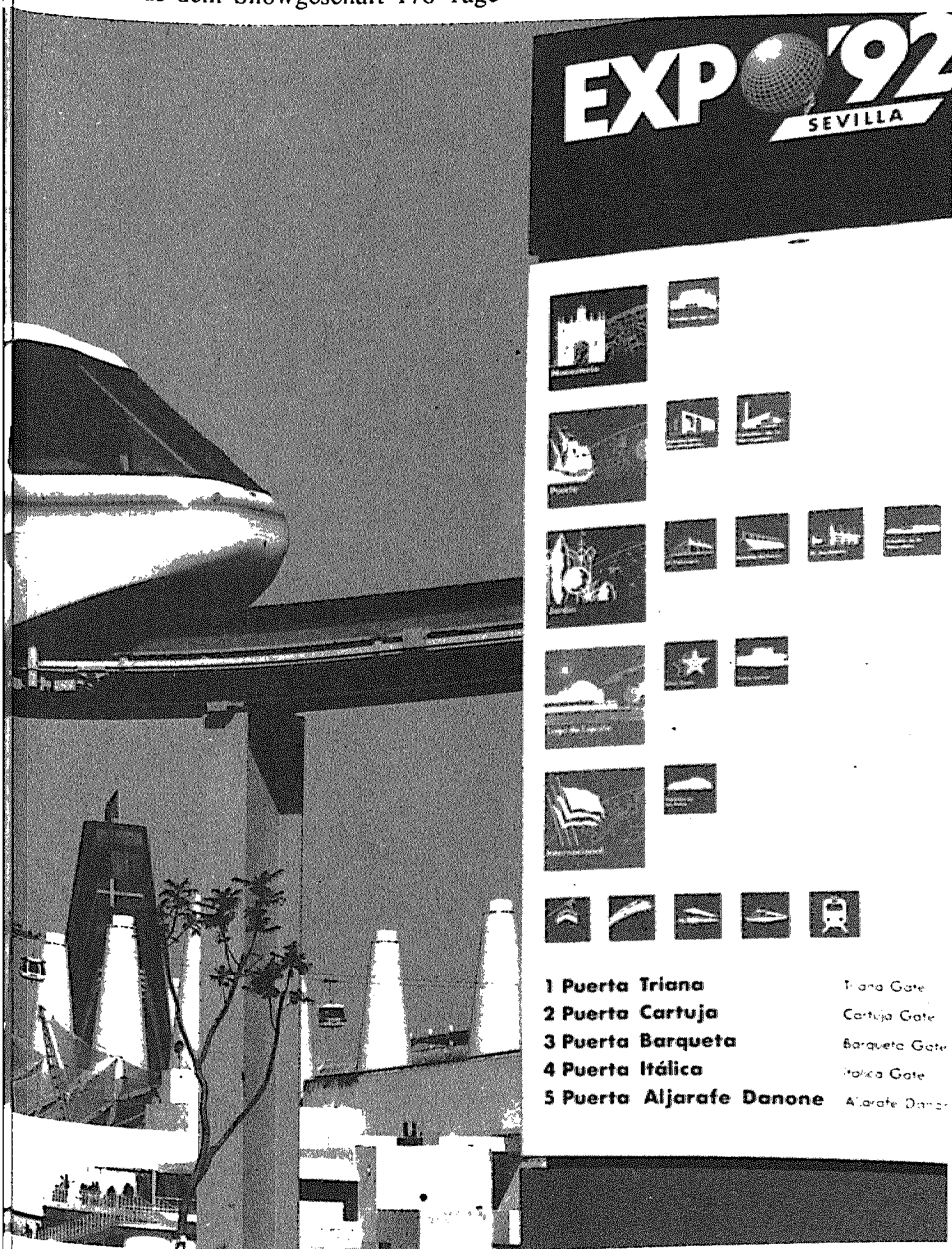


Photo: Herby Sachs/Transparent

lang zu einem unglaublichen Spektakel vermengen. Eine Show der Moden, der Exotik, das Spiegelbild einer „schönen, neuen Welt", an deren Rändern die knallharten Geschäfte ebenso getätigt werden, wie die Verhandlungen zwischen den Mächtigen der Welt.

Symbolisches Zentrum der EXPO '92 ist das Monasterio cartujo de Santa Maria de las Cuevas, in dem Columbus eine Weile mit seiner Familie lebte, mit den Mönchen die Seekarten studierte und in dem er angeblich begraben wurde. Das Monasterio ist damit auch der Ort, in dem Fünfhundertjahrfeiern und Weltausstellung zusammenfließen und umgeben von thematischen Pavillions, Geschichte und Zukunft zum EXPO-Motto „Das Zeitalter der Entdeckungen" zusammengerührt werden. Restauriert, bleibt es als königlicher Palast und Zentrum des Protokolls, während der Ausstellungstage der Öffentlichkeit weitgehend vorenthalten. Doch auch die mit dem Hubschrauber eingeflogenen Staatschefs und VIPs werden Columbus nicht mehr die letzte Ruhe rauben können. Gestört fühlen sich viel mehr diejenigen, die in den Fünfhundertjahrfeiern und im EXPO-Motto eine „typisch" spanische Kontinuität ausmachen, in der auch noch das abscheulichste Gemetzel dem nationalen Ruhm zur Ehre gereicht. Sicher zurecht, denn beide Veranstaltungen werden wohl kaum auch nur vom Hauch eines kritischen Geschichtsverständnisses begleitet werden. Im Pavillon des 15. Jahrhunderts wird und dem der Entdeckungen *sollte* viel von ruhmreichen Entdeckungen, den Errungenschaften der Zivilisation und vom unaufhaltsamen Fortschritt die Rede sein und wenig von den Kriegen und den unzähligen Opfern im Modernisierungsprozeß der vergangenen 500 Jahre. Während der erstgenannte Pavillon noch steht, wurde der zweite, das absolute thematische Herzstück der EXPO am 18.2.92 ein Raub der Flammen. Ob sich da die Geschichte mit Hilfe der Elemente gegen eine mutwillige Verfälschung verwahrt? Schließlich sank schon der Nachbau des Kolumbusschiffes „Victoria" beim Stapellauf... Auf alle Fälle wurde beim Brand des „feuerfesten" Pavillons der Entdeckungen auch gleich der größte Teil der Ausstellungsgegenstände vernichtet. Darunter Unikate, wie das erste Automobil der Welt. Dort, wo V. Centario und die EXPO thematisch miteinander verzahnt und nahezu ungebrochen den Götzen Fortschritt, Wachstum, Technologie gehuldigt werden sollte, wird den EXPO-BesucherInnen nun zarter Brandgeruch um die Nase wehen.

110 Länder, die 17 autonomen Gemeinschaften Spaniens, verschiedene internationale Organisationen und mehr als 20 multinationale Konzerne haben ihre Teilnahme an der Weltausstellung zugesagt. Diese werden in 88 verschiedenen Pavillons Geschichte, Kultur und Warenwelt zu einem nach public relation Gesichtspunkten gestalteten konturlosen Brei verrühren. Während sich ärmere Teilnehmer aus Kostengründen mit Gemeinschaftspavillons begnügen müssen, unterliegen die Reicheren dem Zwang zur Repräsentation in zum Teil gigantischen Bauwerken. Fünf Konzerne mit eigenen Pavillons werden dabei einigen bedeutenden Staaten den Rang ablaufen. Sorgen bereiteten den Veranstaltern die diversen Welt-Krisenherde und die Reduzierung einiger EXPO-Beiträge aus Kostengründen. Die USA hat beispielsweise ihren Beitrag drastisch zusammengstrichen. So werden sich vielleicht die Erwartungen der EXPO-Leitung sowohl an die Teilnehmerzahl, wie an die Ausgestaltung dessen, was die einzelnen Nationen zu bieten haben, nicht ganz erfüllen.

215 ha hat die Stadt Sevilla auf der ehemaligen Brache rund um das Monasterio cartujo de Santa Maria de las Cuevas zur Verfügung gestellt, damit schräg gegenüber der größten Altstadt Europas, getrennt allein durch den Guadalquivir, die „Stadt der Zukunft" gebaut werden konnte. Die Sociedad Estatal, die die EXPO organisiert, rechnet mit 36 Millionen verkauften Eintrittskarten, die sich auf rund 18 Millionen Besucher verteilen sollen. Niemand weiß genau wie diese

Zahlen zustande kommen, aber dies hieße im Durchschnitt 225.000 Besucher pro Tag. Man rechnet damit, daß sich Spanier und Ausländer in etwa die Waage halten. Ein 30 km langes Wege-Netz, Schiff, Magnetbahn, Seilbahn, Bus und Pferdekutsche sollen dafür sorgen, daß jeder Besucher sich nach eigenem Gusto fortbewegen kann. Zahllose Geschäfte, Restaurants und Bars werden die Besucher um ihre Peseten erleichtern. Parkplätze, eigener Anschluß an den Hubschrauberlandeplatz garantieren die Anreise mit dem jeweils angemessenen Fahrzeug. 350.000 Bäume, insgesamt 16 ha an Wasserfläche, zahllose Springbrunnen und Befeuchtungsanlagen haben die Aufgabe, der nahezu unerträglichen Sommerhitze eine Art natürlicher Klimaanlage entgegen zu stellen, und die Tagestemperaturen um 10 Grad abzusenken. Nur so werden im Juli und August Besucher aus nördlichen Ländern die EXPO lebend überstehen.

Doch thematische Dauerausstellungen und das was die einzelnen Teilnehmer in ihren Pavillons präsentieren werden, wird bei weitem nicht ausreichen um die geplante Völkerwanderung in Richtung Sevilla auszulösen. 55.000 Veranstaltungen in 176 Tagen sind der ausgelegte Köder, um die Massen anzulocken. Ein Dauerspektakel, das mit inszenierten Ereignissen den Besucher für einige Stunden von seinem Alltag ablenken soll. Scheinwelt, Glitzerwelt, Warenwelt mediengerecht aufbereitet und zum folgenlosen Konsum bereitgestellt – auf daß Millionen davon Gebrauch machen. Um den Spektakelcharakter stärker zu betonen hat die Sociedad Estatal das EXPO-Motto als Werbemotiv fast aufgegeben und wirbt mit Eingängigerem, wie „Lo mejor del mundo – EXPO '92". Es geht darum, die EXPO zu verkaufen – an die Besucher, die die hohen Eintrittspreise zahlen sollen, an die vielen Sponsoren, die sich ins rechte Licht gesetzt sehen wollen. Es geht um das Geschäft, denn die sicher über der 200.000 Millionen Peseten Marke liegenden Kosten für das Gelände selbst sollen am Ende ausgeglichen werden.

Wer 1992 Sevilla besucht, kann sich darauf gefaßt machen, wie eine Weihnachtsgans ausgenommen zu werden. Schon im Vorfeld gab es heftige Auseinandersetzungen um die Eintrittspreise zur EXPO. Diese sind trotz Sondertarifen und „Billigtagen" nach wie vor unverschämt hoch: Die normale Tageskarte kostet 4000 Peseten (ca.70.-DM). Rechnet man Getränke und ein bißchen Essen dazu, so könnte eine vierköpfige Familie spielend 20.000 Peseten (ca. 300.-DM) an einem EXPO-Tag loswerden. Auswärtige Gäste müssen gleich mit einem Vielfachen rechnen da die Hotels Phantasiepreise nehmen. Dafür darf man etwas „erleben", was mit der alltäglichen Lebenswelt und ihren Problemen nichts zu tun hat. Das „Fest" der Sensationen und Superlative wird, von den Organisatoren durchaus gewollt, gesellschaftskritische Anmerkungen allenfalls als exotische Begleiterscheinungen am Rande erleben. Eine kritische Auseinandersetzung mit den zentralen Problemen dieser Welt, käme wohl auch weder dem spanischen Staat noch den anderen teilnehmenden Nationen gelegen.

Der Anschlag auf Andalusien

Die EXPO '92 ist einerseits Mittel zum Zweck und andererseits schafft sie Tatsachen, die bewältigt werden müssen, z.B. den Zustrom von Millionen von Besuchern. Weder die andalusische noch die Sevillaner Infrastruktiur im vormaligen Zustand wäre in der Lage gewesen das Transportproblem zu lösen. Noch vor fünf Jahren entsprachen die Verkehrsverbindungen bei weitem nicht europäischem Standard. Entfernungen wie zwischen Madrid und Sevilla konnten in Frankreich oder in der Bundesrepublik in nahezu der Hälfte der Zeit zurückgelegt werden. Nachdem im August 1982 Sevilla von der Generalversammlung des internationalen Ausstellungsbüros (Vertreter von 43 Regierungen aus aller Welt) den EXPO-Zuschlag erhalten hatte, wußte man, daß das andalusische Verkehrswegesystem von Grund auf zu modernisieren sei... Der Ausbau der südspanischen Infrastruktur auf europäischen Standard, für ein EG-Land sowieso unumgänglich, wurde nun auf einen eng begrenzten Zeitraum konzentriert. Mit Sicherheit wäre sonst einiges von dem, was in den letzten beiden Jahren eröffnet wurde, schon lange vorher fertig gewesen, oder niemals gebaut worden. Eine an Großprojekten orientierte Politik zeichnet sich stets durch die kampagnenartige Mobilisierung von Ressourcen auf einen knappen Zeitraum aus. Alte, längst überfällige Planungen werden zurückgestellt und tauchen wie zufällig ein paar Jahre später in den Projektplänen wieder auf. So erklärt sich auch warum 1987 angefangen wurde überall und gleichzeitig zu bauen, bis weite Teile Andalusiens aussahen, als würden im Tagebau Bodenschätze abgetragen.

Das gesamte Investitionsvolumen rund um die EXPO beläuft sich mittlerweile auf rund 1,2 Billionen Peseten. Die ursprünglichen Schätzungen sind damit schon um das Doppelte überschritten worden und man kann nicht davon ausgehen, daß dies das letzte Wort war. Rund 200.000 Millionen Peseten verschlingt das EXPO-Gelände. Für Infrastrukturmaßnahmen in Sevilla wird in etwa mit der gleichen Größenordnung gerechnet. Der große Rest entfällt auf den Neubau von 1500 Straßenkilometern und auf die 500 km lange Hochgeschwindigkeits-Trasse des TAV zwischen Madrid und Sevilla. Der Etat wird zum größten Teil aus den Kassen der Madrider Regierung, der „Junta" von Andalusien und der Stadt Sevilla und zu kleineren Teilen aus dem EG-Strukturhilfen-Topf bestritten.

Es kann hier gar nicht darum gehen zu behaupten, daß diese Gelder genausogut hätten zum Fenster hinausgeworfen werden können. Innerhalb der kapitalistischen Logik war und ist einiges sinnvoll. So z.B. der Ausbau der N4 und N5 zwischen Madrid und Sevilla, um die Distanz zwischen Zentrum und Peripherie zu verkürzen und damit die Abgeschnittenheit von nationalen und internationalen Märkten wenigstens teilweise zu vermindern. Auch der Ausbau der Straßenverbindungen innerhalb Andalusiens ist in der immanenten Logik des Systems nachzuvollziehen, auch wenn er ganz eindeutig zu Lasten der andalusischen Regionen gehen wird, die nicht unmittelbar angeschlossen wurden. Das neue Verkehrswegenetz ist derartig auf Sevilla als Verkehrsknotenpunkt zugeschnitten, daß sich generell das Gewicht zugunsten der Hauptstadt Andalusiens verschieben wird. Jetzt schon politisch und adminstratives Zentrum, bekommt die Stadt eine alles überragende Rolle zugewiesen. Alle Städte und Regionen aber, die jenseits der Hauptverkehrswege bleiben und deren Infrastruktur in der Regel stark defizitär ist, werden in die Röhre schauen, da die derzeitigen Ausgaben das öffentliche Investitionsvolumen auf Jahre hinaus austrocknen werden.

Läßt man die kapitalistische Logik mal beiseite, die offensichtlich dazu zwingt, alle Fehlleistungen der wirtschaftlich entwickelsten Zentren mit jahrzehntelanger Verspätung in den Peripherien zu wiederholen, so hätte man mit demselben Aufwand in Andalusien ein öffentliches Personennahverkehrssystem entwickeln können, das in Europa seinesgleichen gesucht hätte. Statt 20 Jahre im voraus zu denken, hat man sich lieber darauf beschränkt auf den eingefahrenen Gleisen zu bleiben. Die Folge wird ein stetig steigendes Verkehrsaufkommen auf den andalusischen Straßen sein. Neben dem Individualverkehr werden auch der Gütertransport und der Tourismus verstärkt die neuen Straßenverbindungen nutzen. Die Auswirkungen werden volkswirtschaftlich zweifelhaft und umweltpolitisch bedenklich sein.

Ganz wollte man in Madrid dann doch nicht auf den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs verzichten und hat sich mit dem TAV das zwar prestigeträchtigste, aber auch gleichzeitig schwachsinnigste Projekt innerhalb des EXPO-Programms einfallen lassen. Der TAV wird nach neusten Berechnungen 600.000 Millionen Peseten kosten. Mit etwa einem Zehntel dieser Summe hätte man das gesamte bisherige Eisenbahnnetz von Andalusien sanieren können. Der TAV ist auf europäische Schienenbreite ausgelegt und bleibt damit auf Jahre isoliert vom restlichen spanischen Streckennetz, da wie es scheint, für weitere Hochgeschwindigkeitsstrecken kein Geld da ist. Obendrein hat man 24 Lokomotiven der französischen Firma Alsthom gekauft von denen selbst in EXPO-Spitzenzeiten maximal 12 gebraucht werden, wie ein Renfe-Manager einräumte. Die anderen Züge bestellte man schon einmal in Erwartung des nun ausbleibenden Ausbaus weiterer Hochgeschwindigkeitsstrecken. Gegenwärtig wird über die Reduzierung des Auftrags verhandelt, doch die große Frage ist, wie man überhaupt darauf kam den 300 km schnellen französischen Zug zu kaufen. Der spanische Talgo ist zwar etwas langsamer, besitzt aber den unschätzbaren Vorteil auf spanischer wie europäischer Schienenbreite verkehren zu können. Auch den Bau der 2m hohen Hochgeschwindigkeits-Trasse, des „wichtigsten europäischen Infrastrukturprojekts nach dem Ärmelkanaltunnel" (Verkehrsminister Borrell), hätte man sich mit dem Talgo sparen können. Vor allem, da die Trasse so schlecht gebaut wurde, daß der TAV erst 1995 seine Höchstgeschwindigkeit erreichen wird. Sprich: die Besucher, die während der EXPO von Madrid nach Sevilla per TAV transportiert werden wollen, werden dafür eher 3 Stunden als die ursprünglich avisierten 2 Stunden brauchen.

Ein nicht unbedeutender Teil der gesamten Baumaßnahmen erscheint ausgesprochen überdimensioniert und allein auf die Bedürfnisse der EXPO zugeschnitten. Straßen und vor allem der TAV wurden ganz offensichtlich nur dazu gebaut um die gewaltigen Besuchermassen nach Sevilla und wieder weg zu transportieren. Da die Hotelkapazitäten trotz starker Aufstockung der Bettenkapazität rund um die EXPO bei weitem nicht ausreichend sind, sollen Besucher im Radius von bis zu 200 km untergebracht werden.. Sogar aus Madrid erwartet man, dank TAV, Tagesausflügler. Nach der EXPO wird sich ein Teil der Baumaßnahmen als volkswirtschaftlicher Unsinn erweisen – teuer aber schlecht genutzt.

Sevilla selbst wurde hergerichtet und aufgemotzt. Drei neue Straßenringe sollen mit dem berüchtigten innerstädtischen Verkehrschaos Schluß machen. Die Schließung der beiden historischen Bahnhöfe und der Bau des TAV gerechten supermodernen Neuen schufen auf den alten Schienensträngen den benötigten Platz. Während die neuen Innenstadtringe mit Sicherheit gut ausgelastet sein werden – mehr als fraglich ob das städtische Verkehrsproblem dadurch gelöst wird – sind der neue Bahnhof und das neue Flughafenterminal für eine Stadt wie Sevilla zu groß. Zweifelsohne wurden beide Gebäude fast nur auf die Bedürfnisse der EXPO zugeschnitten. 1993 wird es dort sehr ruhig zugehen. Sieben neue Brücken über den Guadelquivir, die Sevilla nach Süden öffnen sollen, ergänzen das urbanistische Infrastrukturprogramm. Außerdem wurden die Installationen für Wasser, Gas und Telefon saniert bzw. neu verlegt, und nicht zuletzt der gesamte engere Altstadtbereich renoviert.

Aber nicht die Bevölkerung sondern eine Organisation kritischer Architekten qualifizierte die EXPO und die mit ihr verbundenen Baumaßnahmen als „Attentat auf Sevilla". Sie bemängelten, daß die Nähe des Weltausstellungsgeländes zur Altstadt bewirkt, daß zwei Welten aufeinanderprallen, die trotz ihrer räumlichen Nähe nichts miteinander zu tun haben – sich sogar den Rücken zuwenden. Der Guadalquivir würde so zur Grenze zwischen jahrhundertealter Geschichte und Tradition einerseits und Postmoderne andererseits. Aber vielleicht ist das ja Absicht. Noch kurz vor Eröffnung waren nicht alle Spuren jahrzehntelanger Stagnation – bröckelnde Baudenkmäler, verfallene Häuser – aus der Altstadt getilgt: aber sie bleibt der Kontrapunkt und der zweite Publikumsmagnet, ein sicheres und bleibendes Kapital im Gegensatz zum aus dem Boden gestampften EXPO-Gelände.

EXPO als Lokomotive der Wirtschaft

Das Jahr 1992 soll zum Kristallisationspunkt aufholender wirtschaftlicher Entwicklung Spaniens werden. Der spanische Staat wartet nicht mir einem sondern mit mehreren Großereignissen auf. Die EXPO in Sevilla, die Olympischen Spiele in Barcelona und Madrid als Kulturhauptstadt Europas sind strategische Instrumente, um Spanien mit einem Schlag für den europäischen Binnenmarkt zuzurichten. Alle verfügbaren Mittel werden 1992 darauf konzentriert, das Land aus seiner semiperipheren Lage herauszuführen und in eine bessere Ausgangsposition im Wettbewerb mit anderen EG-Staaten zu bringen. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der spanischen Wirtschafts- und Finanzkapazität mußte dafür mobilisiert werden. Während das kleinste Projekt in Madrid die Rolle der Hauptstadt als moderne Metropole, Regierungssitz und Zentrum des Finanzkapitals zementieren soll, möchte Barcelona endgültig die bedeutendste Stadt des Mittelmeerraums werden. Im Grunde genommen geht es in Madrid – und in weit größerem Maße, unter Einsatz weit größerer Mittel auch in Barcelona – um den Ausbau bereits erlangter herausragender Positionen innerhalb Spaniens und Europas.

In Sevilla dagegen kann es nicht um die Konkurrenzfähigkeit mit westeuropäischen Metropolen gehen. Es geht um etwas anderes. Eine chronisch strukturschwache Region soll so umstrukturiert werden, daß sie nicht ewig bleibt, was sie derzeit ist: Europäische Peripherie. Andalusien soll in einem ersten Schritt infrastrukturell auf europäischen Standard gebracht werden, um mit spanischen und europäischen Zentren verkoppelt seine provinzielle Abgeschiedenheit zu überwinden. In einer Achse Barcelona-Madrid-Sevilla ist Sevilla die Rolle einer regionalen Metropole zugedacht. In einem zweiten Schritt soll eine grundlegende strukturelle Modernisierung Andalusiens erfolgen. (...) [Wenn Madrid der Kopf ist, so ist Sevilla das Herz der „sozialistischen" Regierung. Wesentliche Führungsmitglieder der PSOE wie Gonzales, Guerra u.a. stammen aus der Stadt und auch deshalb pflegt die Partei in Andalusien satte Mehrheiten zu erzielen.] Grund genug um die EXPO-Leitung noch straffer in die eigenen Hände zu nehmen und einen vermeintlichen Erfolg auf keinen Fall dem Bürgermeister einer anderen Partei zu überlassen. Schließlich geht es in Sevilla nicht allein um die Abwicklung der EXPO '92 sondern auch um die Nachnutzung der Isla de la Cartuja über 1992 hinaus. Cartuja '93 heißt das Zukunftsprojekt, demzufolge auf dem EXPO-Gelände eine Art von Denkfabrik mit high-tech-Produktion installiert werden soll und in das sich die Regierung möglichst wenig hereinreden lassen will.

Nach dem Abbau der vielen Pavillons, die nicht nachgenutzt werden, soll um die verbleibenden Gebäude herum ein Wissenschafts- und Technologiekomplex entstehen. Die dafür benötigten infrastrukturellen Voraussetzungen werden gegeben sein, da nach der EXPO z.B. die neuesten Errungenschaften der Informations- und Kommunikationstechnologie zur Verfügung stehen. Teilbereiche der Universität, staatliche Forschungseinrichtungen und Schulungszentren sollen ausgelagert bzw. neu auf dem Gelände geschaffen werden. Potentielle Nutzer aus

der Privatwirtschaft werden schon jetzt mit großzügigen Subventionen angelockt. Einige Verträge mit internationalen Organisationen wie dem World Trade Center sind bereits unter Dach und Fach. Doch es ist nicht anzunehmen, daß die lokale Wirtschaft im Cartuja 93-Projekt stark vertreten sein wird, da es vor Ort kaum großindustrielle Anwender neuer Technologien gibt. Hauptsächlich internationale Konzerne und kleinere Unternehmen im Bereich neuer Dienstleistungen werden so wohl den Kuchen unter sich verteilen. Doch scheint die Resonanz hinter den Erwartungen zurückgeblieben zu sein.

Wettlauf gegen die Zeit

Mit der einstmaligen Blüte des spanischen Südens ist es längst vorbei. 1492 markiert das Jahr der endgültigen Durchsetzung der christlichen Königreiche auf der gesamten iberischen Halbinsel nach der Vetreibung der letzten Mauren aus Granada und dem gleichzeitigen Aufstieg Spaniens zur kolonialen Weltmacht bedingt durch Columbus „Entdeckungs"fahrt. Während im Inneren das fortschrittliche maurische Wissen um Agrartechniken verloren ging, kamen dank der Plünderungen der Kolonien riesige Reichtümer nach Spanien, die vom Adel verpraßt und in immer neuen kriegerischen Auseinandersetzungen verschleudert wurden. Welthandel und Weltwirtschaft auf der einen Seite entsprach auf der anderen das immer tiefere Versinken des Landes in der Provinzialität. Der spanische Absolutismus, der früheste und brutalste in Europa, richtete den Handel, die „Industrie", die Schiffahrt und die Landwirtschaft zugrunde, so daß Spanien in der Folge den ökonomischen Anschluß an die führenden europäischen Mächte verlor. Länger als anderswo gelang es dem Bündnis von Monarchie und Klerus zudem das aufstrebende Bürgertum zu unterdrücken.

Von der in der Zeit der spanischen Weltmachtstellung erreichten einstigen Pracht und Größe Andalusiens ist nicht viel mehr übriggeblieben als der einmalige Bestand an steinernen Zeitzeugnissen, die in ihrer Vermarktung als Sehenswürdigkeit noch heute einen nicht unbeträchtlichen Teil der andalusischen Einnahmen garantieren. Die Großgrundbesitzer waren die entscheidende Macht über mehrere Jahrhunderte und verstanden es zum Teil bis heute, im Besitz ihrer Latifundien zu bleiben. Ihr auf dem Rücken des Landproletariats, den andalusischen Tagelöhnern und Kleinbauern, entwickelter Lebensstil gehobenen Müßiggangs verhinderte industriekapitalistische und marktwirtschaftliche Reformen bis weit

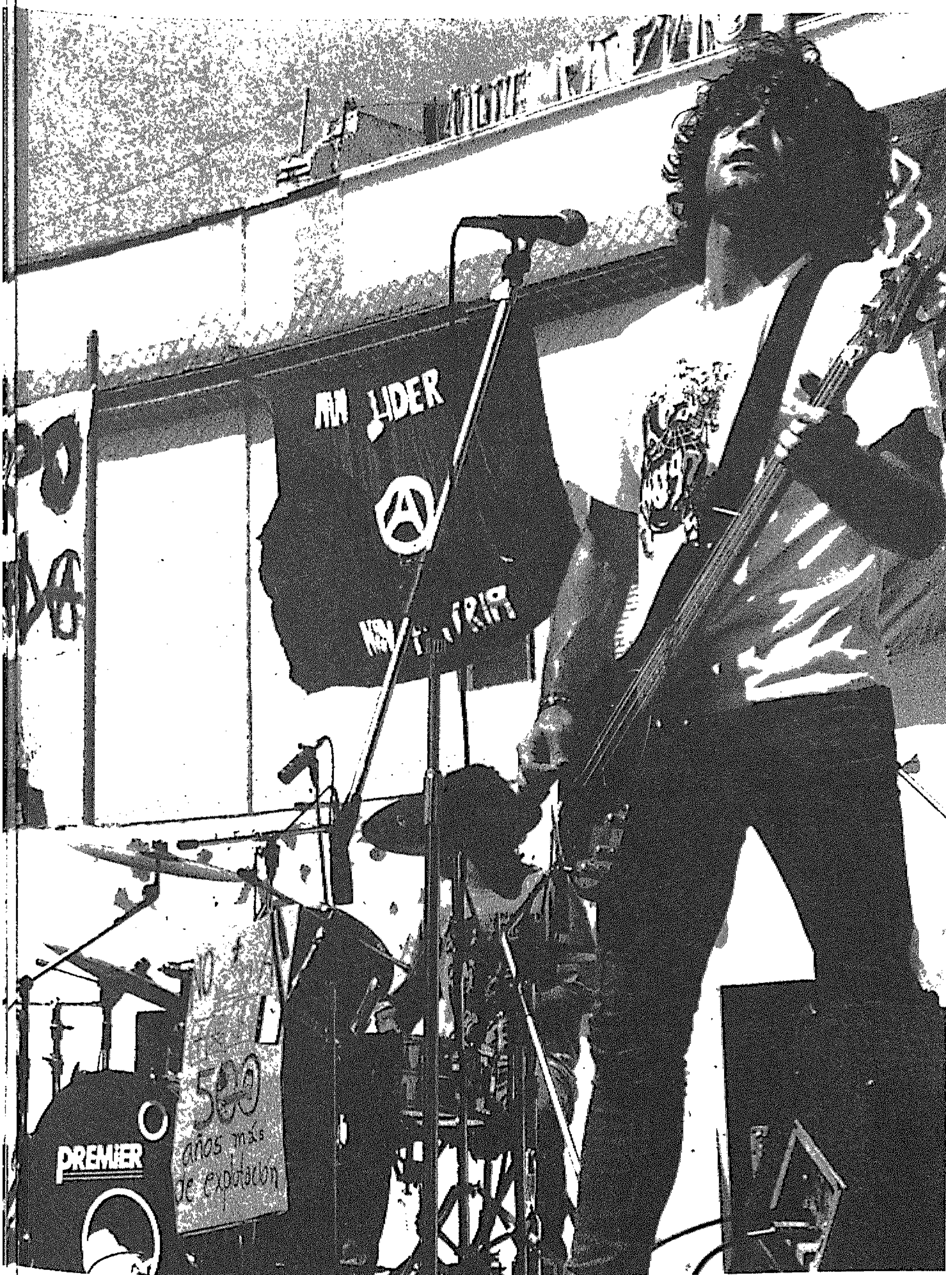


Photo: Herby Sachs/Transparent

in die 50er Jahre dieses Jahrhunderts. Der große Reichtum, der ihnen aus dem mehr schlecht als recht bestellten Boden zufloß, brachte das Interesse an der Entwicklung einer eigenen weitergehenden Unternehmertätigkeit im Industriesektor zum Erliegen. Diese Anstrengungen hatten die Senoritos schlicht und einfach nicht nötig. Dies ist ein wichtiger Grund dafür, daß sich in Andalusien so etwas wie eine kapitalistische Unternehmerkultur kaum herausbildete, die wiederum Voraussetzung für eine stärkere industrielle Entwicklung der Region gewesen wäre. Auch die industrielle Ansiedlungspolitik der letzten 30 Jahre und die halbherzige Landreform der PSOE-Regierung haben nicht zuletzt deshalb nur bescheidene Früchte getragen.

So stehen Andalusien und Extremadura nach wie vor in der nationalen Einkommensverteilung an letzter Stelle. 1988 verdiente ein Bewohner der Balearen im Durchschnitt mehr als das Doppelte eines Andalusiers. Auch gegenüber Madrid und Katalonien sind die Einkommensunterschiede enorm. Von der Sonderrolle der Balearen einmal abgesehen, sind es die entwickelten industriellen Zentren, die in der Einkommenshierarchie ganz oben stehen. Die in den letzten Jahren eingetretene bescheidene Nivellierung der innerspanischen Einkommensunterschiede dürfte hauptsächlich den sozialen Transferleistungen und EG-Strukturhilfen geschuldet sein. Jedenfalls hat dies nichts daran geändert, daß der andalusische Anteil am spanischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach wie vor zurückgeht. 1955 noch bei 17% liegt er heute gerade noch bei 13%.

Nicht anders sieht es bei den Arbeitslosenzahlen aus, denn auch hier bildet Andalusien mit einer Rate von 21,6% (Mai 91) fast das Schlußlicht der autonomen Gemeinschaften Spaniens. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die gewaltigen Investitionen im Zuge der EXPO die Arbeitslosigkeit schon deutlich nach unten gedrückt haben (1988: 30%). Im



Vergleich: Die spanienweite Arbeitslosenrate liegt bei 15,4% (Mai 91). Doch die Arbeitslosenzahlen geben nur einen ungefähren Eindruck von der wahren sozialen Problematik. So hat die Provinz Jaen zwar die niedrigste Arbeitslosenrate ganz Andalusiens, aber mit 40 % den höchsten Bevölkerungsanteil der unterhalb der Armutsgrenze lebt (Caritas-Studie 1991). Hinzu kommt noch, daß ein erheblicher Anteil von Menschen ohne Beschäftigung von der Statistik gar nicht erfaßt wird. Es wird geschätzt, daß man zu den 2,5 Millionen offizieller Arbeitsloser nochmal rund 2 Millionen dazurechnen müßte. Außerdem liegt der Koeffizient der Beschäftigten zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter erschreckend niedrig. In Spanien 1985 bei 38% während der Mittelwert in den anderen OECD-Ländern weit über 60% lag. Da fragt man sich doch, warum der Laden überhaupt noch einigermaßen funktioniert. Sicher ist, daß das staatliche Sozialsystem defizitär ist und so die traditionell starken familiären Bindungen einspringen müssen, um Aufgaben zu übernehmen, die in Mitteleuropa überwiegend der Staat abdeckt. Frauen und Jugendliche ohne Arbeit melden sich daher oft gar nicht bei den zuständigen Ämtern: Geld und Arbeit gäbe es sowieso nicht, also muß die Familie herhalten. Viel erklärt auch das traditionell starke Ausmaß der Schattenwirtschaft. Allein die Schätzungen für Andalusien rechnen damit, daß rund ein Drittel der Arbeitslosen in illegalen Beschäftigungsverhältnissen tätig ist.

Insgesamt sind dies nicht gerade ideale Voraussetzungen um innerhalb kürzester Zeit zu den prosperierenden spanischen Regionen aufzuschließen oder im europäischen Binnenmarkt bestehen zu können. Es ist mehr als deutlich, daß das auf tayloristischer Arbeitsorganisation, Massenproduktion, annähernder Vollbeschäftigung, kontinuierlichem Wirtschaftswachstum, Sozialstaat und keynsianischer Wirtschaftspolitik beruhende Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der ökonomisch führenden Nationen Europas der 60er und 70er Jahre, in Spanien kaum und in Andalusien überhaupt nicht verwirklicht werden konnte. Mittlerweile zwar überholt und weitgehend durch tendenziell neoliberale Wirtschaftskonzepte ersetzt, die längst das Wohlstandsversprechen für Alle zurückgenommen haben, war dieses sogenannte fordistische Modell dennoch Basis für die heutige Entwicklung. Kein Wunder, daß Spanien in der Entwicklung und Anwendung von Microelektronik, Kommunikations- und Informationstechnologie oder Gentechnologie um Jahre zurückliegt. So wird in Spanien zwar schon vielerorts mit neusten Techniken produziert, aber mit im Ausland gekauften Maschinen und Patenten. Hinzukommt noch, daß die leistungsfähigen Betriebe oft teilweise oder ganz in Händen internationaler Konzerne sind. „Abhängigkeit" ist so das Wort, mit dem ohne weiteres die Gestalt der spanischen Wirtschaftsordnung beschrieben werden kann und das umso mehr zutrifft, je weiter man in Richtung Süden kommt.

Viele der industriellen Betriebe Andalusiens sind Auslagerungsunternehmen aus den Industriezentren. Die Mehrzahl der andalusischen Industriekomplexe sind dementsprechend Enklaven, die sich weder auf eine industrielle Struktur stützen können noch fähig wären eine solche zu entwickeln. Alle Versuche des spanischen Staates eine eigene andalusische Industriestruktur zu entwickeln sind jedenfalls bislang gescheitert. Der Bereich der Nahrungs-, Getränke- und Genußmittelindustrie ist die einzige Ausnahme. Der Bergbau als weiterer wichtiger Sektor steckt in einer schweren Krise, die Chemieindustrie ist fest in fremder Hand und der Bereich der Metallverarbeitung verliert an Gewicht. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß Andalusien als größte autonome Gemeinschaft gerade mal 10% zum spanischen Industrieprodukt beiträgt.

Das Projekt Cartuja '93 wird deshalb in Andalusien selbst kaum Betriebe finden, die das mit neuesten Technologien ausgestattete Gelände nutzen können. Wiederum werden es hauptsächlich internationale Konzerne und Betriebe aus den spanischen Kernregionen sein, die das Sonderangebot einer kompletten Infrastruktur auf neuestem technischen Niveau nutzen werden. Vielleicht macht man sich in Madrid Hoffnungen, daß sich wenigstens im Zuliefer- und Dienstleistungsbereich eine Dynamik ergeben wird, von der über Multiplikatoreneffekt die gesamte Region profitieren könnte.

Profitiert hat bislang die andalusische Bauindustrie. Die seit fünf Jahren vollen Auftragsbücher verhalfen der Branche über ihre schwere Krise nach dem Ende

des ersten großen Tourismusbooms. Fragt sich nur was passiert, wenn der EXPO-Bauboom wieder vorüber ist. Kaum anzunehmen, daß das hohe Auftrags- und Beschäftigungsniveau in dieser Branche über 1992 hinaus Bestand hat. Es ist damit zu rechnen, daß wiederum tausende von Arbeitskräften freigesetzt werden.

Bedingt auch durch die Schwäche der anderen Sektoren, macht mittlerweile der Dienstleistungssektor den weitaus größten Anteil am andalusischen Bruttosozialprodukt aus. Über 50% der Erwerbstätigen finden hier Arbeit. Der Dienstleistungssektor konnte sich jedoch nicht wie anderswo parallel zur industriellen Entwicklung ausdehnen, sondern in Abhängigkeit vom Tourismus. Dementsprechend wenig innovationsfähig ist er auch, da er sich in der Mehrzahl aus kleinen und Kleinstbetrieben, Bars und Geschäften zusammensetzt. Die großen Profite schöpfen auch hier nicht zuletzt ausländische Reiseveranstalter ab, die durch ihre Wirtschaftskraft den Betrieben vor Ort die Bedingungen diktieren können. Was die Beschäftigung angeht, scheint es das Los Andalusiens zu sein, daß auch neue Wirtschaftsbrachen die alten Beschäftigungstraditionen fortführen und fast ausschließlich Saisonarbeitsplätze schaffen. Zurückgehende Touristenzahlen bedingt durch hohe Preise bei schlechtem Service haben der Tourismusbranche schon schwere Schläge verpaßt, die weit härter ausgefallen wären, hätte es die adriatische Algenpest, den Golfkrieg und den jugoslawischen Nationalitätenkonflikt nicht gegeben. Inzwischen reden die Politiker von weniger Masse und mehr Qualität, sprich von weniger Touristen mit mehr Geld. Aber man wird schwerlich Marbella oder Torremolinos ein neues Image verpassen können und abreissen kommt wohl kaum in Frage. Das bedeutet, daß letzte vom Massentourismus weitgehend verschont gebliebene Strände nun mit Luxushotels und Golfplätzen verbaut werden. Die EXPO '92 ist ein Meilenstein, der die Gestalt der noch relativ unberührten Küste zwischen Tarifa und der portugiesischen Grenze entscheidend verändern wird. Selbst wertvollste Naturschutzgebiete wie die Coto de Donana bleiben vom gehobenen Tourismus nicht ganz verschont. Die Völkerwanderung 1992 nach Sevilla wird diese Gebiete vollends touristisch durchsetzen.

Jahrhundertelang war die Landwirtschaft der Haupterwerbszweig des spanischen Südens. Besonders in Westandalusien war die Landwirtschaft geprägt durch große Latifundien, die sich heute zumeist in moderne Agrounternehmen umgewandelt haben. Im einstmaligen andalusischen Haupterwerbszweig wurden in den letzten Jahrzehnten durch Mechanisierung, Rationalisierung und die Umstellung auf weniger arbeitsintensive Kulturen hunderttausende von Arbeitskräften „freigesetzt". Den Tagelöhner, als landlosen Saisonarbeiter, der nur zur Erntezeit auf arbeitsintensiven Kulturen Arbeit findet, wird es bald kaum noch geben. Vielfach müssen heute Tagelöhner nach Nordspanien oder nach Südfrankreich reisen, um schlecht bezahlte Beschäftigung zu finden. Neue Kulturen die maschinell abgeerntet werden können, lösen zunehmend traditionell arbeitsintensive Kulturen wie Oliven, Wein und Erdbeeren ab. Dies führte und führt zu einer ständig wachsenden Anzahl von arbeitslosen Landarbeitern. Schon unter dem Francismus wanderten deshalb hunderttausende von Andalusiern in die Industriegebiete des Nordens und in andere europäische Länder ab.

Doch die neue Landwirtschaft produziert nicht allein ein ernstes soziales sondern auch ein ökologisches Problem. Wassermangel, Versalzung, Überdüngung und Versteppung der Böden sind die Folgen einer an permanenter Ertragssteigerung orientierten Landwirtschaft. Die Gegend um Almeria mit dem Tomatenanbau unter Plastikplanen ist das perverseste Beispiel. Der exorbitant hohe Wasserbedraf ist kaum noch zu decken, der Grundwasserspiegel sinkt, die Böden sind ausgelaugt und die Landschaft durch die Plastikplanen völlig verschandelt. Wie einstmals der Tagelöhner wird nun der Landwirt selbst zum Sklaven, da er die nötigen Investitionen für diese Art des Anbaus nicht mehr selbst tragen kann, sich verschulden muß, und obendrein noch in Abhängigkeit von Agrokonzernen gerät, die ihm das genetisch manipulierte Saatgut liefern und die Vermarktung seiner Produkte organisieren. Das gesamte Risiko und die Schulden auf seiner Seite – die Gewinne für die Konzerne. Die Zukunft der andalusischen Landwirtschaft wird weitere Rationalisierungen, Konzentrationsprozesse, „Freisetzung" von noch mehr Arbeitskräften und verstärkte Abhängigkeit von Konzernen und fremden Märkten verkraften müssen. Der EG-Binnenmarkt verlangt es und wird die ganze Angelegenheit auch noch weiter beschleunigen. Kein Anzeichen, daß Spanien aus diesem Teufelskreis ausbrechen will, um z.B. Holland zu folgen, das angefangen hat, Teile der landwirtschaftlichen Produktion umzustellen um die wachsende Nachfrage nach ökologischen Produkten zu befriedigen.

In den Pressemappen der EXPO-Organisatoren wird die geographische Lage Andalusiens als „ideale Position für die künftige Entwicklung" bezeichnet. „Zwischen zwei Kontinenten und zwei Meeren" sei Andalusien das ideale Tor Richtung Mittelmeer, nach Nordafrika und Südamerika. Geographisch durchaus richtig beschrieben, lassen sich die Vorteile dieser Lage doch arg in Zweifel ziehen. Den großen Seehäfen des Mittelmeers wie Genua, Marseille oder Barcelona wird kein andalusischer Hafen den Rang ablaufen. Die Wege zu den Märkten Zentraleuropas sind dafür einfach zu lang. Es ist außerdem ebenfalls zweifelhaft, ob in den heutigen äußerst beschränkten Handelsbeziehungen Europas mit Afrika große Zuwachsraten zu erwarten sind. Viel wahrscheinlicher ist, daß Andalusien die Rolle eines Grenzwächters gegen die zu erwartende Zunahme von afrikanischen Flüchtlingsströmen wird übernehmen müssen. Allein die verstärkten Anstrengungen Madrids im Rahmen der europäischen Aufgabenverteilung privilegierte Handelsbeziehungen mit Südamerika aufzubauen, rechtfertigen leicht optimistische Erwartungen. Der nicht erwähnte, aber viel gravierendere Nachteil, ist die Ferne zu den Zentralmärkten Europas, der durch die verbesserte Infrastruktur abgemildert, aber nicht beseitigt werden kann. Die Nähe zu wenig leistungsfähigen Regionen, wie Portugal oder Marroko ist nicht gerade ein Ausgleich. Kein Wunder, wenn mit dem italienischen Mezzogiorno, mit Portugal oder Griechenland die meisten Armenhäuser der EG im südlichen Randbereich Europas liegen.



(Der zweite Teil dieses Beitrags, der am Beispiel der EXPO die Umstrukturierung eines Landes – ungebrochen nach ausschließlich kapitalistischen Gesichtspunkten – für den europäischen Binnenmarkts beschreibt, folgt im nächsten SF.)

von Werner Portmann

WELTHANDEL

am Beispiel des Textilbereichs

unter der besonderen Berücksichtigung der Beziehung, Türkei - Schweiz

"Eine neugeordnete Gesellschaft wird den Irrtum aufgeben müssen, nach dem die einzelnen Nationen entweder nur landwirtschaftliche oder industrielle Erzeugnisse herstellen dürfen. Sie wird sich in der Erzeugung von Nahrungsmitteln und vielen, wenn nicht den meisten Rohmaterialien auf sich selbst verlassen müssen."
(Peter Kropotkin)

Anarchistisches Vorwort

Das Dilemma des Anarchismus besteht in seinem unzulänglichen Bemühen, sich mit den bestehenden ökonomischen Ideologien auseinanderzusetzen, was nicht eine neue Feststellung ist. Schon 1979 schreibt C. Geist in einem Nachwort zu einer Rocker Broschüre: *"Bei der Lektüre libertärer Texte, fällt auf, daß es an einer fundierten ökonomischen Analyse mangelt. Meines Erachtens ist dies eine Schwäche der libertären Bewegung."*

So blieben die Werke Proudhons, Santillans, Rockers, Kropotkins, Pelloutiers und Ramus' die einzigen, die sich intensiv mit eigenständigen ökonomischen Analysen befaßten. Alle diese Werke sind jedoch alt und teilweise nicht sehr fundiert. Andere AnarchistInnen lehnen sich in den ökonomischen Fragen an Marx an, wie z.B.Most, Bakunin und Cafiero es taten und Guèrin es tut.

Darum kann ich schreiben, daß in den letzten 50 Jahren keine relevante eigenständige Analyse der Ökonomie, ja geschweige denn eine Theorie der Antiökonomie aus anarchistischer Sicht erschienen ist. Dieses Mangels bewußt, aber nicht eingestehend, ziehen wieder viele mit den alten Theoretikern unter dem Arm durchs Land. So scheint uns z.B. eine Welle mit Proudhon zu drohen, oder, als Mischung von Dühring und Proudhon, die GesellInnen des Freigeldes. Im Schlepptau dieser staubigen Theoretiker - vor allem Proudhons - werden Nationalismus und Rassismus/Sexismus wieder für hoffähig erklärt oder verharmlosend übergangen. Hauptsächlich im deutschen Sprachraum scheint eine Neorenaissance Proudhons ihre Blüten zu treiben. Zwar sind kaum Werke in deutscher Übersetzung erschienen, und nur Wenige lesen die Orginale in Französisch, trotzdem, oder gerade deshalb, wird ein beschönigter Zitatenschutt seiner Theorien über uns geschaufelt. (In England scheint sich dies in milderer Form auch abzuzeichnen).

Daß dabei die alten Freihandels- und Marktideen, nach dem Zerfall der pseudosozialistischen Planstaaten, wieder zum Zuge kommen, bestätigen leider die bösesten Diffamierungen gegen den Anarchismus, werden sich doch solche ApologetInnen kaum von MarktwirtschaftstheoretikerInnen des Liberalismus unterscheiden können. "Back to the Roots", zurück zu Adam Smith, und seinem "Wohlstand der Nation", scheint das modische Schlagwort. Wer hat denn schon das Schlußkapitel dieses Buches gelesen, wo geschrieben steht, wer denn den europäischen Wohlstand bezahlen soll - die nichteuropäische kolonisierte Bevölkerung!

Solange aber sich niemand daran stört, daß "AusländerInnen", "Juden", Fahrende und Frauen bei gewissen noch als Anarchisten bezeichneten Theoretikern nichts mehr denn als "Abschaum" gelten, solange kann vor allem Mann das einfach übergehen.

Da läßt sich's auf den kropotkinschen Ansätzen eher aufbauen. Jedoch ganz unproblematisch ist Kropotkin auch nicht (nicht zuletzt wegen seiner zeitweiligen Kriegshetze und seines Patriarchentums). Seine Hoffnung z.B. auf die Kleinindustrie in "Landwirtschaft, Industrie..." ist rührend und von der einen Illusion getrieben, den Nachweis zu erbringen, daß die Kleinindustrie der großen Fabrik überlegen sei und ihr die Zukunft gehöre. Selbst Colin Ward muß eingestehen, daß seine Einschätzungen sich nicht erfüllt hätten; und trotzdem versucht er eine Rettung des Buches, indem er es als Wahrheit für die Zukunft verkauft - ganz im chiliastischen Sinne. Dabei wäre noch genug Substanz im Buch vorhanden, um es lesenswert bleiben zu lassen ohne es verklären zu müssen; genügend Ansätze, ein ökologisches, nichtausbeuterisches Gesellschaftsmodelle mit Teilen seiner Ideen aufleben zu lassen, verbunden mit neuen Erkenntnissen und Zusammenhän-

gen. Denn erstaunlicherweise sind Klein- und Mittelbetriebe immer noch stark produktiv tätig, aber nur dort, wo mit modernsten Maschinen und wenig Personal produziert werden kann. Diese Maschinenproblematik jedoch war für unseren Fürsten leider kein Thema. Es liesse sich sogar aus diesen Fundamenten eine Antiökonomie formulieren, die den Glauben an die Wissenschaft der Ökonomie, ob Plan oder Freimarktwirtschaft, als Mythos entlarvt und verwirft (trotz der religiösen Wissenschaftsgläubigkeit Kropotkins), und die uns bei der Problematik eines gerechten Tausches oder Welthandels weiterhelfen könnte. Z.B. das Bolo Bolo-Modell, das aus einer marxistischen Sicht leider auch nicht über eine Weiterführung Kropotkins hinausgekommen ist, weil es die selben naiven Fehler beinhaltet (und uns trotzdem als neuer Hoffnungträger verkauft wird).

Denn nicht die Probleme der Ökonomie, sondern die Illusion einer Planbarkeit und Bestimmbarkeit eines Wirtschaftsraumes und einer Wirtschaftsidee, -selbst mit modernster Chaostheorien ausgetüftelt - ist die Schwierigkeit, die von der wirklichen Ursachen des Elends ablenkt. Es ist im Unterschied zum Marxismus ja gerade die anarchistische Erkenntnis, daß die Herrschaftsstrukturen erst eine gewisse Ökonomie ermöglichen und nicht umgekehrt. (Siehe u.a.PROKLA Nr. 81 Macht und Ökonomie zur Hegemonialrolle der USA) Nicht nur aus diesem Grunde wird der Anarchismus als Idee so wichtig bleiben.

"So »produziert die Macht Realität«, und die Ordnung, die sich daraus ergibt, ist weit mehr als nur eine Definition unserer Wirklichkeit: sie ist auch Herstellerin und Hauptakteurin einer Denkweise und einer Lebensart, die unsere Existenz und die des Andern prägt, dieser Andere, der von der Ordnung auf das Podest erhoben wird, nur um ihm als Marionette eine Bedeutung zu verleihen, die ihn definitiv ausschließt. Wenn er sich nicht unterwirft, ist er zum Verschwinden verdammt. (...)

Die ökonomische »Vernunft« hat die Religion ersetzt, die Prinzessin hat die Nachfolge der Königin angetreten auf dem Thron unserer Mythen, und sie lenkt unser Schicksal zur grossen Zufriedenheit der »Ordnungs-Hüter«, unterstützt von der liebenswerten Figur des Prinzgemahls ,des Garanten des Glücks ihrer Untertanen." (Rist/Sabelli "Das Märchen von der Entwicklung")

Selbst in einem jüngst erschienen, sich um neue Wege bemühenden Artikel von W. Haug sind teilweise antiquierte Analysen aus einer nationalen ökonomischen Sicht feststellbar. So untersucht sein Beitrag u.a. die Entwicklung im Textilbereich der BRD anhand von Beschäftigungszahlen und Rationalisierungstendenzen ohne auf das Wechselspiel, vor allem, der BRD-Textilindustrie mit dem Weltproduktionsplatz einzugehen. Für Italien beleuchtet er einige Entwicklungen, die meines Ermessens nicht repräsentativ sind, stellen sie doch Zwischenetappen dar in der globalen Arbeitsteilung und auf dem Weg einer radikalen Produktionsumverlagerung. Diese sich alleine auf die BRD verengende Sicht, insbesondere bei seinen Schlußfolgerungen, läßt ihn selber in ein ähnliches, wie von ihm kritisierten Klassenkampf-Schema zurückfallen, wenn er sich nur auf den nationalen Produktionsbereich konzentrierend, den tertiären Bereich verharmlosend, uns mit einem Alltagskulturkonzept eine scheinbar neue Wunderwaffe des Widerstands aus dem Hut zaubert. Europa wird immer mehr für die Entwicklung (Wirtschafts-, Wissenschafts-, Kunst- und Kulturprojekte, usw.) von Ideen bezahlt, die Andere erst in Ware umsetzen oder auch nicht, also gerade für diese gedankliche "kulturelle" Arbeit. Liegt er mit seiner Analyse für Mitteleuropa (EG 92) richtig, so franst seine Theorie außerhalb dieses Europas zusehends aus.

Das ist der Punkt der meist fehlt, die lokalen Erkenntnisse und Zustände mit denen anderswo zu vergleichen und ihre gegenseitige Abhängigkeit zu untersuchen, die Merkmale einer nationalen eurozentristischen Sichtweise zu vermeiden, das ist die Kunst des Vordenkens eines Handelns und eines so möglichen Widerstands. Ich hoffe irgendwann ausführlicher darauf eingehen zu können.

Die Diskussion um "Entwicklungshilfe", gerechten Welthandel mit der "Dritten Welt", ist ein wichtiger Faktor der nirgends in einer Strategie fehlen sollte. Die Problemlösungen dieser Fragen könnten meiner Meinung nach auch zu unserer Befreiung werden.

Daß die Textilindustrie in den meisten Ländern die Vorreiterin der Industrialisierung war und ist, dieses macht ihre Analyse so interessant, vor allem in Zeiten, wo an vielen Orten ein gesellschaftlicher Paradigmawechsel feststellbar ist, d.h. z.B die Verschiebung von Mitteleuropa/USA von Produktions- zu Plan- und Steuerzentralen-Gesellschaften der Weltwirtschaft (Stichwort neue Weltordnung). Ja-, sie kann die Verschiebung von Produktionsstandorten und die damit einhergehenden Herrschafts- und Wirtschaftsdependenzen aufzeigen.

Die ökonomische Struktur ist heute nicht mehr einfach von den gesellschaftlichen Zuständen zu trennen. Ob in Indien versklavte Kinder 14 und mehr Stunden für den Export Teppiche knüpfen, ob die Löhne in China darum so tief sind, weil Teile der Textilindustrie in Gefangenlagern betrieben werden, oder ob in Sri-Lanka oder bald in Kurdistan unter der Fuchtel des Militärs in sogenannten Freihandelszonen die Leute unter unmenschlichen Bedingungen ausgepreßt werden, es sind immer die Herrschaftsformen der Regierenden oder der Besitzenden, die solches ermöglichen. Sogar wenn hier in Europa die Anarchie (wie sie z.B. die Proudhonisten von heute verstehen) eingeführt würde, hätte sich für den Rest der Welt wenig geändert, denn wir sind die eigentlichen ProfiteurInnen dieses Welthandelsgeflechts aus Elend und Unterdrückung, solange unser Denken nicht oszilliert zwischen föderalem Provinzden-

ken unserer Probleme und denen der Welt, sondern sich nur im nationalen marktwirtschaftlichen Rahmen orientiert. Was weltweite Solidarität aus anarchistischer Sicht heissen könnte, das müssen wir erst noch unter Beweis stellen. Es muß ein Kampf sein gegen Rassismus und Sexismus, muß die kritische Unterstützung aller Befreiungsversuche der Leute sein, die sich gegen jede Art von DiktatorInnen zur Wehr setzen, sollte ein Verständnis ihrer ureigenen Ideen sein, und nicht nur auf die Sicht des europäischen Anarchismus eingeengt werden.

Dieser Beitrag wird kaum all diesen geforderten Kriterien gerecht werden, er versteht sich eher als ganz bescheidenen Anfang eines anarchistischen Weltverständnisses, das sich nicht dorthin flüchten will, um nicht mehr am eigenen Widerstand in seiner nächsten Nähe teilnehmen zu müssen, sondern sich als Solidarität mit seinem "Kirchenspiel" und seinen Mitmenschen und den Menschen der Welt, wie es Hervè (vor seinem Umkippen ins Kontraire) einst gegen den aufflammenden Nationalismus und Patriotismus des ersten Weltkrieges geschrieben hatte. Dieser Artikel versucht anhand eines reichen Landes wie der Schweiz und einem halbindustrialisierten "Schwellenland" wie der Türkei, den Konflikt aufzuzeigen, der die Menschen ins Elend treibt. Ich will auch zeigen, daß gerade die größten Theoretiker des Freihandels jederzeit zu protektionistischen Mitteln greifen sobald sie sich bedroht fühlen; wie es das Beispiel des MFA zeigt.

Der Gipfel von Hunger, Elend und ökologischen Katastrophen ist noch lange nicht erreicht. Diese Fieberkurve der Vernichtung des Menschen durch Menschen kann auch an der gesteigerten Laufmenge pro Maschine oder den fallenden Löhnen abgelesen werden. Zu erkennen und aufzuzeigen, daß wenn die Laufmengen in der Schweiz und in der BRD mit allen modernen Mittel auf heute 0,8 Lohnminuten/Kilogr. gedrückt worden sind, dies anderswo Tausende von Toten bedeutet (und nicht "nur" hiesige Arbeitslosigkeit), das sollte unsere Aufgabe sein. Ist zur Zeit bei uns immer weniger rationalisierbar, weil zu teuer, und zu kapitalintensiv, so werden die Produktionen vermehrt in "Schwellenländer" verlagert werden. Die dortige Aufrechterhaltung von offenen Diktaturen, wird die Bedingung für billige Löhne sein, damit sich die Profite hier maximieren und damit die Herrschaftsverhälnisse auch in Europa noch mehr stabilisieren



Damit wir hier im Konsum weiterleben können, unsere Wirtschaft noch mehr auf "laissez faire" zusteuern lassen und der relativen Freiheit der Simulation eines anarchischen Zustandes weiterhin Ideen liefern, und mitzuhelfen, das verfälschte Bild einer vorgegaukelten Freiheit zu verbreiten, daran ist nicht zuletzt auch ein falsch verstandener Anarchismus mitverantwortlich. Schon heute wird z.B. die gegenseitige Hilfe informeller Gruppen illegal arbeitender Flüchtlinge, als Produktiv-Faktor z.B. in der Pariser Textilindustrie ausgenutzt. (M.Morokvasic "Die Kehrseite der Mode" Prokla 83)

"Da mutieren die Dependenz-Ideen lehrstuhl- und reihenweise zu liberaler Marktwirtschaft. Da gerät in Vergessenheit, daß »Entwicklung« nach wie vor ein kollektiver Aggressionsakt und ein kollektiver Wahn ist, dem Menschen und Kulturen hektombenweise zum Opfer fallen" (Mythos Entwicklung)

Setzen wir dem ein Ende mit dem Kampf gegen jegliche Herrschaft, der Herrschaft der Maschine und der blinden, forcierten technischen Entwicklung und ihrer Gehilfin der Idee "Ökonomie"!
Eine Übersicht der ökonomischen Verhältnisse, und daraus resultierende Analysen sind immer ungenügend. Die vielen Einflußfaktoren, die alleine schon vielfach im microökonomischen Bereich auftreten, lassen Prognosen und Aussichten für einen weltökonomischen Zusammenhang zur Prophetie werden. So sind alle angegebenen Verhältnisse eine Darstellung der Jahre 86 bis 89, weil kein aktuelleres Zahlenmaterial erhältlich ist.

Einleitung

Textilien werden in jedem Land hergestellt; sie gehören zu einem der vielen menschlichen Grundbedürfnissen. Das Handelsvolumen der Textilindustrie betrug 1986 am weltweiten Gesamthandel nur gerade 6%; und trotzdem ist es für viele nicht- oder teilindustrialisierte Länder ihre lebenswichtigste (wird der Rohstoffverkauf noch hinzu gerechnet) Existenzgrundlage. Es verwundert nicht, daß die Länder des Trikont (3. Weltländer wie Sie möchten) beim Textilwelthandel mit etwa einem Drittel am Weltmarkt beteiligt sind. Es ist eine der wenigen Branchen, wo die Trikontländer konkurrenzfähig scheinen. Für die industrialisierten Länder (OECD-Länder immer ohne die Türkei gemeint, die hier eine Ausnahme ist) wäre dieser Bereich eine wertmässig uninteressante Größe, wenn nicht mit zunehmender Rationalisierung - sprich Maschinisierung - ein weiterer lukrativer Markt durch den Verkauf von Textilmaschinen dahinter stände - dazu später.

Dabei wären wir schon beim Aufbau z.B. eines Kleidungsstückes; aus dem Rohstoff Baumwolle werden Zwirne oder Garne in den Spinnereien gesponnen, aus dem Garn entstehen in den Webereien Stoffe, die nach vielfältiger Veredelungen, in der Bekleidungsindustrie zu Kleidern zugeschnitten und vernäht werden.

Zur Baumwolle:

In vielen nichtindustrialisierten Ländern ist der Arbeitsprozess des Kleiderherstellens noch nicht arbeitsteilig organisiert, so z.B. in Indien dem Herkunftsland der Baumwolle (neben Südamerika). Dort spinnt, webt sich die Landbevölkerung ihre Kleider noch selber.

Lange galt das indische Baumwollgarn als das feinste der Welt und die dortige Protoindustrie war weltmarktdominierend. In Europa konnte bis zur Industrialisierung Baumwolle nicht in dieser Feinheit gesponnen werden; es bestand nur eine Protoindustrie die aus Flachs, Hanf und Stroh Stoffe produzierte; nur da und dort begann sich die Beimischung von Baumwolle zu verbreiten. Mit der Einführung der "Jenny" durch ein paar Außenseiter-Manufaktur-Herren/Handwerker konnte das Garn in indischer Qualität erzeugt werden und auch in größeren Mengen. Dazu kamen Handelsbeschränkungen (vorallem durch England) gegen den indischen Stoff, die Kolonisation durch die Apologeten des einsetzenden Imperialismus und damit der Verlust der Selbstbestimmung. Mit dieser Produktionsumlagerung und durch Staatsintervention begann, nach Meinung vieler HistorikerInnen, die eigentliche "industrielle Revolution". *"Mit der Revolution der Baumwolle, die, von England ausgehend, sehr rasch auf das übrige Europa übergriff, ahmte die alte Welt die indische Industrie zunächst nach, um dann zusehends aufzuholen und ihre Konkurrentin schließlich zu überflügeln. Für Europa ging es darum, ebenso gute Erzeugnisse billiger zu produzieren, ein Ziel, das sich nur mit Hilfe der Maschine verwirklichen ließ, da nur sie mit dem indischen Handwerker ernstlich konkurrieren konnte. (..) Von diesem Zeitpunkt an aber machte die neue englische Industrie Indien auf dem Baumwollmarkt Konkurrenz - einem riesigen Markt, der außer England und den Britischen Inseln Kontinentaleuropa umfaßte, außerdem die afrikanische Küste, wo Kattun gegen Negersklaven getauscht wurde, und den riesigen Markt Kolonialamerikas, von der Türkei, der Levante und Indien selbst noch ganz zu schweigen." (F.Braudel)*

Die Baumwolle verbreitete sich weltweit im subtropischen Gürtel von China ,Indien, der Türkei, UdSSR, bis in den Süden der USA. Baumwolle ist noch heute der wichtigste Rohstoff zur Textilherstellung; trotz des Syntheticfadens (Öl), der die Baumwolle in gewissen industrialisierten Ländern verdrängt hat (so sind in der BRD 60% aller verarbeiteten Fäden synthetischer Art).

Die größten ProduzentInnen sind (in mengenmässiger Reihenfolge) China, UdSSR , USA, Indien, Pakistan, Brasilien, Ägypten, und als 7.größte die Türkei. Es ist offensichtlich, daß nur da angebaut wird, wo weltweit die tiefsten Löhne für die meist weiblichen PflückerInnen bezahlt werden. Daß die USA in dieser Rangliste noch mithalten kann verdankt sie, nach der Abschaffung der Sklaverei, nur der hohen Mechanisierung des Baumwollpflückens und den meist illegal arbeitenden MexikanerInnen. Den Baumwollwelthandel kontrollieren zu 85% sechs Konzerne aus der USA, Japan, England und der Schweiz (Gebr. Volkart). So können die Abnehmerländer den Rohstoffpreis diktieren, der in den letzten 30ig Jahren nie wesentlich gestiegen ist, ja meist stark nach unten schwankt.



Welt-Textilproduktion

Was aus den Rohstoffen gesponnen und gewoben wird, wird als Welttextilproduktion in den Statistiken aufgeführt; dieses ist eine maschinenintensive Zwischenverarbeitung der Baumwolle. Daß dabei die OECD-Länder mit immer höherem Rationalisierungs- und Maschinisierungsgrad, die von den Hungerlöhnen lebenden Trikontländer dominieren, verwundert nicht (Dabei ist China als 4.größter Exporteurin und absolut Billigst-Lohnland den anderen auf der Spur). Bei der sich international verschärfenden Arbeitsteilung sind aber vermehrt in den baumwollproduzierenden Ländern Garnfabriken erstellt worden, die den größten Märkten, allen voran der EG vor Japan und der USA, assoziiert sind; z.B die Türkei (5.größter Baumwollgarn-produzent, nach UdSSR, Indien, USA usw.) Bei der Kunstfaserproduktion sind die USA, BRD und Japan marktbeherrschend und kontrollieren mit der Kunststoffaser indirekt den Marktwert des Baumwollgarns.

Die BRD (19,2 kg) führt vor der USA (18,9 kg) und der Schweiz (17,3 kg) 1985 im pro-Kopf-Faserverbrauch.

Die USA als weltgrößte Importeurin von Textilien und Bekleidung tritt nicht als marktdominierende Exporteurin auf, weil ihr Heißhunger an Textilien - unvorstellbar- fast den ganzen eigenen Markt plus EG, Schweiz und anderen Märkten schluckt, sodaß die Menschen der USA noch einen Teil des Prokopfverbrauchs der Schweiz und der BRD sowie der anderen Länder mitkonsumiert.

So sind die unter den Spitzenplätzen der 50ig führenden Weltkonzerne in der Reihenfolge USA, Großbritannien, Japan, BRD und Frankreich anzutreffen, welche ihre Produktionsstätten weltweit verstreut betreiben. Von den Firmen der nicht-OECD-Länder haben nur Brasilien und Südkorea Weltbedeutung (aber starke Verflechtung mit OECD-Finanzkapital).

Bekleidungsindustrie

Die Bekleidungsindustrie (plus Leder- und Schuhindustrie) ist der zweite Faktor des Welthandels in Textilien. Sie ist in den OECD-Ländern, außer in Italien und BRD, nicht sehr rentabel. So belegen Hong Kong, Südkorea und Taiwan (auch China) die Weltexportspitzenplätze. Die Bekleidungsindustrieproduktion konnte bis heute nicht stärker rationalisiert werden. Sie ist personalintensiv geblieben, so daß Gewinne nur durch möglichst geringe Löhne erzielt werden können. Aus diesem Grunde sind die meisten Produktionsstätten in Südostasien. Italien und die BRD sind in dieser Statistik mit dabei, weil ein Großteil in Billigst-Lohn-Ländern produziert wird (z.B Maghreb-länder). Zurück geht das Produkt dann ins Auftragsland, um von dort als einheimisches Produkt weiter verkauft zu werden.

Der Handel mit Bekleidung wird von den OECD-Staaten dominiert. So schliessen immer mehr OECD-Textilproduzenten ihre Fabriken und betreiben Handel. Dabei dominiert die USA und Japan, aber auch die Schweiz, die mit der Migros als Kleiderwiederverkäuferin, in der Weltrangliste des Detailhandels den 8. Platz einnimmt.

Textilmaschinenindustrie und Finanzkapital

Die Maschinenindustrie gehört zwar nicht zur Welttextilhandels-Statistik, sie verdeutlicht aber wie der relativ kleine Anteil am Weltmarkt der OECD-Länder (immer im Vergleich zu den anderen Sparten des Welthandels) durch das technische Know-How die ganze Entwicklung der nicht-OECD-Staaten mehr oder weniger steuert und hier mit hohen Gewinnen ihren verlorenen Weltanteil wett zu machen vermag. So teilen sich die BRD und die Schweiz fast zur Hälfte den Textilmaschinen-Weltmarkt (Schweiz 22% Anteil), wobei die Schweiz bei der technischen Entwicklung bald nicht mehr mithalten kann, weil das Entwicklungsumfeld im Microelekrtonikbereich nicht vorhanden ist, sodaß sie den Platz wohl bald an Japan abgeben muß. Durch internationale Zusammenschlüsse (Joint Venture mit Japan, BRD) will sich die Schweizer Industrie retten. Ein Unternehmen z.B. wie Sulzer Rüti arbeitet heute eng mit dem japanischen Produzenten Toyota zusammen. Dabei wird vermehrt die Produktion ausgelagert um nur noch mit Know-How-Handel und -Verkauf Geschäfte zu tätigen.

Die Konzentration d.h. Monopolisierung des Marktes nimmt stetig zu, was Unterteilungen in Länder immer schwieriger und absurder werden läßt, ja eher Verwirrung stiften kann. Daß in diesem Textil- und Maschinenproduktionsbereich eine massive Kapitalisierung erfolgt um "konkurrenzfähig" bleiben zu können ist logisch. So wird die weltweite Finanzkapitalbeteiligung immer größer und undurchsichtiger und würde im Bereich Textil nochmals die doppelte Länge dieses Beitrags erreichen.

Textil-Welthandel Situation und Aussichten:

Kein Welthandel ist so stark reglementiert und mit Auflagen versehen wie der Welttextilhandel!

Als nach dem Krieg der Trikont seine Weltmarktstellung im Textilbereich, allen voran Japan, verstärkte, fühlte sich vor allem die USA und später die europäischen Länder genötigt, Handelsbeschränkungen zum Schutze ihrer Industrie zu ergreifen.

Daraus entstand 1961 auf Druck der USA das erste Welthandelsabkommen LTA (Long Term Arrangement) im Rahmen von GATT-Verhandlungen. Weil immer weniger Länder in das LTA eingebunden werden konnten, wurde 1974 sein Nachfolger das MFA (Multi-Fibre-Arrangement) nachgeschoben, das in seiner vierten Auflage 1986 erneuert wurde.

Mitte dieses Jahres wäre ein neuer Vertrag fällig und soll im Rahmen des GATT neu ausgehandelt werden. Es ist klar, daß die OECD-Länder am Status Quo interessiert sind und die Forderungen der nicht-OECD-Länder auf freien Welthandel nicht akzeptieren werden, hat ihnen doch das MFA-Abkommen nur gute Dienste erwiesen.

So regelte es z.B die Wachstumsrate der Industrie in einzelnen Ländern, was den Schwellenländern verunmöglicht, neue Märkt zu erschliessen. Nicht alle Länder haben diesen Vertrag ratifiziert, doch sind über 85% aller Staaten durch Bilateralverträge mit den Unterzeichnern assoziiert. Europa und die USA haben integrierende Spezialverträge abgeschlossen, so z.B. die USA mit Mexico und der Karibik. Die Schweiz hat als Exportland wenig von den MFA-Möglichkeiten, Handelsbarrieren zu errichten, Gebrauch gemacht, weil sie um die Folgen fürchtet. Das könnte sich zusammen mit anderen EWR-Staaten ändern. Die Türkei hatte das MFA schon mehrmals hart zu spüren bekommen: so hat z.B. die EG mit 44 Interventionen in 3 Jahren den steigenden Marktanteil der türkischen Produkte beschränkt.

Die Produktion in den OECD-Ländern hat mit kapitalintensiver Automatisierung ihren Stellenwert vor allem in der Textilindustrie behaupten können und wird dank Personalabbau (mehrheitlich Frauen) und enger Zusammenarbeit mit der Maschinenindustrie diese Position halten können. Weiter werden vermehrt synthetische Fasern im Produktionsprozess Anwendung finden, was die nicht-OECD-Staaten weiter schwächen wird. Die Bekleidungsindustrie wird immer mehr in nicht-OECD-Länder verlagert; ein kleiner, für jedes Land strategisch wichtiger Bereich wird aber aufrechterhalten bleiben. (Dabei laufen an den techn. Hochschulen Automatisierungsversuche auf Hochtouren.)

Die Verschuldung der nicht-OECD-Länder steigt, wenn sie auf dem Weltmarkt durch Automatisierung mithalten wollen, die mit Hilfe von IWF-Krediten und sonstigem Auslandskapital erreicht wird.

Dabei ist bei einer Rationalisierung eine ansteigende Überkapazität zu befürchten. Die Abhängigkeit zu den OECD-Ländern wird steigen, wenn der MFA-Vertrag nicht aufgelöst werden kann und z.B. die Rohstoffpreise keinen "gerechten" Preis erzielen. Aber auch weniger Baumwollanbau für den Export, dafür mehr Lebensmittel für den Inlandbedarf und mehr Selbstversorgung durch eigene selbstverwaltete Handwerksbetriebe usw. könnten eine Loslösung vom Diktat der OECD-Länder sein!

Die Terms of trade im Textilwelthandel sagen wenig über die Situation der Industrie in den jeweiligen Ländern aus, ausgenommen über die UdSSR und USA, die beide ein großes Außenhandelsdefizit aufweisen.

Sich aus diesem Teufelskreis zu lösen bedeutet auf großindustrielle Produktion zu verzichten (alle Länder) und eine dezentrale Selbstversorgung anzustreben mit minimalem Rohstoffbedarf.

Heißt also nicht internationale Arbeitsteilung wie wir beim Vergleich Türkei - Schweiz sehen werden; heißt aber vor allem internationale Solidarität. (Oder besser übernationale Solidarität, weil Nationen abzulehnen sind.)

Textilsituation der Schweiz:

Die Schweiz war im 19.Jh. nach England das frühindustrialisierteste Land Europas. Trotz großer Rohstoffabhängigkeit konnte sich eine Protoindustrie entwickeln, die

u.a. durch französisches Kapital industrialisiert wurde. Konzerne wie der der Eschers entstanden (die eigentliche Hasardeure waren). Sie verbanden nicht nur die Fabrikation mit dem Handel, sondern schmuggelten die mit Ausfuhrverbot belegten englischen Textilmaschinen in die Schweiz, mit denen der Grundstock der Textilmaschinenindustrie gelegt wurde. Doch viele HeimarbeiterInnen ließen sich nicht einfach so proletarisieren. So brannten nicht nur in England die Fabriken und der Ustermer Brand sollte in jener Zeit nicht der letzte gewesen sein.

Die Technisierung zwang Hunderttausende verarmter HeimarbeiterInnen in die Emigration. So untersuchte Kropotkin in seinem Buch *"Landwirtschaft und Industrie und Handwerk"* die Schweizer (Textil)Heimindustrie und stellte fest, daß die Schweizer Heimindustrie anfangs unseres Jahrhundert in Europa noch die größte Ausdehnung gehabt hatte und in Kämpfen gegen die Maschinen immer mehr an Boden verlor. Die mitschwingende Hoffnung, daß die Heimindustrie den Kampf gewinnen könne, hat sich als Wunschdenken Kropotkins erwiesen. Bis 1929 blieb die Textilindustrie die wichtigste Industriebranche, was die Anzahl der Arbeitsplätze betraf (31% der Beschäftigten). Die Arbeitsplätze verloren in diesem Industriebereich schnell an Bedeutung, und so liegen sie heute mit 35'000 Beschäftigten (2.9%) bald hinter denen der Uhrenindustrie. Trotzdem hält die Textilindustrie noch heute den viertwichtigsten Platz der Exportbranche. Es verwundert also nicht, daß die Textilindustrie in Sachen Ausbeutung d.h. Arbeitsproduktivität an der Spitze aller Branchen liegt. Diese wurde vor allem durch Schließung und Rationalisierung der Fabriken erreicht. Weiter spielen die niedrigen Löhne (im Schweizer Vergleich) der ArbeiterInnen, die überwiegend von EmigrantInnen gestellt werden, eine große Rolle. Die Hälfte aller Beschäftigten sind Frauen, ihre Löhne sind (was in Europa nach Irland einen Spitzenplatz ergibt) 34% unter denen der Männer. Bei Entlassungen sind in den meisten Fällen die Frauen und Emigranten als erste betroffen.

Die Textilindustrie hat den höchsten Anteil an unqualifizierten ArbeiterInnen (MassenarbeiterInnen). In der stark defizitären Bekleidungsindustrie (Verlust von 50% aller Arbeitsplätze, weil Terms of trade stark negativ) ist der Anteil Frauen um einiges größer und mit Stundenlöhnen um 8 Fr. unter der absoluten Grenze der Existenz. Daraus wird ersichtlich, warum nur noch im Tessin die Bekleidungsindustrie überleben kann, weil dort genügend Grenzgängerinnen genötigt sind, diese Löhne zu akzeptieren.

Der EG-Markt ist der wichtigste Abnehmer von Schweizer Textilien; allen voran die BRD. Die Grenzen der Rationalisierung sind aber erreicht und die Finanzierungskosten für Neue Technologie enorm; daher wird versucht die Laufzeiten zu erhöhen , z.B. mit Ausbau von Sonntagsarbeit usw.. Doch hier sind die Grenzen erkennbar, weil eine weitere Rationalisierung am hohen Kapitalisierungsgrad und der Unbezahlbarkeit neuer Kapitalinvestitionen scheitern wird. Denn schon heute werden die meisten Textilfabriken von den Großbanken als stille Schatten dominiert.

364 Mittel- und Kleinbetriebe machen die Schweizer Textilindustrie aus (60% mit unter 50 Beschäftigten). Nur die Viscosuisse als Kunstfaserproduzentin kann als Großbetrieb bezeichnet werden (über 500). Es scheint als könne der Weltmarktanteil der Textilindustrie durch Spezialisierung (Nischenbereiche), einem kleinen Anteil Luxusprodukte (Stickerei) und einem großen Anteil von qualitativ mittelmäßigen Produkten (hoher Produktionsausstoß) gehalten werden. Als Rohstoffveredlerin ist die Schweiz voll von den Grundstoffen abhängig und vor allem im Zwischenproduktebereich tätig. Es bleibt aber das Gefühl, daß die Textilindustrie nur als Testlabor für die Maschinen- und Chemieindustrie überleben wird; - von den Banken am Leben erhalten- um so den Anschluß in der High-Tech-Branche nicht zu verlieren. Der Textilbereich wandelt sich zusehends von einem Produktionsbereich in einen tertiären Handelsbereich (z.B. Migros). Es scheint, daß die Schweiz als erstes Land einem wirklichen postfordistischen Wirtschaftsmodell (was über dieses Modell als Schlagwort auch immer gesagt werden kann) entgegen geht, da der heutige Dienstleistungsanteil mit bald über 60% der Beschäftigten die größte Wertschöpfung erzielt und große Export-Produktionsanteile nur in kleinen High-Tech- und Chemiebereichen verbleiben werden. Die restlichen Segmente werden mehr oder minder nur noch aus Strategie- und Forschungsinteresse aufrechterhalten. Die weitere Verelendung des Trikont wird zu steigender MassenarbeiterInnenbewegung führen, die je nach Bedürfnis der Industrie (z.B. wie heute Saisonnierstatut) und mit Hilfe des "Schengener Abkommens" reguliert werden kann, um weiterhin das erforderliche billige Betriebspersonal, wo nötig, einsetzen zu können. Dabei wird die eigentliche Produktion aus ökologisch lohntechnischen Gründen womöglich in Schwellenländer verlagert (siehe Rolle der Türkei und EWR-Raum)



Textilsituation in der Türkei

Neben Südostasien und Brasilien ist die Türkei eine der weltbedeutendsten Textilproduzentinnen. Die Textilindustrie ist mit 28% der wichtigste türkische Exportbereich und einer der wenigen Bereiche, der dem stark verschuldeten Land Devisen einbringt. Wie in allen Ländern steht am Anfang seiner Industrialisierung die Textilindustrie, die bis heute der größte Industriebereich geblieben ist und mit einem Drittel aller Industrieangestellten (circa 800'000) ein Fünftel der Landesproduktion herstellt. Konnte sich anfangs des 19.Jh. das osma-nische Reich mit Textilien selbstver-sorgen, so mußte es, nachdem das eng-lische und das deutsche Finanzkapital das Land zur "Halbkolonie" gemacht hatten, 80-90% der Stoffe und Garne importieren. Dies war ein Grund, warum die Türkei auf die Industrialisierung setzte, und hoffte, mit einer unabhängigen Industrie die schleichende Abhängigkeit überwinden zu können. Doch bis heute ist eher von einer "halb-

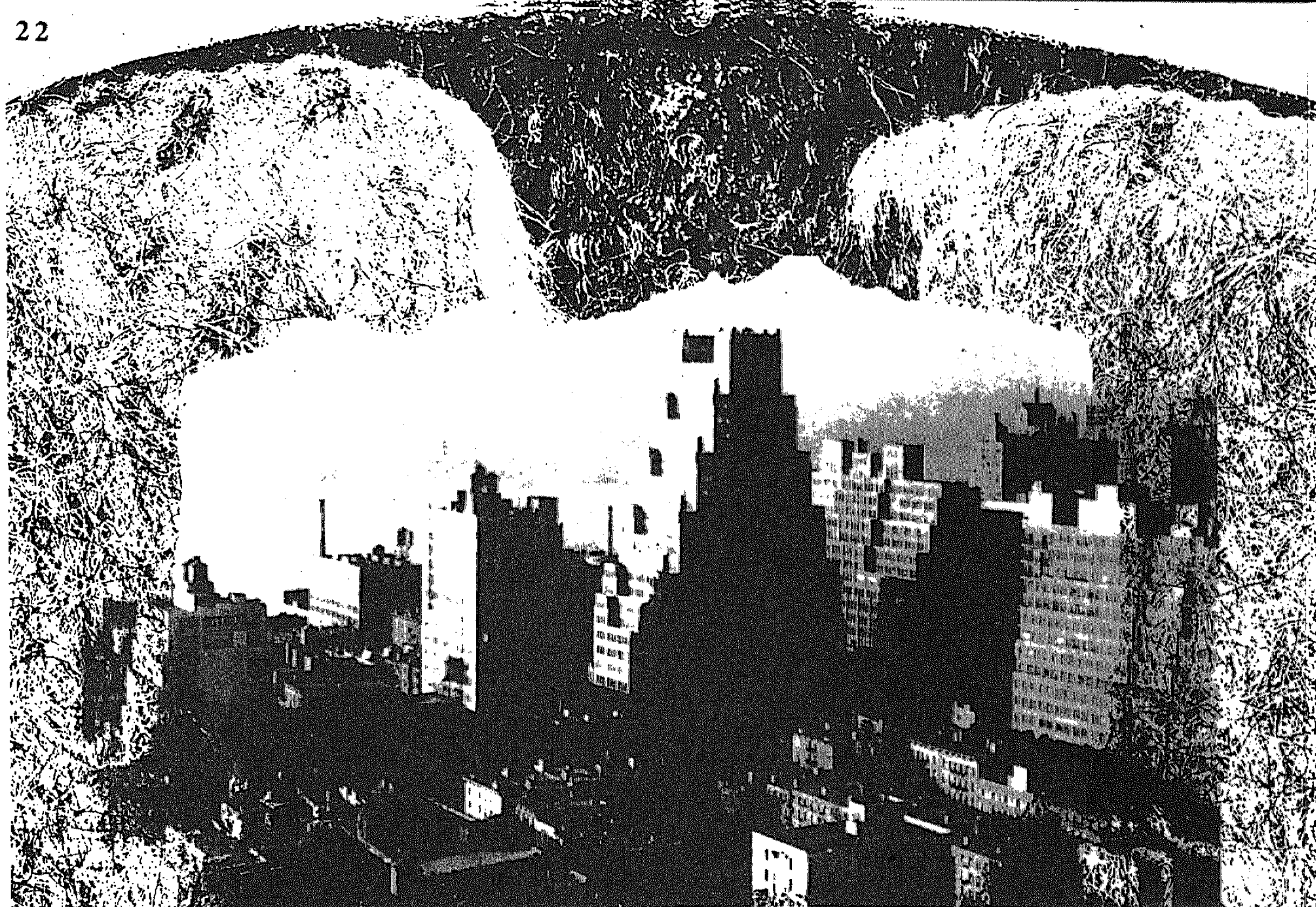
asiatischen agrarischen Pro-duktionsweis" d.h. einer staatlich ge-lenkten Wirtschaft (Fünfjahrespläne) mit Privatbereich, einer großen Bürokratie, die eng mit dem Handel verflochten ist und unter Dienstleistungssektor geführt wird (eine Mehrheit ist in der Landwirtschaft (58 %) und Protoindustrie (10 bis 15%) beschäftigt) zu sprechen, als von einem Industrieland. Dabei sind Staat und Großgrundbesitz (Agas) und Industrie eng verflochten. Das Arbeitslosen-Heer vergrößert sich täglich in den Städten, so werden z.B zur Zeit Tausende von KurdInnen durch das GAP-Staudamm-Projekt von ihrem Land vertrieben. Heute stehen 2,3 Millionen der in der Industrie Tätigen einer Reserve-Armee von 2,8 Millionen Erwerbslosen gegenüber. So soll mit Hilfe von IWF-Geldern (fließen vor allem in die Textilindustrie und in Tourismusprojekte) und dem GAP-Strom Textilfabriken u.a. aus Italien (Benetton) in sogenannten "free trade" Zonen angesiedelt werden (unterliegen keinen Steuern und Zöllen und sind nicht an irgendwelche Lohngesetze gebunden), um einen Teil der aufständischen kurdischen Bevölkerung durch "Strukturverbesserungen" zu integrieren. Bis in die 30er Jahre waren außer der Textilindustrie (staatlich) keine größeren Industrien vorhanden. Die Exportprodukte waren vorwiegend Agrarprodukte (Baumwolle). Die Großgrundbesitzer industrialisierten die Landwirtschaft auf Monokulturen (z.B. Baumwolle) und trieben viele Bauern in die neuen Fabriken. Die einsetzende Industrialisierung wurde auf dem Buckel der WeizenproduzentInnen und der ArbeiterInnen finanziert.

Mit dem Beitritt 1947 zum IWF und der OECD erhoffte sich die Türkei eine weitere Finanzhilfe, um das Land weiter industrialisieren zu können. So wurde 1962 das sog. Türkei-Konsortium im Rahmen der OECD gegründet. *"Lange bevor die Türkei mit dem IWF zu verhandeln begann, stellten die westlichen Regierungen und Banken einen Punkt völlig klar: Ihr Hilfspaket hänge davon ab, daß die Türkei ein Abkommen mit dem Fonds schließe (Türkischer Unternehmerverband TÜSIAD) So spielt der IWF die Vorreiterrolle, benutzt das Instrumentarium seiner Vollmacht, um eine bestimmte Wirtschaftspolitik zu erzwingen; ist dies geschehen, überläßt er einen Großteil der Kreditvergabe der OECD."* (R.Werle)

Unter diesem Druck wurde die Türkei zu "Freihandel" gezwungen und mußte unter Mithilfe des Militärputsches 1980 zum Monetarismus übergehen und wird heute von einem ehemaligen Angestellten des IWF (Özal) präsidiert.

Die "Sümerbank" ist zur Zeit mit 60'000 Beschäftigten der größte Textilkonzern des Landes. Er ist trotz Verkaufsversuchen immer noch in Staatsbesitz und hat in den letzten Jahren wieder schwarze Zahlen geschrieben. Ein Sechstel der ganzen Garn-, ein Fünftel der Kleiderproduktion wurde von Sümerbank hergestellt. Eine weitere große Firma im Textilbereich ist die "Sabanci Holding" mit 26'000 Beschäftigten (verteilt aber in allen Industriezweigen), die Webereien, Spinnereien und Baumwollplantagen besitzt. Mit der Firma "Taris" besitzt der Staat eine kleine Kunstoffaserindustrie. Ein Großteil von Betrieben weist eine Beschäftigtenzahl von 100-500 Leuten auf. Ihre Arbeitsbedingungen (vor allem im Kleider- und Lederbereich) sind proto- und frühindustrieller Art. Die Bekleidungs- und Lederindustrie befindet sich meist in den Städten z.B. Istanbul, wo in Kleinst-Ateliers produziert wird. So besteht das Gelände der Lederfabrik "Kazlicesme" mit 10'000 (!) Beschäftigten aus kleinen Ateliers und kleinen Werkhallen. Im letzten Herbst sollten die 10'000 ArbeiterInnen aus ihrer unmenschlichen Höhle aus Staub und Dreck in eine neue Fabrikanlage am Rande der Stadt ziehen. Die ArbeiterInnen weigerten sich, weil sie wussten, daß der Umzug dazu diente, die Gewerkschaft "Derils" aus dem Betrieb zu säubern.

Die Textilindustrie boomte in den letzten Jahren mit Zuwachsraten von bis zu 81 %, sodass der Käufer von 4/5 aller Textilien, der EG-Raum (die Türkei ist damit Drittgrößte EG-Raum-Lieferantin), mit Einfuhrzöllen ja sogar mit Einfuhrstopps reagierte. Weiter konnte die Türkei ihren Markt vor allem gegen Südkorea (die Türkei ist nach Südostasien 2.größte Kleiderlieferantin in den EG-Raum) verteidigen, indem sie stark rationalisierte (mit Geld aus der BRD OECD/IWF für ältere Maschinen); was Überkapazitäten zur Folge hatte. Die Verschuldung stieg immer mehr an, sehr viele Investitionen flossen insbesondere in die staatlich geförderte Industrie, bei der Riesengewinne



erzielt werden konnten. So vergibt der Staat Kredite zu Zinssätzen von 30% an Investoren und das bei einer Inflationsrate von 68%! Dabei verlieren die Löhne jährlich um mehr als 50% an Kaufkraft, was das Lohnschlußlicht Türkei in der Weltrangliste erklärt.

Die Prognose für den kranken "Mann am Bosporus" ist nicht günstig, trotz Vorteilen wie die nahe Lage zum EG-Raum (Lieferung in 2 Tagen anstatt 30 von Südostasien). Die teilweise einseitige Ausrichtung (so brach z.B. der wichtige Iraker Markt wegen des Golf-Krieges zusammen) führt immer wieder zu größeren Kollapsen.

Textilbereich Schweiz Türkei:

Die Schweiz ist für die Türkei das 12.wichtigste Exportland (Grafik 14). Als 9.größter Kleiderlieferant der Schweiz hat sie wichtige Marktsegemente erobert, vor allem in der Leder- und Bekleidungsbranche, die stark vom Trikont dominiert wird. (So ist jedes 3.Kleidungsstück in der Schweiz aus dem Trikont) Vergleichen wir aber die Handelsbilanz mit der Türkei, so erzielte die Schweiz 1989 einen 3-fachen Überschuß, nur die BRD hat noch einen vergleichbaren Überschuß mit der Türkei erzielt. Die Zahlen verdeutlichen uns am Beispiel der Türkei, die die viertwichtigste Maschinenkäuferin der Schweiz ist (nach USA, Italien und BRD), was für Gewinne mit dem Tausch Textilien gegen Maschinen erzielt werden. Die Produktion von Maschinen (und vor allem auch der Handel damit) ist immer noch einträglicher als die Produktion von lebenswichtigen Gütern.

Zwar besitzt die Türkei Beteiligungen an Fabriken in der Schweiz (z.B Sabanci bei der Hefti AG in Glarus) und es lagern hier etwa 4,5 Mrd. Fr. Fluchtgelder (jährlicher Zuwachs 656 Mio), die unser Finanzkapital stärken. Doch ändert das nichts daran, daß Schweizer Finanzkapital in der Türkei jährlich als eine der größten InvestorInnen (etwa mit 244 Mio Fr., die vor allem in die Tourismusindustrie fließen) auftritt und die viertgrößte Kapitalbeteiligung der Welt in der Türkei aufweist. Das anschaulichste Projekt dafür bleibt das GAP (Atatürk Staudamm), wo Schweizer Banken und Großkonzerne durch die Zerstörung von Tausenden von kurdischen Lebensgrundlagen, Flüchtlinge produzieren, um den Gewinn zu maximieren.

Quellen:

Textil allgemein:

World Textile Trade and Production Trends, Special Report No. 1108

Employment and Working Conditions in the European Textile...,ETUI

Kleider und Mode, Erklärung von Bern

Weltwirtschaftsreport 1990

Zur Türkei:

Die Türkei im Umbruch, Özak/Dagyeli Hrsg.

Die türkische Wirtschaft im 20.Jh. (1908-1980), Boratav

Partner Türkei oder Foltern für die Freiheit des Westens, Roth/Heinrich

Türkei - Hinter den Kulissen eines Wirtschaftswunders, Pauli

"Modell" Türkei Ein Land wird kaputtsaniert, Werle

Zur Schweiz:

Probleme und Perspektiven der schweizerischen Textilindustrie, Frick /GTCP

Textiltage 1990, Referat Rudin/VATI

Textil- und Bekleidungsindustrie 1989 (div. Textilunternehmer)

Wirtschaftsgeschichte der Schweiz

Zu Schweiz-Türkei:

Eidg. Zollstatistik 1989

Jahrbuch Schweiz-Dritte Welt 1991

Allgemein:

Braudel "Aufbruch zur Weltwirtschaft"

P. Kropotkin "Landwirtschaft Industrie und Handwerk"

W. Haug "Die Umstrukturierung der Arbeit" in "Anarchismus heute"

G.Rist/F.Sabelli "Das Märchen von der Entwicklung"

Ökozidextra "Mythos Entwicklungshilfe"

Prokla Nr. 81/83

„Drogenkrieg“

Ein kleiner Exkurs Noam Chomsky's aus einem Interview von David Barsamian (aus: Our Generation)

Das Nachfolgende ist ein Auszug eines Interviews, das David Barsamian 1990 in Cambridge, USA mit Noam Chomsky führte. Der 2.Teil, in dem es vor allem um die politische Biographie Chomskys geht, wird in der nächsten Ausgabe des SF abgedruckt. David Barsamian ist Journalist und Director von Alternativ Radio.

David Barsamian:
Das Pentagon braucht einen Feind. Gibt es einen ernsthaften Ersatz für die Sowjetunion? In den Medien war es erst das Medellin-Kartell, dann die PLO, dann kamen die Sandinisten und die wurden von den lybischen Terrorgruppen abgelöst, aber die Medien wissen selbst, daß dies alles nicht so der rechte Ersatz ist.

Noam Chomsky:
Das war schon während der 80er Jahre ein Problem. Anfang der 80er wurde es klar, daß es sehr schwierig werden würde, die panische Angst vor dem Sowjet-Imperialismus aufrechtzuerhalten. Beim Regierungsantritt der Reagan-Administration war eine der selbstgestellten Aufgaben die beschleunigte Durchführung der Kürzungen im Sozialhaushalt und eine Steigerung der Militärausgaben. Und tatsächlich haben sie dies auch sehr schnell umgesetzt. Dazu bedurfte es aber auch ein großes Maß an Angst und chauvinistischer Hysterie unter der Bevölkerung. Gewiß gab es jede Menge Diskussionen darüber, wie das Imperium des Teufels auf dem Weg war, sich der Welt zu bemächtigen, aber es gab auch andere Aspekte. So erklärte Alexander Haig in einer seiner ersten Reden als Außenminister, daß die Bekämpfung des internationalen Terrorismus die dringlichste Aufgabe ihrer Außenpolitik sei und nicht wie früher die Menschenrechte. Es gab eine große Kampagne über den von Moskau beeinflußten internationalen Terrorismus arabischer Wahnsinniger und Sandinisten.
Mit diesem Thema wurde eine große Hysterie erzeugt. So war zum Beispiel 1985 laut einer Umfrage bei Journalisten der Associated Press der internationale Terrorismus aus den arabischen Ländern das Thema des Jahres. Darauf beruhten die Greueltaten wie die Bombardierung Lybiens. Es war eine wohlüberlegte Benutzung des internationalen Terrorismus und es gäbe Vieles dazu zu sagen, es wurde auch schon einiges gesagt, aber wie Du sagst, es wirkte nicht so recht. Es ist sehr schwer heute mit sowas wie dem internationalen Terrorismus ständig zu mobilisieren, obwohl es unzählige Versuche gab, jede Menge Verzerrungen und Erfindungen. Aber das ist ein Kapitel für sich.

Das nächste war, wie Du schon sagtest, der Drogenkrieg. Das Medellin-Kartell ist zumindest für eine Zeit lang ein funktionierender Ersatz gewesen. Ich glaube auch, daß es zeitlich begrenzt ist und nicht zu einer ständigen Bedrohung wie es die Sowjetunion war, werden wird. Wie auch immer, es hat sicherlich gewirkt. Es genügt schon sich die Meinungsumfragen anzuschauen.

Ein Beispiel ist die Regierungskampagne und Medienkampagne im September '89, die unmittelbare Auswirkungen auf die öffentliche Meinung hatte. Ich habe die Nachrichtensendungen zu dieser Zeit angeschaut, um zu sehen worüber berichtet wird. Das ist keine wissenschaftliche Analyse, aber es ist doch eine recht ansehliche Sammlung geworden. In den AP-Sendungen waren mehr Artikel über Drogen als über Lateinamerika, Asien, den Mittleren Osten und Afrika zusammen. Im Fernsehen gab es in jeder Nachrichtensendung einen größeren Beitrag über die schädlichen Folgen der Drogen für die Gesellschaft, die größte Gefahr in der Geschichte der Menschheit etc. Die Meinungsumfragen spiegelten es wieder. Als die Leute in dem Zeitraum gefragt wurden, in der George Bush die Wahl gewonnen hatte (November 1988), was denn das größte Problem für das Land sei, rangierte das meistgenannte Problem so um die 10%. Genannt worden war das Haushaltsdefizit.

Die Drogen waren abgefallen, ich glaube daß sie etwa von 3% genannt wurden. Nach der Medienkampagne nannten 40-45% das Drogenproblem als das Wichtigste und zwar bei einer offenen Befragung, das Haushaltsdefizit sank. Dieser Umschwung zeigt die Effektivität der Medienkampagne. In dieser Zeit passierte nichts Außergewöhnliches.

Während der Kampagne kam es auch zu bemerkenswerten Zwischenfällen – Ironien des Schicksals. Ein Beispiel: harte Drogen sind ohne Zweifel ein ernstes Problem. Alkohol und Zigaretten sind ebenfalls ein solch ernstes Problem, das zeigen die bekannten Statistiken. So liegt die Anzahl der jährlichen Todesfälle die aus Alkohol und Nikotingenuß resultieren so um die halbe Million. Bei den harten Drogen so um die 5000 und bei einigen Drogen wie Marihuana bei Null.

Der Drogenkrieg hat zu einem Wechsel von relativ harmlosen Drogen wie Marihuana zu härteren Drogen wie Kokain geführt. Das sind die Implikationen der Abschreckung.

Trotz der Tendenz zu den härterten Drogen haben die Todesfälle nicht die Zahl 4000 erreicht, während die Anzahl bei denen des Alkohols und denen der Zigaretten bei einer halben Million blieben. Selbst wenn diese Zahlen nicht alles korrekt wiedergeben, ist doch diese Diskrepanz ganz erheblich.

Etwa mitten während dieser Medienkampgane fand ein Treffen des Handelsbeauftragten der USA, der für wettbewerbsverzerrende Handelshemnisse zuständig ist, mit Vertretern US-amerikanischer Tabakkonzerne statt. Anlaß waren die Beschwerden über die thailändischen Handelsbeschränkungen für Tabak. Um den Tabakmißbrauch einzuschränken hat die thailändische Regierung verschiedene Maßnahmen ergriffen, wie zum Beispiel Verbote bei der Werbung und Einfuhrbeschränkungen. Das Anliegen der Tabakkonzerne bestand nun darin mittels Wirtschaftssanktionen die thailändische Regierung zu zwingen, diese Handelshemmnisse aufzuheben. Es wurden schon von der Reagan-Regierung verschiedene Handelssanktionen über Japan und Südkorea verhängt, damit diese ihren Markt für die amerikanischen Tabakkonzerne öffneten. Gesundheitsminister Everett Kopp bestätigte dies. Er nannte es einen Skandal andere Länder aufzufordern den Drogenhandel einzustellen und gleichzeitig diese unter der Anwendung von Handelssanktionen zu zwingen weitaus wirksamere Drogen zuzulassen. Der Vergleich mit dem Opiumkrieg von 1840, als die Briten die Chinesen zwangen Opium als Zahlungsmittel anzuerkennen, weil die Briten nichts anderes hatten, und somit eine Opium-Epidemie auslösten, wird von vielen Augenzeugen gezogen. Ich glaube darüber gab es nur im Wall Street Journal und Christian Science Monitor eine kleine Meldung. Niemand berichtete inhaltlich darüber. Es blieb unbeachtet. Dabei ist es eine Story. Die Story heißt: „USA – Der größte Drogenhändler der Welt! Die US-Regierung zwingt anderen Nationen US-amerikanische Drogen auf.“ Aber dies blieb alles im Verborgenen.

Aber die Auswirkungen waren bedeutsam. Jeder verstand es. In einer aktuellen Zeitung wird beispielsweise Alfredo Cri-

stiani, der Präsident von El Salvador zitiert, als er sich beschwerte, daß die USA ihm nicht genügend finanzielle Unterstützung geben. Er sagte: *„Wenn die USA uns die Mittel streichen, wird es für uns schwieriger den illegalen Drogenhandel zu bekämpfen."* Als Quayle Jamaica besuchte, sagte ihm Manley: *„Ihr müßt uns mehr Geld zur Verfügung stellen, ansonsten sind wir nicht in der Lage den Drogenhandel zu bekämpfen."* Und dann kommt noch das Pentagon und sagt: *„Wir brauchen mehr Stealth Bomber"* oder so was.

Das Sesam öffne dich heißt: Wie stellt ihr Euch eine Drogenbekämpfung vor? Und jeder bedient sich dieser Methode. Wenn du mehr Brot brauchst, stell es in diesen Kontext. Es ist genau wie früher: Wie wollt ihr die Russen aufhalten? Heute heißt es, wie wollt ihr die Drogen aufhalten? Das ist ein guter Deckmantel. Die erste Funktion besteht darin, die Bevölkerung in Angst zu versetzen, weil es die Tatsache ausnutzt, daß es ein ernsthaftes Problem ist, das jeden betrifft, obwohl die Art wie damit umgegangen wird, nicht beabsichtigt dieses Problem wirklich zu lösen. Es wird nur verschlimmert.

Zweitens verschafft es einen Grund für Interventionen. Es schafft eine Rechtfertigung für die Unterstützung der US-Kräfte in Regionen, in denen counter-insurgency-Aktionen durchgeführt werden. Die sogenannte Hilfe für Kolumbien geht direkt ans Militär, das bekanntermaßen bis zum Hals im Drogenhandel steckt und das Militär verwendet diese Mittel für ihre eigenen Zwecke, als da sind: Todesschwadronen, Ermordungen von Bauernführern, Massaker an den Führungskräften der einzigen unabhängigen Partei, die in den letzten Jahren an die 1000 Funktionäre durch Mordanschläge verlor. Genau dafür wird es genutzt. Wenn die USA Einfluß gewinnen will, braucht sie dafür einen Deckmantel. Das hat schon begonnen.

Ein anderes Beispiel: Als Kolumbien die USA um Unterstützung für die Installierung einer Radarstation bat, um die illegalen Drogenflüge aus den Andenstaaten orten zu können, installierten die USA tatsächlich eine Radarstation, – nur an einem Ort der am weitesten entfernt war von dem fraglichen Gebiet. Sie installierten sie im Norden des Landes auf einer Insel und natürlich wurde sie zur Überwachung von Nicaragua genutzt.

Oder: Als Costa Rica die USA um Unterstützung bat, bekamen sie ein Angebot. Da Costa Rica nicht die Möglichkeit besaß, dieses zu prüfen, bat es die britische Regierung ihnen bei der Beurteilung zu helfen. Diese bestätigte, daß es sich um eine counter insurgency-Aktion handeln würde, die nichts mit der Drogenbekämpfung zu tun hätte. Genau dasselbe läuft in Peru, Bolivien und sonstwo.

Alles nur als Deckmantel für Interventionen. Es ist die Mobilisierung der Bevölkerung. Es ist eine Form der Ausbeutung durch sogenannte Entwicklungshilfe oder durch Beratung mittels Pentagon etc. Ob es funktioniert ist eine andere Frage. Ich glaube genau wie Du, daß es nur begrenzt Erfolg hat. Für einen kurzen Augenblick. Es hat im Fall von Panama funktioniert. Einer der Vorwände der Invasion war ja, daß wir uns irgendwie gegen die Drogen schützen müssen. Es war lächerlich, aber es wurde als Propaganda benutzt und hatte auch ein wenig Erfolg.

Glaubst Du die Entkriminalisierung der Drogen wäre eine Lösung? Befürwortest Du eine Entkriminalisierung?

Ich glaube das sollte näher untersucht werden. Man sollte es sich damit nicht so leicht machen. Es ist ein schwieriges komplexes Probelm. Einige Entkriminalisierungen sind gewiß zu befürworten. Die Erfahrungen mit solchen Entkriminalisierungen sind vielfältig. Nehmen wir zum Beispiel die Entkriminalisierung des Alkohols. Es ist eine komplizierte Geschichte, und es kommt darauf an von welcher Seite man es betrachtet. Niemand befürwortet eine Rekriminalisierung. Ich auch nicht. Ich bin nicht für die Wiedereinführung der Prohibition.

Wesentliche Argumente treffen aber auch für harte Drogen zu. Da gibt es keinen entscheidenden Unterschied. Die Frage ist wie staatliche Maßnahmen den Zugang zu den Drogen regulieren können, ein höheres Strafmaß, wie man das Strafmaß für harte Drogen festsetzt und das für mildere Drogen senkt. Das ist der



Photo: Hacky Hagemeyer/Transparent

Grundsatz. So wird das seit Jahrhunderten in England hinsichtlich des Alkohols praktiziert. Es gibt Steuern und andere Regularien für den Alkohol. Das Resultat ist ein größerer Konsum von Bier und ein niedriger Konsum von Schnaps. Das ist überall das Resultat. Das ist eine gesunde Sozialpolitik. Mehr oder weniger trifft es auch bei Zigaretten zu. Es wäre ein Fehler Leute wegen Zigaretten-rauchen ins Gefängnis zu stecken. Aber man kann den Zugang kontrollieren, so daß keine Sechsjährigen Zigaretten kaufen können. Aber um wieder auf das eigentliche zurückzukommen: Die Regierungsmaßnahmen haben offensichtlich genau das Gegenteil bewirkt. Marihuana ist zu sperrig und der Import ist somit recht einfach zu unterbinden. Die Wirkung des Drogenkrieges war der Stop vom Marihuanaimport und zumindest eine Einschränkung des einheimischen Marihuana-Anbaus.

Was die Preise hochtrieb.

Das trieb nicht nur die Preise hoch, sondern auch die Leute zu den high-tech-Drogen wie Kokain, die sehr konzentriert sind, in Labors entwickelt werden können und eine weitaus tödlichere Wirkung haben. So hat der Kokainkonsum vor allem aufgrund von Marktmechanismen zugenommen. Wenn die Preise hochgetrieben werden, wird die Droge tödlicher. Der Effekt des Drogenverbots ist somit das Gegenteil von dem was die Engländer bezüglich ihren Gesundheitsregularien mit dem Branntwein erreicht haben. Und das geht weiter so nachdem Crack aufgekommen ist, also ein Suchtmittel, das in den Labors hergestellt wird, kommen andere wie z.B. „ice" massenhaft auf.

Nochmals: ich glaube nicht, daß man die Statistiken allzu wörtlich nehmen darf, es gibt zuviele Unbekannte, aber sie drücken zumindest ein Verhältnis aus. In den Zeilen taucht nicht ein einziger Todesfall auf, der von einer Überdosis Marihuana herrührt, aber es tauchen 60 Millionen Marihuanakonsumenten auf. Selbst wenn diese Statistiken nur Zahlenspielereien sind, wird davon ausgegangen, daß Marihuana weitaus ungefährlicher als Alkohol und Tabak ist. Aber dieses Marihuana wurde unterbunden. Was zu einem stärkeren Konsum von Kokain, crack, ice und was sonst noch zusammengebraut wird führte.

Ich denke, daß einige Entkriminalisierungen sehr sinnvoll sind, aber damit gelangt man nicht zum Kern des Problems. Man muß sich fragen, warum produzieren Bauern in Peru und Bolivien Coca? Warum konsumieren es die kids in den Innenstädten?

Die Antworten sind nicht allzu schwierig. In Peru und Bolivien ist das zum Teil auf die sogenannte Hilfe der USA zurückzuführen. Die US-Politik der letzten Jahre hat das Modell des Agroexports in den Ländern der 3.Welt zu installieren versucht. Dafür gab es mehrere Möglichkeiten. Eine Möglichkeit waren die Lieferungen von subventionierten Agrarprodukten,[vgl. die adäquate EG-Agrarpolitik, SF] quasi das Geschenk des amerikanischen Steuerzahlers an das Agrobusimness. Diese Agrarprodukte wurden in die 3.Weltländer exportiert, wo sie die lokale Agrarwirtschaft zerstörten und die Bauern somit zwangen für den Export zu produzieren. Das geschah in Peru und Bolivien. Wenn Bauern zum marktwirtschaftlichen Produzieren gezwungen werden, tun sie genau das, was ihnen Milton Friedman raten würde: sie suchen sich die profitabelste Ernte heraus. Und das ist Koka. So bringen wir sie dazu Koka anzubauen. Und wenn wir es dann nicht haben wollen, dann rücken wir an und zerstören die Farmen. Wir zerstören nicht die Farmen in North-Carolina, die Tabak anbauen. Es wäre viel einfacher als Bomber nach Peru zu schicken. Der springende Punkt ist natürlich nicht die reichen und mächtigen Leute anzugreifen, sondern die armen. Das ist das Wesen der Sozialpolitik.

Ein Grundpfeiler der US-Drogenpolitik war das Produktionsende und das ist ein sehr komplexes Anliegen. Wenn man den Stillstand der Produktion erreichen will, bedarf es eines anderen Entwicklungsprogramms für die 3.Welt, eines das die Leute nicht zur Kokaproduktion zwingt.

Zum Ende des Konsums. Die Menschen in den Innenstädten haben gute Gründe für den Drogenkonsum. Stell Dir vor du bist ein fünfzehnjähriger schwarzer Jugendlicher, der in der Innenstadt wohnt und schaust auf die Perspektiven,



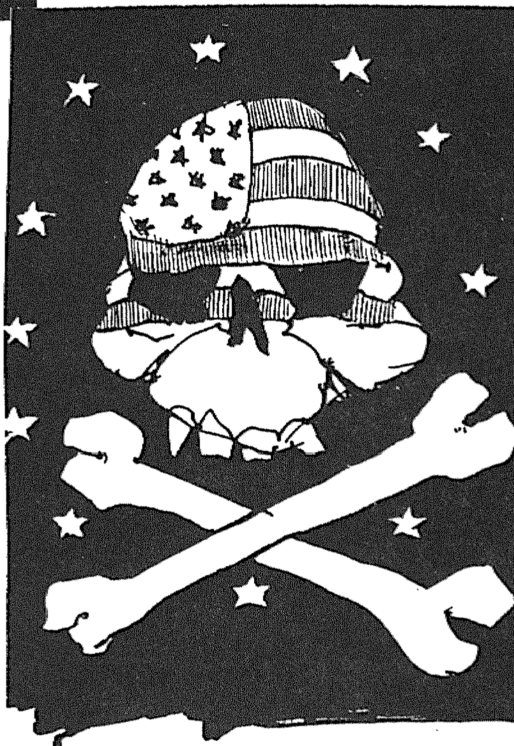
näherer Betrachtung sind die Vorgänge doch sehr bemerkenswert. Als 1980 der Drogenfluß begann, sprangen die Einlagen in den Banken von Miami in die Höhe. Zu dieser Zeit gab es ein gering ausgestattetes Bundesprogramm Operation Greenback genannt, das die Geldwäsche beobachtete und verfolgte und sie untersuchten die Banken von Miami. Die Einlagen schrumpften und die in Los Angeles kletterten in die Höhe. In dieser Zeit sagten Drogenbarone, wie z.B. Milian Rodriguez, ein Geldwäscher des Medellin Kartells vor dem Kongreß aus. Er berichtete wie er vom Kennedy Flughafen mit einer Limousine einer New Yorker Bank abgeholt wurde und mit dem für illegale Drogen Verantwortlichen seine geschäftlichen Angelegenheiten besprach und später wieder vom Kennedy Flughafen abflog. Niemand hat die Banken von New York deshalb belangt. In Wirk-

Verschlimmerung des Problems. Er vergrößerte es auch durch die steigende Innenstadtproblematik. Wenn Armut und Perspektivlosigkeit gefördert wird, steigt der Drogenkonsum.

Fazit: Die reichen Tabakfamer und der Alkohol werden aus diesem Drogenkrieg fein säuberlich herausgehalten. Im Gegenteil, diese Suchtmittel werden anderen Ländern aufgezwungen. Die Bankenkontrolle wurde ausgeschaltet.

Und der neue Drogenkrieg ist genau der gleiche Schwindel. Es ist lediglich ein Mittel zur Bevölkerungskontrolle, eine Möglichkeit für Zwangsmaßnahmen. Betrachtet man die Ausgaben, so sind sie für Gefängnisse, mehr Polizisten, und der Einpferchung in diese Lager die Innenstädte genannt werden. Sie stecken die Lute sofort in den Knast, verletzen Bürgerrechte, fordern mehr Todesstrafen und härtere Polizeimethoden. Es ist genau dieser sogenannte Konservatismus – der starke Staat. Es hat gar nichts mit Drogen zu tun, es bedeutet nur, daß der Staat das Drogenproblem verschlimmert.

Anm. der SF-Red.: Zur Drogenproblematik und zum Medellin-Kartell liegen uns vielfältige Informationen vor, die bislang kaum irgendwo zu lesen waren. Wir werden dieses Thema in den nächsten Ausgaben weiterbehandeln, bzw. denken sogar daran, eine Drogen-Sondernummer zu machen. Voraussetzung wäre jedoch, daß wir genügend Geld dafür zusammenkommen (6000.-DM).



die du hast. Entweder wirst du arbeitslos oder du wirst irgendwelche Flure reinigen. Oder du kannst das machen, was der von Nebenan tut, der mit einem dicken Wagen herumfährt, einen Haufen Kohle hat etc. Er praktiziert Marktwirtschaft. Er macht das Geschäft mit dem maximalen Profit, als Straßendealer für die Drogenbarone. Oder wenn du die Wahl hast zwischen dem Anblick des Elends oder dem Rausch der Droge ist es keinesfalls irrational den Rausch einer hoffnungslosen Existenz vorzuziehen.

In weißen Vororten, wo die Menschen Möglichkeiten haben, ist der Drogenkonsum rapide zurückgegangen, das ist keinesfalls auf den Drogenkrieg hin geschehen, der keine solchen Erfolge vorzuweisen hat. Der Konsum harter Drogen hat dort statistisch stark abgenommen. Natürlich haben die Leute die Wirkungen der Drogen gesehen und sie haben Perspektiven. Es ist nicht so, daß es keinen Konsum harter Drogen mehr gäbe, es ist nach wie vor eine ernstzunehmende Größe, aber für sie gibt es Möglichkeiten und die Leute können mit Drogen umgehen. Wenn diese Perspektiven fehlen kann jeder sehen was passiert.

Ein anderer Punkt beträfe den ernsthaften Versuch das Drogenproblem in den Griff zu bekommen und nicht in dieser Form der Mogelpackung „Drogenkrieg". Ein erster Schritt wäre die Geldwäsche zu verhindern und das ist auch ziemlich einfach. Nach dem Gesetz müssen alle Einlagen über 10.000 $ gemeldet werden. So kann die Federal Reserve Bank große Zuwächse bei Einlagen verfolgen, was bei schmutzigem Geld ja der Fall ist. Und das haben sie auch gemacht. Bei

lichkeit war George Bush der Drogenboss der 80er Jahre und sein größter Beitrag zum Drogenkrieg war die Abschaffung des Bundesprogramms, das die Vorgänge innerhalb der Banken kontrollierte. So verschwand das kleine Programm zur Bekämpfung der Geldwäsche.

Davor hat die Reagan-Regierung die Regulation der Banken drastisch eingeschränkt, so daß die Zahl der Mitarbeiter, die die Bankenaktivitäten überwachen, enorm gesunken ist. Das dürfte mit ein Grund für die Sparkassen-Krise gewesen sein. Obwohl die Zahlen der großen Einlagen, die illegalen eingeschlossen, bekannt sind, kann das schmutzige Geld nun aufgrund des knappen Personals nicht mehr herausgefunden werden. So ist das Resultat von Reagans Drogenkrieg eine



Was hat das multi-kulturelle Konzept mit Verkehrsberuhigung zu tun?

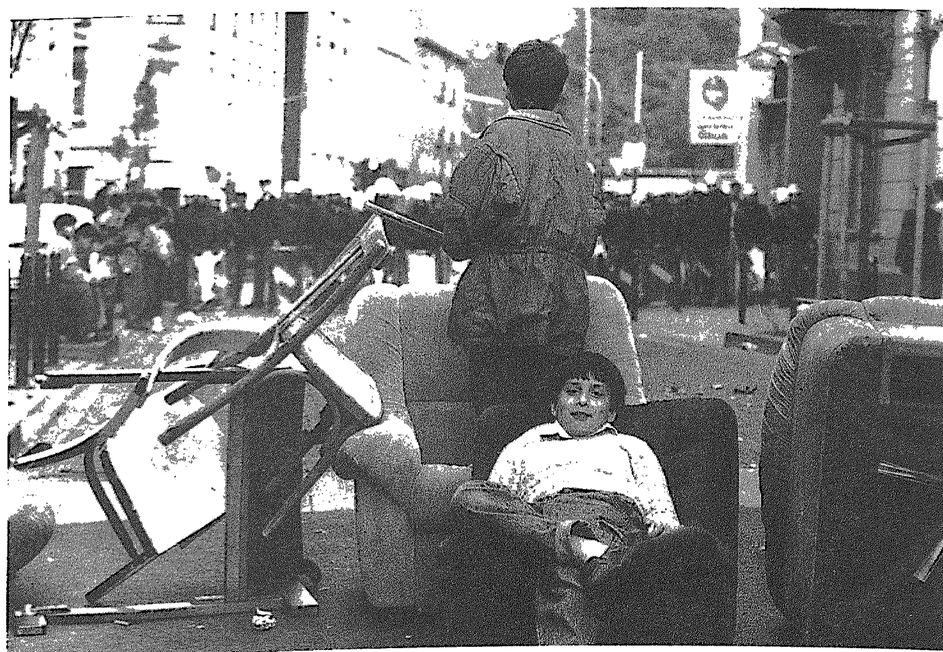


Photo: Hacky Hagemeyer/Transparent

von autonome LUPUS-Gruppe

Dieser Text ist ein **Vorabdruck** aus dem im ID-Archiv erscheinenden Buch **„Geschichte, Rassismus und das Volk – Wessen Kampf gegen welche Verhältnisse“** (180 S., 18.-DM), das Mitte Juni lieferbar sein wird.

Die autonome LUPUS-Gruppe versteht dieses Buch als eine Fortschreibung des Textes **„Doitschstunde“**, der im Frühjahr 1991 in verschiedenen Zeitschriften *(enthalten in SF-38)* und in dem Band *„Metropolen(gedanken) und Revolution?“* veröffentlicht wurde. Es ist ein Versuch, die autonome Theorie und Praxis, die seit den Ereignissen in Hoyerswerda entfachte Diskussion um Rassismus, autonome Flüchtlingspolitik und den antirassistischen Widerstand einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Entsprechend wird das Buch folgende Schwerpunkte beinhalten:

1) Eine Reflexion angesichts der aktuellen Entwicklung im neuen Deutschland, der in der „Doitschstunde“ formulierten These, daß die Stabilität des Modell Deutschland, der darin verkörperte passive Konsens, nicht aus der Kontinuität des Faschismus erklärbar sei, sondern aus seinem Scheitern.

2. Eine Erwiderung auf die Kritik einer Antifa-Gruppe, die exemplarisch für eine in der autonomen Szene weit verbreitete Meinung steht, daß momentan gute Theorien und Einsichten nichts nutzen, sondern ein konsequenter Widerstand gegen die rassistischen und faschistischen Angriffe auf der Straße primäres Ziel sein müßte.

3. Eine Kritik an der autonomen Theorie und Praxis in der antirassistischen Arbeit, die wiederholt Gefahr läuft, auch Rassismus zum „Thema“ und damit zur Kampagne zu machen – was ihr Ende und die Opfer geradezu vorprogrammiert.

4. Eine Auseinandersetzung mit dem multikulturellen Konzept von SPD bis Grüne/Bündnis 90, *(im Anschluß in diesem SF vorabgedruckt)* das offensichtlich als Schalldämpfer für die realen Gewaltverhältnisse dient. Und die Frage: Gibt es weniger Gründe, den multikulturellen als den braunen Rassismus anzugreifen?

5. Eine Beschäftigung mit den „linken“ Golfkriegsbefürwortern, *(vgl. „Die Maskenbildner des Krieges“ in SF-39)*, die dank einer perfekt inszenierten Geschichtsumschreibung anti-faschistischer Kämpfe und Erfahrungen der 60er und 70er Jahre möglich wurde und dem Wahrheitsgehalt des Antisemitismusvorwurfs gegen die radikale Linke.

(Bezug: Edition ID-Archiv, Schliemannstr. 23, O-1053 Berlin).

Was hat das multi-kulturelle Konzept mit Verkehrsberuhigung zu tun?

Eigentlich gar nichts. Oder doch. Voraussetzung ist, man ist sachlich, dann kann mann über alles reden – ohne linke Tabus, ohne alte Mythen, ohne Hemmungen.

Herr Daniel Cohn-Bendit, Stadtrat für Multi-kulturelle Angelegenheiten, kann das.

Denn nur so, erklärte er, kann mann über die Asylfrage, über Einwanderungsquoten etc. reden.

Der Stadtrat will die Diskussion versachlichen und er weiß, daß das geht.

So sachlich, wie über die Blechlawinen in unseren Städten geredet werden kann, so sachlich möchte er über die „Flüchtlingswelle“ reden.

Nein, der Stadtrat denkt dabei nicht an eine „autofreie Stadt“ – daran denken andere.

Der Stadtrat ist kein verbohrter Autofeind, kein Ausländerhasser. Er weiß, „wir“ brauchen beides, das Auto und die Ausländer.

Doch gerade, wer – wie der Stadtrat –, den Nutzen sieht, muß auch in Ruhe über die Folge-Kosten reden können. Daran ist doch nichts Schlimmes.

Zuviel Autos verstopfen die Straßen, vergiften das Klima, erhöhen das Unfallrisiko und gehen auf die Nerven.

Wenn man – wie der Stadtrat – sachlich bleibt, fällt einem Vergleichbares zur „Ausländerfrage“ nicht schwer. Und Lösungen ganz leicht.

Verkehrsleitsysteme und Verfahrensbeschleunigung.

Parkberechtigungsschein und Visapflicht.

Verkehrsberuhigung und Einwanderungsquoten.

Park and Ride und Außenstellen der Einwanderungsbehörde in Afrika, in Asien, in Osteuropa und so weiter, – zwei Seiten eines Vergleichs.

Unsachlichkeit kann mann/frau dem Stadtrat nicht vorwerfen. Es ist seine Sache, nicht (mehr) zwischen AusländerInnen und Autos unterscheiden zu können, über AusländerInnen zu reden wie über „unsere“ Autos, von Besitzer zu Besitzer.

Es ist unsere Sache, ihn daran zu hindern.

Anläßlich eines Studio-Interviews des hessischen Rundfunks in der Sendung „Ein starkes Stück" am 12.11.1991 zog Daniel Cohn-Bendit diesen Vergleich: (Hier noch der Wortlaut der entsprechenden Passage aus dem Interview, ausgestrahlt vom 3.Fernsehprogramm (HR 3) um 21.50 Uhr:

„... Es ist die Frage, wie rationalisiert man die Debatte. Und was Sie sagen, die Politik hat geschlafen, es stimmt nicht für alle Politikerinnen und Politiker. Aber davon mal abgesehen. Wie schafft man es, in dieser Republik, 'ne vernünftige, ruhige Debatte über Einwanderung zu führen. Und zwar ohne Mythen und ohne Scheinheiligkeiten... Eine verantwortliche Politik heißt, gut, wir haben ein Problem: Es gibt eine Autoflut in der Stadt, jeden Tag. Zuviel Autos. Ja, das muß man regeln! Irgendwie, da kann man sich darüber streiten. So."

Nie wieder Rassismus

Anfang '90 kamen mehrere Autoren im Pflasterstrand zu Wort, die ihre Vorstellungen von Multi-Kultur entwickelten. Wir können diese Beiträge nur empfehlen. Wenn mann/frau sie aufmerksam und genau liest, findet sich in fast schnörkelloser Offenheit alles wieder, was wir oft mühsam und umständlich den Ideologen des Multi-kulturellen Konzeptes vorwerfen: Rassismus, Sexismus und Ausbeutung. Bleiben diese Begriffe oft abstrakt und verschwommen – in diesen ideologischen Entwürfen nehmen sie konkrete, faßbare Gestalt an.

Dan Nitescu war einer der Autoren. Er bezeichnet sich selbst als Anhänger einer „anarcho-kapitalistischen Radikalität". Dieser Autor halluzinierte nicht von Multi-Kultur, er hat sie erlebt, von Innen, in Frankfurt, in einem Hotel. Und wenn er im Folgenden alle aufzählt, die zu diesem „wahrhaft multi-kulturellen Mikrokosmos" gehören, dann sagt er auch gleich, wie er's meint: Er redet von *„Zutaten (dieses exotischen Gemischs")*, wenn er uns die Menschen darin vorstellt:

„... Der Besitzer des Hotels, ... (dem) auch ein benachbartes Hotel (gehört), das er von einem Bautrupp von Polen und Rumänen zur Nobelabsteige umbauen ließ,

- *die Bauarbeiter, die ... als schlitzohrige Osteuropäer... Geschäftsbeziehungen zu den Dauergästen des Hotels unterhielten,*
- *Marokkaner, die ein Teil des Personals an der Rezeption und in der Küche stellen...*
- *Algerische und tunesische Musiker und eine tunesische Bauchtänzerin mit Familie*
- *Israelis (Frauen und Männer), denen nachgesagt wurde, sie beschäftigen sich mit Drogen und Prostitution*
- *Mulatten... die angeblich denselben Geschäften nachgingen...*
- *deutsche Frauen, die in einem benachbarten Sauna-Lokal arbeiteten...*
- *ein ganzer Zigeunerclan ... sie schwammen buchstäblich im Geld. Sogar die Kinder warfen mit Trinkgeldern um sich*
- *polnische und spanische Zimmermädchen, freundlich und liebenswert" (1)* usw.

Wie gesagt, alles „Zutaten" mit Rassismus fein abgeschmeckt. Es ist selbstverständlich, daß der „exotische Reiz" für die LeserInnen dieses Metropolen-Magazins gerade nicht darin besteht, sich selbst als Bauarbeiter, Küchengehilfe, Prostituierte oder Zimmermädchen vorzustellen. Dafür sind die anderen gut (genug). Die Faszination für diese Multi-Kultur ziehen sie aus der Gewißheit und Sicherheit, daß nicht sie für 8.-DM/Std. illegal oder geduldet, ihre Arbeitskraft, ihre Hautfarbe, ihre Kultur, ihren Körper, meist alles auf einmal verkaufen müssen. Die Faszination nährt sich aus dem Versprechen, daß für sie der Genuß dieser „Zutaten" reserviert ist, zu einem oft märchenhaften Preis.

Die multi-kulturellen Ideologen wissen um die Hemmungen, voll zuzugreifen, um die Heimlichkeit, mit der dieser Lust-Gewinn genossen wird. Deshalb propagieren sie den Genuß ohne (bürgerliche) Reue, also mehr Abhärtung: *„Wir müssen wieder lernen, mit Armut zu leben, ohne gleich in Ohnmacht zu fallen, wenn wir sie zu Gesicht bekommen." (2)(S.41)*

Es gilt also, den Reichtum für uns in der Armut Anderer zu entdecken. Darin sind sich der Autor und der heutige Stadtrat für multi-kulturelle Angelegenheiten einig: *„Der Sprung von der Heimat in die Diaspora kann ungeheure Energien freisetzen. Einer Umgebung entronnen, in der ihre Kreativität durch Gesetze, Traditionen oder einfach durch Neid gehemmt war,*



Photo: Günther Meisenberg

sind die Immigranten endlich imstande (und gezwungen), *zu zeigen, was in ihnen steckt, für Frauen... ist dieser Effekt wohl am dramatischsten."(3)* (S.40)

Oder ganz amtlich, mit den Worten des Stadtrats: *„Die meisten Asylbewerber sind Menschen, die eine irrsinnige Energie haben... Und diese Energie würden sie unheimlich produktiv einsetzen hier in dieser Gesellschaft. Sie würden viele Arbeiten machen." (4)*(SPIEGEL 22/1989, S.103)

Frau/Mann tut den Ideologen des multikulturellen Konzepts also wirklich Unrecht, wenn frau/mann sie in den Verdacht brächte, Armut und Ausbeutung anzugreifen oder gar zu bekämpfen. Im Gegenteil: Wesentliche Voraussetzung ist gerade die Gleichgültigkeit gegenüber Armut und den Ursachen für Vertreibung und Verfolgung. Denn erst wenn „wir" ohne eigene Skrupel mit der Armut (anderer, versteht sich) gut und ruhig leben können, entwickeln „wir" das rechte Gespür für die „irrsinnige Energie", die der Kampf um's Überleben erst richtig freisetzt.

Wie man an diesen Reichtum rankommt, weiß der Autor und läßt Milton Friedman für sich reden – ein Wirtschaftsfachmann, der sich bei Militärdiktaturen wie Chile mit monetaristisch-gesteuerten Verelendungsprogrammen verdient gemacht hat: *„Uneingeschränkte Einwanderung würde uns reicher machen, so wie sie es auch in der Vergangenheit getan hat. Wenn eine berufstätige Frau für 2000 Dollar im Jahr ein Dienstmädchen aus Indien einstellen könnte, ... und so die Zeit hätte, einer Tätigkeit nachzugehen, die ihr jährlich 10 000 Dollar einbringen würde, – wer würde dabei verlieren?"* (5)(S.39)

In der Tat, dieses Plädoyer steht nicht nur in der Tradition eines europäischen Kolonialismus, der sich seit Jahrhunderten die Rohstoffe anderer Länder geraubt und die Menschen als SklavInnen in ihre Metropolen verschifft hat. Es steht auch für das neue, oliv-grüne Bewußtsein, daß Rohstoffe endlich, d.h. begrenzt sind, der Rohstoff „Mensch" hingegen unendlich verfügbar und damit grenzenlos ausbeutbar ist.

Wenn also der Wert eines Menschen weniger über sein Blut oder seine Hautfarbe bestimmt wird, sondern über die Möglichkeiten seiner Vernutzung, dann aus dem Wissen heraus, daß ein freundlicher Kellner aus Italien mehr nutzt, als ein blutverschmierter, daß in den Augen eines indischen Kindermädchens nicht Angst, sondern Liebenswürdigkeit entdeckt werden soll.

Für die Ideologen von Multi-Kulti ist Rassismus kein Gewaltverhältnis, sondern ein Lösungsmittel *[Lösungsmittel sind Flüssigkeiten, die andere Stoffe lösen ohne sie chemisch zu verändern. Hinter dem Begriff verbergen sich sowohl Wasser als auch große Gruppen oft hochgiftiger organischer Verbindungen"; Öko-test-Lexikon, S.163, rororo]*, mit dem vergreiste, erstarrte Arbeits- und Lebenshierarchien in Fluß, in Bewegung gebracht werden. *„Für viele Deutsche... bedeutet ein hoher Ausländeranteil auch die Chance einer vielversprechenden Karriere – sie können als Vorarbeiter eine leitende Funktion übernehmen. Das erhöht die soziale Mobilität und sorgt dafür, daß die Ärmsten nicht ewig die Ärmsten bleiben."* (S.40) (6) Eine multikulturelle Frischzellenkur.

Es ist wohl nicht der Rede wert, dazu zu sagen, daß gerade diese „Karriere" nicht irgendeiner fachlichen Qualifikation, sondern ausschließlich der weißen Hautfarbe, des Deutsch-Seins geschuldet ist. Dieser rassistische Zugewinn gilt gerade jenen Deutschen, die eigentlich im Kapitalismus nichts zu melden und zu sagen haben, aber über den „2.Bildungsweg Rassismus" doch noch mit kleinen Aufstiegschancen bedacht werden.

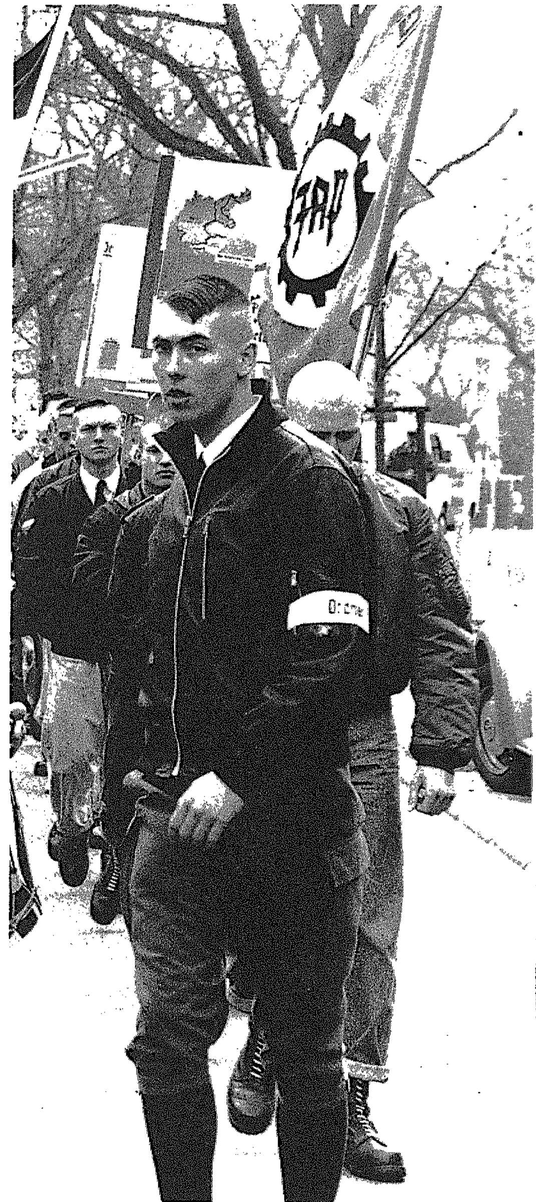
Es braucht auch nicht ausgesprochen zu werden, wo Nicht-Deutsche – in aller Regel – zu stehen haben: als Allerletztes, ganz unten. „Resteverwerter" eben, wie Herr Geißler seine ausländischen MitbürgerInnen herzlich willkommen heißt.

Diese weiße Mob-ilität spricht nicht gegen ein paar wenige, die durchgekommen sind, die's zu was gebracht haben. Denn selbst ihr beruflicher Erfolg kann ihre „falsche" Hautfarbe und Herkunft – oft – nicht wettmachen. *„Der nette Schwarze von Nebenan wird immer der nette Schwarze von Nebenan bleiben."* (S.44) (7)

Für multi-kulturelle Ideologen ist Rassismus kein Verbrechen, sondern unersetzliche (Volks-)Medizin, die bei dosierter Einnahme ihre stimulierende Wirkung auf die deutsche Volksseele erst richtig entfaltet – kreislaufstabilisierend und potenzsteigernd.

Daß jede Medizin, bei übermäßigem und unkontrolliertem Genuß schleichende bis tödliche „Nebenwirkungen" zeigt, gehört zum Restrisiko einer multi-kulturellen Gesellschaft. Den Preis dafür, bezahlen bekanntlich andere, Nicht-Deutsche.

Daß fortschrittliche Politiker dieses „Restrisiko" gering halten wollen, ist nicht geheuchelt, sondern Konzept. Sie haben in der Tat nicht den rassistischen Pogrom im Kopf. Ihnen geht es gerade darum, diese rassistische Spannung zu halten, zu steuern und vorallem zu nutzen, ohne daß sie sich in rassistische „Übergriffe" entläd. Das ist Energieverschwendung, denn bei kontrollierter Nutzung von Rassismus werden Energien freigesetzt – vor allem bei Nicht-Deutschen, die hier selten, d.h. also gefragt sind: Überlebenskünste, Erfindungsgeist, Kreativität, Risikobereitschaft. Der Rassismus der Straße will Nicht-Deutschen das letzte, ihren Überlebenswillen nehmen, der multi-kulturelle will genau das haben. Daß er das nicht freiwillig kriegt, weiß er. Deshalb weckt er auch keine falschen Erwartungen bei AusländerInnen; will sie nicht gegen Rassismus in Schutz nehmen, sondern durch Rassismus „ertüchtigen": *„Daß sie hier gerade nicht mit offenen Armen empfangen werden, daß sie ... hier auf eine Masse rassistischer, religiöser oder kultureller Ressentiments stoßen – darauf sind sie durchaus eingestellt. Sie sind*



überhaupt darauf eingestellt, sich durchzukämpfen." (S.43) (8) und das ist gut so.

Gegen Gleichmacherei, „grassierenden Gesinnungskitsch" und „laue Solidaritätssuppe" läßt derselbe Gerd Koenen *[einst Mitbegründer des KBW, heute freier (befreiter) Journalist]* schließlich vollends die Sau raus: *„Eine multi-ethische und multi-kulturelle Gesellschaft kann überhaupt nicht anders entstehen als mit der scharfen Pisse des Rassismus gedüngt."* (S.43)(9) – ein offensichtlich ganz normales Ausscheidungssekret des multikulturellen Volkskörpers.

Was Nicht-Deutsche als alltägliche Entwürdigung und Verachtung erleben, das ist für einen wie Gerd Koenen gerade die *„Attraktion, ... die die verschiedenfarbigen Menschen, Kulturen und tja, Rassen aufeinander ausüben."* (S.43)(10)

Diesen Spaß will er sich nicht nehmen lassen: *„Die multi-kulturelle Gesellschaft (wird)... aus haltbaren Ingredienzen gebacken sein: aus Eigennutz, Schweiß und Sex."* (S.43)(11)

Ist Rassismus also das Flußmittel einer multi-kulturellen Gesellschaft, so ist der Kapitalismus ihr natürliches Regulativ

Für multi-kulturelle Ideologen ist der Kapitalismus selbst die effektivste Waffe gegen rassistische „Übergriffe" und „Auswüchse". Denn es ist das ureigenste Interesse des Kapitals, das Primat der Vernutzbarkeit über das Primat der Blutzugehörigkeit zu stellen. *„Am Ende sind es die Kapitalisten, die durch Eigennutz – keineswegs aus edlen Motiven – am Wirksamsten die Diskriminierung benachteiligter Gruppen bekämpfen."* (S.41)(12)

Anti-Rassismus schließt den Kampf gegen Kapitalismus nicht ein, sondern aus. Die multi-kulturelle Formel für Antirassismus ist ganz einfach zu merken und zu rechnen: Kapitalismus x Raum x Zeit, kurzum in Potenz: *„Je freier der Markt, desto besser vertragen sich die verschiedenen Rassen, Kulturen und Religionen. Am geeignetsten wäre also ein „Wächterstaat"."* (S.41)(13)

Alles weitere regeln dann die Gesetz - mäßigkeiten des Kapitals. So auch den Rassismus. Denn wenn alles eine Frage des Geldes ist, wenn alle nur noch das eine, – Geld –, im Kopf haben, wenn alle, ob schwarz oder weiß nach einem totalitären Prinzip arbeiten und funktionieren, dann *„haben (sie) keine Zeit für Rassenstreitigkeiten, die sie am Geldverdienen nur hindern würden."* (S.41)(14)

Ganz so, als wäre Rassismus ein (Frei-) Zeitproblem, eine Freizeitbeschäftigung für herumgammelnde Arbeitslose. Als wäre es das Normalste in der (ersten) Welt, AusländerInnen zu jagen, wenn mann/frau gerade nichts (Bessseres) zu tun hat. Das armselige an diesem „Anti-"Rassismus ist, daß er nur noch ein einziges Motiv kennt, nicht rassistisch zu sein: Geldverdienen.

Es ist fast schon müßig, festzuhalten, daß Rassismus weder eine Erfindung, noch das Problem von Randständigen, Arbeitslosen, entwurzelten Jugendlichen ist, sondern im „Geldverdienen" selbst, in der scheinbaren Unblutigkeit der (Markt-) Gesetze von Wert und Nicht-Wert seinen wirksamsten Vollzug erfährt.

Soviel zur multi-kulturellen Gesellschaft. Soviel zu einem Konzept, das der damalige Pflasterstrand-Herausgeber Daniel Cohn-Bendit mit den Worten „faszinierend darwinistisch" einleitete. Soviel auch zu einem gemeinsamen Kampf gegen Rassismus, den der heutige Stadtrat für multikulturelle Angelegenheiten – gegen den Vorwurf eine „Heuchler" zu sein – beschwört: *„Wenn wir wetteifern, wer der bessere Linke, der bessere Antifaschist ist, dann werden die Rechtsradikalen gewinnen."* (15)

Es gibt von militanter Seite aus verschiedene Einwände, sich überhaupt mit multikulturellen Strategien auseinanderzusetzen. Real- und machtpolitisch wird immer darauf verwiesen, daß multi-kultureller Schnick-Schnack bestenfalls als Modeschmuck Platz im herrschenden Instrumentarium findet, als exotisch-anmutende Schaufensterauslage das Weltoffene, oder genauer das Welt-Männische Deutschland präsentieren soll. Also Teil des Legitimationsapparates, der vor allem die Aufgabe hat, vom „eigentlichen", vom „Wesentlichen" abzulenken. Was eine Frauenbeauftragte für Männerherrschaft hermacht und hergibt, das gelte auch für einen multi-kulturellen Dezernenten, als Dekors-Produzent für den institutionellen, staatlich-regulierten Rassismus. Kurzum also: multi-kulturelle Konzepte, samt deren staatliche Einbindung spielen machtpolitisch keine Rolle – alles belangloses, folgenloses ideologisches Geschwätz. Blendwerk.

Wir halten diese ökonomistische Macht-Analyse für falsch. Wir widersprechen uns selbst, wenn wir die Macht rassistischer Ideologien auf ihre ökonomischen, materiellen „Urheber" reduzieren. Rassistische Ideologien sind mehr als der passive Reflex auf ökonomische Verhältnisse – sie gehen ihnen voraus oder verweigern sich ihnen (wie am Beispiel des braunen Rassismus). Rassistische Ideologien entwickeln eigene Produktivkräfte und lassen sich eben nicht umstandslos von ökonomischen oder machtpolitischen Verhältnissen kommandieren. Wenn wir, gegen die marxistische Analyse vom Haupt- und Nebenwiderspruch gerichtet, darauf bestehen, daß Rassismus ein eigenes Gewaltverhältnis ist, dann spielt es sehr wohl eine Rolle, wer darin Gesellschaft, Lebensverhältnisse, soziale und politische Auseinandersetzungen definiert, gestaltet und dynamisiert; – im Sinne der Herrschenden und zum Nutzen derer, die davon profitieren.

Die Medienschlacht um und nach Hoyerswerda hat eben nicht nur die Glatzen vom Rand der Gesellschaft in Richtung Mitte (des medialen Bewußtseins) gerückt, sondern gerade auch multi-

kulturelle Konzepte, die noch vor 5 Jahren ein randständiges, bedeutungsloses Dasein selbst unter Grünen fristeten. Ganz ohne Übertreibung läßt sich sagen: Hoyerswerda, die Serie von (Brand-)Anschlägen auf Flüchtlingsheime und AusländerInnen waren die Feuerprobe für multikulturelle Strategien, die Reifeprüfung in Richtung Regierungstauglichkeit. Aus diesen Ideologien stammen die meisten – zusammenhängenden – Argumente des „anständigen" Deutschlands, sehen wir einmal vom humanistisch-liberalen Gestammel (Toleranz, Mitmenschlichkeit...) ab. Aus multikulturellen Konzepten und Denkansätzen stammen die meisten Selbstdefinitionen des „anderen" Deutschlands. Es waren und sind diese Gesellschaftsbilder, die dem „neuen" Deutschland ein modernistisches Gesicht, eine euro-frisierte Sky-Line verliehen haben. Ihre Kampagnen gegen den „blutigen" Rassismus der Straße, hätten (oft) unsere sein können, ihre Plakat-Serien *(„wer hilft mit, Zeinab anzuzünden?")* erreichen auch unsere Empfindungen, stoßen sich an ähnlichen Gedanken und Provokationen. Die Ausstrahlungskraft und Bedeutung, die das multikulturelle Konzept (bekommen) hat, liegen eben nicht in seiner leeren Geschwätzigkeit, sondern in der Glaubwürdigkeit, das „anständige" und geschichtsbewußte Deutschland zu verkörpern. Weit über das rot-grüne WählerInnen-Potential hinaus, weit in politische Gegnerschaften hinein, was auch die Ein- und Anbindung Nicht-Deutscher WählerInnengruppen und Organisationen miteinschließt.

Mehr noch. Es wird seine Avantgarde-Fuktion auch dann behalten, wenn die rassistischen Angriffe der Straße wieder in der Dunkelziffer, d.h. aus dem veröffentlichten Bewußtsein verschwunden sind. Was noch vor 2, 3 Jahren eine antinationale Provokation war, ist heute Stammvokabular fast aller Politiker geworden: wir sind ein „Einwanderungsland", eine „bunte Republik Deutschland" (CDA-Kommentar).

Und mit dem Blick auf das sich formierende „Vereinigte Europa", als 1. oder 2. Weltmacht, beginnen auch die Vordenker unter den Herrschenden, den Begriff der „Nation" neu zu fassen. *„...(es) ist daher notwendig, daß die Nation nicht mehr völkisch und ethnisch definiert wird, sondern derjenige, der sich zu den zentralen Freiheits- und Menschenrechten der offenen Republik bekennt, ihr angehören kann."* (CDA) Die multi-kulturellen Vorkämpfer sind mit Erfolg dabei, dem Rassismus das Völkische, das „Rückwärtsgewandte" (CDA) zu nehmen, um ihn im Biologismus der Markt-Gesetze aufgehen zu lassen. Das „Natürliche" am Rassismus definiert sich nicht mehr über die Blutzugehörigkeit, sondern über das Bekenntnis zum „zivilisatorischen Westen" (Dan Diner), über die scheinbare Totalität des (siegreichen) Kapitalismus, über die Selbstverständlichkeit des Abendlandes, das Moderne, den Fortschritt, die Kultur, die Zukunft (der Welt) zu verkörpern.

land nicht von nationaler, sondern völkischer Identität zu sprechen.

Dieses geschichts-verleugnende „Wir" sucht bereits seit langem nach dem „Schlußstrich" unter die deutsche Vergangenheit, aus dem Schatten der Vergangenheit herauszutreten, wieder selbst Geschichte zu machen und (um-)zu schreiben. Der Historikerstreit, Bitburg usw. waren und sind erfolgreiche Versuche, die Besonderheiten deutscher Geschichte



Photo: Herby Sachs/Transparent

In der Annahme und Übernahme dieser Gesellschaftsdeutungen, drückt sich auch ein sich neu einübendes deutsches Selbstbewußtsein aus. Es ist an der Zeit, sich selbst und Deutschland wieder positiv zu denken, stolz und selbstbewußt zu sein – nicht auf die deutsche Vergangenheit, sondern auf das, was mann/frau daraus gemacht hat.

Die Nation, das Deutsch-Sein war und ist bis heute völkisch bestimmt, ein rassistisches Konstrukt, das in der Negation, in der Ausgrenzung des Nicht-Deutschen, zu sich selbst fand und findet. In dieser Nationalen Identität spiegelt(e) sich die Unmöglichkeit und Unfähigkeit wieder, Deutsch-sein über die eigene Geschichte und Kultur zu bestimmen. Die „unheilvolle" Geschichte Deutschlands, die vielen „dunklen Kapitel" deutscher Vergangenheit, ihre Niederlagen und Einmaligkeiten in der europäischen Kulturgeschichte versperrten dem nationalen „Wir" den positiven Zugang zu sich selbst.

Es blieb der geschichtslose, biologistische Verweis auf „Blut, auf die rechte Abstammung", um doch noch das Konstrukt „Wir sind ein Volk" aufrechtzuerhalten, vom Grundgesetz bis zum Bundesvertriebenengesetz. Dieser völkische Zwangscharakter ist für uns auch ein Grund, in Deutsch-

zu relativieren, nach dem Motto: eine blutige Hand wäscht die andere – wir sind doch eine zivilisierte Staaten-Familie.

Und gerade im letzten Akt der politischen Wiedervereinigung, in der Abrechnung mit der „verbrecherischen SED-Diktatur", vollzieht sich die Normalisierung und Harmonisierung faschistischer Verbrechen auf EG-Norm. Mit der Gleichsetzung von SED-Regime und Nazi-Diktatur, von Stasi und Gestapo... wird nun auch innerdeutsch das entsorgt, was mit dem Golfkrieg und der Wiederentdeckung Hitlers als Saddam Hussein, ex-kolonialistisch, in den Orient exportiert wurde.

Zug um Zug vollzieht sich die „Befreiung" von der deutschen Vergangenheit. Es ist das angekündigte Ende erzwungener und inszenierter Scham. Es ist (an der) Zeit, daß Deutschland als ökonomischer Sieger Europas auch als politischer Sieger (über seine Vergangenheit und seine Ex-Siegermächte) anerkannt wird. Die „friedliche Revolution" in der Ex-DDR beweist doch, daß von deutschem Boden mehr ausgehen kann als Krieg...

Ein nationales Wir-Gefühl ist im Entstehen, das nicht mehr rückwärts gerichtet ist, sondern nach Vorne; der Kredit nimmt auf die Zukunft Deutschlands – auf ein Deutschland als Hausherr Europas.



Da kommt ein im genetisch-grünen Selbstverständnis gezüchtetes „Wir“ ganz gelegen. Ein „Wir“, das gleichermaßen mit seiner Vergangenheit, d.h. seiner Opposition, abgeschlossen hat, das in das neue „Wir“-von unten (auf den Kopf gestellt) die Kämpfe der 60er und 70er Jahre und die irrwitzige Schlußfolgerung von einer „von Grund auf zivilisierten Gesellschaft“ (Antje Vollmer) einbringt und von oben auf das „andere“ Deutschland über seine wirtschaftlichen Leistungen, seine politische Integrationskraft und soziale Mobilität definiert und mitgestaltet. Ein „Wir“, das endlich wieder Geschichte hat und macht, die Anerkennung und Zuwendung verdient. Ein „Wir“, dem mann/frau nicht länger durch Früh- oder Spätgeburt automatisch zugehört, sondern das mann/frau sich erarbeiten muß – durch Leistung und Verfassungstreue („Verfassungspatriotismus“).

Der teilweisen Aufhebung garantierter Arbeits-(Vertrags-)Verhältnisse entspricht die bedingte Aufhebung des völkisch-garantierten Abstammungsbonus. Was mit der Flexibilisierung von Arbeits- und Lebenshierarchien bereits angerissen wurde, meint – gegen die Legende vom Tellerwäscher zum Millionär – nicht deren Aufhebung, sondern den kalkulierten (Leistungs-)Druck darauf, die erzwungene Mehr-Anstrengung, sich darin zu behaupten. Lassen wir unbeantwortet und offen, ob dem Völkischen oder (multi-)kulturellen Rassismus die Zukunft (in Deutschland und/oder Europa) gehört. Uns geht es darum, nachzuzeichnen, daß der autonome Blick auf Hoyerswerda oft ein (selbst-)bestätigender Blick auf einen Rassismus ist, den wir politisch leicht identifizieren können, der geschichtlich (d.h. völkisch-nazistisch) und äußerlich (d.h. glatzig) leicht auszumachen ist. Doch dieses neue Deutschland, vor und nach Hoyerswerda, ist für uns gerade mehr als seine ungebrochene (faschistische) Kontinuität, ist mehr als die öffentliche Manifestation des braunen Rassismus.

Die Glaubwürdigkeit multikultureller Konzepte, die gesellschaftliche Basis und Akzeptanz des „anständigen“ Deutschlands, liegt in der tatsächlichen Ablehnung jenes völkisch, braunen Rassismus. Sie nährt sich aus dem sicheren und beruhigenden Wissen, daß die AusländerInnen hier mehr eine Bereicherung, als

Photo: Hacky Hagemeyer/Transparent

eine Bedrohung sind, daß die propagierte Toleranz und Friedfertigkeit gegenüber hier lebenden AusländerInnen nicht einem neuen Menschen-Bild geschuldet ist, sondern der kalkulierbaren, nachrechenbaren Einsicht in ihre Nützlichkeit. Diese „ausländerfreundlichen" Deutschen sind tatsächlich dagegen, daß „Unschuldige" gejagt und verjagt werden. Sie sind, im Kleinen wie im Großen, für eine ruhige, nüchterne, kalkulierbare Haushalts- und Wirtschaftsführung, für eine sachliche Kosten-Nutzen-Rechnung, für eine am (eigenen) Bedarf orientierte AusländerInnen-Einfuhr-Politik, also für den effektiven, d.h. für sie immer staatlichen Schutz von AusländerInnen, die „Wir" brauchen, für ein staatlich-geregeltes („Rückführungs"-)Verfahren gegenüber jenen, die „Wir" nicht gebrauchen können.

All das wissen rot-grüne WählerInnen, all das wählen sie aus gutem Grund. All das wissen auch viele Nicht-Deutsche, die rot-grün politisch unterstützen, die sich parteipolitisch an der KAV (Kommunalen AusländerInnen Vertretung) in Frankfurt beteiligt haben, die mit dem multikulturellen Dezernat zusammenarbeiten. Viele dieser MigrantInnen nutzen bzw. tragen multikulturelle Vorstellungen und Projekte, sind eingebunden in ein Konzept, das zu recht von sich behaupten kann, einen beachtlichen Teil politisch engagierter MigrantInnen für sich sprechen zu lassen – sei es aus innerer Überzeugung oder aufgrund finanzieller Abhängigkeiten. Die politischen und finanziellen Möglichkeiten des multikulturellen Dezernats bedeuten für viele MigrantInnen reale Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen. Die meisten MigrantInnen wissen sicherlich auch, daß das multikulturelle Konzept weder den Kapitalismus hier, noch die imperialen Ausbeutungsverhältnisse weltweit in Frage stellt oder gar angreift. Nur, wie gering ist der materielle Unterschied zwischen einem Dezernat, das gar nicht will und uns Autonomen, die es nicht tun bzw. nicht können?

Solange autonome antifaschistische Praxis vorallem darin besteht, den braunen Rassismus „von der Straße zu verdrängen", solange sich hauptsächlich unsere Militanz gegen den braunen „Exzeß" richtet (und sich darin nicht nur kräftemäßig erschöpft), solange wir gegen den institutionellen, (multi-)kulturellen Rassismus keine Praxis entwickeln – solange machen wir mit multikulturellen Konzepten – ungewollt – eine Sache: Wir kämpfen gemeinsam um die Wiederherstellung der Normalität. Arbeitsteilig. Sie machen professionelle Öffentlichkeitsarbeit gegen den braunen Rassismus (Kundgebungen, Werbespots, Plakatserien, Veranstaltungen, Talk-Shows...) Kopfarbeit – und wir machen die Straßen-Arbeit vor Ort. Militante Handarbeit.

Solange wir uns in der Praxis von multikulturellen Zielen kaum unterscheiden, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn sich MigrantInnen für die einflußreichere Praxis entscheiden, und gegen eine absehbar kurzatmige autonome Intervention. Denn für MigrantInnen hört der Kampf hier nicht auf, wenn der braune „Exzeß" wieder Normal-Maß angenommen hat. Für sie ist der institutionelle und wirtschaftlich-regulierte Rassismus eine ganz alltägliche, unspektakulärte Auseinandersetzung, selbst wenn die letzte Glatze von der Straße geputzt wäre. Solange wir dieser Normalität nichts entgegenzusetzen haben, wird unser anti-rassistischer Widerstand Teil der Normalisierung bleiben. Solange werden multikulturelle Konzepte nicht nur ideologisch, sondern auch realpolitisch – auch für viele MigrantInnen – eine konkrete Alternative darstellen.

Bleibt noch die Frage: was heißt das für uns? Erstmal gar nichts, befürchten wir. Im besten Fall wissen wir jetzt (genauer), wogegen wir noch sind, im schlechtesten Fall kommt's darauf auch nicht mehr an.

Es geht nicht darum, die Notwendigkeit, gegen Fascho-Angriffe gezielt vorzugehen, in Frage zu stellen. Es geht darum, warum wir den Faschos einen Großteil unserer Energie und Wachsamkeit widmen, während die, die tatsächlich die Macht haben, in aller Ruhe, fast ungestört, ihren Rassismus in Gesetze und Lebenshaltungen pressen können.

Bleiben wir bei der Praxis. Gibt es weniger Gründe, den multikulturellen Rassismus, von SPD bis Grüne/Bündnis 90, anzugreifen, als den braunen Rassismus der NPD oder der REPs? Gibt es tatsächlich weniger Gründe, einen Parteitag der SPD z.B. zu verhindern, als einen Parteitag der DVU?

Bleiben wir noch einen Moment bei dem, wofür wir kämpfen. In vielen Erklärungen und Flugblättern stehen, ganz unten, unsere Forderungen: Bleiberecht für alle, alle Grenzen offen, für freies Fluten.

Im Augenblick spricht nichts dafür, daß die Herrschenden zur bedingungslosen Erfüllung unserer Forderungen bereit sind. Bekanntlich kapituliert dieser Rechtsstaat zehnmal lieber vor Skinheads und Nazis, als vor unseren Forderungen. Nun, Forderungen werden nicht falsch, weil sie unerfüllbar sind – sie werden aber bedeutungslos, wenn wir selbst keine Anstrengungen unternehmen, sie in unserer eigenen Pra-

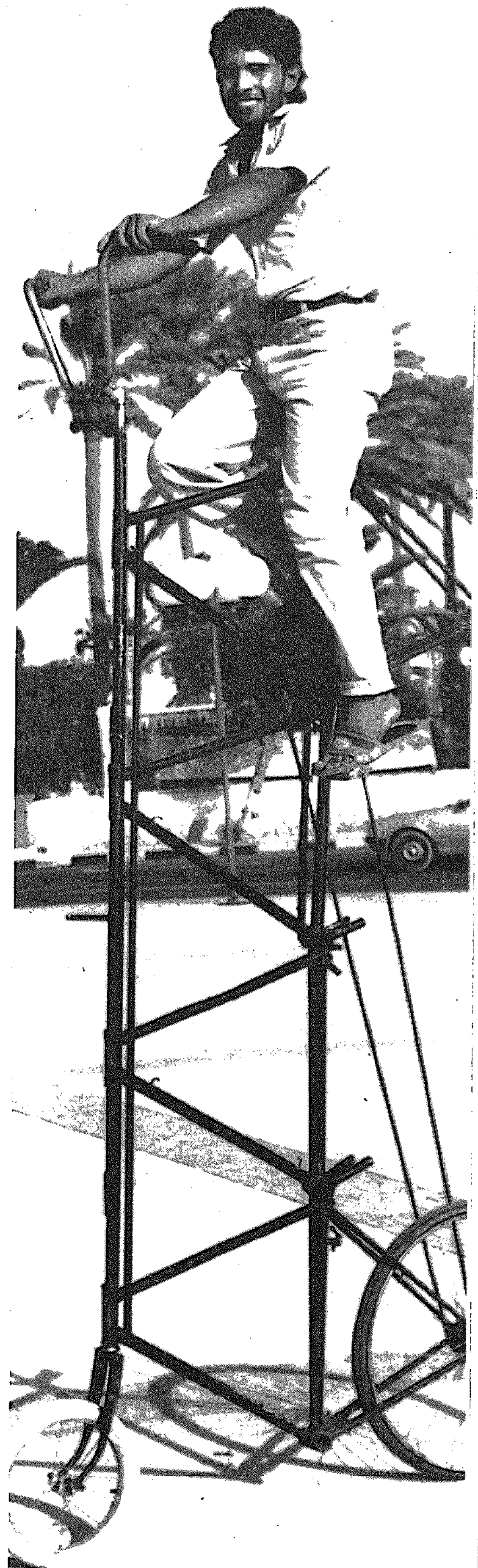


Photo: Hacky Hagemeyer/Transparent

xis zu konkretisieren. Wieviel „Bleiberecht“ haben Nicht-Deutsche in unseren persönlichen und politischen Zusammenhängen? Wo findet unter uns, zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen das „freie Fluten“ statt? Wenn wir uns das „freie Fluten“ vorstellen, dann denken wir alle – die REPs und Nazis ausnahmsweise eingeschlossen – an's Gleiche: an ein volles Boot, Marke „BRD“, das rettungslos absäuft – mit dem kleinen Unterschied, daß wir uns dabei in „internationalen Gewässern“ wähnen, während um uns herum die Wellen zusammenschlagen. Dabei bekommen die herbeigesehnten Flüchtlingsströme nicht nur etwas apokalyptisch Befreiendes – sie fungieren auch als Ersatz, als Projektion für Kämpfe, die wir selbst führen müßten.

Aber vielleicht steckt ja auch hinter der Unbestimmtheit unserere Forderung nach „freiem Fluten“ die viel bestimmendere Angst vor dem, was passiert, wenn wir uns tatsächlich darauf einließen, wenn wir es sogar herausfordern würden...

Wie schnell dann unsere Zusammenhänge ins Schwimmen kommen, läßt sich fast für jede autonome Gruppe sagen, die sich mit Flüchtlingsarbeit konfrontiert hat. Die Grenzen der Belastbarkeit sind oft schneller erreicht, als die Durchsetzung einfachster Forderungen (von Seiten der Flüchtlinge). Das spricht nicht gegen die Wenigen, die das tun, sondern gegen die Vielen, die das entweder für Sozialarbeit oder Reformismus halten.

Das ist die eine Seite autonomer Realpolitik. Die andere Seite autonomer Einmischung könnte jedoch – auf unerhoffte Weise – auch Mut machen – die Erfahrung, mit welch' vergleichsweise bescheidenen Forderungen die herrschenden Verhältnisse zwar nicht zum Tanzen, so doch ins Rotieren zu bringen sind. Denn, was bezogen auf kapitalistische Verhältnisse reformistisch ist, die Durchsetzung gleichen Rechts (auf Ausbeutung), kann in bezug auf rassistische (Gewalt-)Verhältnisse revolutionär sein: Die Inanspruchnahme und Durchsetzung derselben Rechte, die Deutsche haben, für alle Nicht-Deutsche – nicht auf dem deutschen Rechtsweg, sondern mittels einer militanten Praxis. Es geht darum, für Bedingungen (mit-)zu kämpfen, daß Nicht-Deutsche hier leben können, wie sie wollen, arbeiten können, wann sie wollen, wohnen können, wo sie wollen. Alleine die Durchsetzung dieser Forderungen würde gegen alle Zwangsmaßnahmen des Ausländer-Innengesetzes verstoßen, gegen alle Arbeitssondergesetze für Nicht-Deutsche. Das würde an den kapitalistischen Strukturen nicht rütteln. Aber welchen Grund oder gar welche Berechtigung hätten wir, unsere Solidarität gegenüber Nicht-Deutschen mit Erwartungen zu verknüpfen, die wir selbst nicht einlösen bzw. füllen können? Sie sind soviel und sowenig „revolutionäres Subjekt“ wie wir – weder ihr Kampf noch unsere Solidarität darin kann Ersatz für Kämpfe sein, die wir selbst entwickeln müßten, mit denen sich Nicht-Deutsche solidarisieren können – und eben nicht umgekehrt. Wenn die Herrschenden vom „Anschlag auf unseren Rechtsstaat“ reden, dann meinen sie nicht die Gefahr für das Leben von Nicht-Deutschen – dann sehen sie vor allem das Rechtsstaatmonopol in Gefahr, über das Leben von Nicht-Deutschen frei zu verfügen. Wann, wo und wie es ihnen nützt – wann, wo und wie „es“ passiert, wenn sie genug davon haben. Genau dieses Gewaltmonopol wollen sie nicht der Willkür rassistischer Angriffe von Skins und Nazis überlassen. Dafür haben die Herrschenden, von CSU bis zu den GRÜNEN, von Gewerkschaften bis zu den Unternehmerverbänden ihre eigenen Berechnungen und Lösungen.



Bringen die Herrschenden gegenüber diesem willkürlichen Rassismus noch ausreichend Verständnis auf – schließlich sind sie sich ja im rassistischen Grundkonsens einig – hört ihre Toleranz spätestens dann auf, wenn genau dieser Grundkonsens in Frage gestellt wird. Können sie, vom Politiker bis zum BKA, beim besten Willen, hinter über 1500 rassistischen Anschlägen in 3 Monaten, „weder terroristische noch dauerhafte Strukturen“ (Staatssekretär Neusel, FR v. 10.10.91) (19) erkennen, so weiß der Innenminister Diederich (CDU) geradezu intuitiv, daß die abermalige Flucht von Flüchtlingen aus Greifswald zurück nach Neumünster von „langer Hand vorbereitet und von autonomen Kräften aus westlichen Bundesländern gesteuert“ wurde. (FR v. 7.11.91).(18)

Mal abgesehen davon, daß sowas wie Honig runterläuft – auch wenn wir uns den Genuß selbstverständlich verbieten. Es handelt sich hier wohl mehr um einen behördlichen Alptraum (vielleicht hat er auch schlicht zuviel „Westfernsehen“ geglotzt), als um autonome Praxis. So vordergründig diese staatliche Gefahrenanalyse ist, soviel sagt sie darüber aus, wovor sie tatsächlich Angst bekämen. Vor einer militanten Praxis, die mit dazu beiträgt, daß nicht mehr der Staat, sondern die Menschen selbst ihr Leben in die eigenen Hände nehmen, selbst bestimmen, wo sie sich sicher fühlen, wo sie und mit wem sie zusammen leben wollen. Dann ginge der Kampf nicht nur um „sichere“ Lager, sondern gegen jede Art von Lagerhaltung und Kasernierung von Flüchtlingen. Damit wäre eine wesentliche Voraussetzung für rassistischen Konsens wie Pogrom gleichermaßen angegriffen: die unbedingte Notwendigkeit, die Objekte rassistischer Angriffe zuallererst zu markieren – mittels ihrer systematischen Erfassung, Kontrolle, Absonderung und Entrechtung.

Das wäre ein konkreter Schritt, die gigantische Kluft zwischen autonomer Theorie und Praxis, zwischem „freien Fluten“ und „mehr Taschengeld“ zu verkleinern. Eine autonome Praxis, die nicht nur die Forderungen der Flüchtlinge solidarisch unterstützt, sondern gleichermaßen unser eigenes Interesse, unseren eigenen Kampf um Veränderungen hier deutlich macht.

Was dies bewirken könnte, spricht aus jeder Zeile eines Kommentars der FR, anläßlich jener Greifswald-Ereignisse:

„Damals (in Hoyerswerda) wurde der Rückzug (der Flüchtlinge) von den Behörden organisiert, jetzt von Autonomen. Wenn das keine Kapitulation des Rechtsstaats ist!“ (FR v. 5.11.91)(19) – schön wär's ja.

Anmerkungen

1 Dan Nitescu, aus: Pflasterstrand, März 1990, S.37
2 ders., S.41
3 ders., S.40
4 Daniel Cohn-Bendit, aus: Der Spiegel 22/1989, S.103
5 Dan Nitescu, S. 39
6 ders., S.40
7 ders., S.44
8-11 Gerd Koenen, in Pflasterstrand, März 1990, „Keine Multikultur ohne Rassismus“, S.43
12-14 Dan Nitescu, S.41
15 Kundgebung der staatstragenden Parteien gegen „Ausländerhaß und Fremdenfeindlichkeit“ auf dem Römer am 3.10.91, zitiert nach NP v. 4.10.91)
16 CDA (Christlich-demokratische Arbeitnehmer), zit. nach FR v. 17.12.91
17 Staatssekretär Neusel, zit. nach FR v. 10.10.91
18 FR v. 7.11.91
19 FR v. 5.11.91

»Mitglied der ÖKOLOGISCHEN LINKEN können alle werden, auch Deutsche, ...«*

*Zitat aus der ÖkoLi- Satzung, §3

Gespräch mit

Jutta Ditfurth und Manfred Zieran

InitiatorInnen von ÖkoLi
geführt von Wolfgang Haug und Andi Ries

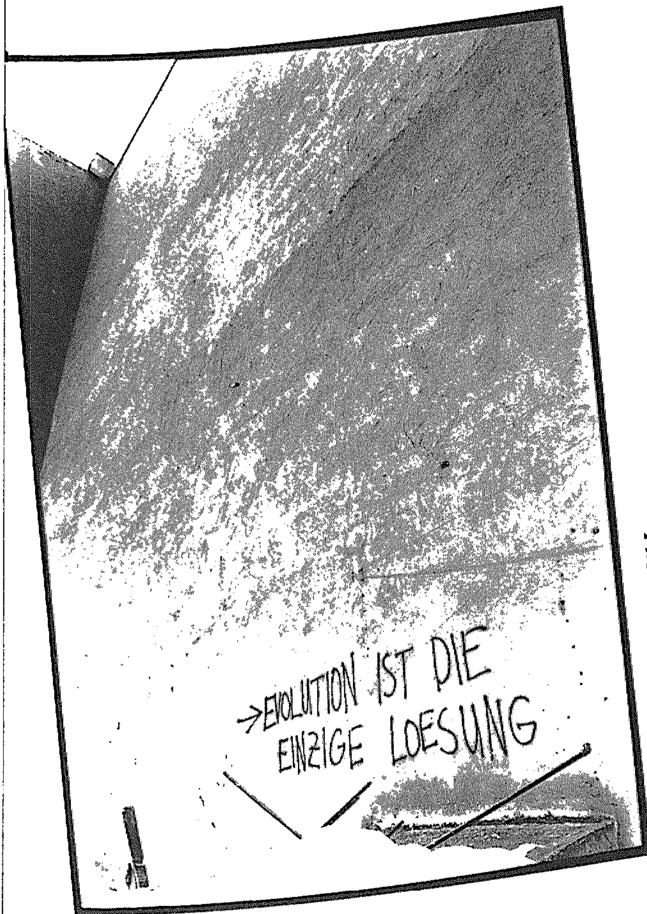
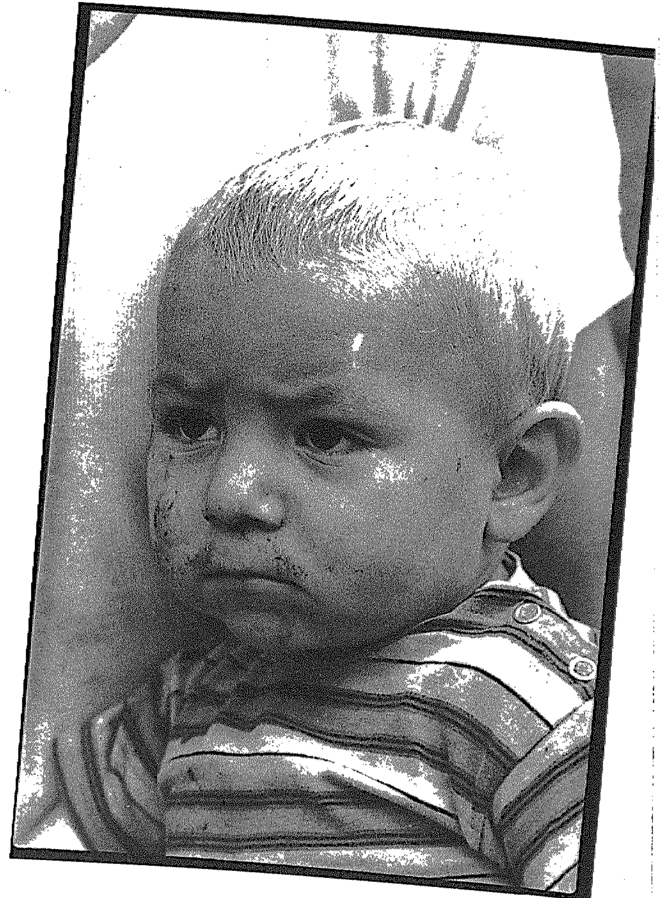


Photo: Anarchistische Fotozelle


Photo: Theo Heimann/GAFF

Die *ÖkoLi* will eine neue linksradikale und basisdemokratische Partei sein, die ökologische, feministische, antimilitaristische und antiparlamentarische Ideen vertreten will. In der Grundsatzerklärung vom 8.12.92 finden sich häufig Einschätzungen, die wir teilen:

„Der Kapitalismus hat, vorerst, die Welt erobert. Er ist dabei, sich überall die besten Verwertungsbedingungen zu verschaffen, Mensch und Natur seinen Interessen immer hemmungsloser zu unterwerfen. Der Kapitalismus, mit patriarchaler Herrschaftsstruktur, ist nicht auf einzelne Regionen beschränkt, sondern die kapitalistische Weltwirtschaft durchdringt alle Gesellschaften und Lebensbereiche.(...) Die entscheidenden imperialistischen Mächte sind gegenwärtig die USA, die BRD und Japan. Der Verlust der ökonomischen Vormachtstellung der USA auf dem Weltmarkt (Rezession, Schuldenkrise, veraltete Produktionstechnologien) war mit ein Grund für den zweiten Golfkrieg.(...) Als Führungsmacht der EG und angesichts des Machtvakuums in Osteuropa (einschließlich Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens) nimmt Deutschland heute eine hegemoniale Position in ganz Europa ein.(...) Regierungsentscheidungen in kapitalistischen Zentren sind Profitinteressen untergeordnet, gleichgültig ob nun gerade CDU-CSU-SPD-FDP-Grüne o.ä. an der Regierung sind.(...) Nur durch harte gesellschaftliche Kämpfe ist es gelegentlich möglich, [unseren] Interessen [Emanzipation des Menschen, Ökologie, Solidarität, Selbstbestimmung usw.] Raum zu verschaffen. Jede wirkliche Veränderung aber, jede substantielle Reform ist das Ergebnis von sozialen Kämpfen und von der Entwicklung von Gegenmacht, ob im Trikont oder hier. Den Parlamenten entstammen diese Verbesserungen nie. (...) Eine Chance auf radikale Veränderung liegt in der Organisierung linker politischer Opposition in der BRD (...)“

Die theoretischen Berührungspunkte zur anarchistischen Bewegung sind augenscheinlich, die Praxis, eine neue Partei zu gründen, dafür umso weniger. Uns hat deshalb interessiert, wie die InitiatorInnen nach ihren Erfahrungen innerhalb der GRÜNEN ihren neuen Ansatz vertreten und ob die linksradikalen Formulierungen („Papier ist geduldig“) auch in direktem Gespräch aufrecht erhalten werden. Das Gespräch fand Ende Februar im Anschluß an ein (mißlungenes) BUKO-Treffen, das die Demo u.a. zum Weltwirtschaftsgipfel in München vorbereiten wollte, in Frankfurt statt.

Red. SF

SF: Gegen zahlreiche Probleme, die vom Kapitalismus verursacht sind, sind Bürgerinitiativen, Bewegungen, sogenannte Ein-Punkt-Bewegungen Sturm gelaufen. Die grüne Partei wollte diese Ein-Punkt-Bewegungen bündeln und verstand sich als „Fortentwicklung" der Bewegungen. Als Anarchisten haben wir diesen Weg von Anfang an als Sackgasse abgelehnt, weil er die Energien aktiver Menschen nur von den Sachproblemen weg, hin zu den Parteiproblemen, zu den Sachzwängen denen eine Partei ausgesetzt ist, umlenkt. Ihr seid inzwischen ausgetreten. Was hat Euch veranlaßt, so spät auszutreten? Müßtet Ihr nicht zumindest im Nachhinein sagen, daß – aus Eurer Sicht – eine Spaltung der Grünen in Fundis und Realos zu einem früheren Zeitpunkt, einer linken Politik viel größere Chancen eröffnet hätte?

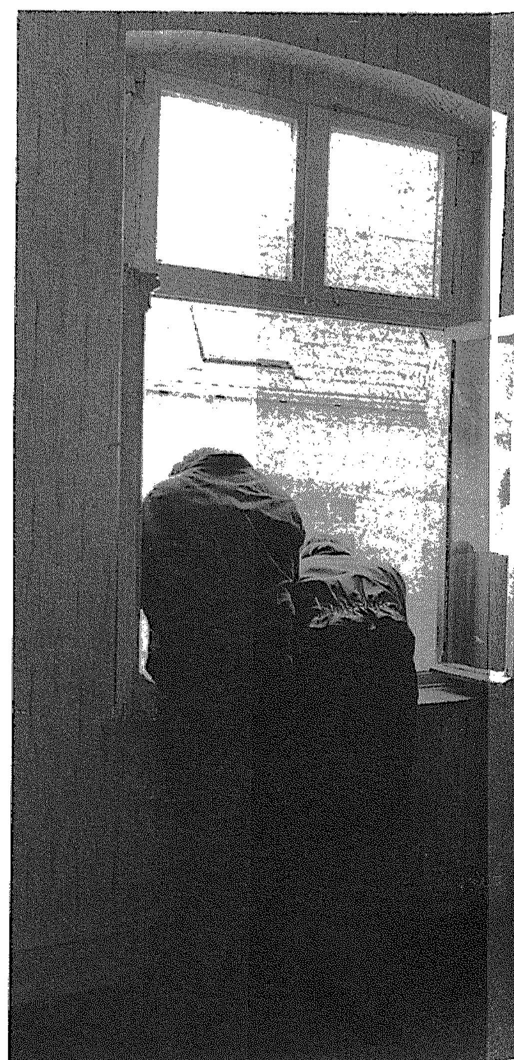
Jutta: Deine Frage unterstellt ein bißchen, als ob es meine höchst individuelle Entscheidung gewesen sei, alleine sozusagen den besten Zeitpunkt, wann aus den Grünen auszutreten wäre und wann die beste Chance wäre, irgendetwas neues Linkes aufzubauen. Da sind eine ganze Menge an Voraussetzungen drin, die ich so nicht teile. Das eine ist, die Grünen waren, und deswegen, weil ich selber nicht nur aus einer außerparlamentarischen sondern einer antiparlamentarischen Tradition komme, die Grünen waren, das muß man einfach als Voraussetzung sagen, nie eine linke Partei sondern ein Bündnis von verschiedenen linken Kräften bis hin zu konservativen, denkt an Guhl ... und aufgrund einer bestimmten Entwicklung innerhalb der Grünen, aufgrund einer relativen Stärke, in vielerlei Hinsicht relativen Aktionsstärke, Theoriestärke von Linken haben die Grünen eine Phase von drei, vier, fünf Jahren gehabt, wo sie es relativ gut geschafft haben, eine Sache die ich sehr positiv einschätze, linke oder sogar linksradikale Positionen in die Partei hineinzutragen und ein Stück weit zu vermitteln: die ökologische Position, bestimmte radikal-feministische usw.

SF: Was waren für Dich persönlich die Gründe in die Grünen einzutreten?

Das ist das eine, reinzugehen und zu wissen, daß du dich auf einen Prozeß einläßt, der bestimmte Ambivalenzen hat, z.B. die daß es eine Partei ist und daß man sich auf bestimmte parlamentarische Arbeitsformen oder Arbeitsebenen einläßt. Aber die Entscheidung dafür, wissend, daß dies Probleme mit sich bringt, kam aus einer Situation, wo wir, ich meine jetzt z.B. wir beide, oder auch andere Leute, undogmatische Linke, Bewegungslinke aus der Einschätzung, daß nach dem Deutschen Herbst, nach der Niederschlagung der Anti-AKW-Bewegung sehr wenig Möglichkeiten da waren, Politik wie wir sie verstanden zu machen, also eine Verbindung aus radikal ökologischen Positionen und feministischen auf andere Ebenen zu transportieren. Es kam also aus so einer Sache heraus, ohne zu überschätzen oder fehleinzuschätzen, was die Möglichkeiten parlamentarischer Arbeit an Gefahren mit sich bringt oder auch die Arbeit in Parteistrukturen an Gefahren mit sich bringt.

D.h. da dann raus zu gehen, – viele Linke, die sich von außen immer nur als Beobachter eingemischt haben, auch zu Zeiten, wo die Linken einen eminenten Einfluß auf die Grünen hätten ausüben können und den einfach verschlampt haben, – aus einem solchen Bündnis zu gehen, das erfordert auch eine Analyse der Situation, d.h. du mußt schauen, zu welchem Zeitpunkt aufgrund von welcher Austragung von welchem Konflikt du eine Zuspitzung so hinkriegst, daß du mit möglichst vielen Leuten eine Partei verlassen kannst, um etwas Neues zu machen. D.h. du bist abhängig von der Bewußtseinslage und der Einschätzung von anderen Linken. Wir hatten aber eine so ungleichzeitige Entwicklung der Linken innerhalb der Grünen, daß wir in Hessen z.B. 1982/3 die Mehrheiten fast vollständig verloren hatten und wir haben ganz heftig versucht ab 82/83 auf Bundesebene Zusammenhänge von Linken zu schaffen. Da sind wir aber auf komplettes Desinteresse gestoßen, von bestimmten Strömungen innerhalb der Linken, die Ökologie z.B. einen Quatsch fanden und sich ganz anders orientiert haben und scharf waren auf die unbedingte Tolerierung der SPD ohne jede Forderungen. Andere Linke wie die Hamburger mit denen wir sehr eng politisch gearbeitet haben, den Ökosozialisten, hatten einen ganzen Landesverband als einen linken Landesverband, sahen also überhaupt keine Notwendigkeit sozusagen, die Grünen zu verlassen und fühlten sich leider zu wohl, nach Jahren etwas marginalerer linker Politik, zu sagen, wir sind plötzlich bei den großen Massen und die Möglichkeiten hatten wir vorher nie. Es gab also Entwicklungen, die waren so verschieden, daß wir Jahre gebraucht haben, im Grunde genommen bis 1988, bis wir die ersten einigermaßen gut besuchten Bundestreffen von Linken innerhalb der Grünen hinkriegen konnten.

Dann gab's noch weitere Punkte für die konkrete Entscheidung auszutreten, da gab's dann sehr unterschiedliche Meinungen. Man könnte sagen, ein guter Zeitpunkt hätte sein können, der Dezember 1988 nachdem man einen linken Bundes-



vorstand, in dem auch Christian Schmidt, Regina Michalik und ich drin waren mit einer Finanzintrige, die fast ein Jahr dauerte, versucht hat, einfach so fertig zu machen, daß wir keine Chancen mehr hätten Politik zu machen. Nur, das fanden wir emotional ganz furchtbar genau dann rauszugehen, da hatte ich dann sozusagen einfach Probleme zu sagen, ich kann nicht dann eine Partei verlassen, mit dem Stigma, die geht, weil sie zurücktreten muß. Das geht auch nicht, also muß es irgendeinen Punkt geben, wo es auch der richtige Anlaß ist, die richtige Vermittlung eines Konfliktes. Und dann haben wir eingeschätzt, daß der letzte Punkt der Möglichkeit war eben dann etwa eineinhalb Jahre später, im Mai 1991 zu gehen, nachdem einfach ein paar Grundlagen zerschmettert waren, die ganz wichtig waren für dieses eben nicht linke, aber durchaus relativ stark linkslastige Bündnis. Eine ganz zentrale Sache, die im Mai 1991 in Neumünster durchgesetzt wurde, neben allen möglichen Strukturveränderungen, also Entdemokratisierung, die letzte Entdemokratisierung von Möglichkeiten, die wir brauchten um Politik zu machen, war ein Papier, in dem ganz zentral das was vorher Konsens war, nämlich die antikapitalistische Orientierung, beseitigt wurde, zugunsten einer marktwirtschaft-

andere Ebene, wo die Vermittlung von ökologischen, feministischen und sozialistischen oder was weiß ich linken, autonomen und anarchistischen Positionen stattgefunden hätte. Es gab diese anderen Spektren nicht, die in gleichem Maße verbindlich gewesen wären wie wenn wir uns zusammen gesetzt und unsere Positionen weiterentwickelt haben.

Und: schaut man auf andere Teile der Szene, was wir da an informeller Hierarchie erleben, in bestimmten autonomen Kreisen gibt es ein deratig machistisches Gruppenverhalten, da pfeift einer und der Rest tanzt und die fühlen sich ungeheuer autonom. Es ist zum Totlachen. Die Grundprinzipien von Basisdemokratie waren verlachte Kategorien, ein verlachter Wert in großen Teilen der Linken, weil man da eher auf Zentralismus stand, auch in den Kreisen wo man Zentralismus ideologisch total abgelehnt hat. Es gab schon Elemente bei den Grünen drin, die von außen, wenn man nur ganz weit von außen guckte, übersehen werden, aber das war der kleinere Teil, sonst wären wir nicht ausgetreten, wenn alles so wunderbar gewesen wäre.

Wenn ich Euch richtig versteh, steckt in der Frage auch die Infragestellung der Partei? Wir finden Parteien total doof. Furchtbar analytisch formuliert. Also: Wir haben kein prinzipielles Interesse an Parteien.

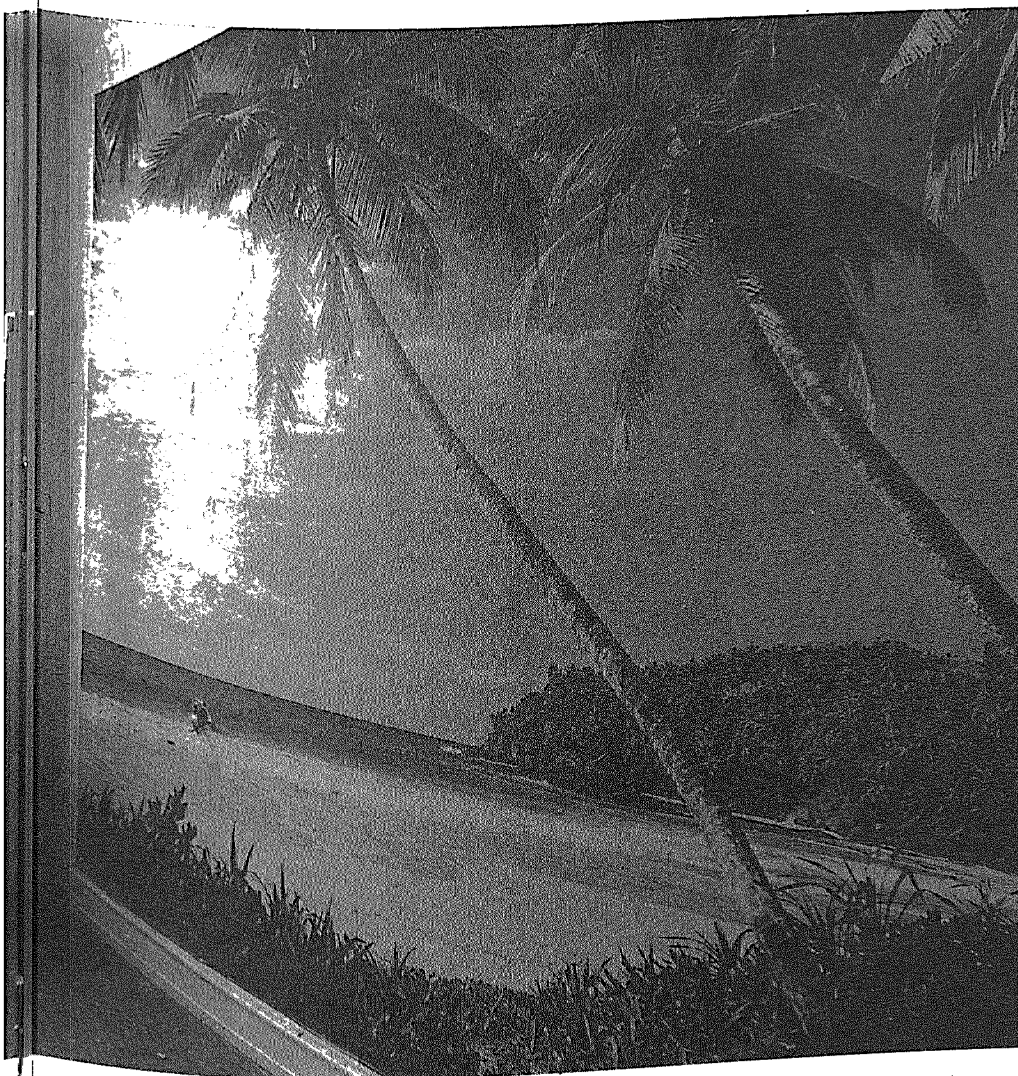


Photo: Hacky Hagemeyer/Transparent

lichen, reformistischen Eindeutigkeit, wo es keine Möglichkeiten mehr gab...

Was machte denn die Attraktivität der Parteiarbeit seit 1985 aus, wenn du hier sagst, ich war innerhalb der Grünen. Das ist mir weitaus wichtiger als meine Zeit z.B. an Basisprojekten zu investieren?

Jutta: Du baust Gegensätze auf, die ich so überhaupt nicht erkennen kann. Ich muß sagen, was ich in meiner Zeit bei den Grünen unter Parteiarbeit verstand. Grüne Politik hieß für mich nichts anderes, also zumindest das eine Feld der politischen Agitation war innerhalb der Grünen selber. Also Überzeugungsarbeit, Bewußtseinsarbeit, dort Aktionen zu machen, die Leute, die sich unter diesen 40.000 Mitgliedern befanden natürlich auch als Zielgruppe von Politik, von Überzeugungsarbeit und politischer Veränderung zu begreifen. Und dann mit dem Laden, den Laden selber natürlich nach außen zu benutzen, für linksradikale Positionen. D.h. wenn ich als Grüne irgendwo war, bin ich doch hauptsächlich in Diskussionsprozessen vor Ort, ich war am Allerseltensten in Bonn. Es gab schon Beschwerden darüber, wie selten ich in Bonn zu erreichen sei, weil die Ebene hat mich überhaupt nicht interessiert, nicht die Ebene der Empfänge und der großen Treffen mit Vertretern der anderer Verbände. Meine politische Praxis bestand aus irgendwelchen Bündnissen mit den diversesten Basisgruppen in Fragen von Atomenergie, in Fragen von Gentechnik. Und das Interessante war, es gab innerhalb der Grünen, nicht über den gesamten Zeitraum, aber zu bestimmten Phasen, oft Entwicklungen und Lernprozesse auch für uns in diesem Bündnis, die ich z.T. auch nicht missen möchte. Der Zwang zur Auseinandersetzung mit gutwilligen ökologisch denkenden Liberalen, die von Antirassismus im besten Fall keine Ahnung oder ganz merkwürdige Positionen im Kopf haben, war ungeheuer notwendig, um diesen Prozeß von Vermittlung zu lernen. Ich glaube auch daß bestimmte Phasen von den Grünen, ohne dies idealisieren zu wollen, uns vor einem Maß an Sektiererei bewahrt haben, wie ich dies in anderen Teilen der linken und linksradikalen Szene immer wieder erlebe. Es gab aber auch außerdem auch für uns als Linke eine gewisse Attraktivität der Grünen, für eine begrenzte Zeit, denn es gab für eine ganz lange Phase außerhalb dieses linken-grünen Zusammenhangs, der aber wie gesagt noch nicht organisiert war, keine

Warum gründet ihr mit der ÖkoLi dann gleich die nächste?

Jutta: Weil wenn schon, machen wirs besser! Quatsch!

Aus verschiedenen Gründen: wir haben im Moment die Einschätzung, daß die Linken in diesem Land in einem Zustand sind, wo sie, um es mal ganz furchtbar liebevoll auszudrücken, ungeheure Schwierigkeiten haben, überhaupt verbindliche Strukturen miteinander einzugehen. Auf den libertären Tagen in Frankfurt gab 'wohl auch Diskussionen über genau diese Frage von Organisierung und einen allgemeinen Konsens, in dem man sich einigte, das ganze dezentral zu betreiben und miteinander in einen freien, selbstbestimmten Austausch zu treten und heute treffe ich immer mehr Leute auch aus autonomen Kreisen, die sagen, daß dies auf allen Ebenen gescheitert ist. Es gibt diese Strukturen von Verbindlichkeit nicht außer man kennt sich als Freunde und man trifft sich hier oder dort. Aber es gibt keine verbindliche Diskussion, die auch Folgen hat. Man diskutiert hier über das, schreibt da über das aber es gibt keine stringente Entwicklung von Diskussion auf Bundesebene. Unsere Voraussetzung ist: wir wollen verbindliche Strukturen haben um Diskussionen führen zu können.

Wir haben den Anspruch, zu etwas beizutragen wie einer interventionsfähigen außerparlamentarischen oder besser antiparlamentarischen Opposition hier im Land.

Ist das kein Widerspruch zur „Partei"?

Jutta: Ich bitte unsere Satzung anzugucken.Wer unsere Satzung sieht, wird sehen, daß es noch nie eine so parteifeindliche Satzung in der Bundesrepublik gab, wie wir das geschrieben haben. Wir haben nur das genommen, was unbedingt sein muß aus dem Parteiengesetz, was übrigens viel viel weniger ist als die Grünen hatten. Die Grünen haben keine Struktur nach dem Motto „wir machen etwas Linkes", es gab ja anfangs schon Kräfte wie Gruhl, die wollten Vorstände, weil wir diese Strukturen haben....

Zwischendurch: warum dann nicht Föderation oder eine andersartige Organisation. Warum gleich eine Partei mit diesem ganzen Anerkennungszwang?

Jutta: Weil es noch andere Gründe gibt. Weitere Gründe liegen darin, daß wir gesagt haben, wir glauben eine der möglichen weiteren Entwicklungen in diesem Land ist, daß es härerte staatliche Repressionen geben kann. Und wir wissen, daß alle anderen Formen wie der Status eines Vereins oder egal mit welcher rechtlichen Konstruktion jetzt, mit einfachen Verwaltungsakten verboten werden kann, noch unter Gerichtsebene. Ne Partei hat zumindest drei Instanzen ne Chance sich wehren, und auf öffentlich wirksamem Niveau. Letztendlich kann sie nur vom Verfassungsgericht verboten werden.

Manfred: Das ist aber nur ein Nebenaspekt.

Jutta: Ja ein Nebenaspekt, wie Geld ein Nebenaspekt ist, aber ein durchaus wichtiger, weil halt für ne Partei die Leute ihre Spende abesetzen können. Aber das Hauptargument ist, daß wir keine anderen Strukturen kennen, die auf Bundesebene als Bundesorganisation, nicht als lokale, da wäre es nicht nötig, verbindliche Strukturen hingekriegt hätten, die sich nicht einer solchen Hilfskonstruktion bedienen muß. Und, obwohl wir das ziemlich runtergefahren haben in der Satzung, daß wir natürlich nicht ausschließen auf bestimmten Ebenen, die aber autonom zu bestimmen sind, auch da oder dort parlamentarisch zu arbeiten. Allerdings, ich weiß nicht, ob ihr unsere Satzung genau kennt, da steht drin, „es gibt die Möglichkeit von antiparlamentarischen Oppositionskandidaturen, die aber jegliche Form von Apparatebeteiligung wie Regierungsverflechtung von vornherein Ausschlußgründe sind.

Du gehst davon aus, daß sich im Verlauf einer zukünftigen Parteigeschichte dies sich nicht wieder dermaßen verändert, daß hinterher wieder Prozesse wie bei den Grünen einsetzen. Immer mehr Realpolitik, immer mehr Sachzwänge zu akzeptieren und damit irgendwann eben wieder die nächste Wahl zum Zentrum der ÖkoLi-Tätigkeit werden könnte?

Jutta: Man muß dann die Frage stellen, gibt es überhaupt nach all unseren gemeinsamen Erfahrungen oder nach den Erfahrungen von Linksradikalen in der Bundesrepublik, gibt es irgendwelche Strukturen sozusagen, die vor Anpassung oder vor Fehlentwicklungen schützen?

Angesichts der Entwicklungen in den letzten Jahre: nein. Theoretisch: Eine Gegenkultur.

Jutta: Ich habe auch nicht so ein mechanisches Bild der Partei. Für mich sind die Gruppen oder die Organisationen, in die ich mit Freunden zusammen gehe, oder die ich mit Freunden zusammen aufbaue, organisatorische Rahmengebilde für politische Positionen, wobei ich mir überlege, was ist jetzt momentan das beste, was halte ich für das beste, was ich mit anderen zusammen tun kann. Das schließt nicht aus, daß sich dieses Gebilde wieder so verändern kann, daß wieder die Frage kommt, an welchem Punkt mache ich wieder den Absprung. Aber, eines was man dagegen tun kann, ist, daß man aus den bisher gemachten Fehlern und Erfahrungen etwas lernt und versucht umzusetzen. Deswegen haben wir bestimmte Satzungsgeschichten, bestimmte Konstruktionen, bestimmte Organisationsstrukturen. Wir haben ja keine Parteistruktur. Wir haben ne bestimmte Struktur mit sehr viel Autonomie, mit sehr viel Dezentralizität und Entscheidungsformen, die es bei anderen Parteien überhaupt noch nie gegeben hat. Aber das wirklich Entscheidende ist, nicht nur für die ÖkoLi sondern für andere Gruppen auch, schaffst Du es, in so einem Land wie hier, ein Milieu zu entwickeln, also was mich nicht nur sozusagen zusammenhält in der Not und die harte Arbeit überleben läßt, sondern das auch so eine Attraktivität des Widerstands hat, daß Leute es aushalten und daß ihnen die andere Welt, sozusagen die ganz normale bürgerliche Welt mit ihren Spaltungsangeboten und Integrationsangeboten, so attraktiv nicht erscheint. Trotzdem wirst du die Leute haben, die es nicht aushalten in der Minderheit zu sein sondern unbedingt dazugehören wollen. Du kannst es manchmal abbremsen, aber es bleibt ein Problem aller Gruppen. Wenn ich mir heute angucke, wer aus der Frankfurter Szene, aus den radikalsten Kreisen, aus revolutionären Zellen, von oben bis unten Lederklamotten und verbalradikal, antiautoritär und auf den Demos immer vorne weg – wo die heute sitzen! Mit ihrer Aufarbeitung, ihrer autonomen Struktur, dann ist es ein Witz! Dann frage ich mich, wieso lebt ein Teil der autonomen Szene nur dadurch, daß sie sich alle fünf Jahre erneuern müssen? Und die Leute plötzlich weg sind. Bis auf ein paar, die dann übrig bleiben, langsam älter werden, ihre Projekte haben und es geht irgendwie gut. Anwesende nicht ausgenommen, nicht? Aber drum rum? Wo sind denn meine autonomen Freunde aus den 70ern alle geblieben, oh, wenn ich die heute treffe sind sie oft auf der anderen Seite. Oder gar nicht mehr irgendwo zu sehen, weil sie sich verkrochen haben ins Privatleben. Ich glaube nicht, daß es so einfach ist, die ganze Gefahr so sehr auf die Partei zu konzentrieren.

Aber mit der Partei schaffst du den Status einer Existenzsicherung. Z.B. die Grünen, sie schafften die 5% bundesweit nicht und das zog einigen hundert ihre Existenzgrundlage weg. Du baust innerhalb des politischen Spektrums eine rein materielle Existenzmöglichkeit auf, die auch wahrgenommen wird. Die Politik im Parlament ist nicht nur idell sondern auch materiell und führt dazu, daß Leute dort bleiben wollen. Dort ihr Einkommen haben. Eine Tätigkeit, die sich mit ihren Interessen deckt, die das Hobby zum Beruf macht und eine größere Attraktivität als die ehemaligen Inhalte hat. Was dazu führt, – man kann dies ja bei den Grünen sehen, wie sieht es beispielsweise mit den basisdemokratischen Grundsätzen inzwischen aus? Inwieweit kann man noch von einer ökologischen Partei sprechen? –

Jutta: Bei den Grünen?

Ja.

Jutta: Nicht mehr.

Aber ihre Existenz beruht noch immer auf diesem Mythos, der mittlerweile inhaltlich nicht mehr ausgefüllt wird. Sie leben aber noch davon. Und diese Sache wurde aufgebaut, wo sehr viele Energien drinstecken, auch Deine, wo's mich einfach fuchst, wenn ich da gearbeitet hätte. Ihr habt zudem für viele heimatlose Linke die Funktion gehabt, daß sie sagen konnten, da sind die und die Leute noch Mitglied, was dazu führte, daß das grüne Projekt noch lange für unterstützenswert gehal-

ten oder verteidigt wurde. Es ist also nicht nur so, wie du gesagt hast, daß du die Partei als Agitationsfeld benutzt hast oder dich dort positiv auseinandergesetzt hast, sondern du hast auch diese grüne Partei in den Augen vieler mit gerechtfertigt.

Jutta: Ich fand sie auch zu rechtfertigen über weite Phasen.

Aber sie ist doch viel früher nicht mehr zu rechtfertigen als jetzt meinetwegen 1988 oder 1991. Wenn man so will, war das doch schon an dem Punkt, wo Prinzipien wie das Rotationsprinzip aufgegeben wurden, weil sie ja angeblich nicht praktikabel sind, daß Basisdemokratie abgebaut, daß ein anderes Parteiverständnis abgebaut wurde. Übrig blieb dann doch mehr und mehr und auch ganz logischerweise diese realpolitische Ebene.

Manfred: Das ist nicht richtig. Die stimmt so einfach nicht die Beschreibung. Bis 1988 war innerhalb der Grünen offen wie die Grünen sich weiterentwickeln würden. Und zwar gab es einen Widerspruch zwischen grüner Basis und grünem Funktionärstum, der sich ausgebildet hatte. Da hattest du auf Bundesversammlungen, wenn die Leute von der Basis zusammenkamen, bis 1988 die Möglichkeit eine linke Politik zu machen. Jutta hat es ja schon gesagt, daß wir auf der anderen Seite mit unseren linken Zusammenhängen in den Grünen noch nicht so weit waren. Es gab aber einen harten Fight.

Erklärung: von Innen her gesehen stand die Entscheidung spitz auf knopf. Die andere Seite (Realos) war kurz vorm Aufgeben. Fischer hatte sich bereits umgesehen nach einer Karriere im SPIEGEL oder sonstwo, Redaktionsposten usw. Es gab Gespräche am Rande von Bundesversammlungen, wo die Oberrealos gesagt haben, wenn ihr da nicht einen Kompromiß macht, gehen wir raus, dann steht ihr alleine und kriegt ihr eure 5% nicht mehr. Da haben wir ein bißchen grinsend danebengestanden, ja müßt ihr sehen. *[Nachtrag vom späteren gemeinsamen Essen: Von den Stimmen her, gaben die anscheinend so linken, ehemals trotzkistischen Grünen aus Köln und Umgebung den Ausschlag zugunsten der Realos bei der Abwahl eines linken Bundesvorstands! SF-Red.]*

Wir hatten uns durchgesetzt innerhalb der Linken mit ner harten Linie. Es gab ja auch Streit innerhalb der Linken, es gab ja so etwas wie ne pragmatische Linke. Wir hatten uns durchgesetzt und die Realos, das seht ihr auch an der Finanzintrige, zogen die Notbremse. Das war die Notbremse, denn es war klar, daß wenn nach diesem Bundesvorstand, nochmal ein mehrheitlich linker Bundesvorstand gewählt würde, dann wäre klar, daß die Basis der Realos zusammenbricht – das war die interne Sicht, auch für uns. Es war klar, Schily war gerade rausgegangen und die Hessen waren kurz vorm aufgeben.

Das war die Situation und dann kam die Finanzintrige und damit haben sie uns geschafft. Du kannst gegen so ne Finanzgeschichte nicht an, wenn die hochgezogen wird, ein Jahr später interessiert das keine Sau mehr, wenn du sagst, da ist nichts gewesen, irgendwas bleibt immer hängen. Insofern hatten wir – von Innen her gesehen – die reelle Chance, diesen Fight in der Form zu entscheiden, daß ein großer Teil des Realolagers rausgeht. Das war etwas, was wir im Kopf hatten und gleichzeitig die Schwierigkeiten, daß wir gar nicht früher hätten handeln können, auch wenn wir gewollt hätten. Außer so individualistische Abenteuer, die nichts bringen, weil wir ja auch immer auf Gruppenzusammenhänge gesetzt haben.

Was ich noch wichtiger finde, auch jetzt zu deinem Punkt, Andreas, da kommt immer wieder der Vergleich zu den Grünen. Es gibt ja nicht die Partei. Es gibt ja die Kaderpartei in der linken Geschichte, es gibt diese Volksparteien in der bürgerlichen Geschichte, darum ging es nie, das wollten wir nie. Das wollten auch die Grünen nicht, aber die Grünen waren keine linke Partei mit basisdemokratischem Ansatz, sie waren eine Bündnispartei mit teil-basisdemokratischem Ansatz und mit Kompromissen, beides in der damaligen Zeit aufgrund der militärischen Zerschlagung der Anti-AKW-Bewegung. So stellte sich das für uns dar. Für uns stellte sich dar, wie wir politisch weiterarbeiten. Da waren auch die Diskussionen gehen wir in den Untergrund oder solche Geschichten. Da haben wir gesagt, das bringt für uns nichts. Auf der anderen Seite sehen wir, daß immer mehr Leute sich ins Privatleben zurückziehen, daß sie Angst haben vor dem was von Staatsseite läuft, damals die Maschinenpistolen, wenn du ein Auto mit Anti-AKW-Aufklebern fuhrst, die ganzen Kontrollen, der Bürgerkrieg in Kalkar, es war eine Stimmung, die war düster. Das war die eine Seite. Die andere Seite war für uns, daß wir blockiert waren, in dem ganzen linken sonstigen Spektrum, auch von Euch, keine Signale kamen, der Weiterentwicklung hin zur Verbindung von traditioneller linker Politik im weitesten Sinne, Kritik am Produktionsprozeß usw. mit der ökologischen Kritik.



Und was wir wollten damals war, Ökologie zu besetzen. Da wo wir herkommen, in unserem Spektrum, sind wir sogar als kleinbürgerlich angemacht worden. Es war kleinbürgerlich, sich um die ökologische Problematik zu kümmern, weil es nicht den Klassenkonflikt widerspiegelte. Weil ja das revolutionäre Subjekt die Arbeiterklasse war und wenn man sich um Ökologie kümmerte, mußte man sich um die Reproduktionssphäre kümmern und das ging ja nicht. Da wollten wir auch ausbrechen und wollten auch den Versuch machen, mit den Grünen diese Thematik zu besetzen, weil unsere Analyse war, wenn nicht Linke sich damit auseinandersetzen, Marxismus oder andere Theorien verwenden, wird es einen modernisierten Blut-und-Boden-Ansatz geben. Werden die Rechten diese Ideologie benutzen, um Masseneinfluß zu kriegen. Das ist jetzt nur für uns gesprochen, das war die Motivation der Radikalökologen, ob die Ökosozialisten das damals so gesehen haben, weiß ich nicht. Die hatten vermutlich andere Motive gehabt, die kamen aus einer anderen Tradition. Das waren jedenfalls unsere Debatten, zur Zeit als es noch die Basisgruppen um Rudi Dutschke gab, – aber schon am Anfang war für klar, da werden wir nicht unseren Lebensabend verbringen, es war für uns eine Bündnisgeschichte für eine Übergangszeit. Wir haben damals schon diskutiert, wir halten das 8 bis 15 Jahre durch, das war so ungefähr unsere Debatte, dann werden wir eine Spaltung dieser Grünen vornehmen und der Versuch bestand eben darin, die Grünen zur Fortsetzung dieser Debatte zu benutzen, um eine neue linke Kultur aufzubauen. Denn wir fanden es ätzend, diese ML-Kultur auf der einen Seite mit Anweisungen von oben und auf der anderen Seite, was wir in Frankfurt erlebten, diesen Führerkult. Ob's jetzt die Cohn-Bendit-Fraktion war oder die Fischer-Fraktion war oder die dritte Fraktion, die dritte Fraktion, die mehr der RAF nahestand oder einem sonstweiß ich was... überall gab es diese informellen Hierarchien oder die formellen Hierarchien. Wir wollten den Versuch machen, etwas anderes zu machen und die Grünen waren von vornherein ein Kompromiß. Das was wir jetzt machen, ist ja kein Bündnisansatz, sondern ist der Versuch auf einer linken Grundlage, eine Weiterentwicklung eines konsequenten basisdemokratischen Ansatzes zu machen, der mit alten Parteikonzepten und der alten Parteidebatte, der innerhalb der Linken tobt, überhaupt nichts zu tun hat. Der Begriff Partei spielt bei uns nur eine Rolle, weil wir es für wichtig halten, in dieser Gesellschaft mit den Medienkisten und dem ganzen Kram, meinen wir, vielleicht liegen wir ja falsch, vielleicht sehen wir das in 10 Jahren anders, weiß ich nicht, daß wir nicht drumrumkommen, auch den Parlamentarismus, das Parlament sozusagen als Arbeitsfeld zu benutzen.

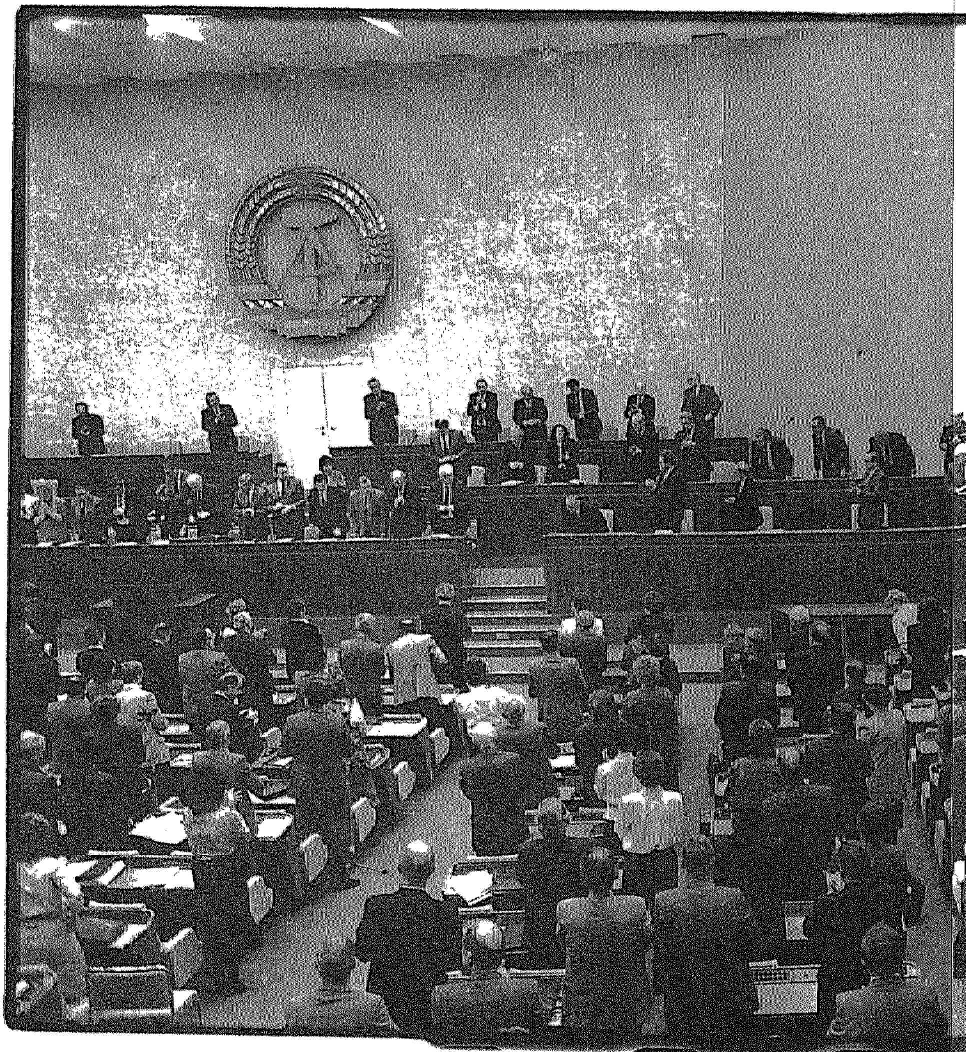


Photo: R. Maro/Umbruch-Bildarchiv

Jutta: Als zusätzliches Arbeitsfeld, nicht zentrales!

Manfred: Ja als zusätzliches. Willst du das machen, dann mußt du dich Partei nennen. Entscheidend ist für mich aber, für die Demokratie: Wie sieht die innere Struktur aus? Da haben wir versucht, es anders zu machen als wie bei den Grünen. Es sind strikte Regelungen drin. Also auch der Aspekt, auf die Seite der Exekutive zu gehen, wird ausgeschlossen. Wer das tut, ist, und diese Analyse ist bei uns unstrittig, auf der Gegenseite. Du kannst nicht in die Exekutive gehen, ohne gegen dein eigenes Milieu, gegen deine eigene Basis vorgehen zu müssen, weil du eingebunden bist in die Verantwortung für diesen Staat, diese Herrschaft. Da ist für uns die Grenze. Und die ziehen wir knallhart, in der Satzung ist vorgesehen, automatische Einleitung eines Ausschlußverfahrens.

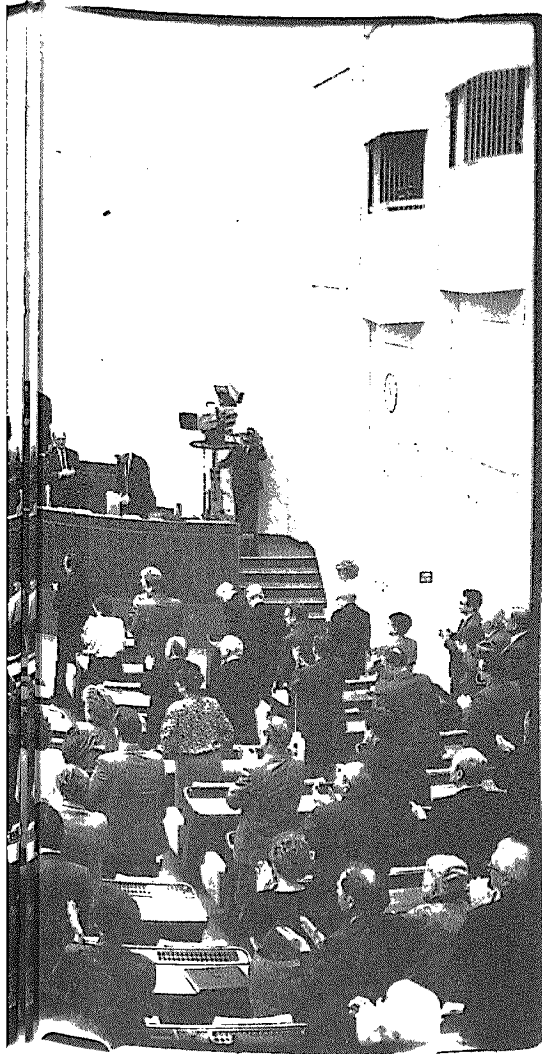
Jutta: Und was mir noch wichtig ist, das andere Verständnis von Parlamentsarbeit. Für uns ist Parlamentsarbeit, um es mal ganz brutal verkürzt zu sagen, eine Form der Öffentlichkeitsarbeit. Eine Tribüne. Für uns ist nicht Parlamentsarbeit, daß man da rein geht, irrsinnig fleißig, um zu beweisen, daß wir schlauer sind als die anderen... Wenn ihr mal Texte von uns lest, von 1980/81, da steht drin, was für ne Art von Kommunalpolitik wir machen wollen. Da steht drin, daß unsere vorrangige Funktion ist, in diesem Parlament über unsere Funktion zu entlarven. Zu sagen, was wir alles nicht können, daß wir Informationsträger sind in beide Richtungen, Prozesse draußen zu unterstützen...

Ideologien offenzulegen.

Jutta: Ja, das ist der Ansatz dieser Geschichte. Antiparlamentarische Arbeit im Parlament, das wäre vielleicht die Begrifflichkeit dafür.

Manfred: Darüber die Vermittlung zu Eurem Begriff der Basisarbeit. Damals gabs die Pershingauslieferungs-Kiste. Wir haben wirklich das Parlament genutzt, um über Informanten Informationen zu kriegen im militärischen Bereich. Die Information, die wir dann gekriegt haben, die hätten wir nie gekriegt, wenn wir nicht im Römer gesessen hätten. Ich kann das heute

sagen: das war ein US-Offizier und der hatte nur den Mut an uns heranzutreten, weil wir soetwas wie ein Teil der offiziellen Kiste waren.



Jutta: Und weil er mitgekriegt hatte, daß wir nie Quellen verraten.

Manfred: Das war der Punkt. Er hatte einen Ansprechpartner und wir wußten, da werden illegal Pershings ausgeliefert. Wir haben das diskutiert bei uns, daß ist der Aufhänger, wo du erstens Kohl bundesweit als Lügner vorführen kannst und wo du der Bewegung Material zuspielen kannst, wo die Bewegung dran arbeiten kann. Wir haben das Ding beobachtet zwei Monate lang.

Jutta: Nachts raus, photographieren...

Manfred: Das konnten wir alles nur leisten, weil wir den Apparat hatten. Dann sind wir mit dem Beweis nach Draußen gegangen und haben mit anderen Gruppen zusammen dann eben versucht Blockaden zu organisieren. Das Ereignis war nicht so toll, aber immerhin, für Frankfurter Verhältnisse war es überhaupt was, daß wir Blockaden hingekriegt und das Thema in die Presse reingekriegt haben.

So haben wir unseren Ansatz verstanden, als *einen* linken Ansatz. Es gab einen Streit innerhalb der Grünen. Einige Linken vertraten die Auffassung, im Parlament radikale Inhalte rüberzukriegen, wenn nicht gar durchzusetzen. Unsere Analyse war immer die, in diesem bürgerlichen Parlamentarismus, repräsentive Demokratie, kannst du eh keine Inhalte durchsetzen, was du durchsetzen kannst, geschieht über die Bewegung Draußen, was sich dann in irgendeinem Kompromiß umsetzt, als Integrationsmöglichkeit; mehr nicht. Das hat dann auch nichts mit unserer guten oder schlechten Arbeit zu tun, ... z.B. Startbahn-West sind wir in die Ausschußsitzung gegangen wie die Bewegung auf dem Höhepunkt war und haben gesagt, wir nehmen heute nicht teil, aus den und den Gründen, wir gehen in den Wald, dort ist unser Platz. Wir wollen die Bullenangriffe mit verhindern helfen. Da haben sie getobt, diese Meute da von CDUFDPSPD... Solche Sachen fanden wir auch wichtig. Dafür sind wir innerhalb der Grünen von anderen Linken, z.B. Bunte Liste Bielefeld scharf kritisiert worden, weil die das für Abenteurertum hielten, nicht für ernsthafte linke politische Arbeit.

Ich glaube es hängt immer auch davon ab, welchen Ansatz man hat, wie man mit Parlament umgeht,... wie gesichert ist dieses basisdemokratische Gebilde, wie kann es ausgehebelt werden, wenn unsere Diskussion [in der ÖkoLi] z.B. zu Ende ist, wollen wir ne Sicherung einbauen, 75%, damit ne Unterwanderung durch Karrieristen möglichst weit weggeschoben wird, ausschließen kann man's nicht.

Vor 10 Jahren konntest du sagen, es gibt eine Bewegung und die Bewegung hat ein bestimmtes Niveau erreicht, wo sie nicht weiterkonnte und dann ist diese grüne Partei u.a. als Alternative Liste oder sonstwas entstanden gerade um die Prozesse weiterzutreiben. Heute sehe ich diese Bewegung noch viel weniger und deshalb eine neue Partei zu gründen als viel größeres Risiko. Heute kommen die Leute vielleicht aus der PDS, weil es dort keine Gelder mehr gibt?

Manfred: Wir wollen solche Leute nicht ausschließen. Wir wollen durchaus verschiedene Hintergründe zusammenführen. Die ÖkoLi, wenn das Programm verabschiedet ist, ist von der Struktur her gesichert. Das Problem ist aber natürlich, und insofern hast du schon recht, die Struktur alleine bringt's nicht. Wichtiger ist, was finden für Prozesse zwischen den Menschen statt und da ist meine Hoffnung, daß wir aus verschiedenen Spektren Leute zusammenkriegen, die gegenseitig so viel einbringen, daß man gemeinsam vorwärts kommt. Daß man aus den eigenen Ghettos rauskommt....

Hat es sich eigentlich gelohnt, die ganzen Energien in die grüne Partei zu investieren, wenn man mal davon ausgeht, jetzt mal ganz verallgemeinert, die AKW-Bewegung war genauso viel wert und ging mit dem Aufkommen der Grünen bergab.

Jutta: Nein.

Das hatte einen ursächlichen Zusammenhang...

Jutta: Nein, Mythos! Ich war in der bundesweiten Koordinierung der Anti-AKW-Bewegung, es stimmt einfach historisch nicht. Es ist einer der beharrlichsten Mythen, aus einer bestimmten linken Landschaft (Lachen) gegen die Grünen, wir hätten die Anti-AKW-Bewegung kaputt gemacht. Die Anti-AKW-Bewegung ist Ende 77 nach Kalkar abgestürzt. Und zwar volle Pulle im Deutschen Herbst ersoffen. Danach gab's bis auf ein bißchen, was mit Gorleben umschrieben ist. Gorleben war nicht umsonst der sanftere Ansatz, man erhoffte sich mit einer anderen Form von Widerstandskonzept aus dem radikalen Konzept verabschieden zu können. Es war der Schiß nach Kalkar vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen und und und ... Die Grünen-Diskussion, ob man überhaupt was Parlamentarisches irgendwie machen sollte, ich weiß noch, ich war in der bundesweiten Koordinierung dieser ganzen Demos mit drin, mit den Grohnde-Aktionen vom Mai 77 haben wir uns heftig gefetzt mit diesen Idioten, die in Hameln meinten ne grüne Kommunalliste machen zu müssen. Ein Jahr später waren wir auf einem ganz anderen Stand, weil wir nichts mehr hatten, weil wir in einer Sackgasse waren und keinen Bock hatten, auf das was sich später mit der Friedensbewegung ausdrückte und was sich mit Gorleben zu zeigen begann. Nämlich ne andere Form von Widerstandskonzept, die soweit ausgriff, daß bestimmte Sachen nicht mehr klar waren.... Die Diskussion darüber, ob wir sowas wie Listen machen nicht nur grüne, hat 78 angefangen, ein halbes Jahr nach diesen Geschichten, wo wir gedacht haben, Sackgasse – alles vorbei. Alle radikalen Konzepte sind gescheitert, wir sahen massenhaft die Leute sich aus der Politik zurückziehen, weil sie Schiß hatten. Und wir sahen gewisse andere Leute, auch enge Freunde im Untergrund verschwinden und da standen wir mit so ner undogmatischen, radikalen, militanten, aber nicht bewaffneten Haltung irgendwo dazwischen.

Aber ein anderes politisches Verhalten war natürlich trotzdem möglich. In dem Moment, wo ich sage, mit Schleyer fängt die Angst an, die Leute gehen wieder weg von der Straße und damit weg von den politischen Bewegungen, die sich bis dahin immer mehr radikalisert haben. Gut, dann ist das sicherlich der Einschnitt, aber zu genau diesem Zeitpunkt gründet sich dann diese grüne Partei und fängt diese Angst auf.

Jutta: Nein, zwei Jahre später...

Ja, die grüne Partei gründet sich 80, aber grünen, bunten und alternativen Listen gründeten sich 78. Wir als Trotzdem-Verlag haben uns auch nicht umsonst 78 gegründet [übrigens mit dem Buch: Wozu noch in die Parlamente?, das genau in diesen Diskussionsprozeß eingriff] und haben uns nicht umsonst „Trotzdem" genannt. Das war auch ein Versuch, einen anarchistischen Kleinstzusammenhang wiederherzustellen, nach dem Motto, wir machen uns öffentlich um ansprechbar zu sein, mit dem Ziel, daß das alle so machen, um zumindest mal ein kleines libertäres Netzwerk mit zu schaffen, das diesen Anspruch Gegenkultur im Auge hat. Das war genau derselbe Zeitpunkt. Und ich glaube auch die gleiche Diskussion. Wir haben damals natürlich auch die Diskussion geführt, was verschärft sich tum uns herum. Wie können wir dem begegnen? Nur daß in Baden-Württemberg die Szene oft mehrheitlich gegen die Grünen votierte. In die Grünen gingen vor allem ausgetretene Judos, (wie Fritz Kuhn z.B.) und Jusos rein, in Reutlingen z.B. war überhaupt keiner aus der linksradikalen Szene eingetreten. Denn allen war klar, das geht in die angepaßte Richtung, die nimmt jetzt diese Angst auf, aber das wird verwässert, da wird genau der Ausweg angeboten und der Ausweg, der wird sich verselbständigen. Und es werden genau diese Leute, diese Jusos und Judos, die werden irgendwann das Sagen haben, die anfangs bloß Trittbrettfahrer sind.

Manfred: Das war in Hessen ganz anders, da waren von Anarchisten bis zu den ML'ern...

Jutta: Ja, in Baden-Württemberg wurden die GRÜNEN ein halbes Jahr früher gegründet und hatten von Anfang an ein rechtes Profil.

Es gab nur die Universitätsstädte, wo es vergleichbar war mit z.B. Frankfurt.

Jutta: Karlsruhe zeitweise.

Aber die gesamten Landgemeinden sowieso und die Kleinstädte...

Jutta: Stuttgart auch.

Da war das ganz anders. Da gingen die Linken vielfach bewußt nicht rein. Einige Linke sind später reingegangen, konnten dem Sog der Grünen nicht wiederstehen, die Tübinger Spontis oder Teile der Reutlinger Szene u.a. sind erst ein, zwei Jahre nach Gründung reingegangen

Jutta: Ali? *[Schmeissner, LDF-Sponti-Liste, VDS]*

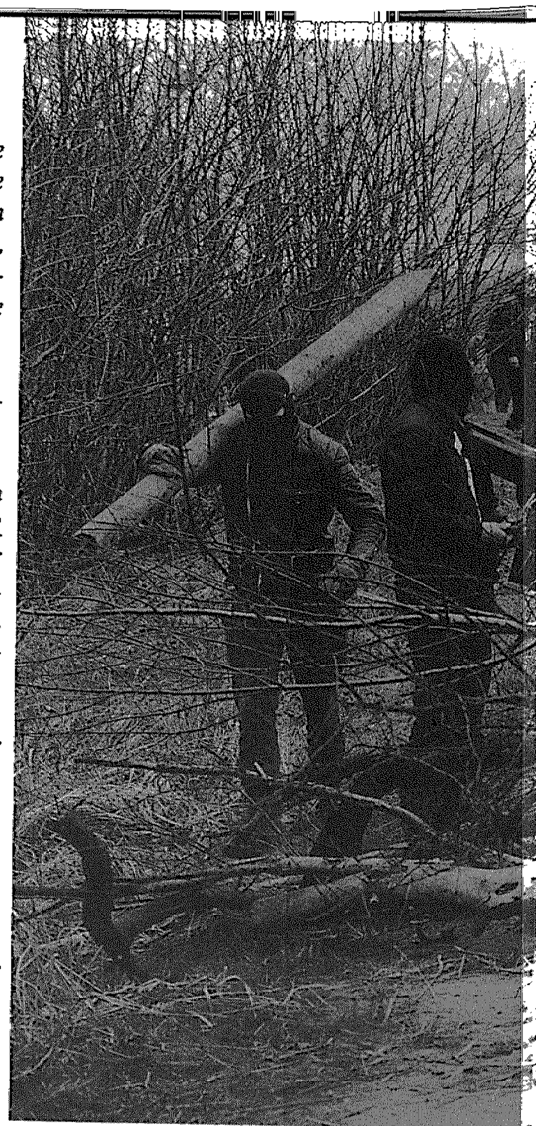
Ali war schon früher drin. Ali war ja so ein Protagonist von „Politik muß sich bezahlt machen". Er hat ja nicht umsonst vorher im VDS (=bundesweite Organisation studentischer Basisgruppen) Jobs gehabt, war ASTA-Vorsitzender, Studentenwerksvorsitzender... mit mancherlei finanziellen Ungereimtheiten. Ali wäre also eher so ein typischer Vertreter derer, über die wir vorher diskutiert haben. Aber es gab Leute aus diesen Sponti-Listen, die ich politisch für ernstzunehmender einschätze, die sind später eingetreten, um die Tübinger Grünen zu nem linken Verband zu machen, was dann auch zeitweise gelungen ist. Aber in anderen Städten lief die Diskussion eher so, die Grünen, das geht in die verkehrte Richtung, da wird genau das umgesetzt, was uns der Staat aufdrückt, nämlich hier die vermehrte Repression, umgesetzt in eine Organisation, die sich dann wieder irgendwie eine Respektabilität erkämpft oder schafft, in die man die Energien wieder reinstecken kann und über die man dann sein politisches Selbstverständnis versucht unterzubringen. Was aber nicht bedeutet, daß da dieses politische Selbstverständnis wirklich umgesetzt werden kann, sondern was ziemlich sicher bedeutet, daß es unterwegs verloren geht, gerade weil von Anfang an, diese ganz anderen Gruppierungen da mitgespielt haben und mitreingegangen sind und weil von Anfang an die Grünen sich an die vorgegebenen gesellschaftlichen Spielregeln halten wollten und mußten.

Manfred: Dein Anspruch ist immer der einer linken Gruppierung...

Ja, das war auch der Anspruch derer, die nicht reingegangen sind.

Jutta: Ja, wer weiß, wie unsere Diskussionsergebnisse in Baden-Württemberg gewesen wären. Die Baden-Württemberger Sicht war wirklich eine andere. In Hessen hatten wir 90% Linke und 10% so ein Spektrum wie Karl Kerschgens...

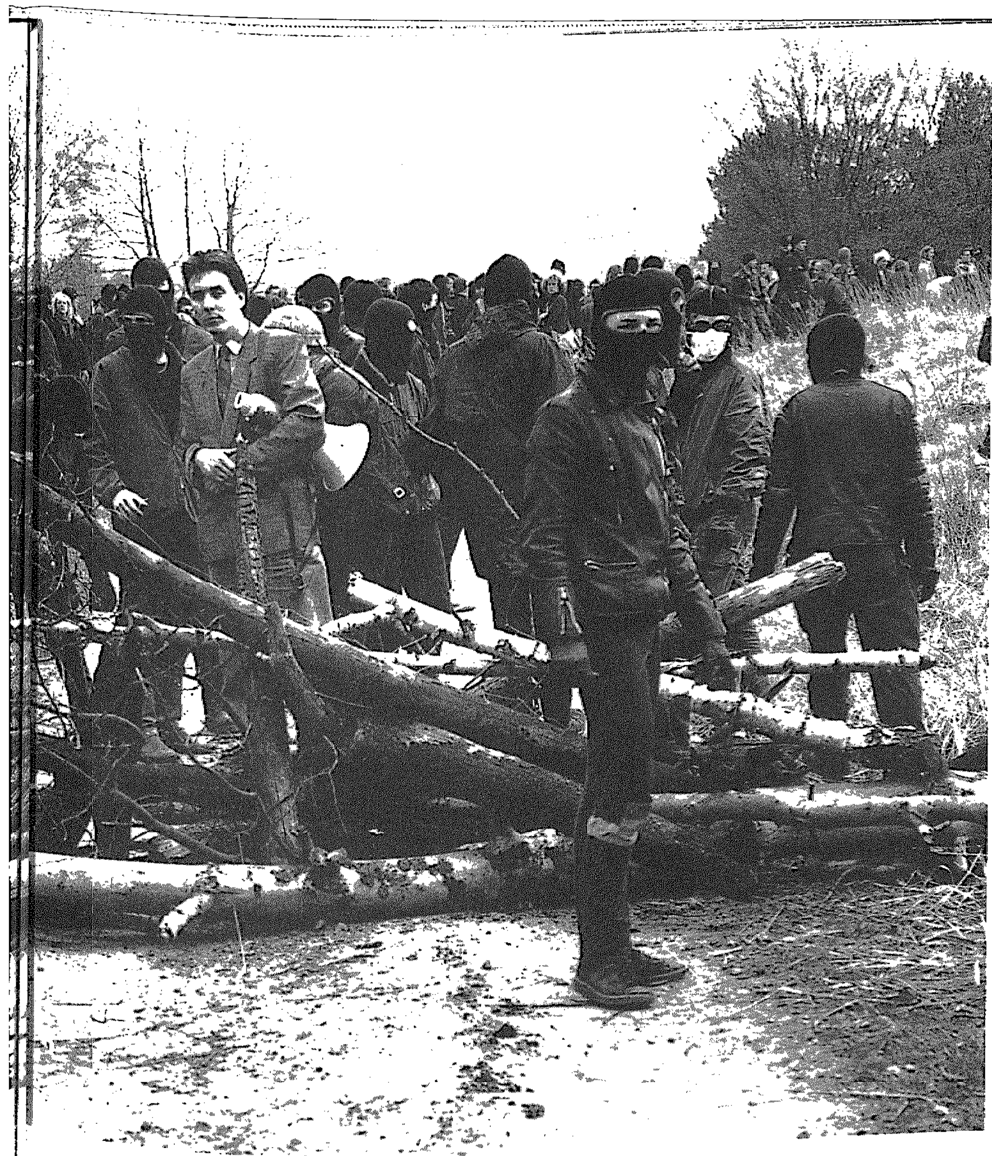
Baden-Württemberg war ja nicht umsonst der erste Flächenstaat, bei dem die Grünen über die 5%-Hürde kamen, was nicht



zuletzt schon aufgrund auch der breiten anthroposophischen Basis zustande kam. Dazu ausgesteigene KBWichtigs, wie Kretzschmer, die haben das geprägt.

Manfred: Gut, das ist ne ganz andere Sichtweise, weil ganz andere Verhältnisse da waren. Stimmt.

Jutta: Abgesehen von den unterschiedlichen Sichtweisen gibt es auch einen Unterschied offensichtlich im Rangehen, in der Art, wie man die Frage, die man als gemeinsame voraussetzt, beantwortet, also wir machen die ÖkoLi schon auch aus dem politischen Hauptgrund, daß wenn man sich die Lage im Moment in diesem Land anschaut, die meisten linken Gruppen sind doch Schrebergärtchen, sind irgendwie Inseln, es gibt unwahrscheinlich viele. Z.B. Frauen, gerade in diesem gentechnischen feministischen Bereich, da gibt's wirklich viele sehr kleine Gruppen von Feministinnen, die unglaublich gute Arbeit machen, aber die überhaupt nicht damit nach außen gehen. Es gibt ganz viele Gruppen, denen es vollkommen genügt, und das mit ganz basisdemokratischer Struktur, arbeiten zu bestimmten Themen, qualifizieren sich unendlich, sind ungeheuer lustvoll und zufrieden und


Photo: Klaus Malorny/Ffm

auch befriedet damit und haben überhaupt keine Lust, mit anderen Linken rumzustreiten, in irgendwelchen Bündnissen, tragen damit natürlich auch zu ihrer eigenen Weiterbildung bei, aber das darf doch wohl nicht alles sein. Sie tun überhaupt nichts dazu, was wir unbedingt wollen und wo wir bisher keinen anderen organisatorischen Lösungsansatz gefunden haben als diese ÖkoLi. Diese Gruppen tragen so nichts dazu bei, daß es diese interventionsfähige Linke auf Bundesebene gibt. Daraus folgt, daß wir glauben, daß die Bewegung nicht auf dem Niveau ist, daß eine libertäre oder daß eine freie, verbindliche Form der Vernetzung von sich aus klappt. Gerade in solchen harten Zeiten und daß wir deshalb so etwas versuchen, – ohne Vertretungsansprüche für irgendwas –, wie mit einer ideologischen Verbindung von feministischen, radikalökologischen und linken internationalistischen Konzepten ein besonderes Angebot zu machen, auch ein besonderes Angebot in der Form, daß wir sagen, wir bieten ne Verbindung aus Aktion und Theorie. Und dazu wollen wir einen Teil beitragen, aber orientiert auf die internen Prozesse und die bundesweiten Prozesse. Wobei überhaupt noch nicht klar ist, ob die ÖkoLi sich weiterentwickelt, ob das gut geht, und ob das nach einem gewissen Zeitraum unseren Vorstellungen näher kommt. Das hängt von vielen äußeren und inneren Faktoren ab, die wir natürlich nicht vollkommen in der Hand haben. Wenn es gut geht, dann wäre ein Element davon, daß diese politisch ziemlich beschissenen Zeiten für Linke, daß da Zellen, Kerne und Strukturen überleben, die dann wenn andere Zeiten kommen, erstens diese vorbereiten und zweitens es da verbindliche Strukturen gibt, auf denen sich etwas aufbauen läßt; – was dann wieder anders aussehen kann, was sich entwickeln kann.

Manfred: Es ist ein Versuch unter anderen, das was ihr macht, ist ja auch ein Überlebenskonzept erstmal. Ein Versuch langsam wieder aufzubauen. Das versuchen wir eben auf unsere Art und ansonsten sind wir natürlich auch darauf angewiesen, daß draußen sich irgendwas tut, und wenn es turbulenter wird, dann ist die Frage, wie gut haben die verschiedenen linken Kerne, die bis dahin überlebt haben, auch vorgearbeitet, um sich dann mit solchen objektiven Prozessen verbinden zu können. Ob das, was dann kommt noch Schwarzer Faden heißt oder ÖkoLi oder sonstwie ist ein völlig offener Prozeß.

Wie stark ist Eure Erfahrung mit der Radikalen Linken in diese ÖkoLi-Konzeption miteingeflossen?

Jutta/Manfred: (Lachend) Sehr stark. Die Verbindlichkeit!

Manfred: Die *Radikale Linke* war ja so ein Versuch rauszukommen aus der Absehbarkeit, daß der Prozeß bei den Grünen auf der einen Seite zu Ende ist und auch der Versuch eine bessere Kommunikation mit anderen linken Spektren hinzukriegen, was wir als Defizit festgestellt hatten. Es ging jetzt darum, was Du vorhin sagtest, so ne Föderation, so eine Ebene zu schaffen mit möglichst wenig Organisation eine bundesweite Verbindungen herzustellen. Und das ist voll in die Hose gegangen. D.h. die Spektren, die dort diskutiert haben, das waren ja Teile der Autonomen, linke grüne der verschiedensten Coleur, Frauengruppen, es waren gruppen aus anderen bereichen dabei. Es war schon ziemlich breit, wir haben ja dann auch einen Kongreß hingekriegt, wo ziemlich viele Leute diskutiert haben. Das Problem war, daß die Unverbindlichkeit der Strukturen, d.h. es gab eine Mehrheit, die sagte, wir wollen keine Bundesorganisation haben, weil das führt schon wieder zu Hierachie. Was dann zur Folge hatte, daß es ne andere Hierarchie gab, die dann kritisiert wurde, es gab nämlich die Basisgruppen, die gearbeitet haben – und es gab die Promis oder Leute, die es sich leisten konnten, sich auf Bundesebene öfters zu treffen, ohne daß sie legitimiert waren. Die also – ohne das Interesse diffamieren zu wollen, – die materielle Möglichkeit hatten sich zu verständigen und da kamen dann Positionspapiere heraus, die wiederum mit den Basisprozessen vor Ort nicht unbedingt etwas zu tun hatten. Das heißt, das war eine ziemlich informelle Struktur und es gab keine Vermittlungsprozesse zwischen denen, die auf Bundesebene diskutierten, Positionen versuchten weiterzuentwickeln und denen, die vor Ort diskutierten und aktiv waren. Es war eine solche Unverbindlichkeit, daß eine politische Debatte zwischen allen Gruppen nicht möglich war. Wir haben da versagt. Die Idee mit der Zeitung „Flugschrift" oder andere hat nicht gegriffen und dann kam hinzu, daß es politische Differenzen gab, die dann der Radikalen Linken den Rest gegeben haben.

Spielte da die PDS-Ausdehnungsabsicht eine Rolle? Oder die Vereinigungsdiskussion?

Manfred: Nee, das war überhaupt nicht der Punkt, es gab zwar Leute, die da Sympathien hatten, aber nicht wie beim KB, daß irgendwer leidenschaftlich darauf gesetzt hätte. Das war alles unterkühlt. Der eigentliche Punkt, der der Radikalen Linken den Rest gegeben hat, war der Golfkrieg.

Jutta: Nach der Wahlboykottdiskussion, die aber auch schon von anderen Motiven durchsetzt war. Aber der Golf war schon der eigentliche Punkt.

Manfred: Ja, das war der Punkt, wo sich ein Teil der Radikalen Linken verabschiedet hat und sich auf die Seite des US-Imperialismus gestellt hat. Das muß man so sehen. Das stellte sich übrigens quer zur Wahlboykottdiskussion.

Jutta: Ja, nach der Wahlboykottdiskussion, die auch der Versuch von Teilen des KB war, diejenigen, die man verdächtigte möglicherweise auch parlamentarisch arbeiten zu wollen, deutlich auszugrenzen, kam der nächste Konflikt mit dem Golfkrieg, der viel viel härter und viel stärker war, der aber das Lager vollkommen anders aufgemischt hat. Plötzlich waren die, die bei der Wahlboykottfrage gemeinsam gegen uns (damals noch bei den Grünen) agierten, vollkommen zerspalten und brauchten uns dann wieder als Bündnispartner, weil wir in dieser Frage keine Probleme hatten und sich ein Teil ihrer Leute in die Bellizistenfront verabschiedete.

Manfred: Gremliza und Co.

Jutta: Aber es gab auch noch kleinere Gründe. Es gibt z.B. heute noch Leute aus der ehemals Radikalen Linken, die schreiben die „Nie wieder Deutschland-Demo“ in Frankfurt sei ein Fehler gewesen. Dabei war es die größte linke Aktion, die zur Annektion der DDR überhaupt stattgefunden hat, ein Erfolg, der aber von Teilen dieser Linken so verarbeitet wurde, das sei zu sektiererisch.
Das alles und die zunehmende Unfähigkeit, Konflikte auszutragen und offen miteinander zu diskutieren und zu streiten; wir brauchen das auch, wir brauchen Strukturen, wo wir uns mit Leuten so unterhalten können, daß wir sagen können, deine Position find ich Scheiße, weil... und dann streitet der sich mit mir und es kommt etwas dabei heraus. Die Struktur der Radikalen Linken war so sehr versaut, daß immer mehr Andeutungen, immer mehr Sticheleien liefen, immer mehr hinten rum, mit wem man alles nicht kann und die Konflikte waren da bevor die Themen da waren und es kamen immer mehr Gruppen rein wie Linkswende, BWK, die eine Scheißpolitik vertraten, die nie konsensfähig gewesen wäre, aber alle rollten mit den Augen, aber keiner schmiß die raus oder stritt sich mit denen. Man zog sich zurück und keiner war mehr für die gemeinsame politische Kommunikation verantwortlich. Wenn dies erstmal weg ist und nicht mehr abrufbar ist, dann hast du keinen Boden mehr auf dem du tanzen kannst.

Manfred: Um das noch einmal klar zu stellen, es war nicht so, daß wir gesagt haben, wir gründen die ÖkoLi gegen die Radikale Linke, das war nicht der Punkt. Sondern wir haben gesagt, Radikale Linke, so wie sie ist, muß sehen, es soll weitergehen, wir sehen da nicht viel Zukunft drin. Aber wir haben gesagt, wir wollen mehr als das. Wir wollen wirklich versuchen, so einen Bundeszusammenhang aufzubauen.

Wird die ÖkoLi von einem Teil der ehemals Hamburger Ökosozialisten mitunterstützt?

Manfred: Von einem Teil der Ökosozialisten schon, von dem nicht so prominenten Bereich, denen, die die AL gemacht haben. Der andere Teil, z.B. Rainer Trampert oder Thomas Ebermann, ist nicht in der ÖkoLi. (...)

Jutta: Sie sind skeptisch, was diesen Weg angeht, agieren aber nicht gegen uns...

Manfred: Sie teilen diesen Organisationsansatz im Augenblick nicht, aber wir haben sonst bei vielen politischen Einschätzungen keine Differenzen. Sie sagen eben, die Situation ist so beschissen, daß man sie eigentlich nur kommentieren kann, mehr kann man im Augenblick nicht tun.

Jutta: Und das ist nicht unser Weg.
Manfred: Das ist uns zu wenig. Tja, das ist die Radikale Linke.

Jutta: Die letzten Sitzungen waren gespenstisch. Die waren so, daß alle wußten, eigentlich ist es vorbei, aber niemand will irgendwann damit zitiert werden, daß er's zuerst gesagt hat.

Gestohlenes Leben

Der Dreckverband ist abgerissen, die offenen Wunden können heilen. Der Rest ist nicht Schweigen. Übrig bleibt eine tiefe Verletzung, die niemals heilt und die keiner mehr merkt. Und ansonsten: ein heilsames Gelächter.
Wolf Biermann



oder: Warum ich den stinkenden Stasi-Dreck fressen will

von Keno Verseck

"Du bist doch in diesen ganzen Friedensgruppen", sagte mein bester Freund zu mir. "Weißt du, vielleicht geht es mit meinem Ausreiseantrag schneller, wenn ich mich an ein paar Aktionen beteilige. Ich will das vorantreiben. Deshalb mußt du mir jetzt immer erzählen, was ihr plant und besprecht." Mein Freund war nicht zimperlich was schlechte Scherze angeht, und so antwortete ich auf sein Anliegen mit einem. "Hör mal", sagte ich zu O., "du willst das doch nur wissen, weil du für die Stasi arbeitest." Doch da waren die Grenzen des Humors für O. offenbar erreicht. Er bekam plötzlich einen Wutanfall und schrie mich dermaßen an, daß ich zusammenzuckte und mich mehrmals bei ihm entschuldigte. Ich schämte mich und beschloß, zum ersten und letzten Mal einen solchen Witz gemacht zu haben. Das geschah vor fast neun Jahren, im Jahre 1983.

Ein paar Monate nach diesem Ereignis reiste mein Freund in den Westen aus, später auch wir, meine Mutter, meine Schwester, ich. O. und ich trafen uns im Westen wieder. Eines Tages, es war im Jahre 1984, nahm er mich beiseite und sagte, er müsse mit mir reden. Es folgte eine verworrene Einleitung: Über unseren gemeinsamen Bekannten A., der noch in der DDR lebte und mehrmals von der Staatssicherheit verhaftet worden sei, habe sich herausgestellt... er wolle nicht, daß ich es über Dritte erfahre... so sei es besser... Schließlich brach es aus O. heraus: "Ich habe für die Stasi gearbeitet."

Ich war sprachlos. Ich war verblüfft und schockiert. Ich konnte es nicht fassen. Meine Gedanken überschlugen sich, und ich glaube, eine ganze Welt stürzte plötzlich in sich zusammen. Doch all das dauerte nur einen winzigen Augenblick, der so kurz war, daß ich erst Jahre später ahnte, was in ihm vorgegangen sein mußte. Viel besser erinnere ich mich an das Folgende. Ich reagierte, als ob O. mir gerade eine Nebensächlichkeit mitgeteilt hatte: ich reagierte gar nicht. Für einige lange Momente berührte es mich überhaupt nicht, was O. gesagt hatte. Es war mir egal. Es ließ mich kühl. Dann begann ich neugierig und interessiert zu fragen.

Sie hätten angefangen, ihn öfter zu verhaften, sagte O., nach einiger Zeit habe er es nicht mehr ausgehalten und sich bereit erklärt, für sie zu arbeiten. Er habe einen Decknamen und eine Telefonnummer bekommen, über die er seinen Führungsoffizier jederzeit hätte erreichen können. Das sei ein intelligenter Mann gewesen. Sie hätten sich für seine politischen Ansichten interessiert, man habe viel diskutiert. Über den Sozialismus, Marxismus. Sie hätten ein Auge auf unsere ganze Familie gehabt, uns ins Gefängnis bringen wollen. Es habe sogar schon konkrete Pläne gegeben. Er habe ihnen dann alles über uns erzählt und verhindert, daß sie uns verhafteten. Sie seien bereit gewesen, im Tausch mit Informationen nicht gegen uns vorzugehen. Er habe versucht ein Doppelspiel zu betreiben, sie in die Irre zu führen und etwas über ihre Pläne herauszukriegen, um so andere Menschen warnen zu können. Schließlich habe er es doch nicht mehr ausgehalten und seine Mitarbeit für die Stasi aufgeben wollen. Natürlich habe man ihn noch mehr unter Druck gesetzt, ihn öfter für einige Tage im Stasi-Knast verschwinden lassen. Er sei zum Schein darauf eingegangen, für sie weiterzuarbeiten, habe dann einen Freund, der Westjournalisten kannte, gebeten diese zu informieren, falls man ihn endgültig ins Gefängnis stecken sollte. Dieser Bekannte hätte den Westjournalisten dann die Geschichte eines DDRlers erzählen sollen, dessen Bemühungen um Ausreise im Knast endeten. Außerdem habe er sich einem Kirchenfunktionär offenbart. Dann sei er zur Stasi gegangen, habe gesagt, gewisse Personen wüßten um seine Geschichte. Wenn man ihn jetzt nicht ausreisen lasse oder ihn gar inhaftiere, gebe es Aufsehen in der Westpresse. Es habe ein paar Wochen gedauert, dann habe er seine Ausreiseerlaubnis erhalten. Im Westen sei er gleich zum Verfassungsschutz gegangen und habe dort ausgesagt. Sie hätten alles protokolliert und ihm dann geraten, sich sofort wieder an sie zu wenden, wenn irgend etwas Verdächtiges passiere. Das sei alles. Er habe mir alles erzählt, damit ich es nicht über A. oder andere Bekannte erführe. Er habe mir nichts verschwiegen. Er bitte mich erstens darum, es niemandem weiterzuerzählen und zweitens ihm keine weiteren Fragen zu stellen. Er sei ziemlich mit den Nerven runter, er wolle sich von der Stasi erholen und die Geschichte vergessen. Einen Schlußstrich ziehen.

Ich habe O. nicht weiter ausgefragt, ich habe seine Geschichte jahrelang niemandem erzählt. Ich vertraute ihm, ich glaubte ihm, was er sagte. Vielleicht war ich zu jung (ich war siebzehn, er war zwanzig), zu unerfahren, um irgendwie zu handeln, vielleicht bedeutete O. mir zu viel als Freund, als das ich ihn aus der Wohnung geworfen oder ihn wenigstens weiter ausgefragt hätte, um eine klarere Vorstellung von der Sache zu gewinnen. Ich dachte, wir könnten weiter Freunde bleiben. Ich wollte, daß wir Freunde blieben. In jenen Augenblicken wußte ich noch nicht, daß unsere Freundschaft schon zu Ende war. Ich versuchte, nicht mehr darüber nachzudenken, aber in mir hatte sich schon Mißtrauen eingenistet. Einmal erzählte ich ihm, daß ich mich mit einer Freundin aus der DDR in Prag treffen würde, doch kaum hatte ich es ausgesprochen, als ich innerlich erschrak. Würde er es weitergeben, würde unser Treffen verhindert werden? Ich traf mich mit meiner Freundin, doch das verlorene Vertrauen in O.

kam nicht wieder. Ich erzählte ihm nichts mehr von meinen Kontakten in die DDR, ganz gleich, welcher Art sie waren. Er fragte mich einige Male, ob die Sache zwischen uns stände. Ich log. Ich versicherte ihm, daß das nicht der Fall sei. Wir trafen uns seltener, ich rief ihn nicht mehr an und bemühte mich nicht mehr um ihn. Schließlich brach der Kontakt ab. Jetzt, wo ich alles niederschreibe, fällt mir wieder ein, daß O. sich niemals entschuldigt oder gesagt hatte, es täte ihm leid.

Mit den Jahren verflüchtigte sich die Geschichte in mir. Ich sprach einige Male von ihr, aber ohne Aufregung. Wenn ich über sie nachdachte, wunderte es mich, warum ich nicht mehr Fragen gestellt hatte, aber ich tröstete mich damit, daß ich sowieso niemals die Wahrheit erfahren würde. Ich glaube auch heute noch, daß O. mich im Großen und Ganzen nicht anlog. Ich glaube, er war selbst überzeugt von dem, was er mir erzählte. Um sich über das Verwerfliche seines Handelns hinwegzutrösten, glaubte er der Stasi, daß sie unsere ganze Familie verhaften wollte, glaubte er an seine Beschützerrolle, glaubte er, die Stasi austricksen zu können. Er war der Typ, der sich in solchem abenteuerlichen Unsinn leicht verfing. Die Stasi wußte das natürlich, wußte, wie sie ihn anzupacken hatte.

Als die DDR zusammenbrach, holte ich mir aus meiner Ex-Firma meine Kaderakte (nicht zu verwechseln mit der Stasi-Akte) ab, und mir wurde zum ersten Mal schlecht. Nicht über das, was drinstand, sondern davon, daß ich schwarz auf weiß hatte, wie das Denunziantentum funktionierte. Neben einigen Vermerken über den Ausreiseantrag fand ich den Durchschlag einer Einschätzung meiner Person, die vom Innenministerium angefordert worden war. Mein Lehrmeister hatte sie geschrieben, der Abteilungsleiter unterschrieben, der Betriebsdirektor wahrscheinlich mitgelesen, die Kaderleiterin abgetippt und den Durchschlag abgeheftet. Harmloses Zeug: Mein Lehrmeister berichtete, daß ich mich weigerte, in die Gewerkschaft (FDGB) und die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) einzutreten, daß ich "offenbar kirchlich arrangiert" (er meinte engagiert) sei, aber ansonsten "weder positiv noch negativ zur sozialistischen DDR" Stellung nähme.

Dann rollte Wolf Biermann in seiner Büchner-Preisrede den Fall "Sascha Arschloch" auf. An diesem Punkt kam mir "meine eigene" Stasi-Geschichte wieder ins Bewußtsein; ich glaube, ich fing zum ersten Mal an, mir über ihre Dimension klar zu werden, vielleicht auch deshalb, weil ich den Stasi-Dichter Anderson über jeden Verdacht erhaben wähnte. Es folgten die erschütternden Berichte des "Pfarrer Gnadenlos" Heinz Eggert, Jürgen Fuchs' Veröffentlichungen im Spiegel, es wurde bekannt, daß Vera Wollenberger von ihrem Mann bespitzelt wurde. Heute wissen wir sogar, daß all die wütenden rechten Wadenbeißer nicht so unrecht hatten mit dem Vorwurf, die West-Linken seien von Moskau gesteuert. Ich rede dabei nicht von der schmierigen DKP, von der man wußte (wenn man es wissen wollte), wie sie ihre demagogischen Aufklärungsbroschüren und Jugendcamps für Polit-Schulung und Lagerfeuer-Abenteuer finanzierte. Ich rede auch nicht von jenen unzähligen Linken, die sich in den geistigen Materialschlachten des Kalten Krieges aus falsch verstandenem Oppositionsgeist an die Ostfront schlugen. Ich meine so angesehene oder bekannte Figuren wie Dirk Schneider, Till Meyer und Brigitte Heinrich, die sich freiwillig an die langen Leine der Stasi legten, getrieben halb aus Perspektivlosigkeit, halb aus Revolutionsromantik. Die auf ihre Weise dafür sorgten, daß die Stasi auch über ihre (linken) Gegner im Westen informiert war und nötigenfalls Gegenmaßnahmen ergreifen konnte.

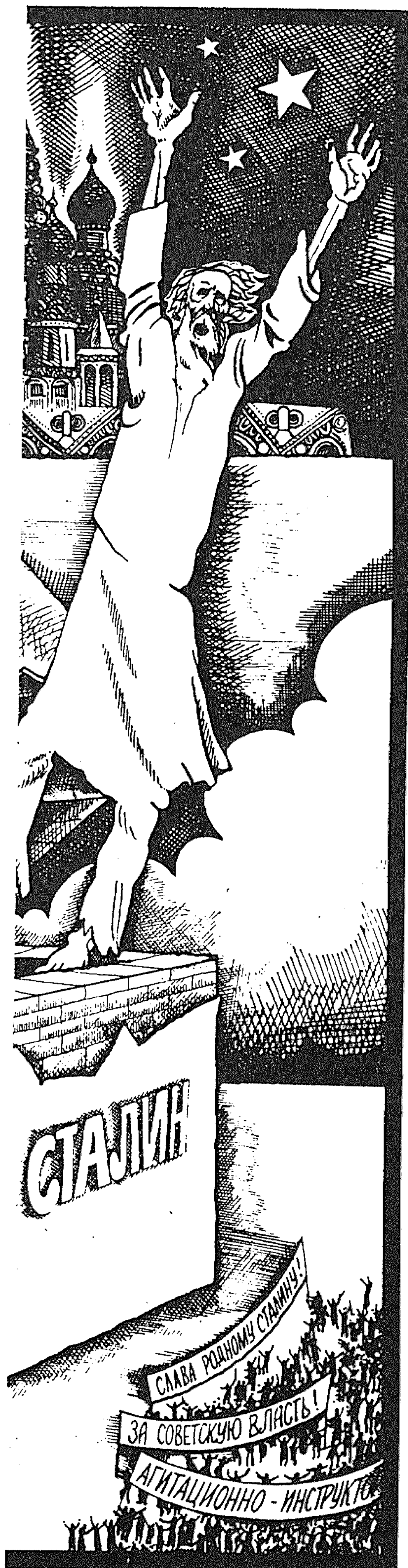
Schon bald geisterte das Wort "Stasi-Hysterie" durch die deutsche Presse; verlogene, westdeutsche Politikerfressen spucken damit um sich. Aber was heißt Hysterie, wenn sich seit Öffnung der Stasi-Akten tagtäglich von neuem herausstellt, daß es immer noch schlimmer war, als man gerade gestern nicht einmal zu träumen wagte. Die DDR hatte nicht nur die größte Spitzeldichte in Mitteleuropa, der unersättliche Stasi-Rachen schluckte nicht nur jeden abgerissenen Informationsfetzen. Die Stasi "machte auch auf Gott und spielte Schicksal" mit ihren Opfern, wie der Dichter Wolf Biermann nach dem Studium seiner über hundert Aktenbände schrieb. Die Methoden, die der Geheimdienst in seinen "Diversions- und Destruktionsprogrammen" anwendete, kommen einem vor, als wären sie bei einer mixed version aus Orwell, James Bond und Hitchkock abgekupfert: Autos unfallreif präparieren, Privateigentum beschädigen, durch gezielte Aktionen Mißtrauen und Eifersucht unter Freuden säen, öffentliche Verleumdungskampagnen starten, Liebesbeziehungen und Ehen zerstören, Einsatz von Prostituierten und Drogen, Veranlassen zu kriminellen Handlungen, Journalisten kaufen und mit Falschinformationen füttern, Familienangehörige als Spitzel anwerben oder sie schikanieren, regelmäßige willkürliche Verhaftungen, falsche ärztliche Behandlung, Behandlung mit Psychopharmaka und Einlieferungen in Psychatrien, ganz zu schweigen von den bewährten Methoden Arbeitsplatzverlust und Androhung von Gefängnisstrafe.

Nachdem Hysteriker die Hysterie herbeigeredet haben, wird nun die Schließung der Stasi-Archive gefordert. Dabei ergeben sich - wie so oft in Deutschland - wieder einmal die merkwürdigsten Fronten und Allianzen. Das Thema Stasi reißt nicht nur Freundschaften und Familien auseinander, sondern läßt plötzlich auch Intimfeinde zu Busenfreunden werden. Manche von denen, die die DDR im Westen vierzig Jahre lang öffentlich als Unrechtsstaat brandmarkten, aber heimlich gute Geschäfte machten, würden lieber heute als morgen einen Deckel auf die Stasi-Kloake stülpen. Wie nach 1945, so soll am besten auch jetzt wieder ein umfassendes Täter-Rehabilitationsprogramm in Gang gesetzt werden. Und ein Haufen idiotischer Linker, wie immer auf dem berüchtigten Auge blind, ist schon lange "total genervt" von der Stasi-Hysterie, unter ihnen gerade solche, die gegen die nicht erfolgte Aufarbeitung des Faschismus anrennen. Aber in der Frage der Akteneinsicht kann es keine Diskussion geben. Bestenfalls kann jeder persönlich entscheiden, ob er einen Antrag stellt oder nicht.

Denen, die sie bespitzelte, hat die Stasi ihr Leben gestohlen, im übertragenen, allzuoft auch im wörtlichen Sinne. Viele lebten jahre- oder jahrzehntelang in Ungewißheit über ihr Leben, ihre Vergangenheit und darüber, wie sie zu dem wurden, was sie wurden. (Milan Kundera beschreibt in seinem Roman "Der Scherz", wie das Leben seines Protagonisten Ludvik determiniert wird durch eine achtlose politische Bemerkung, die dieser als Jugendlicher gemacht hatte.) Jetzt besteht die Möglichkeit, die eigene Vergangenheit zu rekonstruieren, sich mit dem Teil des eigenen Lebens vertraut zu machen, der im Schwarzen Loch Stasi verschwand. Dabei wird vielleicht der schlimmste Dreck ans Tageslicht kommen. Aber sofern es eine Akte über mich gibt, will ich diesen Dreck fressen. Manchmal muß man tatsächlich durch eine Jauchegrube schwimmen, um zu wissen, was Scheiße ist. Ich bin kein Stasi-Opfer, noch war ich ein Oppositioneller oder politisch Verfolgter. Dazu war ich zu jung, dazu habe ich die DDR zu früh verlassen. Wenn ich mein jugendliches Maul zu weit aufriß, dann nicht aus gediegenem politischen Bewußtsein, sondern weil ich mich nicht beherrschen konnte und mir der Konsequenzen meiner Äußerungen nicht bewußt war. Doch das reichte schon aus, um mir vorzuwerfen, ich sei ein "Staatsfeind". Heute würde ich gerne wissen, wer zu dieser unbeabsichtigten Karriere alles beigetragen hat, wer unter Verwandten, Freunden und Bekannten ein Spitzel oder Provokateur war.



Graphik: AG Kult, Prag

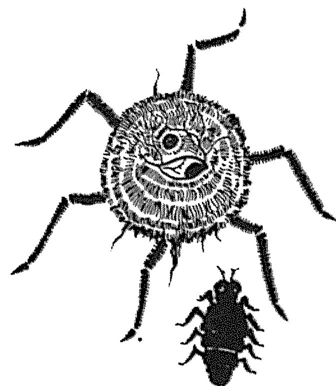


Mich beschäftigt noch etwas anderes: Mit welchen Strategien erreichte die Stasi ihr oberstes und letztendliches Ziel, die - wie der Name schon sagt - Staatssicherheit? Die Frage scheint banal, die Antwort sich im Text zu finden. Doch es gibt etwas, was stutzig macht. Wie erklärt sich der gigantische Aufwand, den die Stasi trieb, ihr offenbar paranoider Informationswahn? Wie erklärt sich die seitenlange Beschreibung über das Heruntertragen des Bohley'schen Mülleimers? Konnte die Stasi zwischen den einzelnen Informationen nicht mehr gewichten und abwägen? Warum sicherte die Stasi ihr Informationen nicht nur doppelt, sondern dreifach und zehnfach ab? War die Bevölkerung der DDR derart gefährlich? Ich glaube, die Stasi wußte im großen und ganzen, daß es in der DDR lediglich eine Handvoll "gefährlicher Staatsfeinde" gab. So dumm, hinter jedem blassen Furz eine 500-Kilo-Bombe zu wittern, war man bei der Firma nicht. Auch die Ausreise-"Bewegung" wurde für die DDR erst in den letzten zwei, drei Jahren ihres Bestehens zu einem existenziellen Problem. Trotzdem wurden sechs Millionen Personenakten angelegt, also mehr als jeder Dritte bespitzelt, und wahrscheinlich haben sich dabei eine Unmenge von Denunzianten gegen-seitig ausgeschnüffelt.

Periodische Säuberungen, Massenverhaftungen, Schauprozesse, präventiver Terror gegen eine ganze Bevölkerung waren Kennzeichen der stalinistischen Herrschaft. Die DDR hat auf solche Methoden entweder verzichtet oder sie nur in vergleichsweise geringem Umfang angewandt - warum auch immer. Der "moderate" DDR-Stalinismus hatte seine moderne Stasi. Statt herkömmlichen Massenterror auszuüben, versuchte die Stasi, buchstäblich jeden in ihren Apparat einzuspannen, weniger um alles zu wissen, sondern mehr, um jeden zum Täter zu machen. Um jeden in das ausgeklügelte System von Denunzieren und Denunziert-Werden zu verstricken und in die Schizophrenie zu treiben. Deshalb begnügte sich die Stasi nicht damit, hier und dort die "notwendigen" Spitzel anzuheuern. Deshalb wurden die Berufs- und Erweiterten Oberschulen systematisch - und ganz offiziell - nach Stasi-Anwärtern durchkämmt, deshalb wurde jeder Lehrbeauftragte mit Antritt seines Amtes verplichtet, regelmäßig Bericht zu erstatten, deshalb hatten Reisekader nach ihrem Ausflug ins NSA (nichtsozialistisches Ausland) Aufsätze über ihre "interessantesten Ferienerlebnisse" abzuliefern usw. usf. Wenn eines Tages jeder ein Spitzel gewesen wäre, dann hätte die Stasi beruhigt einen Moment aufatmen und sagen können: Auftrag erfüllt.

Trotz allen Druckes, den es gab: ich habe mit niemandem Mitleid, der sich zu der schmutzigen Wühlarbeit hergegeben hat. Allen Erfahrungen nach verlor niemand seine Arbeit infolge einer direkten Weigerung, für die Stasi zu arbeiten. Gewisse Aufstiegschancen und Berufe blieben einem versperrt, gut, aber wem es in der DDR Freude bereitete, junge Hunde abzurichten und Gehirne mit ideologischen Müll vollzustopfen, sprich Lehrer zu sein, dem hat es gewiß nichts ausgemacht, bei den Schuldirektoren Berichte abzuliefern. Es erforderte keinen Heldenmut, einfach nein zu sagen. Trotzdem die Stasi weithin Orwellsche Züge trug - damit sie gegen einen auch Orwellsche Methoden anwendete, mußte man (sich) erst einmal einiges geleistet haben. Auch zu gewinnen gab es bei der Stasi nicht besonders viel. Die Judaslöhne der Firma waren billige Bonbons: eine kleine Gehaltsaufbesserung, einen FDGB-Ferienplatz, eine Wohnung. Manche verschacherten ihre Seele um einen Studienplatz.

Ich habe kein Mitleid, aber ich empfinde kaum persönlichen Haß. Vielleicht Verachtung. Es gibt eine Rangordnung von Schweinehunden. Manches arme Schwein schämt sich im Stillen und möchte alles ungeschehen machen, andere spreizen sich öffentlich mit heuchlerischen Geständnissen. Einige unverbesserliche Vollidioten verteidigen noch immer alles, die meisten haben vergessen. Manchmal würde ich gern ein letztes Gespräch führen. Aber nicht um der Versöhnung willen, und auch nicht um eine Anklage vorzubringen. Sondern um meine Fragen zu stellen, sofern sie sich nach dem Aktenstudium nicht erübrigen. Also aus rein egoistischem Interesse. Dann möchte ich in Ruhe gelassen werden. Es gibt eine Verletzung, die zu groß war oder zu lange gedauert hat. Es gibt eine Bitterkeit, deren Geschmack man nicht mehr loswerden kann. Dann ist ein persönliches Verzeihen nicht mehr möglich. Ich kann nicht sagen, daß ich mich darüber freue. Aber vor allem tut es mir auch nicht leid.



Anarchismus als (persönliche) Utopie

Interview mit dem Schweizer Schriftsteller Otto F. Walter

geführt von Heinz Hug



Photos: Heinz Hug

In einer Rede im November 1990 (1) sagten Sie: "Und ich plädiere dafür, daß wir versuchen, die Utopie von der anderen, der nichtpatriarchalen, der solidarischen Schweiz konkreter als bisher zu formulieren." Sie forderten eine "Alternative als Prozess in Richtung einer Welt ohne Herrschaften, in Richtung des Projekts der An-Archie". Und in "Eine Insel finden" (2) sprechen Sie von einem "anarchistischen Kern in uns". Können Sie konkretisieren, was Sie mit diesen Aussagen meinen?

Vielleicht zuerst zu diesem "Kern" - es handelt sich dabei eher um eine Vermutung. Ich glaube - oder ich will es glauben -, daß wir tatsächlich auf herrschaftsfreie Wesen hin angelegt sind, daß Anarchie eine verschüttete Grundkondition in uns trifft, deren Entsprechung in der Gesellschaft, im Staat, in der Welt theoretisch, aber nicht praktisch vorliegt. Aus diesem Grund war ich gleich zu Anfang, als ich mit anarchistischen Denkern - ich glaube, es waren die Memoiren Kropotkins - in Beziehung trat, sofort ganz tief getroffen und angesprochen. Das hat mit diesem Kern zu tun. Dieses Erlebnis war für mich nicht zuletzt deshalb spannend, weil ungefähr 25 Kilometer von hier weg(3), im Jura, im Gebiet der ehemaligen UhrenheimarbeiterInnen, Anarchie schon einmal geprobt worden war. Das ist gewissermaßen auch eine heimatliche Komponente. An diesem Beispiel war für mich ablesbar, dass es die herrschaftsfreie Welt, diese herrschaftsfreien Beziehungen unter uns Menschen tatsächlich geben könnte. Das hat mich fasziniert. Wenn ich eine Definition versuche, so bleibe ich zunächst in diesem allgemeinen Bereich, wobei der Ausdruck "herrschaftsfrei" selbstverständlich auch in seiner feministischen Komponente mitverstanden wird.

Ich möchte auf den "Menschen als herrschaftsfreies Wesen" zurückkommen. Spricht nicht alles - ich argumentiere jetzt etwas provokativ - in der Realität dagegen? In der Beziehung zwischen Mann und Frau, in der Gesellschaft usw.?

Kein Zweifel. Von daher würde es mir ungeheuer schwerfallen, etwas zu konkretisieren, etwas zu beweisen. Und doch, und doch: Allein schon die Beobachtungen, die wir bei einem sehr kleinen Kind machen können, wie rebellisch es in dieser Welt eigentlich antritt, sprechen dafür. Welch ungeheuerer Apparat an Disziplinierung - und sei es durch Zärt-

Otto F. Walter

entstammt einer großbürgerlichen Familie (geb. am 5. Juni 1928). Einen Teil seiner Kindheit verbringt er in katholischen Internaten - wie er selber schreibt "führt die Summe meiner kleinen Revolten und Verweigerungen zur Entlassung aus dem Gymnasium". Eine vorerst "standesgemäße" Karriere bringt ihn in das städtische Umfeld von Zürich und Köln, wo seine ersten von individueller Revolte und einer liberaldemokratisch-humanitären Grundhaltung geprägten literarischen Arbeiten entstehen. Mitte der Fünfzigerjahre tritt er in den elterlichen Betrieb ein; seine progressive Programm-Arbeit im Walter-Verlag (Olten und Freiburg/Breisgau) führt 1966 zur Entlassung.*

Inzwischen ist sein erster Roman "Der Stumme" (1959) erschienen, dem ein weiterer Roman und Theaterstücke folgen, die jedoch nicht in gleichem Masse überzeugen. Eine zentrale Bedeutung für seine Entwicklung kommt zweifellos der Verlagsarbeit bei Luchterhand in Neuwied und Darmstadt (verantwortlich für literarische und soziologische Bücher, Gründung der "Sammlung Luchterhand") in den Jahren 1967 bis 1973 zu. Seither lebt Walter wieder in der Schweiz, zuerst weiterhin als Verlagsmitarbeiter, seit 1982 als freier Schriftsteller.

In den Luchterhand-Jahren beginnen die weiteren Romane zu entstehen: 1972 erscheinen "Die ersten Unruhen" (eine Verarbeitung der BRD-Erfahrungen im Rahmen einer Stadt als Kollektiv), 1977 "Die Verwilderung" (die reichhaltige, von 68er-Positionen bestimmte Darstellung einer positiven Utopie von Gegengesellschaft). Nach verschiedenen anderen Werken publiziert Walter 1988 den Roman "Zeit des Fasans": ein breitangelegtes Epos über Geschichte und Gegenwart der Schweiz (insbesondere ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus), das wohl als eines der wichtigsten Werke der Schweizer Literatur in den letzten Jahren bezeichnet werden kann.

*Was diesen Verlag heute nicht daran hindert, seinerzeit erstandene Übersetzungsrechte z.B. an dem Roman von Thomas "Die Anarchisten" so teuer verkaufen zu wollen, daß dadurch eine Neuauflage verhindert wird. (Anm. Trotzdem-Verlag)

lichkeit und Haltungen, die ihm vorgelebt werden - nötig ist, um es in die Schemata unseres in unseren gesellschaftlichen Breitengraden als normal empfundenen Verhaltens einzupassen. Das ist für mich ein weiter zu untersuchender Hinweis auf meine Behauptung. Abgesehen von all dem, was wir über matriarchale Kulturen eher nicht wissen als wissen: Sagenhaftes, worin aber doch offensichtlich immer wieder so etwas wie Herrschaftsfreiheit durchschimmert. Es wäre eine Aufgabe der Ethnologie, entsprechende Untersuchungen zu machen und eine solche These entweder zu widerlegen oder zu verifizieren.Dazu: Wie kommt es, daß in der Geschichte immer wieder anarchische Bewegungen entstanden sind – urchristliche Kommunen, die Wiedertäufer, Pariser Kommune, Katalonien, Panzerkreuzer Potjemkin als Stichworte? Immer wurden sie, von rechts und links, niedergemetzelt, wurden liquidiert, meist schon im Ansatz. Und dennoch entstanden sie wieder, die Inseln solidarischen, herrschaftsfreien Lebens. - Nebenbei: Mich erstaunt, daß die Frauenbewegungen sich nicht intensiver mit Anarchismus befassen...

Kropotkin, den Sie erwähnten, hat ja in seinem Buch "Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt" versucht, diese These natur- und kulturgeschichtlich zu entwickeln. Er hat sie als Gegenentwurf zum Sozialdarwinismus konzipiert.Zurück zu Ihrer Aussage in jener Rede. Sie fordern "einen Prozess in Richtung einer Welt ohne Herrschaften, in Richtung des Projektes der An-Archie". Was würde das für die Schweiz heißen?

Sicher hieße es: anknüpfen an einige, zum Teil auch legendäre Züge in unserer eigenen Geschichte als Eid-Genossenschaften (Föderalismus als Stichwort), die Organisation der menschlichen, der gesellschaftlichen und der Produktionsverhältnisse in überschaubaren Einheiten. Wenn wir konkreter werden wollen, stellt sich irgendwann die Frage der Produktionsmittel und deren Organisation - auch hier haben wir unsere Legenden: die genossenschaftlichen Formen. Eine Organisationsform im Sinne Landauers: "Anarchie ist die Ordnung durch Bünde in Freiwilligkeit." Auch Selbstorganisation in Föderationen in anderen Bereichen.

Ihre Aussagen deuten darauf hin, daß für Sie Anarchismus weniger ein Mittel zur Kritik bestehender Verhältnisse, eher etwas im konstruktiven Sinne bedeutet. Wenn man die neuere Rezeptionsgeschichte des Anarchismus betrachtet, so war in der 68er Zeit eindeutig die Kritik im Vordergrund, vor allem in Anlehnung an Bakunin. In neuerer Zeit geht es vielmehr um Kropotkin und Landauer, bei denen man von einem konstruktiven Anarchismus sprechen kann.

Ich denke schon, daß mich diese zweitgenannte Spezies deutlich stärker interessiert als der Anarchismus als Mittel der Kritik. Sicher ist das auch ein ergiebiger Ansatz, sich mit der Gesellschaft auseinanderzusetzen - als Ergänzung zu anderen Instrumenten. Wichtig ist die Frage: Wo sind Ansätze in der Geschichte, aber auch in der theoretischen Entwicklung, die aus der inzwischen geradezu hermetisch gewordenen kapitalistischen Welt hinausführen könnten? Einer kapitalistischen Welt, deren ganz besonders gefährliche Kraft darin besteht, auch die Psychen der Menschen zu besetzen und umzugestalten. Und gerade da, glaube ich, wäre es politisch wichtig, dass die Vorstellung nicht nur einer Gegen-, sondern einer anderen Möglichkeit des Zusammenlebens zumindest zunächst einmal am Horizont wieder sichtbar wird.

In Ihren Werken - um das vorwegzunehmen - sind Bünde, Genossenschaften, Formen der Gemeinschaftlichkeit immer wieder wichtige Themen. Bereits in "Der Stumme" gibt es ja eine Gemeinschaft, nämlich die Gemeinschaft der Bauarbeiter. Wie ordnen Sie diese Gemeinschaft im Vergleich zur Huppergrube in "Die Verwilderung" ein?

Auf dieser Straßenbaustelle, 17 Kilometer nordwestlich von Jammers(4), abgelegen, in Baracken lebend, zwölf Männer und ein dreizehnter, der stumm ist, ein reiner Männertrupp, abhängig von einer Bauleitung, die weit weg ist, abhängig von einer Art Vorarbeiter, der die sogenannte Verantwortung trägt. Eine ausgesprochen kapitalistisch organisierte und geprägte Produktionseinheit. Sie produziert einen Übergang ins nächste Tal, eine Paßtrasse. Sie wird allerdings - gerade weil die Zentrale weit weg ist - mehr und mehr zu einer Art selbstorganisierter Gemeinschaft, die ihren Chef irgendwann ganz klar vor eine Entscheidung stellt; es ist so etwas wie ein Aufstand: Das ganze Unternehmen muß abgebrochen werden. Im Roman ist das alles nur skizziert, den Beteiligten als politischer Prozess unbewußt.Im Vergleich dazu die kleine Gemeinschaft in der Huppergrube: ein etwas ausgeflippter Mechaniker, zusammen mit einer Freundin, sie wohnen zuerst da, auch in einer Baracke. Es kommen andere MitbewohnerInnen dazu. Da entsteht dann allerdings ein wachsendes

Bewußtsein darüber, wie sie sich das Zusammenleben vorstellen wollen. Eine klar bestimmte Gesellschaft, in der andere Regeln als in der Gesellschaft rund herum das Zusammenleben bestimmen sollen - Regeln, die eben nicht auf Herrschaft beruhen. Es gibt dann - angeregt vor allem durch eine Figur (Leni, eine Studentin, die auch über einiges an Theoretischem verfügt) - eine Diskussion über so etwas wie eine Verfassung für diese "neue Gesellschaft". Von mir bewußt als Versuch gestaltet, das Werden so eines Nukleus einer neuen Gesellschaft darzustellen, mit allen Schwierigkeiten im Privaten, im Liebesleben, in der Küche und in der Arbeit.

Für mich gibt es im Roman "Der Stumme" durchaus Elemente, die sich in der Nähe des Anarchismus bewegen: einerseits die Autoritätskritik, andrerseits die Suche nach Solidarität sowie Solidarität selber, ein Stück weit Selbstverwaltung. Wenn ich Sie und den Roman "Der Stumme" aber richtig verstanden habe, so war zu dieser Zeit nicht bewußt ein anarchistisches Modell im Hintergrund.

Eindeutig. Da wußte ich noch nichts vom Anarchismus.

Wann haben Sie den Anarchismus kennengelernt?

Ich vermute, daß ich zum ersten Mal in den Sechzigerjahren durch den Schriftsteller Jörg Steiner, einen Freund von mir, von diesen anarchistischen Kommunen im Jura gehört habe. Dem bin ich dann einmal nachgegangen, ich habe mir die Memoiren von Kropotkin gekauft und daraus auch in "Die ersten Unruhen" wörtlich zitiert. Das war eine erste bewußte Begegnung mit der Anarchie.Es gab dann andere Anstösse. Einmal durch eine Freundin, die mich zum Interesse daran verführt hat - in Frankfurt, als ich bei Luchterhand war. Sie hat mir beispielsweise auch Orwells "Mein Katalonien" geschenkt. Sie war eine Anarchosyndikalistin. Das war ungefähr achtundsechzig. Und so gab es auch später immer wieder Begegnungen mit dem anarchistischen Denken. Das Interesse ist geblieben; ich habe allerdings kaum Gesprächspartner dafür.

Ist der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in dieser Hinsicht für Sie von Bedeutung? Hat er eine Wirkung auf Ihr Verhältnis zu dem, was man als Anarchismus umschreibt?

Vorweg ist zu sagen, daß ich den real existierenden Sozialismus in meinen Büchern im Namen des Sozialismus hart kritisiert habe. "Die ersten Unruhen" sind in der DDR bei "Volk und Welt" erschienen, meine späteren Bücher sollten auch dort erscheinen. Mit "Die Verwilderung", die eine rasante Stalinismuskritik sowie ein Plädoyer für Selbstorganisation enthält, war jedoch endgültig Feierabend - im Gegensatz zu meinen anderen Kollegen, auch zu bürgerlichen Autoren aus der Schweiz. Meine Bücher durften nicht erscheinen. Der Rowohlt-Verlag hat 1988, also kurz vor dem Zusammenbruch, heftig versucht, meine anderen Bücher, vor allem "Zeit des Fasans", den DDR-Verlagen nahezubringen. Doch Herr Gruner von "Volk und Welt" sagte wörtlich: Walter? Nochmal: Nein, nein, nein! Insofern war ich nie allzu hoffnungsfroh, was den Sozialismus in Osteuropa anlangte, auch wenn es eine gewisse solidarische sozialistische Grundhaltung von mir her gegeben hat und auch wenn die Hoffnung, das alles würde sich doch einmal in Richtung eines libertären oder demokratisierten Sozialismus hin entwickeln, bei mir weiterexistierte. Dieser Zusammenbruch hat mich politisch schwer erschüttert. Denn nun fehlt praktisch jegliche Alternative in der realen Existenz - im Bewußtsein, daß die stalinistische Variante die schrecklichste Desavouierung dessen war, was Sozialismus sein könnte.

Trotzdem würden Sie Sozialismus noch als Alternative zum kapitalistischen System verstehen?

Sicher. Sofern wir darunter die Grundprinzipien der Anarchie verstehen. Für mich bleibt die Anarchie als Sozialismus der beste Entwurf eines Menschheitstraums, der allerdings nach wie auf seine Gestalt wartet - eine Gestalt für die (post-)industrielle Gesellschaft.Es mag Sie interessieren. Ich - als einer vom linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz - erhielt einmal für mich überraschend den Auftrag, einige GesinnungsgenossInnen zu benennen, die einen Entwurf für ein neues Parteiprogramm mit mir zusammen zu schreiben hätten. Ich vermute, für deutsche LeserInnen ist es eine absurde Vorstellung, daß man mit der Sozialdemokratischen Partei als dem kleineren Übel bis zu einem gewissen Grad kooperieren kann. Ich tat das, ich bin auch heute Mitglied. Jener Programmentwurf jedenfalls ging - aufgrund eines Vertrags zwischen der Geschäftsleitung und unserer Gruppe und gegen den heftigen Widerstand der Geschäftsleitung - an alle Sektionen des Landes. Ein zweitägiger Landesparteitag diskutierte ihn. Manipulationen des Managements ver-



hinderten dann sehr knapp, daß dieser Programmentwurf akzeptiert wurde.In diesem Programmentwurf ist der Begriff Selbstverwaltung ganz zentral. Unsere Vorstellung war damals, eine Veränderung der Partei, in Hinblick auf eine Veränderung der Gesellschaft, zu versuchen. Das Prinzip der Selbstverwaltung wird in den verschiedensten Bereichen des menschlichen Zusammenlebens, der Gesellschaft, des privaten Bereichs, des Krankenwesens und insbesondere der Produktionssphäre konkret umschrieben. Die Forderung war, gewissermaßen eine Neutralisierung des Kapitals zu erreichen, indem es in eine von der Belegschaft kontrollierte Stiftung übergeführt wird. Dieser Stiftung, über die niemand wirklich verfügen kann, gehören die Produktionsmittel usw. Das war bis in die Einzelheiten ausgeführt. Das braucht man nicht als das Modell einer anarchistischen Gesellschaft zu sehen, aber es hat sehr deutlich anarchistische Elemente in sich getragen. Da waren wir uns alle einig. Arnold Künzli(5), Elsbeth Schild, François Masnata, Rolf Niederhauser gehörten zu den Autoren.



Was für eine Hoffnung haben Sie auf die Verwirklichung - ich möchte nicht sagen: der Anarchie, sondern anarchistischer Überlegungen, Forderungen in der heutigen Gesellschaft? Und was für einen Wert hat diese Hoffnung für Sie? Ist es nicht eine trügerische Sache?

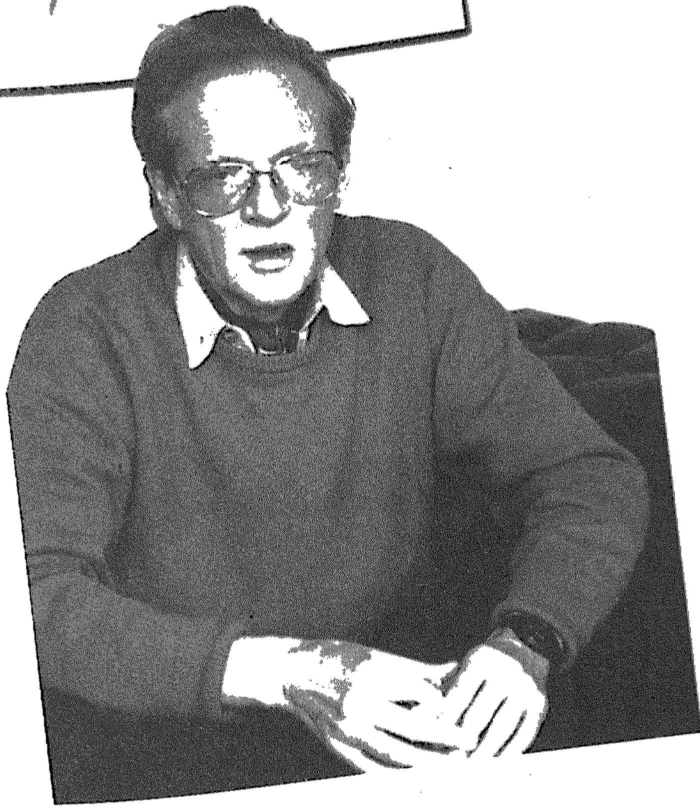
Ich habe eigentlich etwas gegen Glaubensgewißheit und möchte nicht in dieser eschatologischen Weise für die Anarchie plädieren: das Reich des Herrschaftsfreien werde irgend einmal über uns kommen! Wir haben am Anfang von einem anarchischen Kern gesprochen und auch festgestellt, dass er wohl sehr stark zu den Quellen des Kreativen überhaupt gehört. Von daher habe ich so etwas wie eine Grundgewissheit oder Erfahrung, dass die Sehnsucht nicht nur für mich, sondern für sehr viele Leute eine solche Welt wäre. Aber so will es der Geist der Macht: Wir *dürfen* darüber nichts wissen, und wir *müssen* annehmen, daß sie nicht möglich ist. Und so hat sie immer wieder aus unserem Bewußtsein und aus unserer Praxis zu verschwinden. Für mich bleibt die Anarchie zumindest ein bewegtes Bild, auf das hin ich leben kann und von dem her ich auch in meinen politischen Beurteilungen so etwas wie eine vielleicht unpräzise, in ihrer Grundrichtung aber dann doch vehemente Kraft erlebe. Sie ermutigt mich, auch in einer Gesellschaft, die zur Zeit wieder heftig auf Herrschaft, auf Experten, auf Hierarchien setzt.

Sie sind eine Persönlichkeit im intellektuellen Leben der Schweiz, die sehr viele Beziehungen, sehr viele Kenntnisse hat. Wie weit sehen Sie anarchistische Gedanken, Elemente des anarchistischen Denkens präsent, vor allem unter den Intellektuellen in der Schweiz, im speziellen in der Literatur? Der Anarchismus ist ja immer wieder irgendwie ein Thema; vor einiger Zeit habe ich z.B. die "Samstagsrundschau" (6) mit Peter Bichsel gehört. Er sagte da: "Im Grunde bin ich ja auch irgendwo Anarchist." Aber so deutlich fassbar ist dieses Denken nicht, doch es ist immer irgendwie da. Wie beurteilen Sie diesen Sachverhalt in der heutigen Schweiz?

Im Bereich der Schreibenden, der künstlerisch Tätigen überhaupt, taucht die Aussage "Ich bin *eigentlich* Anarchist" vergleichsweise häufig auf. Dabei ist aber die vorherrschende Vorstellung von diesem Anarchismus eine individualanarchistische Lebensauffasung, die mit Solidarität zunächst nicht verknüpft ist. So haben sich z.B. mir gegenüber Walter Vogt und auch eine ganze Reihe anderer Kollegen geäussert. Wenn ich dann nur ein bisschen nachfrage, dann handelt es sich einfach um so eine Art Bohèmien-Freiheit. Damit hat es sich dann bald. Aber bei Jörg Steiner und Peter Bichsel - Freunde von mir - gibt es durchaus genauere Vorstellungen, was Anarchie sein kann. Da trifft dann dieser Vorwurf des Individualanarchismus überhaupt nicht zu. Weiter geht meine Kenntnis nicht.

Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus hat ja doch die frühe Kritik der Anarchisten am Marxismus ein Stück weit bestätigt. Hat das in der sozialistischen Bewegung nicht dazu geführt, dßs Elemente des anarchistischen Denkens wieder mehr beachtet werden?

Ich habe erwartet, daß eine gewisse Wiederentdeckung des Anarchismus fällig wäre. Ich habe kürzlich in Zürich an einer Tagung zum Thema *"Linke Zukunft?"* teilgenommen. Ich war überrascht, daß das Thema Anarchie zwei, drei mal ganz beiläufig erwähnt wurde, aber nicht zum Ansatz für eine Diskussion genommen wurde.Zur Zeit laufen alle Entwicklungen, sei es im Bereich des Industriellen oder der politischen Macht genau in die umgekehrte Richtung, auf einen weiteren Abbau der Demokratie, auf tendenziell zentralistischere, autoritäre Staatsformen hin. Die EG als Beispiel. Ich vermute, daß Anarchie einen Entwicklungsstand der Gesellschaft voraussetzt, den wir heute mit Sicherheit noch nicht haben. Und doch habe ich - und das ist nicht viel mehr als eine Hoffnung - die Überzeugung, daß Formen der Selbstorganisation mehr und mehr an Wichtigkeit gewinnen. Es gibt sie im übrigen ja auch. In der Schweiz gibt es immerhin vier- bis fünfhundert selbstverwaltete Betriebe, und es gibt auch eine Vernetzung. Ganz konkret, in winzigen Schritten entstanden, so etwas wie "Inseln der Zukunft". Die Frage ist, ob sie genügend Zukunft haben, um sich zu konsolidieren in kapitalistischem Umfeld, in hierarchisch strukturierter Gesellschaft.



Ich war fasziniert von dem, was in "Zeit des Fasans" an Anarchismus drin ist. Sie haben ja dort eine ganze Reihe von Problemen angesprochen, die heute hochaktuell sind. Sie ordnen diese Themen vor allem der Figur des Andrè zu, den Sie eindeutig als Anarchisten bezeichnen: Da ist die Frage der Ökologie, die Fortschrittskritik, das Verhältnis Patriarchat - Matriarchat, die Patriarchatskritik, da ist die Aggressivität gegenüber dem Lebendigen überhaupt. Das sind ja auch die Fragen, die heute innerhalb der anarchistischen Diskussion ausserordentlich wichtig sind.

Indem ich die Figur des Andrè einführte, hatte ich die Möglichkeit, Dinge, die mir wichtig sind und von denen ich weiß und z.T. auch nicht weiß, daß sie zur Kerngruppe der anarchistischen Vorstellungen gehören, in das Buch einzuspeisen. Durch sie konnte ich auch Theoretisches erörtern lassen, was man mir in der Kritik z.T. natürlich übelgenommen hat. Die Tatsache, daß sich in einem Roman die Leute - weil sie eben denkende Wesen sind - auch einmal über theoretische Dinge unterhalten, gilt ja nach wie vor bei Großkritikern in unseren Breitengraden als völlig unliterarisch, als eine Verletzung aller künstlerischen Gebote, als hätte es nie einen Robert Musil usw. gegeben. Vor allem wenn es sich um politisch mißliebige Gedanken handelt, wird das streng geahndet.Es war für mich schon wichtig, eine konkrete Utopie als Hintergrund zu skizzieren, zumal das zur Welt des Thomas Winter und seiner Umgebung gehört.

Aber sie ist vor allem verbunden mit dem Anarchisten Andrè. Es besteht eindeutig eine Bezugnahme auf die anarchistische Tradition.

Nicht zuletzt kommt auch die Figur des Jonny, des Spanienkämpfers, vor. Sie kennen sicher den Film von Dindo.(7) Von ihm ließ ich mir das Skript des Films geben, daraus habe ich einige Dinge wörtlich übernommen. Es gab den Jonny als wirkliche Person: Jonny Linggi. Diese Passagen waren dann sozusagen auch eine Hommage an einen Spanienkämpfer der anarchistischen Richtung.

Ein Thema, das mir sehr am Herzen liegt, ist die Verbindung von Literatur und Anarchismus. Wie sehen Sie die Verbindung zwischen Ihrer anarchistischen Konzeption und Ihrem Schreiben?

Bewußt habe ich am ehesten in der "Verwilderung" versucht, ein Darstellungsprinzip zu entwickeln, das diesem anarchistischen Kern entspricht, um den der Roman eigentlich angelegt ist. Ich wollte aus einem anarchistischen Gehalt auch formal Konsequenzen ziehen. So führte ich beispielsweise eine Reihe von Co-Autoren ein, wörtlich in Zitaten, etwa Helga M. Novak, Herbert Marcuse, Niklaus Meienberg, Peter Bichsel. Ich war bestrebt, alles, was auktorial ist, so weit wie möglich zu reduzieren, um ein Mitspielen der Lesenden zu ermöglichen. Auch jenes Wort von Jean Tinguèly, das ich in den "Ersten Unruhen" (1972) als Motto gesetzt habe, weist in diese Richtung: "Das Wichtigste bei meinen Dingen ist die Partizipation des Betrachters, der sie erst in Bewegung versetzt." Dieses Montageprinzip, das ich in "Die Verwilderung" entwickelt habe, verstehe ich als eine tendenziell demokratisierte Form des Schreibens.

Kunst, im besonderen Literatur, hat meines Erachtens immer etwas Anarchistisches, weil es immer auch um eine Konfrontation mit Regeln geht, die durchbrochen werden. Davon lebt ja die Kunst. Ich habe in meiner Besprechung zu "Zeit des Fasans" etwas geschrieben, was ich heute vielleicht anders benennen würde: "Verunsichertheit als Erzählhaltung". Darin sehe ich auch einen anarchistischen Hintergrund in dem Sinne, daß das Auktoriale, das Feststehende, das Eindeutige - alles Gegensätze zum anarchistischen Prinzip - fehlen.

Darüber müssten wir diskutieren. Eine Komponente des bewußt herbeigeführten verunsicherten Wesens dieses Stücks Literatur entspringt wohl einer anderen Quelle. Es ist - übrigens geradezu als ein Zwang, unter dem ich stehe, ich kann gar nicht anders - der Versuch, die Künstlichkeit des literarischen Werks, den Roman als Konstrukt auszuweisen - im Gegensatz zum Anspruch: So war es und nicht anders! Das ist sicher eine wichtige Motivation, die das Schreiben in der Möglichkeitsform bewirkt. Und gleichzeitig ist natürlich der suchende Gestus des Ganzen, auch des Helden, schon motivisch gegeben. Als Gestus des Schreibens, das mehr eine Recherche als die Darstellung einer vorgegebenen Wahrheit ist, die es nachzuerzählen gälte. Dazu kommen dann allerdings die psychologischen Gründe für die Verunsicherung des "Helden": Zunächst ist er wie traumatisch gelähmt; die Grundbewegung ist die, dass er im Laufe des Romans zu einer neuen Sicht von sich selber und zu sich selber kommt. Gleichzeitig ist es die Verunsicherung in der Geschlechterrolle. Davon übrigens, inwieweit es bei den anarchistischen Theoretikern diese Diskussion auch gibt, weiss ich zu wenig. Ich habe in dem, was ich über Anarchie bisher gelesen habe, diese Komponente vermißt: daß die patriarchalische Prägung von Männern und Frauen eine zentrale Basis jeder Herrschaft ist.

Nochmals zur Erzählweise in "Zeit des Fasans". Setzt die Möglichkeitsform nicht doch immer voraus: Es ist zwar nicht möglich, aber das auktoriale Erzählen wäre doch irgendwie anzustreben? Es ist doch irgendwie der Bezugspunkt, wenn ich nicht von vornherein davon ausgehe, daß dies gar nicht möglich ist: Dann

schreibe ich eben aus einer Position, die meine subjektive Wirklichkeit darstellt.

Meine Hoffnung wäre, das Auktoriale zu übersteigen, diesen Raum zu verlassen. Dem steht tatsächlich das andere entgegen: Indem ich hier sitze und schreibe, besitze ich eine gewisse Verfügungsgewalt über diese stoffliche und formale Welt. Bisher ist mir diese Infragestellung nur durch das Ausweisen der Künstlichkeit gelungen. Das bricht schon einmal das Auktoriale in einem deutlichen Maß. Es ist ein konstruktivistisches Element. Das könnte weitergehen, das ist mir schon klar. Das müsste auch am Regelkodex der Sprache ansetzen, den andere Autoren viel deutlicher in Frage gestellt haben als ich. Von dort her müssten auch noch Tunnel gegraben werden, wobei es auch da durchaus Traditionen und Vorarbeiten gibt. Allein schon im Bereich der konkreten Poesie. Es war für mich damals kein Zufall, daß ich versuchte, die deutschen und - so weit es sie gab - auch schweizerischen Konkreten im Luchterhand Verlag zu versammeln: Jandl, Heissenbüttel, Mohn, Bremer, Kurt Marti zum Beispiel. Sie wurden zum ersten Mal zielbewußt in unser literarisches Programm aufgenommen, übrigens heftig bekämpft von unseren Marxisten im Lektorat.

Auf der anderen Seite steckt in der Ablösung des auktorialen Erzählers auch die Gefahr der Beliebigkeit. Ich möchte das noch ausweiten auf die erkenntnistheoretische Seite: Es gibt innerhalb der neuesten Erkenntnistheorie eine Strömung, die sich als anarchistische bezeichnet, Feyerabend zum Beispiel. Da ist dann die Gefahr der Beliebigkeit doch recht groß. Ihr Roman "Zeit des Fasans" ist ja in keiner Weise beliebig. Befinden Sie sich im Konflikt zwischen auktorialem Erzähler und dessen Auflösung?

Genau, ich sehe nicht, wie ich da herauskommen kann. Der Roman, besonders wenn sich seine Handlung über eine gewisse Zeit erstreckt, ist auf eine Form angewiesen und damit auch auf Abgrenzung, auf Regeln, die er sich vielleicht glaubt selber zu geben, die er auch immer wieder in Frage stellen kann. Da steckt irgendwo ein Widerspruch, der auch fruchtbar, aber nicht auflösbar ist. Es handelt sich um einen Grundwiderspruch, innerhalb dessen sich mein Schreiben abspielt. Das akzeptiere ich auch. Einerseits das Höchstmögliche an Kunstverstand, an Organisation des Stoffs und der formalen Erfordernisse, gleichzeitig aber jenes andere, das zum Hauptmovens des Schreibens überhaupt gehört: das Sich-Öffnen-Können für die Macht der eigenen Gefühle, der Phantasie. Gerade im Zusammenspiel dieser beiden Pole liegt doch das Faszinosum des Schreibens - vielleicht auch des Lesens.

Inwiefern werden von der Literaturkritik oder auch sonst von der Öffentlichkeit die anarchistischen Anteile in Ihrem Werk zur Kenntnis genommen?

Fast nicht. Das ist wohl der Teil, von dem offensichtlich angenommen wird, daß es sich dabei um irgend so eine Vorliebe - um nicht zu sagen: einen Vogel - von Otto F. Walter handelt. Anarchie? Künstler spinnen eben immer ein bißchen. - Ich werde auch nicht behindert oder angegriffen deswegen. Dann gibt es private Reaktionen in dem Sinn, daß es die Leute interessiert, daß sie mehr darüber wissen möchten.

Hängt dieser Mangel an Kenntnisnahme damit zusammen, daß das Bewußtsein hinsichtlich des Anarchismus außerordentlich gering oder einseitig ist?

Das ist offensichtlich. Das Anarchistische ist oft desavouiert worden. Man hat es mit der terroristischen Komponente identifiziert, das hat alles kaputtgemacht.

Wie weit ist es Ihr Bestreben, Ihre Position gegenüber dem Anarchismus deutlich zu machen? In den Werken, vor allem in der Figur des Andrè in "Zeit des Fasans", kann man sie nicht überlesen. In anderen Werken wird sie weniger sichtbar. In Ihren Reden und Aufsätzen ist sie mir - außer an der erwähnten Stelle - nicht aufgefallen. Sind Sie eher zurückhaltend, weil es sich dabei um ein problematisches Thema handelt?



Erstens schreibe ich vergleichsweise wenig an diskursiven Texten. In "Gegenwort"(8) gibt es beispielsweise den Aufsatz "A im O, Alpha und Omega, Anfang und Ende", wo ich mit Überzeugung ein Plädoyer für das Anarchistische einbringen konnte, z.T. dann auch wieder gebremst - durch das Wissen, dass damit die Gefahr wächst, daß ich gleich desavouiert werden kann. Oder aus der Befürchtung heraus, damit den ewigen Mißverständnissen zuzuliefern. Sich öffentlich auf Anarchismus berufen, bedeutet, sich auf ein Schreckgespenst in den Köpfen der Leute, auch in denen der Linken, zu beziehen. Das erleben wir doch alle: Die Kenntnis dessen, was Anarchismus bedeutet, ist schlicht abwesend. Das Wort assoziiert lediglich verblassende Erinnerungen an Bombenleger, RAF-Anschläge, Präsidentenmörder. Oder an Chaos, an hemmungs-

loses Ausleben individualistischer Revolte. So ist zunächst geduldiges Erklären Voraussetzung zu jedem öffentlichen Diskurs über Anarchie. - Dennoch: Ich denke, das ist in allen meinen Büchern ablesbar: Wo immer mein Schreiben direkt politisch wird - vor allem im Band "Gegenwort" - geht's um Herrschaftskritik im Namen des solidarischen Aufstands gegen jegliche Herrschaft (auch in uns selbst), im Namen der Anarchie.Die Propagierung politischer Heilslehren ist, wie wir nach diesem Jahrhundert ja wohl wissen, immer und in sich schon Indoktrination, ist Ausübung von Herrschaft. Anarchismus ist nun gerade nicht Heilslehre. Er ist die sehr vorläufige Summe der Einsichten in das Wesen herrschaftsfreier Selbstorganisation. So ist Anarchie als Gesellschaftsform die einzige Utopie, für deren Gestaltwerdung ich plädieren darf, ohne Herrschaft auszuüben. Ohne von oben herab zu erklären: Leute, ihr müsst das tun, dann .... Für *diese* Utopie plädieren heisst Ermutigung zum Eigenen, zur solidarischen Selbstbehauptung, zur Würde, nicht wahr? Ein letztes: Der riesengroße Emanzipationsschub der Aufklärung vom magischen Weltbild zu den heutigen Siegen der Ratio kann ja wohl nicht das Ganze sein. So glanzvoll die Erfolge des naturwissenschaftlichen Denkens sind - wir alle wissen, was sie uns *auch* bescheren: die Neue Weltordnung als deregulierte Aggressivität des "siegreichen" Kapitalismus gegen alles Lebendige, mit den Folgen des sozialen und ökologischen Desasters. Wohl schon fast eine Binsenweisheit, wenn ich meine: Jedes linke, jedes anarchistische Träumen, Fühlen, Denken und Tun heute müßte sich zum zweiten großen Aufklärungsschritt befähigen, hin zu einer Ethik, einer Solidarität, einer umfassenden, mit *allem* Lebendigen. Sie hätte nicht allein Menschenrecht im Sinn; sie zielte auch auf die Verwirklichung der Rechte der natürlichen Welt, von der wir schließlich nur Teile sind.



1 Abgedruckt in: "Auf der Suche nach der Anderen Schweiz", Küsnacht: edition kürz 1991
2 Ein Gespräch Otto F. Walters mit seiner Schwester, der Dichterin Silja Walter (Zürich: Arche 1983)
3 Otto F. Walter wohnt in Solothurn, einer fast 20'000 Einwohner zählenden, für seine reichhaltige (Alternativ-)Kultur bekannte Stadt nahe der Sprachgrenze zur welschen Schweiz.
4 Der Name einer (fiktiven) Stadt, die in verschiedenen Werken Walters vorkommt; er ist mit "Güllen" aus Friedrich Dürrenmatts "Der Besuch der alten Dame" vergleichbar.
5 Philosoph und Journalist, der sich seit langem auch mit anarchistischen Ansätzen befasst; vgl. besonders "Mein und Dein. Zur Ideengeschichte der Eigentumsfeindschaft, Köln 1986, S. 473 - 535.
6 Eine wöchentliche Diskussionsrunde des Schweizerischen Radios.
7 Richard Dindo: "Schweizer im Spanischen Bürgerkrieg" (1973)
8 Aufsätze, Reden, Begegnungen, Zürich: Limmat Verlag 1988

Schöne Neue Weltordnung? – Internationale Kurznachrichten

☛ 32% der Franzosen erklären sich mit den Ideen der Front National einverstanden. Das sind 14 % mehr als im September 1990. 65% sprechen sich gegen Le Pen aus, das sind 11% weniger als im September 1990.

☛ AIDS-Übertragung durch verseuchte Blutkonserven. Eine erste Untersuchung in Frankreich ergab, daß von den ersten 2500 untersuchten Blutern, 200 bereits an AIDS gestorben sind, 50 kurz vor ihrem Tod stehen und weitere 950 HIV-positiv sind. Das Gesundheitsministerium hatte von der Verseuchung gewußt und geglaubt durch Erhitzung des Bluts, der Gefahr zu begegnen. Die 1985-86 verantwortliche Gesundheitsministerin, die Sozialistin Georgina Dufoix, ist heute Präsidentin des französischen Roten Kreuzes! (Quelle: A-infos, France)

☛ Ohne die Dunkelziffer zu rechnen, haben Rechtsextremisten in Deutschland im Jahr 1991 gegen ausländische MitbürgerInnen, Flüchtlinge und Linke 2368 Straftaten verübt. Darunter 219 Angriffe auf Personen. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Anschläge verzehnfacht.

☛ In New York liegt die Lebenserwartung durchschnittlich um 3 Jahre niedriger als in Bangla Desh. Wesentliche Ursache: die katastrophale medizinische Betreuung der Armen, wie der Durchschnittsbevölkerung.

"Her mit dem Tortenstück!" - Das Museum für Moderne Kunst in Frankfurt

Ein Gespräch zwischen dem Museumsleiter Jean-Christophe Ammann sowie T. Schupp und Ka. G. vom AKI - Libertäres Info Frankfurt

Zur Vorgeschichte

Anfang Juni 1991 fuhr ein Redakteur des AKI - Libertäres Info Ffm in der Braubachstraße am Museum für Moderne Kunst vorbei, dem sog. "Tortenstück", das kurz vor der Eröffnung stand. Er wäre fast vom Fahrrad gefallen. Vor Freude oder vor Schreck - das war noch unklar. Das Cafe des Museums heißt nämlich "Sacco und Vanzetti", benannt nach zwei in die USA eingewanderter, italienischen Anarchisten, die 1927 von der us-amerikanischen Justiz hingerichtet wurden.

Kunst und Anarchie - Zufall oder Absicht?

Die Redaktion war neugierig geworden und verschiedene Leute hakten nach. Im Museum wurde ein "Sacco und Vanzetti Leseraum" entdeckt. Doch es war schwierig, sowohl in schriftlicher (z.B. durch eine Wandtafel) als auch in mündlicher Form etwas über Sacco und Vanzetti sowie die Verbindung von Museum und Cafe in Erfahrung zu bringen. Keine/r wußte im Museum/Cafe bescheid. War es nun künstlerisch-pädagogische Absicht, die Menschen zum Nachfragen zu veranlassen, oder war es schlechte Organisation, oder sollten gar bewußt Sacco und Vanzetti unter anderen Inhalten vereinnahmt werden. Es gab im Cafe sogar eine Pasta "Sacco und Vanzetti", die allerdings nach heftigen Protesten wieder von der Karte genommen wurde. Inzwischen kann mensch auf Zuckertütchen in Kurzform etwas zu Sacco und Vanzetti nachlesen.

Allerdings wird deren anarchistische Identität verheimlicht. Sie hätten sich für die "Arbeitnehmer" engagiert. Dieses sozialpartnerschaftliche Wort existierte zu dieser Zeit noch gar nicht. Mensch begriff sich damals ganz proletarisch als ArbeiterIn. Doch einige glauben auch, "Sacco und Vanzetti" sei eine neue, trendgemäße italienische Bekleidungsfirma. Durch Zufall kam ein Gespräch mit dem Museumsleiter, Jean-Christophe Ammann zustande. Es gab viele offene Fragen und Kritik.

Das Museumscafe "Sacco und Vanzetti"

Hierzu erklärte Ammann uns folgendes: Die Idee, das Cafe nach Sacco und Vanzetti zu benennen, kam von ihm. Er wollte mittels des Cafes eine Verbindunglinie hin zum Museum bzw. zum Sacco und Vanzetti-Leseraum ziehen. Doch sämtliche Museumscafes werden von der Stadt, quasi als Monopol, einem Pächter überlassen, dem die inhaltliche Ausrichtung eines Cafes egal ist. Hauptsache das Geld stimmt. Ammann habe darauf keinen Einfluß gehabt.

Unser Vorschlag: Ein Cafe in Selbstverwaltung mit näheren Erläuterungen zu Saccos und Vanzettis Leben und Sterben käme deren anarchistischer Einstellung sicher wesentlich näher.

Der Sacco und Vanzetti-Leseraum

Dieser Leseraum wurde von dem 1939 in Teheran, Iran, geborenen und nun in den USA lebenden Künstler Siah Armajani gestaltet. Seine Kunst setzt sich als "public art" (öffentliche Kunst) auch nützlich um in Form von Plätzen und Brücken, wie z.B eine FußgängerInnenbrücke in Minneapolis, USA.

Armajani nimmt die Namen Sacco und Vanzettis nicht als Anlaß und nicht nur als historische Tatbestände: Deren "sozial-kommunikative Einstellung" und die Wichtigkeit, durch Information und Kommunikation Bewußtsein zu schaffen, sind für ihn Leitgedanken seiner Kunst. Die Geschichte wird so mit künstlerischen Mitteln umgedeutet und soll zum Nachdenken anregen. Der Raum besteht aus zwei mit Holz gebauten kleinen Räumen, Stühle und Tische, Lesepulte und Gestelle, in denen hunderte Bleistifte mit der Aufschrift "Sacco und Vanzetti Leseraum" stecken. Zum lesen liegen Bücher, Zeitschriften und Tageszeitungen aus.

(Beginn der Gesprächs-Aufzeichnung)

Die libertäre Szene in Frankfurt

AKI: Ich gebe Ihnen erst einmal eine kurze Selbstdarstellung von uns. Woher wir kommen, was wir machen. Es gibt schon seit längerem in Frankfurt eine rege libertäre bzw. anarchistische Szene, die im Prinzip aus der anti-autoritären Bewegung 1968 hervorgegangen ist. Seit Anfang der 80er Jahre hat sich vieles neu strukturiert. Von 1985 bis 1988 gab es das Libertäre Zentrum in Frankfurt. Dieses mußte aufgrund einer Kündigung des Vermieters schließen.

Als ein Nachfolgeprojekt gibt es jetzt seit ungefähr einem Jahr das DEZENTRAL im Sandweg. Der Name ist sicher auch Programm: also Dezentralisierung von Macht und Herrschaft in der Gesellschaft. Im DEZENTRAL gibt es eine Frauengruppe, eine Theoriegruppe, die Gewerkschaftsinititative FAU (Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union), ein philosofisches Forum, eine Leihbücherei und dienstags einen Offenen Abend.

Gemeinsam sind uns erstmal die Nutzung der Räume und die anarchistische Lebensphilosophie, d.h. nach Freiheit zu streben und Herrschaft zu minimieren. Das ist das Kurzprogramm.

Für die Öffentlichkeitsarbeit gibt es das AKI - Libertäres Info Frankfurt. Es ist entstanden aus dem Anti-Kriegs-Info, das zum Golfkrieg erschienen ist. Nachdem der Golfkrieg zu Ende war, haben wir gesagt, es gibt genügend Themen, zu denen wir unsere Meinung sagen wollen. Daher haben wir das Info als Libertäres Info weitergeführt und wollen nun Themen in der Stadt aufgreifen, wie z.B. das Verhältnis freier Kulturinitiativen zum Magistrat, Verwaltung zu Kultur, ökologische Themen wie Umweltschutz im Büro, Drogen, Rassismus, Gewalt in Schulen, § 218 etc.

Wir haben früher mehr bundesweit gearbeitet, jetzt konzentrieren wir uns auf Frankfurt. In Frankfurt zu leben ist eine besondere Situation. Auf dieser Grundlage wollen wir mit dem Libertären Info den Leuten zeigen, daß die Leute, die sich Libertäre oder Anarchisten nennen, sich auch mit anderen Themen beschäftigen, außer eben mit dieser Anti-Politik. So schreiben wir über Alltagsprobleme und das, was wir auch erleben, wie Kindergärten, Arbeitsstelle, Kunst, Musik etc..

Und zu dem Zeitpunkt hat das Museum für Moderne Kunst aufgemacht. Wir wollten nun schauen, welche interessanten Aspekte gibt es für uns. Was haben wir als Anarchisten für eine Vorstellung von Kunst. Daher haben wir gesagt, wir beschäftigen uns jetzt mit dem Museum.

Und dann hießen ausgerechnet noch dieser Leseraum und das Cafe nach *Sacco und Vanzetti*. Wir haben darüber nachgedacht, was das denn mit uns zu tun hat.

Schließlich ist hier ein Stück von unsere Geschichte mit eingearbeitet.

Die Vorgeschichte des Museums

AKI: Mich interessiert jetzt, wann überhaupt die Idee für dieses Museum entstanden ist. Das führt ja ziemlich weit zurück.

Ammann: Die Idee des Museums entstand eigentlich aus der kulturpolitischen Perspektive von Hilmar Hofmann: Frankfurt eine Stadt des Wortes braucht auch das Bild, um sein Selbstverständnis von Gegenwart und Geschichte denken zu können. Daraus entwickelte sich das Museumsufer mit den verschiedenen Museen. Das erste Museum war das historische Museum. Und dann kam das Filmmuseum, das Architekturmuseum usw. Und dann gibt's den Städel. Der Städel ist keine städtische Institution, sondern ist eine private Institution und macht gewissermaßen, zum Teil mit städtischen Mitteln, seine eigene Politik.

Ein kunsthistorisches Museum sammelt aus der Vergangenheit in die Zukunft bzw. in die Gegenwart und zwar so, daß es immer sporadisch in der Gegenwart mal ankommt. Und Hilmar Hoffmann hat gesagt, wenn wir Gegenwart denken wollen, brauchen wir auch die Gegenwartskunst.

Und dann starb 1977 Karl Ströher aus Darmstadt. Er hatte als ganz alter Mann eine unglaubliche Sammlung zusammengetragen, zeitgenössische Kunst, Wahnsinn. Er hatte den Darmstädtern gesagt, wenn ihr ein Museum baut, dann bekommt ihr sie als Stiftung. Die Prioritäten waren aber damals anders. Die Sammlung wurde verkauft. Die Stadt Frankfurt hat 1980/81 achtzig Werke aus dieser Sammlung erworben. Schlau wie Hilmar Hoffmann war, dachte er, man kann ja kein Museum für Gegenwartskunst bauen, wenn man nichts hat. Also wurde diese Sammlung erworben. Dann wurde gesagt, jetzt brauchen wir aber auch ein Museum.

Es wurde der Wettbewerb ausgeschrieben und 1986 wurde mit dem Bau angefangen. Ich kam Ende 1987 hierher. Das ist im Prinzip etwas spät, aber es gab ein Konflikt, weil der Städel gesagt hat, eigentlich soll das neue Museum eine Dependance des Städels sein.

Da gab es heftige Auseinandersetzungen, die darin mündeten, daß die Stadt der Städelorganisation eine Summe zur Verfügung stellte, die es dem Städel ermöglichte einen Flügel anzubauen. Gebaut hat die Firma Holzmann. Die ganze administrative Abwicklung des Unternehmens wurde über die städelsche Administration gemacht.

In dem Moment, als die Stadt gesagt hat, wir wollen hier einen autonomen Leiter haben, konnte sich, nachdem dies auch parlamentarisch und im Kulturausschuß geklärt worden war, Hilmar Hoffmann nach einer Person umschauen. Ich kannte ihn von früher her. So hat er mich im Herbst 1987 angerufen. Ich bin dann Mitte Oktober nach Frankfurt gegangen und habe mir das alles angeschaut. Mitte November 1987 wurde das dann festgemacht.

AKI: Gab es schon ein Konzept für das Museum?

Ammann: Es gab kein Konzept.

AKI: Das war nur die Idee? Es wurde doch schon gebaut.

Ammann: Gebaut schon. Aber es gab kein inhaltliches Konzept. Es war eben nur die Sammlung Ströher da und einige Werke, die mein interimistischer Vorgänger, Peter Iden, erworben hatte. Man darf das nie vergessen: Hilmar Hoffmann wurde in all diesen Operationen sehr stark von Peter Iden, dem Feuilleton-Redakteur der Frankfurter Rundschau, unterstützt. Iden hat ihm auch die ganzen inhaltlichen Unterlagen und Vorgaben gemacht und noch einige Arbeiten für die Sammlung erworben.

Peter Iden war so etwas wie ein Gründungsdirektor. Er hat alles sehr stark vorangetrieben. Die Konstellation im Magistrat war damals sehr günstig. Hilmar Hoffmann verstand sich sehr gut mit dem Baudezernenten Haverkampf und er verstand sich sehr gut mit dem Kämmerer Gerhardt. Die drei spielten sehr gut miteinander. Das hat die Dinge vorangebracht.

AKI: Das ging ja dann für die Vorlaufzeiten, die eine Bürokratie normalerweise hat, sehr schnell. Wenn man bedenkt jetzt ist 1991. Das Museum ist in vier Jahren entstanden. Das ist ein Wahnsinnstempo gewesen. Und wie war es dann mit den Kosten?

Ammann: Die Kosten betrugen alles zusammengerechnet etwa 80 Millionen.

AKI: Allein der Bau? Oder mit den Kunstwerken und allem?

Ammann: Das war hier ein historisches Grundstück. Das sieht man an den Modellen im historischen Museum. Auf diesem Gelände befand sich die Gaststätte Fisch-Franke. Und ich weiß nicht wer noch. Das waren langfristige Mietverträge. Dieser mußte aufgelöst werden. Der Fisch-Franke mußte natürlich dafür ausbezahlt werden.

Es gab einfach viele Nebenkosten und Teile der Kunstwerke sind auch in die Kosten reingeflossen, vor allem die, die direkt auf die Räume bezogen waren. Die wurden mit in den Bau übernommen. Also der Bau selbst hat etwa 60 Millionen gekostet. Und dazu kommt die Teuerung usw. Das hat dann insgesamt 80 Millionen gemacht.

AKI: Und die laufenden Kosten, was haben Sie da für einen Etat?

Ammann: Das weiß ich noch gar nicht. Das muß jetzt noch alles mit dem Kämmerer ausgehandelt werden. Es gibt eine 20%ige Haushaltssperre und die wird sehr wahrscheinlich auf das nächste und übernächste Jahr rübergezogen. Jetzt muß man mal schauen. Wir werden es auch so irgendwie schaffen. In der Not frißt der Teufel Fliegen.

AKI: Die größte Kritik am Museum in den letzten Jahren war in der Hauptsache, daß soviel Geld in den Bau geflossen ist.

Museen als ein Mittel für Stadtidentität

Ammann: Jetzt muß man natürlich etwas sagen. Ich wohne jetzt seit zweieinhalb Jahren hier. Frankfurt war nie Residenzstadt. München sieht heute aus, als wäre es nie kaputtgemacht worden. Frankfurt ging im 2. Weltkrieg total kaputt. Es hatte die größte mittelalterliche Stadt. Die konnte man nicht mehr aufbauen.

Frankfurt war immer Handelsstadt. Also hat man zum einen die Wolkenkratzer gebaut, zum anderen die Museen. Und beides soll der Stadt eine Identität geben. Und ich denke, das hat eine Berechtigung. Die anderen Städte hatten ihre Schlösser etc. aufgebaut. In Frankfurt wurde nichts aufgebaut. Ob das im Einzelnen immer richtig verlaufen ist, das ist eine andere Geschichte. Ich war immer wieder in Frankfurt, aber im Vergleich zu anderen Städten ist das nicht eine Stadt zum Verweilen.

Es ist interessant zu sehen, wie Frankfurt es sich nicht leicht gemacht hatte. Die Schirn (Ausstellungshalle), die eigentlich ein unbrauchbares Gebäude darstellt,



Photo: Klaus Malorny/Ffm

wurde Mitte der 80er Jahre gebaut. Und dann der Römer: vorne Mittelalter und hinten modern. Ich meine, das ist immer noch Nachkriegszeit. In Frankfurt hat im Vergleich zu anderen Städten die Nachkriegszeit einfach viel länger gedauert.

AKI: Ja, das ist das Argument der Identität, die eine Stadt haben muß, damit man drin leben kann. Aber die andere Diskussion war ja immer, inwieweit muß diese Identität auch so sein, daß die Menschen, die in dieser Stadt leben, sie annehmen können. Daß die Menschen was anfangen können mit dieser Identität.

Ammann: Es gibt seit einigen Jahren das Museumsuferfest. Da bin ich jetzt zwei Jahre lang in unserem kleinen Stand gestanden. Durchgehend von morgens 10 Uhr bis nachts um 12 Uhr war ich immer da. Ich habe gesehen, was für ein Besucherstrom da durchging. Das waren nicht die Biertrinker, sondern die Familien mit ihren Kindern, die wirklich interessiert sind. Das ist vielleicht auch eine Erklärung für den Erfolg dieses Museumsuferfestes. Man hatte fast das Gefühl, daß soviel Menschen dort vorbeikommen, weil die vielleicht sonst nicht hingehen.

AKI: Die Leute benutzen das Museumsufer, als ob sie zu Besuch wären in der eigenen Stadt, auch wenn sie hier leben. Man geht das anschauen, aber es wird von den Leuten nicht als ein Teil von ihrer Stadt empfunden.

Doch sehe ich beim Museumsuferfest auch eine positive Tendenz. Ich war selbst nur ganz kurz mal auf dem Fest, aber ich habe mir sagen lassen, daß sich das Publikum auch gewandelt hat. Ich denke, man muß hier vorsichtig sein, daß die Museen oder diese Kultur nicht für ein spezifisches Publikum da sind, daß sich da eine Künstlerszene etabliert, die sich selbst mit ihrer Kultur befriedigt, sondern daß man versucht, eben auch diese Verbindung zu den ganz normalen Leuten, Familien, Bürgern usw. zu schaffen. Dieses Museumsuferfest, das von der Ausrichtung teilweise auf eine gewisse Schickeria zugeschnitten war, hat sich aber verändert. Es ist jetzt positiver als vorher.

Eine neue Generation von Kunstschaffenden

Ammann: Eine ganz neue Generation wächst heran, die sich überall, wo sie sich die Ideen holen kann, sich diese holt. Im Mittelalter holten sich die Leute im Kolosseum in Rom die Steine, um ihre Häuser zu bauen. Das Museum, wie wir das hier machen, ist wie ein Steinbruch, wo jeder sich die Steine holen kann, sprich Ideen.

AKI: Ist das vielleicht das Wesentliche, also die Message des Museums?

Ammann: Viele Bildideen stammen nicht mehr von Künstlern, sondern von den Werbeleuten. Die Engländer sind da am stärksten, M-TV etc. Da gibt es Think-Tanks an Bildideen. Dagegen denke ich, was Künstler tun können, ist ein schöpferisches Denken auf der bildnerischen Ebene entwickeln. Eine Bildidee ist ja noch nicht ein schöpferisches Denken. Eine Bildidee ist etwas, das sich verbraucht und abgelöst wird.

Das schöpferische Denken ist eigentlich so angelegt, daß es sich nicht verbraucht, sondern daß es einen Weg zeigt, wie man Gegenwart denken kann. Also mir ist es unheimlich wichtig, wie man Gegenwart denken kann. Deshalb, weil der stärkste Teil der Gegenwart nicht mehr sichtbar ist. Der ist ganz in die Welt der Mikroprozessoren abgetaucht.

Ich denke, wir befinden uns an einer unglaublichen Umwandlung. Der stärkste Teil dieser Umwandlung ist nicht mehr sichtbar. Nur noch sporadisch und manchmal sehr unangenehm spürbar. Von Francis Fukajama habe ich "The end of history?", "Das Ende der Geschichte?", gelesen, diesen Artikel, der damals einen Sturm im Wasserglas in Amerika bewirkt hatte. Er ist, glaube ich, nie übersetzt worden.

Er sagt eigentlich etwas sehr Interessantes. Er sagt ja nicht, daß die Geschichte zu Ende ist, sondern daß die Gegenwart so offen ist, daß sie die Geschichte einholt. Und umgekehrt dehnt sich die Gegenwart in die Zukunft aus. Die Zukunft definiert sehr unbestimmt unsere Gegenwart, so daß man das Gefühl hat, es bewegt sich nichts. Es gab auch die Zeit, wo soviel Energie drin war, spürbare En ergien, sichtbare Energien, daß man jeden Morgen den Tritt in den Hintern von der Zeit bekam, in der man lebte. Und heute muß sich jeder selbst den Tritt in den Hintern geben, um überhaupt aufzustehen. Sie haben ein Kind, das treibt sie aus dem Bett. Aber eigentlich ist es leichter, nichts zu tun, als etwas zu tun.

AKI: Das ist richtig.

Ammann: Dieses Jahrhundert war durch die Avantgarden geprägt. Und die Avantgarden waren nicht zu trennen von der Idee und der Ideologie des Fortschritts. Und damit verbunden waren auch die innovativen Sprachen. Die letzte Avantgarde war 1968. Da brauchte es eine ganze Generation, um zu realisieren, daß das nun vorbei ist.

Der zweite Bericht des Club of Romes, ich glaube das war 1973, hat sowieso den Laden dichtgemacht. Dann kam noch die erste sogenannte Ölkrise. Alle waren gewohnt, sich immer auf diese innovativen Sprachen einzustellen. Und plötzlich kriegte jeder den Auftrag, du mußt die Sprache selbst finden. Deshalb passiert etwas sehr merkwürdiges, daß eigentlich viele Künstler sich auf bilderische Sprachzitate berufen und die zueinanderfügen und beim Ineinander- und Aneinanderfügen herauszufiltern versuchen, was denn an Bedeutung, Sinn usw. entsteht.

AKI: Ich habe bemerkt, daß dieses Darstellen von etwas Bestimmten, was politisch oder gesellschaftlich sichtbar ist, für mich gefühlsmäßig, wenn ich mir diese Sachen anschaue, übergangen ist in eine eher philosophische Denkweise, eben dieses Aneinanderfügen so wie das die Sprachphilosophie auch versucht.

Neue Aufgaben für die Kunst

Ammann: Es ist eine unglaublich schwierige Zeit. Für die einen eigentlich eine angenehme Zeit, weil man ja nicht unbedingt denken muß. Dann wird gedacht in dem Strom einer sehr gemächlich fließenden Zeit. Und schwierig für die anderen, die die Hauptströme zu packen versuchen, denen das immer wieder entgleitet.

AKI: Aber ist das nicht gerade das Spannende, daß es nicht nur diese festgefügten Formen gibt, an denen man sich festhalten kann. Wenn da keine Vorschriften mehr sind, wenn es in dem Sinn auch keine Mode mehr gibt, weil die ganz verschiedenartigsten Moden nebeneinander existieren, trägt es ja auch bei zur Selbstfindung, zur eigenen Identität. Das gleiche gibt es auch in der Kultur. Es gibt zwei Reaktionsmöglichkeiten, entweder man verhält sich passiv oder man versucht wirklich seine eigene Identität zu finden und seine eigene Persönlichkeit auszudrücken.

Ammann: Also ich sage das ja auch nicht als Kritik oder resignativ oder pessimistisch, im Gegenteil. Ich sage, es ist eine gewaltige Herausforderung.

AKI: Eine Chance, ja.

Ammann: Eine gewaltige. Es gibt natürlich zynische Haltungen, sehr zynische Haltungen, resignative Haltungen. Es gibt die rückwärtsgewandte Haltung, die Veteranen, wo ich jetzt auch schon bald reinkomme. Da sagt man mir, du denkst immer an die 68er Zeit zurück, jetzt ist das Leben anders.

Es gilt die Sprache zu finden, um das in Begriffe fassen zu können. Wenn ich die Begriffe nicht habe, kann ich es nicht fassen, kann ich es nicht denken. Das ist ja das verrückte. Alles, was ich empfinde, muß ich irgendwie mal auch denken. Man muß die sinnliche Wahrnehmung denken können. Und das ist etwas anderes als die Theorie, die dann wieder Konzeptionen macht, die sich verselbständigen. Dage-

Photo: Theo Heimann/GAFF



gen der sinnlichen Wahrnehmung eine Form zu geben, das ist etwas, zu dem der Künstler verpflichtet ist. Das ist sein Auftrag.

AKI: Da hat die moderne Kunst wohl eine wichtige Funktion, um das voranzutreiben. Das wäre ein Punkt, um nochmal zurück auf das Museum zu kommen. Was kann das Ihrer Ansicht nach auslösen, was soll's auslösen? Ist es nur auch ein reiner Selbstzweck? Kann man sagen, die Bilder sollen den Leuten gefallen oder was geht darüber hinaus an Prozessen ab? Was ist Moderne Kunst? Was soll sie für Sie persönlich?



Was ist, was soll Moderne Kunst?

Ammann: Ich bin, ohne das jetzt auf mein Veteranentum zu reduzieren, trotz allem immer noch einer aufklärerischen Tradition verpflichtet, nicht einer hedonistischen, sondern einer aufklärerischen Tradition. Die Künstler sind ja auch alle Menschen. Wir sind ja alle ähnlich und verschieden, und wir denken ähnlich und verschieden inklusive Künstler. Die Künstler haben für mich den Auftrag, darüber nachzudenken, über was wir nicht die Zeit haben nachzudenken. Deshalb sind die Künstler eigentlich immer die gesunden Menschen. Die müssen nicht zum Psychoanalytiker. Wir müssen ab und zu zum Psychoanalytiker.

Und da wir alle ähnlich und verschieden sind, und die Gefühle ähnlich und verschieden sind, aber jeder wiederum nur einmal existiert, gehört es zum Auftrag des Künstlers, herauszufinden, was unsere Bilder sind, wie wir mit diesen Bildern umgehen, und was sie uns bedeuten. Natürlich kann man sagen, mit dem Künstler kann ich gar nichts anfangen, und mit dem auch nichts, aber vielleicht kann ich mit dem was anfangen.

AKI: Das ist dann das verschiedene.

Ammann: Ja. Und dann kommt das Geschmackskriterium dazu. Aber das steht nicht im primären Vordergrund. Eigentlich ist es dem Kunstwerk gleich. Wenn ich jetzt das Kunstwerk bin, ist es mir gleich, ob Sie es schön oder nicht schön oder farbig oder grau finden. Das ist Dein Problem, sage ich als Kunstwerk, mach' was du willst. Dreh mir den Rücken zu, hau ab. Vielleicht kommst du ja doch wieder, weil es dich beschäftigt.

AKI: Oder man in zehn Jahren eine andere Sicht hat.

Ammann: Das Geschmackskriterium hat nichts mit Kunst zu tun, gefällt's mir oder gefällt's mir nicht. Obwohl ich weiß, daß es eine große Rolle spielt. Denn der Geschmack ist das, was mich anzieht oder abstößt. Dann muß ich aber versuchen, diese erste Geschmacksbarriere zu überwinden und fragen, was ist denn eigentlich dahinter, oder was hat es an sich mit diesem bildnerischen Denken.

Im Museum habe ich keine Briefmarkensammlung. Ich habe Werkgruppen, also mehrere Werke von einem Künstler, damit man auch sieht, wie dieses bildnerische Denken zirkuliert, sich bewegt.

AKI: Das kommt sehr gut rüber. Ich hab gestern abend mit einer Freundin gesprochen, die auch im Museum war. Sie hat gesagt, das würde man merken. Was sie am meisten fasziniert hat, war, daß sie seit langem das erste Mal wieder in einem Museum eine Kontinuität wahrgenommen hat, ein Gesamtgedanke, ein Gesamtgefühl zwischen den verschiedenen Werken. Am meisten erinnere ich mich, ich kann mir die Namen von den Künstlern nie merken, an den einen Raum, wo die Bilder von den Häuserfronten sind. Da kommt ein wunderschönes Gesamtgefühl. Ich denke, jedes einzelne Bild ist auch schön. Da kann ich auch sagen, das finde ich schön, das finde ich weniger schön. Aber erst dieses Gesamtwerk wirkt für mich wie ein Gedanke, der dahinter steht, eine Intention, also etwas Darstellendes. In diesem Raum habe ich es am meisten empfunden.

Ammann: Natürlich haben Bernd und Hilla Becher eine Entscheidung getroffen, die ich unglaublich schätze. Sie haben nicht spektakuläre Fotos genommen, wie die Wassertürme oder die Fördertürme oder die ganzen Eisenhüttenwerke, die sie alle fotographiert haben, sondern sie haben die langweiligen, deutschen Fassaden genommen.

AKI: Das passt auch so richtig.

Ammann: Wenn ich von da auf die Berliner Straße hinausblicke...

AKI: Da ist die Konfrontation mit dem Alltag. Das ist so ein Raum, wo ich das Gefühl habe, man kann wirklich seinen eigenen Alltag einbinden, indem man wieder mit Kunst rausgeht. Es ist die Frage, wie nehme ich denn das auf, was ich jeden Tag bildnerisch sehe. Ich will ja nicht nur bildnerisch sehen, wenn ich jetzt in die Museen gehe, sondern auch versuchen, da eine Sichtweise rauszunehmen; die ich in meiner Umwelt wieder einsetzen kann, daß man das tatächlich alles so sehen kann. Das als Gesamtkomplex auszudrücken, ist wirklich ganz toll gemacht.

Ammann: Einer der schwierigsten Räume ist dieser Raum des Japaners On Kawara, der mit dem Datum. Eigentlich hätte ich es gerne, daß dieser Raum genau so wahrgenommen wird, wie Sie es jetzt erzählt haben.

AKI: Also ich habe mir, das muß ich ehrlich sagen, rein bewußt vorgenommen, diesen Raum so wahrzunehmen. Dieser Raum ist so gemeint. Den mußt du so wahrnehmen. Es ist sehr schwierig in diesem Raum, dieses Gefühl zu bekommen. Er ist auch so weit so groß.

Ammann: Ich mußte das alles in meinem Kopf konstruieren. Es mußte alles sehr schnell installiert werden. Die Stadt hatte uns versprochen, ihr habt sechs Monate Zeit, um das aufzubauen. Am Schluß waren es zwei Monate. Und dann mußten wir es immer wieder abbauen, weil die Böden nicht fertig waren.

Und es war überhaupt keine Zeit, das mit den Räumen einmal richtig zu überdenken, ich hatte ja gar keine Erfahrung. Es war ein gewaltiges Risiko.

Eine gewagte Museumsarchitektur

AKI: Es sind ja auch ganz eigene Räume, mit diesen ganzen Ecken und Winkeln.

Ammann: Gefährliche Räume. Ich sage immer, die Bewährung dieses Museums passiert in drei Jahren. In drei Jahren wird sich zeigen, ob wir es schaffen oder nicht. Jetzt läuft es sehr gut. Jetzt haben wir viele Besucher, aber in zwei bis drei Jahren wird sich zeigen, ob es gelingt, diesen Räumen, auch mit neuen Werkgruppen, etwas entgegen zu halten, oder ob die Leute immer das Gefühl haben, sie sehen das Gleiche; weil die Architektur so dominant ist. Das habe ich schon jetzt im Nacken drin.

AKI: Ja, die Räume mit ihren Ecken haben keine bestimmte Klarheit. Die Winkel sind immer andere. Auch die Lichtverhältnisse sind dadurch sehr eigen. Das Museum ist Ausdruck eines momentanen Stil. Und wenn der Architektur-Stil in drei, fünf oder zehn Jahren nicht mehr so interessant ist.

Ammann: Es gehört jetzt zu der Herausforderung, daß man das einfach schaffen muß. Aber schon zehn Tage nach der Eröffnung habe ich mir Gedanken darum gemacht. Es ist mir schon durch den Kopf gegangen. Man darf sich aber auch nicht verrückt machen lassen. Das muß sich erst einmal setzen. Aber trotzdem es beschäftigt mich sehr. Eine heikle Geschichte.

AKI: Es liegt in dem Trend, daß die Leute etwas Neues sehen wollen. Es gibt sehr viel Neues, Spannendes und Interessantes an Räumlichkeitsgefühl, an Darstellung, an Art und Weisen, wie man sich fühlt. Vielen, mit denen ich geredet habe, die im Museum waren, sagen, man muß mehrmals reingehen. Ich selbst habe gemerkt, bevor ich hier nicht mehrmals war, habe ich wahrscheinlich keinen Eindruck von dem Ganzen. Denn es fällt mir immer wieder etwas anderes auf, was mich dann so beschäftigt, daß ich auf die anderen Sachen gar nicht mehr meine Aufmerksamkeit lenken kann.

Computerkunst?

Ammann: Es gibt Räume wie der von Bill Viola mit den Videoprojektionen. Man muß sich entschließen, einmal nur diesen Raum zu betrachten und wenigstens einmal eine halbe Stunde drin sein. Denn der Mann hat etwas geschafft. Ich meine, das Denken der sinnlichen Wahrnehmung kommt durch Bilder in Bewegung.

Und es ist schon interessant, wann das Video erstmals für die Künstler aufkam. Das war etwa Ende der 60er Jahre. Also hat es zwei Generationen gebraucht, bis jemand das wirklich so souverän beherrscht. Kürzlich hat mich jemand gefragt, gibt es in ihrer Vorstellung etwas, was am Ende dieses Jahrhunderts mit der Situation des vergangenen Jahrhunderts vergleichbar wäre, wie z.B. die progressiven und die akademischen Strömungen. Da habe ich gedacht, ja, es fällt mir etwas ein, aber ich hoffe, daß das nicht wahr ist, und zwar ist dies das computergenerierte Bild. Das ist jetzt noch auf einem absoluten Schulniveau. Es könnte sein, daß schon eine nächste Generation das computergenerierte Bild so beherrscht, daß es eine normal bildnerische Tätigkeit abgelöst hat.

AKI: Da braucht man nur in die Schulen zu gehen, da sieht man das auch kommen.

Ammann: In der Musik gibt es etwas vergleichbares. In den frühen siebziger Jahren habe ich Brian Eno kennengelernt. Damals war er noch bei Roxy Music. Das ist ein wunderbarer Typ. Er kommt manchmal nach Frankfurt und arbeitet hier. Ich habe mit ihm darüber gesprochen und er sagte, weißt du, was dich da beschäftigt, ist eigentlich längst eingetroffen. Ich meine, es gibt heute Musiker, die spielen kein Instrument mehr. Die können keine Noten lesen.

AKI: Die können Computer bedienen.

Ammann: Aber das ist alles Sampling. Und die machen ganz verrückte Musik, ganz tolle Musik.

AKI: Die haben wieder eine eigene Kunst für sich entwickelt.

Ammann: Trotzdem aber habe ich gesagt, hoffe ich, daß das nicht wahr ist. Das habe ich deshalb gesagt, weil ich immer noch daran denke, daß etwas mit dem Pinsel zu malen ist, oder eine Zeichnung zu machen ist, oder mit den Händen etwas zu tun ist. Ich finde immer noch, wenn die Künstler von computergenerierten Bilder nachher in den Garten gehen müssen, um ihre Hände zu gebrauchen, ist das auch wieder nicht mehr richtig. Aber ich weiß es nicht.

Kunst und Macht

AKI: Was für eine Funktion hat Kunst als Ware bzw. als Herrschaftsinstrument?

Ammann: Eigentlich ist das mir ein verdammt lästiges Problem, weil ich damit immer konfrontiert bin. Eigentlich will ich es gar nicht wissen. Und trotzdem sage ich, die Kunst war immer wahnsinnig teuer. Vom Buch ist nicht die Rede, weil es Zeiten gab, wo die Bücher gemalt wurden, und da konnte man sie überhaupt nicht bezahlen. Dann kam der Gutenberg und hat es etwas billiger gemacht. Die Kunsthalle Basel, wo ich elf Jahre lang war, hat 1913 eine Picasso-Ausstellung gemacht. Da war Picasso etwa dreißig Jahre alt, da kostete ein kubistisches oder frühkubistisches Bild schon 10.000 Gold-Schweizer Franken. Da kann man sehen, wie verdammt teuer sie ist, die Kunst.

In dem Moment, wo alles zur Ware wird, gibt es Nachfrage. Ich habe meiner Nichte einmal eine Swatch-Uhr geschenkt, die ich geschenkt bekommen habe. Diese war aus einer kleinen, numerierten Auflage. Dann habe ich gesehen, daß diese für 5000 Dollar ausgestellt war.

AKI: Ja, weil die numeriert sind. Die gibt's ja nicht mehr.

Ammann: Ich gehe, ich weiche da nicht aus, zum Telefonieren an den Bahnhof und bekomme von der Telekom ein Kärtchen. Da gibt es Auflagen von 7000, 8000 Stück. Ich will telefonieren, aber es war niemand da, da steht plötzlich jemand hinter mir und möchte mir die Karte abkaufen.

Früher wurden die Telefonautomaten aufgebrochen, heute werden die Blechkisten aufgebrochen, weil die Leute die Karten haben wollen. Aber dort, wo Ware ist, und die Nachfrage bestimmt das, da kann man Preise natürlich steuern. In Auktionen werden ja auch Strohmänner eingesetzt, die den Preis hochtreiben.

AKI: Fühlt man sich da nicht manchmal auch als Rädchen in einer Maschinerie, gerade auch in Ihrer Position, in der Sie ja auch eine gewisse Bedeutung haben? Ihr Wort zählt vielleicht mehr als, wenn ich sage, daß etwas gut ist oder daß etwas schlecht ist. Sie haben doch auch eine gewisse Machtposition.

Ammann: Ja, als ich 1980 eine Ausstellung von jungen Italienern gemacht habe, gingen die Preise dann wie der Teufel hoch. Man hat mich eindeutig als einen, wie heißt das, Markttreiber bezeichnet. Nun hatte ich das Ganze aber schon ab 1976 langsam, Stück für Stück, vorbereitet.

Ich denke, wenn man mit jungen Leuten arbeitet, man von dem Prinzip ausgeht sollte, daß ich zu einem Künstler gehe und sage, ich kaufe von dem nicht zwei Arbeiten, sondern gleich sechs oder sieben, weil ich, wenn ich mich für ein Werk entscheide, mich in einer bestimmte Periode auch für den Künstler entscheide.

Kunst kommt von Künstler und nicht von können. Ich sage immer, es ist kein Geheimnis, aber sprich nicht davon. Häng's nicht an die große Glocke, wie ich es auch nicht an die große Glocke hänge. Weil es natürlich diesen Effekt hat. Und gleichzeitig stelle ich wieder fest, man ist tatsächlich nur ein Rädchen. Man ist nur einer von sehr vielen Machtfaktoren. Und das ist auch wieder unglaublich beruhigend.

AKI: Man ist vielleicht auch nur Katalysator von irgendetwas bestimmten. Wenn wirklich der Trend zu einer bestimmten Kunstrichtung nicht da ist, kann man noch so sehr sein Namen in die Waagschale werfen, die Leute interessiert es dann nicht. Es kommen doch wohl sehr viele Faktoren zusammen.

Ammann: Ja, so ist das. Ich bin überzeugt, daß es diesen Machtfaktor, wie sie es jetzt formuliert haben, gibt. Aber letzten Endes ist das Leben so hart, daß sich Macht nicht erhalten läßt. Wenn jemand glaubt, er kann da manipulieren, dann kann er das vielleicht eine kurze Zeitspanne machen, aber der sackt auf jeden Fall weg.

Die Perversion von Kunst: Kunstmessen

AKI: Also mir kam der Gedanke bei der Kunstmesse, die ja jetzt vor kurzem in Frankfurt stattfand. Ich bin doch mal wieder hingegangen und ich habe es nach einer Stunde nicht mehr ausgehalten. Ich bin wieder rausgegangen. Es hat mir wieder allen Begriff, den ich von Kunst hatte, und allen Spaß gründlich verdorben.

Ammann: Ich gehe zur Kunstmesse aus Höflichkeit, weil ich die Leute begrüssen muß.

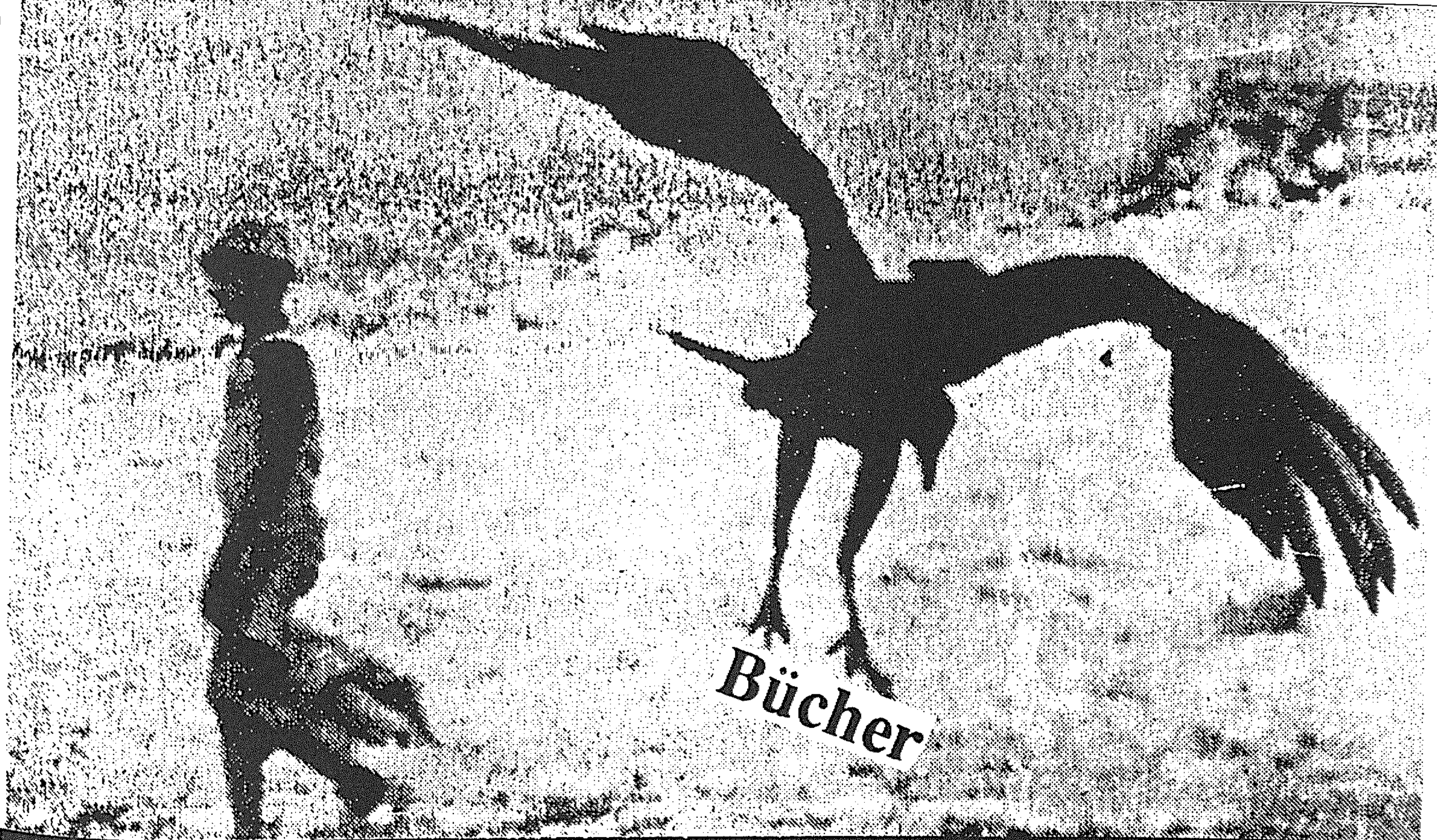
Da gibt's zwar manchmal Highlights, aber diese Highlights, wenn man die Kunstmesse nicht ganz so gewöhnt ist, nimmt man nicht mehr wahr. Ein Kunstmarkt macht mich depressiv.

AKI: Ich habe gedacht, da wird Kunst gemacht. Ich wußte nicht mehr, ist da jetzt Kunst ausgestellt, oder wird von den Leuten, die da standen und darüber geredet haben, Kunst gemacht. Ich habe jeglichen Begriff dafür verloren. Ich habe nichts mehr gesehen. Ich konnte nach dem dritten, vierten Gang nichts mehr wahrnehmen. Es war wirklich nur furchtbar und da habe ich wieder gedacht, was ist Kunst eigentlich.

Ammann: Das ist nicht der richtige Anlaß. Denn da kommt man wirklich nur auf schlechte Gedanken.

Photo: Herby Sachs/Transparent





Sammelbesprechung

Norbert Mattes (Hrsg.): Wir sind die Herren und ihr unsere Schuputzer" – Der Nahe Osten vor und nach dem Golfkrieg, Dagyeli-Verlag 1991

Widerspruch Nr.22, Beiträge zur sozialistischen Politik, Themenheft: „Neo-Kolonialismus", Zürich 1991

Afrika. Der vergessene Kontinent? Hg. v. Werena Rosenke und Thomas Siepelmeyer, Unrast-Verlag/Akafrik, Münster 1991

Kurz vorweg: Alle drei Bücher gehören an sich einzeln besprochen. In ihrer Ausführlichkeit des bearbeiteten Materials und der Vielfalt der Beiträge sind sie zur Vertiefung der politischen, ökonomischen und sozialen Auseinandersetzung mit der „dritten Welt" eine wirkliche Bereicherung. Aus der Flut von Neuerscheinungen, die im Zusammenhang „1992. 500 Jahre Kolonisation" erschienen sind, ragen sie eindeutig heraus. Versammelt sind in jedem Buch AutorInnen, die schon seit langer Zeit im internationalistischen Kontext arbeiten und das nicht nur an Hand von Buchveröffentlichungen. Gerade die Bandbreite der politischen Ansätze, die eindeutige Position zum wachsenden Unmut und zur Unzufriedenheit über die ökonomische wie soziale Katastrophe in der „dritten Welt" täuschen nicht darüber hinweg, daß der Norden den Süden nicht nur weiter in Armut versinken läßt, sondern auch unmißverständlich die neue Weltordnung durchzusetzen gedenkt.

Insofern ist die Propagierung der Hilfe für die ehemalige Sowjetunion reines Alibi um eine ökonomische, militärische und ökologische Politik der Industriestaaten vor dem Hintergrund großer Angst des Zerfalls der ehemaligen SU in nationalistische Unabhängigkeitsbewegungen durchzusetzen. Die ökonomische Einbindung in das System der freien Marktwirtschaft wird dabei nach wie vor als zuverlässigstes Mittel angesehen. Auf dem Fuße folgt allerdings direktes militärisches Eingreifen, legitimiert durch die UNO mit dem Plazet des Weltsicherheitsrates. Die Konfrontation wird eindeutiger. Wer mitmacht in dem bunten Reigen gehört zu den Siegern und erhält eine Menge neuer Waffen, u.a. aus NVA-Beständen.

Gemeinsamer Konsens ist die Beherrschung der ökonomischen Situation um das Selbstbestimmungsrecht der Völker entsprechend auszulegen. Die einen werden unterstützt, die anderen vergessen. Warum darf Eritrea durch die UNO und die USA legitimiert, nach jahrelangem Befreiungskampf ein Referendum zur Unabhängigkeit durchführen (was natürlich positiv ist!), die Kurden aber werden weiterhin im internationalen Ränkespiel abgeschlachtet. Wie werden die Fäden gezogen und wie mischen sich zur Zeit fast täglich Machtinteressen neu? Wie werden kulturelle Identität, lebenswichtige Infrastruktur und Natur zerstört? Wer bekommt westliche Technologie und wem wird der Umgang mit weißer Rationalität und der Logik der Waffen zugetraut? *„Das Potential westlicher Überheblichkeit scheint unerschöpflich"* (zit. aus: Wir sind die Herren und Ihr unsere Schuhputzer).

Das Buch „Wir sind die Herren..." beschäftigt sich mit dem Thema „Naher Osten vor und nach dem Golfkrieg"."

Von der globalen Strategie einer neuen Weltordnung über die ständigen Opfer westlicher und nahöstlicher Politik, die Palästinenser und die Kurden, bis hin zum immer breiter werdenen Feindbild des Islam reicht das Spektrum der Beiträge.

„Die sind anders gewickelt! sagte Gerhard Konzelmann und um dem Fernsehzuschauer sinnfällig zu machen, wie die Gehirnwendungen arabischer Menschen gelagert sind, bewegte er den Zeigefinger in Höhe der Schläfen kreisend entgegen dem Uhrzeigersinn." (zit. aus: Heinz Halm: Die Panikmacher).

Eine Fülle vermeintlicher Islamkenner



präsentieren immer wieder aufs neue nach eurozentristischer weißer und christlicher Sichtweise das islamische Denken. Spätestens nach der Revolution im Iran und als jüngstes Beispiel den Wahlen in Algerien mit dem heimlichen Gewinner, der FIS, reißen sie gefährlichen Vorurteilen die orientalischen Pforten auf.. In Büchern und Zeitungsartikeln, Fernsehbeiträgen und Reportagen soll der alte Rassismus des Abendländers gegen den Orient gepflegt werden. Die kurze, aber intensive Auseinandersetzung Heinz Halms mit dem Islam versucht an Hand konkreter Beispiele aus den Medien „Die Eroberung der Welt durch die Moslems" zu hinterfragen. Der „Gotteskrieg", ein alter Mythos, mit dem die Spanier die Reconquista, die Vertreibung der Mauren und Juden rechtfertigten, scheint trotz angeblich rationaler Politikkonzepte, besonders durch die Logik des Feindbildes im Golfkrieg, neue Nahrung zu erhalten.

Ronald Ofteringer (den SF-LeserInnen durch seine zahlreichen Beiträge zur Situation der Kurden bekannt) schreibt über die vielschichtigen internationalen Interessen, deren Spielball die Kurden im Golfkrieg bis heute sind. Die jüngsten blutigen Übergriffe der Türkei in Kurdistan während des Newroz-Festes bestätigen die These Ofteringers einer besonders systematischen Grausamkeit gegenüber dem kurdischen Volk. Der Versuch die Kurden mit Assimilierung, Zwang und Verfolgung in den Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien zu dem jeweiligen Staatsvolk zu zwingen ist allen gemeinsam.

Aus der Sicht der Araber versucht Abdarrahmen Munif die Geschichte und Gegenwart bisheriger Herrschaftsformen, bis hin zur Haltung der arabischen Intellektuellen während des Golfkriegs zu problematisieren. Die einleitenden Worte des Herausgebers Norbert Mattes liefern mit mit einem aus der französischen Zeitung „Jeune Afrique" abgedruckten Zitat *„Die Kosten des Golfkriegs entsprechen dem Bruttosozialprodukt von 40 afrikanischen Ländern"* das Stichwort zur Überleitung auf das Buch „Afrika. Der vergessene Kontinent."

Afrika ist der Kontinent, der nach jahrelanger sogenannter „Entwicklungshilfe", Bürgerkriegen, Hungerkatastrophen und korrupten Regierungen vom Weltmarkt zwangsabgekoppelt wird. Die Schulden Afrikas und ihre Tilgung sind derartig ins Unermeßliche gestiegen, daß die Schuldenlast der großen Mehrheit der AfrikanerInnen völlig ihre die Lebensgrundlagen zerstört. EG und Weltbank fördern weitere Eingriffe mit immensen sozialen ökologischen und volkswirtschaftlichen Folgen für die Menschen Afrikas. Das Buch beschäftigt sich mit den Auswirkungen dieser Politik der industrialisierten Welt, besonders von Großprojekten im Minen- und Agrarsektor. Mit Augenmerk auf die ökologische Zerstörung und die alltäglich wachsende soziale Krise schreiben AutorInnen aus Afrika, Europa und den USA über die *„Krisengewinnler, multinationalen Konzerne, Entwicklungsagenturen aber auch die Bevölkerung der reichen industrialisierten Welt sowie über die Verlierer, Afrikas Menschen und die Natur."*

Doch auch vom da und dort aufkeimenden Widerstand ist die Rede. Wirklich ernstgenommen bieten diese, aus dem täglichen Überleben entstehenden Alternativen, den einzig möglichen Weg aus den „vorherrschenden Entwicklungsmodellen".

Afrika, der vergessene Kontinent klagt in seiner speziellen Ausrichtung nicht nur Verantwortung gegenüber der Willkür des

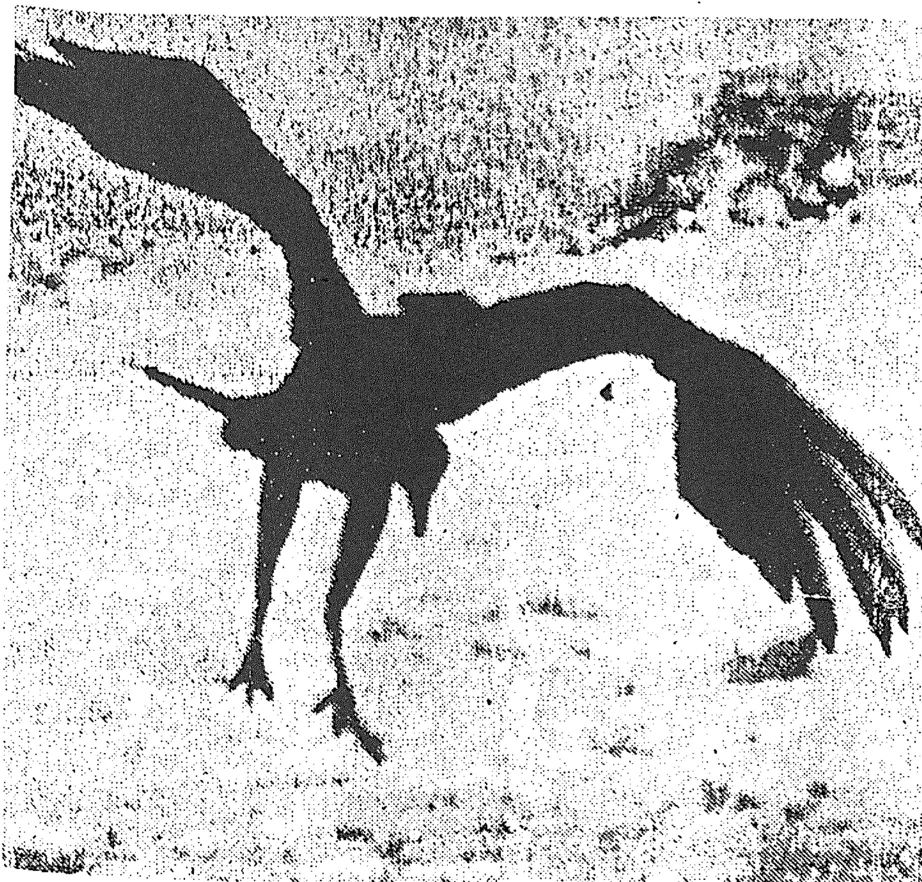


Kolonialismus ein, sondern fordert absolute Selbstbestimmung, kritisiert konsumorientierten Lebensstil und macht sich stark für eine grundlegende Veränderung der Machtverhältnisse.

Was tendenziell in "Der vergessene Kontinent" im ökonomisch sozialen Bereich herausgearbeitet wird, steht im „Widerspruch" Nr.22 zum Thema „Neo-Kolonialismus" mehr im soziokulturellen Zusammenhang.

Da der „Widerspruch" in der Schweiz erscheint, gibt es einige Beiträge, die sich im Einzelnen z.B. mit *„Fluchtgeld – Eldorado Schweiz, und was sonst noch gegen den IWF-Beitritt spricht"* befassen. Gemeint ist die „weltmännische Offenheit" der Schweiz für Fluchtgeld und als Geldwasch-Drehscheibe. Spannend finde ich u.a. den Beitrag Christian Neugebauers „Bilder Afrikas in Europa". Er beschäftigt sich mit dem inneren Kolonialismus, der am Beispiel eines französischen Afrikanisten in einem Satz zusammengefaßt, heißt: *„Er sieht Afrika als das Opfer und möchte auch gleich für das Opfer sprechen."* (S.109) Die offene







„Rekolonialisierung" in den Köpfen verhindert in erheblichem Ausmaß eine Dekolonialisierung. Der Rassismus in Europa läßt nicht nur neue unglaubliche Mythen entstehen, sondern zehrt auch von mythischen Bildern, die sich gegen alles Fremde richten. Gibt es die wilden, heroischen oder grausamen Geschichten nicht, so werden sie erfunden. Diese mythischen Bilder haben nichts mit Realität zu tun, auch wenn besonders die Ethnologie und Völkerpsychologie das glauben machen will. *„Frantz Fanon erkannte als erster den Herrschaftscharakter der Ethnologie bei der Einrichtung der indirekten Herrschaft.": „Die Kolonialisten sind es, die sich zu Verteidigern des Eingeborenenstils aufwerfen..."* (S.101) Der Text Christian P. Scherrers setzt sich mit dem Thema „Selbstbestimmung" im Völkerrecht auseinander. Nach der Instrumentalisierung der UNO im Golfkrieg durch die Interessenspolitik der USA und ihrer Verbündeten steht die Ausarbeitung der UNO-Menschenrechtskommission z.B. zur „Allgemeinen Erklärung der Rechte Indigener Völker" unter einem besonders tendenziösen Vorzeichen. Im Völkerrecht werden die staatenlosen Gesellschaften ausgeklammert und daher fremder Okkupation oder dem Genozid ausgeliefert.

„Von den bestehenden ca. 170 Staaten sind nur wenige mono-national; die meisten Staaten verfügen nicht über eine ethnisch-national homogene Bevölkerung, die sich als ein Volk und eine Nation versteht. Das heißt die meisten Staaten sind keine Nationalstaaten, sondern multiethnische, multinationale Staaten. Weltweit gibt es innerhalb der Territorien der bestehenden 170 Staaten eine Vielfalt von 3000-5000 Nationen" (S.41, Selbstbestimmung für indigene Nationalitäten von Christian P. Scherrer)

Alle drei Bücher argumentieren auf unterschiedliche Weise für einen im wahrsten Sinn des Wortes „nachhaltigen Klimawechsel" gegenüber der „Dritten Welt". Die inhaltliche Fülle der Fakten, die angeboten werden, unterscheiden sich in erheblichem Maße von den alltäglichen short und crime stories, vom Thema Überbevölkerung angefangen bis zum neusten Putsch in der "Dritten Welt" die das Fernsehen oder die Tagespresse zu bieten haben.

von Herby Sachs

Neue Bücher, die dem SF zugesandt wurden

(An alle interessierten Verlage: wir stellen unter dieser Rubrik alle uns zugesandten Publikationen in Kurzfassung vor. Wir bitten darum, uns nur solche Neuveröffentlichungen zuzusenden, die sich (weitgefaßt) mit Anarchismus oder aktuellen politischen Themen beschäftigen.)

★ Anarcho-Bibliographien
Für die SpezialistInnen unter uns, gibt es gleich zwei neue Nachschlagewerke für weitere Forschungen. In der Edition Anares im Trotzdem-Verlag (eine Zusammenarbeit zwischen Bern und Grafenau) erschien eine **Gustav Landauer-Bibliographie** von *Siegbert Wolf* (140 S., 28.-DM). Sie gliedert Archivalien, Schriften, Übersetzungen, gedruckte Briefe, Protokolle, Aufsätze im Sozialist, andere Zeitschriftenaufsätze, Übersetzungen im Sozialist, Anthologien, Erinnerungen und eine ausführliche Sekundärliteratur. Hilfreich ist ein Namensverzeichnis. *(Bezug: Trotzdem-Verlag, PF 1159, D-7043 Grafenau-1 oder Edition Anares, PF, CH-3000 Bern-8).*
Der Alpha-Verlag im holländischen Leiden veröffentlichte *Hubert van den Bergs* weitere (nach derjenigen von Hug/Jungblut) **Mühsam-Bibliographie.** Ihre Berechtigung liegt darin, daß sie ihr Schwergewicht auf die Wirkungsgeschichte legt, d.h. ihre 116 S. (28.-NFL) enthalten ausschließlich Artikel über Mühsam und über Mühsams Werke. Auch wenn dieses Unterfangen nicht vollständig sein konnte, gibt es einen guten Überblick. Besonders die aufgeführten Beiträge im Ausland belegen eine größere Aufmerksamkeit für Mühsam als vielleicht allgemein angenommen. *(Bezug: Verlag Alpha, Postbus 3067, NL-2301 DB Leiden).*
✱ Helmut Rüdiger: Der Sozialismus wird frei sein, 93S., Das schmale Bändchen enthält Aufsätze Helmut Rüdigers, die so der Herausgeber Hans-Jürgen Degen „den libertären Revisionismus der Nachkriegszeit" dokumentieren sollen, den Degen bewußt in Gegensatz zum „neuen Anarchismus" der 68er setzt, der als „hilflose Ideenkonstruktion mit marxistischem Unterbau" diffamiert wird. *(Bezug: OPPO-Verlag, PF 508, 1000 Berlin-10).*
☆ Diskus (Hrsg.) Küss den Boden der Freiheit, 458 S., 29,80DM. Wer etwas über damalige Neue Linke (nicht: den neuen Anarchismus!) erfahren will, bekommt einen Einblick durch Texte, die im ID-Archiv neu herausgegeben worden sind. Besonders erwähnt seien hier: *Die sowjetische Intervention in der CSSR* (Helmut Dahmer, 1968), vielleicht ein Beleg dafür, daß nicht alle Marxisten so betriebsblind für den Stalinismus waren wie dies Degen sogar Anarchisten immer unterstellt. *Die Gastarbeiter und die Reservearmee im Spätkapitalismus* (Johannes Agnoli, 1972), *Diktatur oder Demokratie?* (Paul Mattick, 1973), ein Aufsatz zur Präsidenten"demokratie" der USA, ein früher Beitrag für die Entwicklung der bewußten Nichtwähler. *Buback*

- *einNachruf* (Mescalero, 1977), der legendäre Text, der eine breite Repressionswelle gegen die legale, intellektuelle Linke (den „Sympathisantensumpf") auslöste und vielleicht zusammen mit einem Text wie *„Pfeif auf die Karriere"* (Karl-Heinz Roth, 1976) die Stimmung unmittelbar vor dem Roll-Back durch den Deutschen Herbst besonders gut einfängt. *(Bezug: Edition ID-Archiv, Schliemannstr.23, O-1053 Berlin).*

★ Gesellschaft für bedrohte Völker (Hrsg.): Unsere Zukunft ist eure Zukunft. **Indianer heute.** 268S., 18,80DM. Die heutige Situation der Indianer – weltweit ein Symbol für Unterdrückung und Widerstand – wird in diesem Buch eingefangen. Ob in den USA, in Paraquay oder im sandinistischen Nicaragua. *(Bezug: Luchterhand-Literaturverlag, 2000 Hamburg.)*

✏ 0 Bock inner Wirtschaft oda Hau itt wörcks. Eine Erzählung, sorry eine „Schtorrie" von **U.E.G Schrock.** „Eines Tages, als 0 Bock die Arbeitslohsigkeit mahl wieder voll aufn Kecks geht, fielleicht isses aba gahr nich die Arbeitslohsigkeit, die nerft, is wohl eher die Kohle, die nich da is undt unserem Helt aufn Sack geht. Also, in soner Situatzion finden wir Null Bock, und der fersuchts nun mahl mit ner Bewerbunk..." *(Bezug: Büchergilde Gutenberg, 6000 Frankfurt).*

☆ Nach den Sammelbänden mit Aufsätzen zum **Thema „libertäre Pädagogik"** in den „Werkstattberichten" („Geschichte und Perspektiven anarchistischer Pädagogik" und „Anarchismus und Schule", Trotzdem-Verlag 1985, 1988), in der 4-bändigen Reihe „Anarchismus und Bildung" (Edition Flugschriften, 1987-1990), dem AG-Spak-Reader „Apropos Lernen" (1989), der schon einige Doppelveröffentlichungen enthielt, setzen die (immer gleichen) Autoren ihre Editionspraxis im Frankfurter dipa-Verlag fort. Nach „Bildung ohne Herrschaft" (184S., 32.-DM) ediert Ulrich Klemm nun „Anarchismus und Pädagogik" (251S.). Das wäre an sich nicht das Problem, zeugt zunächst nur von einer gewitzten Herausgeberpraxis und guten Verlagsbeziehungen, doch scheint uns auch inhaltlich wenig Neues hinzuzukommen: Hans-Ulrich Grunder beschäftigt sich erneut mit Paul Robin und Sébastian Faure, (zuerst als zwei Kapitel in: Theorie und Praxis anarchistischer Erziehung, Trotzdem 1986); Bernd A. Laska tut dies mit Max Stirner: *Max Stirner – als pädagogischer Anarchist* (zuletzt in: Anarchismus und Bildung Nr.2 hieß es noch umgedreht: *Max Stirner – ein anarchistischer Pädagoge?*); Heribert Baumann und Ulrich Klemm vermitteln in *„Wider die Staatspädagogik"* (Zuerst in Zeitschrift für Entwicklungspädagogik: Baumann: *Wider die Staatspädagagogik.*) einen Einblick in Ferrers Escuela Moderna; Stefan Blankertz: *Murray Rothbard – Wie ist libertäre Pädagogik möglich?* (vgl. Blankertz in Werkstattbericht Pädagogik Bd.1: *Murray Rothbard: Vom Recht gegen Erziehung*, wo Stefan schon einmal einen Haupttheoretiker der dubiosen amerikanischen Libertarian Party als libertären Pädagogen auszugeben versuchte... Andere Beiträge können als Ergänzungen oder Weiterführungen eines Themas bewertet werden, wirklich hinzugekommen sind aber eigentlich nur die Beiträge, die auch vom Herausgeber vorsichtig unter der Kapitelüberschrift: Nebenwege aufgenommen wurden. Dort finden sich Abhandlungen über Gustav Landauer (ein weiterer Beitrag über Landauers libertäre Pädagogik von Siegbert Wolf befindet sich weiter vorne im Band) und Martin Buber (von Arnold Köpcke-Duttler); über Gandhis Pädagogik (von Christian Bartolf); über Leonard Ragaz' Christlichen Anarchismus (von Wolf-Eckart Failing) und über Leonard Nelson (von Thomas Kegel). Der Rezensent bleibt etwas ratlos angesichts einiger tausend Seiten, für die ihm auch zwei, maximal drei Bände mit je 200 S. genügt hätten. *(Bezug: dipa-Verlag, 6000 Frankfurt)*

0☆ Ein Sonderband der Zeitschrift **Die Brücke „Islam im Abendland"** beschäftigt sich mit der Frage *„Bilden die 30 Millionen Muslime in Westeuropa den Brückenkopf eines Islams, der heute vom Süden her die Industrienationen bedroht?"* und an die Stelle der kommunistischen Bedrohung von Osten tritt? Zu Wort kommen AutorInnen, die aus unterschiedlicher Perspektive Aspekte islamischer Einwanderung beleuchten. 160 S., 14.-DM. *(Bezug: Die Brücke, Riottestr.16, 6600 Saarbrücken).*

★ Partisanen & soziale Bewegungen im 20. Jahrhundert sind die auffälligsten Titel im neusten **AurorA-BücherInfo** – Frühling 1992. Eine Zusammenstellung von 160 Titeln, die bestellt (und gelsen) werden können. Mit den Rubriken Anarchie, Frauen, Philosophie, Krimis. Das Info gibt es immer noch umsonst. Es kann beim AurorA Buchversand angefordert oder in der Buchhandlung oh★21 abgeholt werden.: *AurorA Buchversand, Knobelsdorffstr.18, 1000 Berlin-19, Tel. 030-3227117 oder buchhandlung oh★21, Oranienstr.21, 1000 Berlin-36, Tel. o30-6152226.*

Zeitschriften

DINGE DER ZEIT Nr.55

*Bezug: Trotzdem-Verlag, PF 1159, 7043 Grafenau-1; Einzelexemplare solange der Vorrat reicht gratis (0.80DM Porto wäre schön), Buchhandlungen 4.-DM (abzgl. 30% Rabatt. **Dinge Der Zeit** wurde von antifaschistischen deutschen Emigranten um Joseph Weber begründet und erscheint seit 1947 meist ein- oder zweimal jährlich.. Ab Nr.55 im Trotzdem Verlag.*

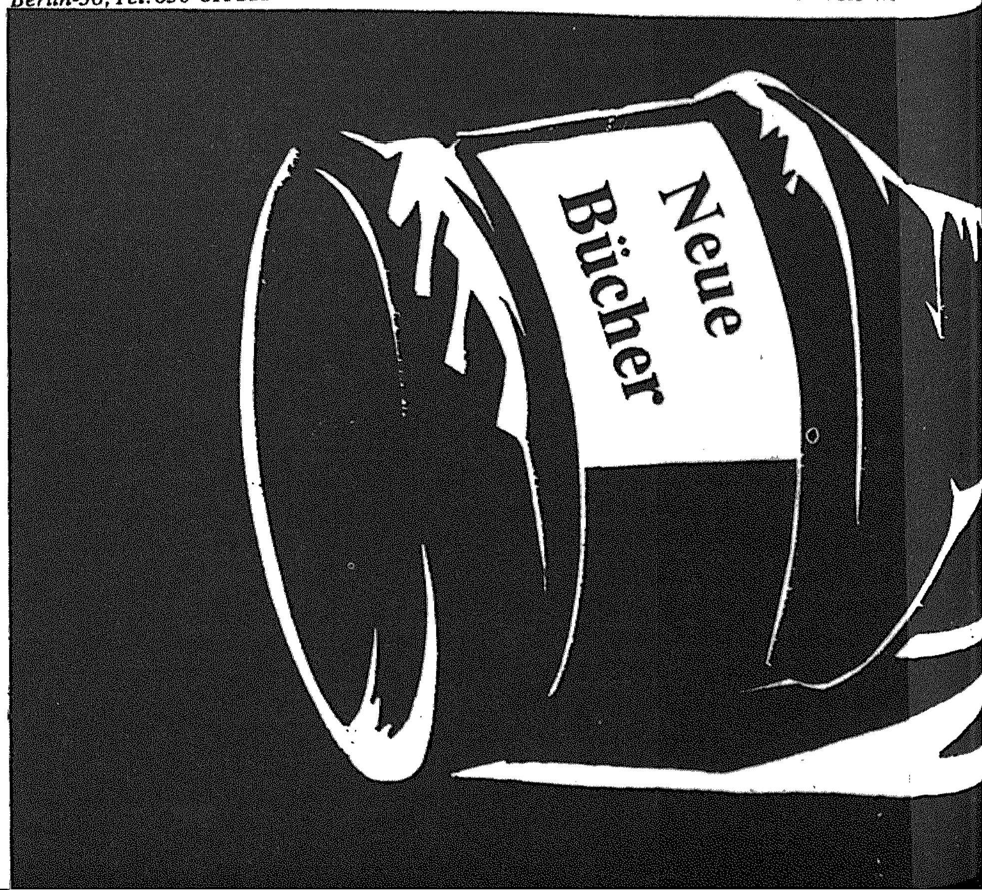
Die neuste Ausgabe enthält die Schwerpunkt-Themen "Osteuropa" und "Golfkrieg" sowie einen längeren Aufsatz zur "Theologie der Befreiung." Zwei kürzere Auszüge aus Artikeln aus dem Schwerpunkt-Teil zum "Golfkrieg" sollen diese Zeitschrift einem neuen LeserInnenkreis vorstellen:

I.Von unten gesehen
von Noam Chomsky

In den internationalen Beziehungen haben sich bedeutende Veränderungen ergeben, aber nicht wenig bezeichnend ist, was erhalten geblieben ist, besonders in den Nord-Süd-Beziehungen....

Zusammengefaßt, die Hauptsorge bleibt die Kontrolle des Südens und Unterstützung der High-Tech-Heimindustrie, wobei der ideologische Rahmen auf neue Probleme auszurichten ist....

Gewaltanwendung ist aber das letzte Mittel zur Kontrolle der Dritten Welt. Wirtschaftliche Waffen sind weit wirk-



samer. Einige Neuerungen wurden in den GATT-Verhandlungen gezeigt, die zur Zeit abgebrochen sind, aber wahrscheinlich in der einen oder anderen Form wiederbelebt werden dürften. Westmächte fordern Liberalisierung, wenn das in ihrem Interesse liegt, oder verstärkte Regulierung, wenn ihr Interesse das verlangt. Eine wichtige Forderung der USA sind die *„neuen Themen"*: Sicherung der *„intellektuellen Eigentumsrechte"* (Patente, Software usw.), die den multinationalen Körperschaften, die Monopolisierung der neuen Technik gestatten würden; und Beseitigung der Beschränkungen von Dienstleistungen und Kapitalanlagen, die nationale Entwicklungsprogramme in der Dritten Welt untergraben und Entscheidungen über Kapitalanlagen praktisch den multinationalen Körperschaften und den Finanzgesellschaften des Nordens in die Hände geben. Dies sind nach William Brock, dem Leiter des Bundes amerikanischer Großunternehmen für multilaterale Handelsabkommen, *„Angelegenheiten von größerer Wichtigkeit"* als der politisch mehr im Vordergrund stehende Streit über landwirtschaftliche Subsidien. Im Allgemeinen befürworten die reichen Industrienationen eine Mischung von Handelsfreiheit und Schutzmaßnahmen (wie das Multifiber-Abkommen und seine Fortsetzungen, das US-Abkommen über Halbleiter, freiwillige Exportbeschränkungen usw.); im Dienste der heimischen Großunternehmen und insbesondere der multinationalen Körperschaften, die die Weltwirtschaft beherrschen werden. Vorschläge aus der Dritten Welt wurden ignoriert.

Die Folge wäre Beschränkung der Drittwelt-Regierungen auf eine Polizistenrolle mit der Aufgabe, Kontrolle über ihre eigene Arbeiterschaft und überschüssige Bevölkerung auszuüben, während die multinationalen Körperschaften freien Zugang zu ihren Rohstoffquellen haben und über Technik und weltweite Kapitalanlagen bestimmen – und, natürlich, Planungs- und Leitungsfunktion zugebilligt bekommen, die den Regierungen vorenthalten bleiben, weil sie ja unter Druck ihrer Bevölkerungen geraten und einheimische Bedürfnisse erfüllen könnten – Ultra-Nationalismus!

Mittlerweile bilden die USA einen regionalen Block, der es ihnen ermöglichen wird, erfolgreicher gegen die von Japan geführten Gebiete und gegen die EG zu konkurrieren. Die Rolle Kanadas besteht in der Lieferung von Rohmaterial sowie Dienstleistungen und gelernten Arbeitern, da es ja in hohem Grade in die US-Wirtschaft eingeschlossen ist, nur mit Verringerung der Wohlfahrtsleistungen, Arbeiterrechte und kultureller Unabhängigkeit. Der kanadische Gewerkschaftskongreß berichtet, daß in den ersten zwei Jahren des Freihandelsabkommens mehr als 225.000 Arbeitsplätze verloren gingen, zugleich mit Übernahme zahlreicher in Kanada gelegener Gesellschaften. Mexico, Mittelamerika und die Karibik sollen billige Arbeitskräfte liefern für Montage und für die Maquiladora-Industrie im nördlichen Mexico, wo abscheuliche Arbeits- und Lohnverhältnisse sowie das Fehlen jeglichen Umweltschutzes Kapitalanlegern höchst profitable Aussichten bieten. Diese Gebiete sollen auch landwirtschaftliche Exportwaren und Märkte für das US-"agribusiness" liefern. Mexico und Venezuela sollen ferner Öl beisteuern, wobei US-Konzernen das Recht zur Teilnahme an der Produktion zugebilligt werden soll; dadurch würden alle Bestrebungen dieser Länder zur Eigenkontrolle über ihre natürlichen Hilfsquellen vereitelt....

II. Wachsoldat im Internierungslager Gaza-Strand
von Ari Shavit

Ein israelischer Journalist beschreibt seine Gefühle bei der Ableistung seines alljährlichen Militärdienstes für 1991 als Bewacher eines Internierungslagers. ...

Das ist das Internierungslager Gaza-Strand. Es ist eines der sieben im Anfangsstadium der Intifada-Bewegung eilfertig errichteten Lager. Aber diese provisorisch gedachten Lager sind nach und nach zum gewohnten Bestandteil des Lebens am Westufer und im Gaza-Strei-

fen geworden.

Ich bin hier für die Zeit meines jährlichen Reservedienstes, den jeder Israeli zu leisten hat. ...

Das Internierungslager Gaza-Beach hat verschiedene Abteilungen: die Verhör-Abteilung von Shin Bet (dem allgemeinen Sicherheitsdienst); eine kleine Verhör-Abteilung der Polizei; und vier Umzäunungen. In jeder von diesen sind etwa zwölf alte braune Armeezelte. Jedes Zelt enthält zwanzig bis dreissig Gefangene, was als eine annehmbare Zahl gilt. Am Höhepunkt der Intifada wurden fünfzig oder sechzig Mann in ein Zelt gedrängt....

... Darum fragt man sich, was hier in fünf Meter Entfernung geschieht? Benutzt man die „Bananen-Bindung"? Oder gewöhnliche Schläge?

Ich weiß es nicht. Aber ich weiß, daß ich von diesem Augenblick an keine Ruhe haben werde. Denn nur fünfzig Meter von dem Bett, auf dem man zu schlafen versucht, achtzig Meter vom Speisesaal, wo man zu essen versucht, schreien Menschen. Und sie schreien, weil andere Menschen, in Uniformen wie die meine, ihnen etwas antun, was die Schreie hervorruft.

Man sagt sich, man müsse nicht zu gefühlvoll sein, dürfte sich nicht hinreißen lassen, übereilte Schlüsse zu ziehen. Hat nicht jede Nation ihren Bodensatz, ihre Spezialdienste, ihre „Sicherheits"-Probleme? Schließlich war es eben mein Pech, daß man mich an einen Ort schickte, wo man genau merkt, wie sich so etwas anhört.

Man weiß aber, daß darin auch kein Funken Wahrheit steckt. Denn in der Verhör-Abteilung befragt man nicht gefährliche Spione oder Verräter oder Guerillakrieger, die im Begriff stehen, das Armee-Oberkommando in die Luft zu sprengen. (Von 25 jungen Menschen, die während meiner Dienstzeit verhört wurden, war nur einer des Mordes angeklagt – an einem Kollaborateur.)

In den Gefangenenlagern in den besetzten Gebieten nämlich werden nicht nur ein oder zwei Dutzend Geheimagenten in jedem Jahr verhört; tausende und Abertausende politischer Gefangener werden von Shin Bet befragt. In allen Internierungslagern zusammen werden an jedem Tag etwa 14.000 Personen festgehalten: fast 1% der Bevölkerung der besetzten Gebiete.

Was hier um mich herum vor sich geht, ist nicht irgend eine Art notwendiger, genau begrenzter Gegenspionage. Was hier geschieht ist, daß der Bevölkerungsteil unserer Reservisten – Bankbeamte, Versicherungsagenten, Elektroingenieure, Techniker, Kleinhändler, Studenten – die Aufgabe durchführt, einen anderen Bevölkerungsteil – Maurer, Stuckarbeiter, Laboratoriumsarbeiter, Journalisten, Geistliche, Studenten – gefangen zu halten. Das gibt es in keinem anderen Teil der Welt, der für anständig gilt. Und ich bin ein Teil davon. Ich mache mit.

Und jetzt, wo die Schreie schwächer werden und in Schluchzen und Jammern übergehen, weiß man, daß von diesem Augenblick an nichts mehr je sein wird wie es war. Denn ein Mensch, der die Schreie eines anderen, gefolterten Menschen gehört hat, ist schon ein anderer Mensch. Ob er etwas dazu tut oder nicht, ein Mensch, der die Schreie eines anderen, gefolterten Menschen gehört hat, unterliegt einer Verpflichtung.

... Und Premierminister Schamir glaubt weiter, daß alles in Ordnung ist, mehr oder weniger. Und unsere Diplomaten in Washington und New York erklären der Öffentlichkeit noch und noch, wir seien die guten Leute und die anderen die bösen. Und Benjamin Netanyahu erinnert Ted Koppel immer wieder, daß Israel die einzige Demokratie im Nahen Osten ist. Und niemand schämt sich genügend, um aufzustehen und sie zum Schweigen zu bringen.

Niemand hat ihnen eine Kassette mit den Schreien mitgebracht. Zehntausend (wenn nicht 15.000 oder 20.000) Israelis haben getreulich ihre Pflicht getan, haben die schweren Eisentore der Isolationszellen geöffnet und dann wieder geschlossen. Sie haben die Menschen von der Verhörzelle in die Klinik, von der Klinik wieder zurück zum Verhör gebracht. Sie haben mit Menschen, die vor Angst schissen, vor Panik pissten, engen Kontakt gehabt. Und nicht einer von ihnen hat vor dem Haus des Ministerpräsidenten einen Hungerstreik angefangen. Ich wüßte nicht auch nur von einem einzigen, der gesagt hätte: *„Das darf nicht sein. Nicht in einem jüdischen Staat."*

Und obwohl es keine Vergleichsbasis gibt – und es gibt wirklich keine – beginne ich jetzt zu verstehen, wie es mit jenen anderen Wachmannschaften zuging, die an anderen Orten Wache standen über andere Menschen, hinter anderen Umzäunungen. Wie diese anderen Wachmannschaften andere Schreie hörten – und doch keinen Ton hörten. Denn in den meisten Fällen wissen die Bösen gar nicht, daß sie böse sind. Sie führen Greueltaten aus und wissen kaum jemals, daß sie Greuel begehen. Sie folgen einfach Befehlen. Oder warten auf Beförderung. Oder tun, was getan werden muß. Was sie wirklich wollen ist, nach Hause zu kommen....



Karl Gültig ist tot

Er verstarb in der Nacht vom 3. auf den 4.April 1992 nach kurzer, heftiger Krankheit. Es gilt Abschied zu nehmen von einem Menschen, der sich wie leider zu wenige seiner Generation lebenslang für ein freiheitliches und humanes Miteinander unter den Menschen einsetzte. Trotz vieler erlittener Enttäuschungen hielt er unbeirrt an seiner Utopie einer herrschaftsfreien und sozial gerechten Gesellschaft fest. Selbst seine unmittelbaren Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus – Diktatur, Niederschlagung der Arbeiterbewegung, Haft und russische Kriegsgefangenschaft – veranlaßten ihn nicht dazu, von der einmal als richtig erkannten Notwendigkeit abzusehen, Kapitalismus und Staat durch eine von menschlichem Miteinander, freier Vereinbarung und gegenseitiger Hilfe geprägten Gemeinschaftsordnung zu ersetzen. Mit Karl Gültig verstarb wiederum ein Angehöriger aus den zunehmend gelichteten Reihen libertärer ArbeiterInnen der 20er und 30er Jahre.

Geboren am 20.11.1906 in Offenbach am Main (Bürgel), geriet Karl Gültig schon als Jugendlicher mit der Arbeiterbewegung in Berührung. Zunächst Mitglied der „Kommunistischen Jugend“ (KJ) innerhalb der KPD, lernte er 1923 Georg Usinger (1900-1990), Mitbegründer der Offenbacher Ortsgruppe der „Freien Arbeiter Union Deutschlands“ (FAUD), kennen. Durch ihn gelangte er in Kontakt mit anarchosyndikalistischen Kreisen und betätigte sich seit Mitte der 20er Jahre vor allem in der anarchosyndikalistischen Jugendorganisation „Syndikalistisch-Anarchistische Jugend Deutschlands“ (SAJD). Daneben engagierte er sich auch in der atheistischen und föderalistischen Gemeinschaft Proletarischer Freidenker. Die praktische Wirkung der Offenbacher libertären Bewegung umfaßte vor allem öffentliche Aufklärung und Bewußtseinsbildung: wöchentliche Gruppenzusammenkünfte, öffentliche Versammlungen, Lesungen, Vorträge (Rudolf Rocker, Emma Goldman, Augustin Souchy, Erich Mühsam, Theodor Plievier), Herausgabe der Zeitschrift „Junge Anarchisten. Organ der Syndikalistisch-Anarchistischen Jugend Deutschlands“, Antimilitarismus, Kampagnen (z.B. zur Verhinderung des Todesurteils gegen Sacco und Vanzetti). Daneben bestanden enge Verbindunegn zu anarchosyndikalistischen Organisationen in Darmstadt (Kontakt: Gustav Doster), Frankfurt am Main (Anni und Georg Hepp), Mannheim (Karl Schild), Ludwigshafen, Münster und Wiesbaden. Dabei schuf sich der gelernte Schreiner und Dachdecker Karl Gültig rasch einen Namen als geschätzter und begabter Debattenredner. So nutzte er jede Gelegenheit zum politischen Disput mit Menschen unterschiedlicher Weltanschauung: Kommunisten, Sozialdemokraten, Geistliche – sogar auf Versammlungen der aufkommenden Nazi-Bewegung zu Anfang der 30er Jahre erhob er seine Stimme.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten bedeuete auch für die anarchosyndikalistische Bewegung im Rhein-Main-Gebiet eine deutliche Zäsur. Organisierte Widerstandsaktionen gegen die NS-Diktatur nach 1933, an denen sich auch Karl Gültig beteiligte, gelangten nicht über Fluchthilfe, illegalen Zeitschriftenvertrieb und einige geheime Zusammenkünfte hinaus. Der im Sommer vor dem Volksgerichtshof in Darmstadt angestrengte Prozeß gegen sieben Angeklagte wegen organisierter Widerstandstätigkeit der verbotenen FAUD in Südwestdeutschland (Anni und Georg Hepp, Karl Schild u.a.) endete mit hohen Zuchthausstrafen. Karl Gültig hatte Glück: Anfang 1935 verhaftet, erlitt er nur wenige Wochen Freiheitsentzug. Weil ihn niemand verriet und ihm daher nichts Konkretes nachgewiesen werden konnte, wurde er schließlich freigesprochen. Nach seiner Rückkehr aus jahrelanger russischer Kriegsgefangenschaft in Karaganda (Kasachstan) Ende 1949 – dort arbeitete er als Berg- und Bauarbeiter und wirkte mit im dortigen, um politische Aufklärung bemühten Antifa-Komitee –, trat er Anfang der 50er Jahre der KPD (später DKP) und der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) bei. Organisatorische Zusammenhänge unter deutschen AnarchistInnen existierten damals kaum. In seinem Herzen blieb Karl Gültig allerdings stets ein Libertärer. Seit den 50er Jahren engagierte er sich in der Ostermarschbewegung. Die weltweite, vor allem studentische Jugendrevolte Mitte der 60er Jahre begleitete er mit hoffnungsfroher Offenheit. Auch an den sogenannten „Neuen Sozialen Bewegungen“ der letzten zwanzig Jahre nahm er lebhaften Anteil. Sein aufgeschlossener Humanismus bewahrte ihn vor Engstirnigkeit und Dogmatismus.

Seitdem ich ihn und seine Frau Elise zusammen mit einigen Freunden Anfang 1988 kennenlernte, regte uns Karl Gültig bei allen Besuchen durch seinen unverbrauchten Optimismus an. Bis zuletzt legte er besonderen Wert auf intensiven Kontakt zur Jugend. Bedauerlicherweise fand die Begegnung mit ihm wie auch mit anderen „großelterlichen“ Libertären viele Jahre zu spät statt. Auch wenn ihm mit zunehmendem Alter bewußt war, daß er selbst wohl nicht mehr die herrschaftslose und freiheitliche Gemeinschaft erleben werde, ermutige er seine GesprächspartnerInnen, in diesem Streben fortzufahren. So bezeugte uns Karl Gültig, gerade aufgrund seiner lebensbiographischen Erfahrungen, daß es darauf ankommt, sich weder von der bestehenden Machtordnung noch von dem subjektiven Gefühl eigener, vermeintlicher Machtlosigkeit entmutigen zu lassen.

Siegbert Wolf

Der Syndikalist

IX. Jahrgang – Nr. 11 **Beilage** **Berlin, den 12. März 1927**

Der Nationalsozialismus.

„70 Jahre Internationale und Klassenkampf ohne einen Erfolg.“ Mit dieser Parole tritt heute in allen Teilen Deutschlands die Nationalsozialistische Arbeiterpartei in öffentlichen Kundgebungen auf und versucht dem arbeitenden Volk klarzumachen, daß trotz Internationale und Klassenkampf, welche von den Marxisten dem Proletariat als Weg zur Befreiung gelehrt wurden, das Los der Arbeiterklasse sich immer unerträglicher gestaltete. An Hand von vielen Beispielen, welche ihnen die Sozialdemokratie in ihren Handlungen bietet, versuchen sie, und zum Teil mit Erfolg, im Proletariat die Möglichkeit einer internationalen Kampfgem[illegible] zu untergraben. Man [illegible] ist für die National[illegible] nicht, alle die Hand[illegible] dieses Privileg eine Notwendig[illegible] kratie zu Begin[illegible] um das Rad der Wirtschaft in Gang in Anführu[illegible] zu bringen. Als den obersten Wächter greift [illegible] über die Rentabilität der Wirtschaft wollen sie den Staat setzen. Nach ihrer Meinung ist der Staat dazu vorhanden, jedem das Seine zu schützen. Damit er diese Funktion ausüben kann, ist er unantastbar, und wer an der Unfehlbarkeit seiner Autorität zweifelt, verfällt seinem Feg[illegible] [illegible] Verbannung usw.

vateigentums bekennen. Die angebliche Bekämpfung der Zinsknechtschaft muß nur eigentlich dazu herhalten, die faschistische Gefahr, welche sie verkörpern, in ein soziales Mäntelchen zu hüllen. Die Faschisten Italiens wandten dieselben jesuitischen Methoden an, um mit dem Blute der Proletarier die eiserne Diktatur aufzurichten.

Im Programm der Nationalsozialisten fehlt es nicht an Liebeserklärungen nach allen Richtungen, damit die Klasse der Besitzenden nich[illegible] Zweifel gerät, betont man in [illegible] der zur [illegible] und Gewissen[illegible] In Punkt 28 wird besonderer Schutz den christlichen Glaubensbekenntnissen, in 20 Unterdrückung und Fernhaltung von Glaubenslehren, die dem deutschen Sittlichkeitsgefühl zuwiderlaufen und deren Inhalt staats- und volkszerstörenden Charakter tragen.

Zieht man nun einen Vergleich zwischen den einzelnen Punkten, so kann man hier wieder ihre jesuitische Methode feststellen. Punkt 27, der die volle Religions- und Gewissensfreiheit betont, ist deshalb in Anführung gebracht, um der geistigen [illegible] ein freund[illegible]

schaft. Die Erscheinungen in Wirtschaft, Trust und Konzern sind ja auch mithin für die Marxisten Vorboten des Sozialismus. Also der Gesellschaftszustand, den die Marxisten erstreben, trägt keine wesentlichen eigenen Merkmale. Die Autorität des Staates soll bleiben. Regierungen gab es schon in allen Zeitaltern, die den Stempel der Ungerechtigkeit tragen, und diese Auchsozialisten können sich die Welt ohne Regierung nicht [illegible] „Rot [illegible] war und ist [illegible] Arbeitersch[illegible] Meinung [illegible] soziali[illegible] [illegible] wahrt“. [illegible] Nationalsozialisten ist [illegible] der Nationalsozialisten werden das [illegible] alle Militärorganisationen [illegible] benutzt, die Autorität zu wahren und jede freiheitliche Bestrebung zu unterdrücken. Diese Erziehungsmethode ist notwendig für einen sozialistischen sowie auch

nationalsozialistischen Staat. Unter dem Banner der Staatsbejahung sind alle die Elemente vereint, welche offene oder versteckte Gegner der Freiheit sind. Der Sozialismus ist die Gesellschaftsform, in welcher man keine Regierung kennt. Dort gilt es nicht mehr zu regieren, sondern die Dinge des Lebens zu verwalten. Diese Auffassung über den Sozialismus, der weder Staat, Militarismus, noch irgend [illegible] eine bürgerliche Gesellschaft [illegible] das Autor[illegible] Knechtschaft) und das Antiautoritäre der Freiheit. Nun, Proletarier, entscheide dich!

Karl Gültig.

Die Ereignisse in China und die freiheitliche Bewegung

Von M. Acharya, Indien.

(Schluß.)

Es ist gleichgültig, welche Gruppe erfolgreich sein wird und zur Macht gelangt. [illegible] chinesische Arbeiterklasse wird in [illegible]

— wenn das Volk nicht vorher erwacht und die Gefahr der Politikanten und des Betruges einsieht und sich vorher dagegen [illegible]

Termine

★ **Anarchismus – Jetzt oder Wie??** Anarchismus-Seminar in **Nürnberg vom 26.6. bis 28.6.92** Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staatssysteme in Osteuropa stellt sich die Frage, ob es überhaupt noch verwirklichbare alternative Weltbilder zum Kapitalismus gibt. Mit einem Seminar über (historische und aktuelle) anarchistische Ansätze soll über realiserbare Möfglichkeiten diskutiert und denkanstöße vermittelt werden, wie sich Menschen anders organisieren und wirtschaften können. Der Schwerpunkt wird die momentane Situation in der BRD sein. Gastreferent ist Horsat Stowasser, ein Mitbegründer von projekt A und Wespe e.V. in Neustadt/Weinstraße. *(Kontakt: Ralf-J. Vogt, c/o Fränkisches Bildungswerk für Friedensarbeit, Kaulbachstr.22, 8500 Nürnberg-10, Tel. 0911-362633)*

★ **Libertäre Tage 1993**. Zu Ostern 1993 sollen nach sechs Jahren Pause wieder Libertäre Tage **in Frankfurt** stattfinden. Getragen wird die Vorbereitung zur Zeit vom Anarchistischen Forum Frankfurt (AFF), in dem sich die anarchistischen Gruppen Heddernheimer Kulturverein, Mittwochsgruppe, AKI, FAU, freies filosofisches Forum Frankfurt (ffFF) sowie Einzelpersonen zusammengeschlossen haben.

Die libertären Tage 1993 sollen keine Wiederholung der Libertären Tage von 1987 werden. Als grundlegendes Thema wollen wir an den Libertären Tagen 1993 über **Wege zu einer anarchistischen Gesellschaft** informieren und diskutieren. Im Mittelpunkt steht weniger die kritik an den bestehenden Verhältnissen. Vielmehr wollen wir praktische Ansätze und sozialrevolutionäre Wege aufzeigen, die Herrschaft abbauen und zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft führen. Es soll zu verschiedenen Themenbereichen Informationsveranstaltungen geben, deren Inhalte anschließend in Arbeitsgruppen diskutiert werden können. Jedes Thema soll unter dem Grundgedanken „Wege zu einer anarchistischen Gesellschaft" behandelt werden. Folgende Themen werden bislang vorbereitet:

- Auswirkungen des europäischen Binnenmarkts
- Arbeit im Sozialbereich
- Veränderung der Wahrnehmung von Arbeit
- Streiks und direkte Aktionen als Mittel sozialer und politischer Veränderung
- Murray Bookchins ökologisches Konzept
- anarchistisch-feministische Staatskritik
- Patriarchatskritik
- anarchistische Matriarchate
- Kolonialismus
- Filosofie
- Bildung und Pädagogik
- Antimilitarismus
- Antisemitismus, Nationalismus, Rassismus

Damit die Libertären Tage überschaubar bleiben, wollen wir das Angebot auf ca. 20 Themen begrenzen. Teilweise ist es möglich, in Absprache mit den vorbereitenden Gruppen, verschiedene Themen mitvorzubereiten.

Während der Libertären Tage wird es eine Buchmesse libertärer Verlage und Initiativen geben....

Im Vorfeld wird eine Informationsmappe erstellt, die auch eine nähere Beschreibung der Themen enthalten wird. Diese Kurzreferate sollten bis zum September 92 ans Dezentral geschickt werden. Wer 5.-DM einbezahlt, wird in einen Verteiler aufgenommen und auf dem laufenden gehalten. (Die wichtigsten Punkte könnt ihr aber auch jeweils im neusten SF nachlesen.) 5.-DM und/oder Spenden für die Vorbereitung an: *T. Schupp, Postgiro Frankfurt, BLZ 600 100 60, Ktonr. 56 09 73 - 607.*

Wir laden alle interessierten Gruppen und Menschen, die innerhalb dieses Konzeptes mitarbeiten wollen, dazu ein, sich bei uns zu melden. *(Kontakt: Libertäre Tage 93, c/o Dezentral, Sandweg 131a, 6000 Frankfurt-1, ☎ 069-4909203)*

☛ Am 13. und 14.6.92 ab 12 Uhr wird es ein erstes, überregionales Vorbereitungstreffen geben. Telefonische oder schriftliche Anmeldung bis 1.6.92!

❤ Überregionales **anarchistisches Plenum** und lokaler Rundbrief für die Gruppen der Region **in und um Stuttgart** gegründet! Ausgehend von der FAU über die verschiedenen Stuttgarter Anarcho/a-Gruppen bis zu Gruppen an der Peripherie (Schwarzer Faden in Grafenau, Pressehütte in Mutlangen, Graswurzelgruppe in Schwäbisch Hall, Anarchokommunisten in Esslingen u.a.) wurden im besetzten Haus in der Schwabstraße die ersten beiden Treffen abgehalten. Geplant sind regelmäßige Treffen alle drei Monate. Inzwischen gibt es zudem vierzehntägig **mittwochs um 20 Uhr** ein lokales Stuttgarter A-Plenum. *Treffpunkt: Jugendhaus Mitte, Hohestr.9, 7000 Stuttgart.*

☆ **Gegenaktionen zum Weltwirtschaftsgipfel in München.** Das nächste bundesweite Vorbereitungstreffen „linksradikaler Gruppen" findet vom 13.-14.6. in Kassel statt.

Bisheriger Stand der Vorbereitungen: **am 4.7.92** wird es zu einer **Großdemonstration** in München kommen. Auftaktkundgebung um 13 Uhr am Marienplatz. Demobeginn event. 15 Uhr oder früher; Abschlußkundgebung: Odeonsplatz.

Vom 3. bis 5.7. wird es einen **Internationalen Gegenkongreß in München** geben, auf dem Menschen aus Basisgruppen und Befreiungsbewegungen sprechen werden. Der Kongreß soll zu 7 verschiedenen Themenbereichen arbeiten. Geplant sind

- 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand/ Demokratie und Menschenrechte
- Migration/Rassismus
- Ökologie
- Osteuropa
- Herrschaftssicherung
- Weltwirtschaft
- Autonomes Frauenforum

Besonders das erste Thema verspricht gut vorbereitet zu sein, für andere werden noch MitarbeiterInnen gesucht (bei der Kontaktadresse melden!):

Beteiligt am ersten Thema sind:

- Noam Chomsky (USA): Analyse der „Neuen Weltordnung"
- Rigoberta Menchu (Guatemala, Indigena-Zusammenschluß): 500 Jahre Unterdrückung und der Befreiungskampf der indigenen Völker Mittel- und Südamerikas
- Frank Dreaver (Kanada, Leonard Peltier (AIM)-Defense Comitee): Über den aktuellen Widerstand der nordamerikanischen Indigenas
- Dhoruba Bin-Wahad (USA, ehemals Black Panther): Selbstorganisierung in den schwarzen Ghettos
- Lew Gurwitz (USA, RA von Leonard Peltier, Mitarbeiter von Freedom Now): Zur Lage der politischen Gefangenen in den USA
- Ana Guadelupe Martinez (FMLN): Demokratisierung am Beispiel der Friedensverhandlungen
- Sephat Ephrem (EPLF, Eritrea): Demokratische Programmatik und Vorstellungen einer Befreiungsbewegung in Afrika nach dem Sieg
- Luis Rosario (Tupamaros, Uruquay): Demokratische Lösungen und soziale Selbstbestimmung von unten

(Weitere Beiträge aus kurdischer, philippinischer Sicht u.a. sind geplant)

Neben dem Gegenkongreß wird es **vom 6. bis 8.7.92 Aktionstage** geben, dabei soll jeder der drei Aktionstage unter einem Motto stehen. Gedacht ist an Themen wie Rassismus - Festung Europa - Patriarchat - 500 Jahre neue alte Weltordnung - Großdeutschland - Unterdrückung und Widerstand.

Abends gibt es jeweils kulturelle Festivalitäten! Für die Information gibt es inzwischen das **Anti-WWG-Info**, es kann bestellt werden: *AWI92, c/o 3.Welt-Haus, Westerbachstr.40, 6000 Frankfurt-Rödelheim; Spenden und Gelder dafür: Ökobank (BLZ 50090100), Kto. AWI92, Ktonr. 215813*

(Kontakt: Anti-WWG-Koordination, Holzstr.2, 8000 München-5, Tel. 089-268123)

Alte SF-Nummern

Um neuen AbonenntInnen oder Interessierten die Gelegenheit zu geben, einen besseren Einblick in unsere bisherige Arbeit zu bekommen, machen wir folgendes Angebot: Für 5 alte Ausgaben nach Wahl schickt ihr uns einen 20.-DM Schein, Überweisung oder Briefmarken. Welche Nummern ihr haben wollt, schreibt ihr dabei. Zur besseren Orientierung hier die Inhaltsangaben der noch lieferbaren Nummern. Einzeln nicht mehr lieferbar 0-15, 17, 18, 23. Auch an die Nostalgienummer mit Artikeln aus den Nummern 0 bis 12 sei an dieser Stelle erinnert. Sie ist für 10.- DM nach wie vor lieferbar.
Nur noch wenige Exemplare gibt es hingegen von 16, 19, 20, 21:
– Nr.16 u.a. Venedig-Kongreß
– Nr.19 u.a. Murray Bookchin: Libertärer Kommunalismus, Ulrich Klan: Frauen in der FAUD,
– Nr. 20 ua. Clara Thalmann-Interview, Gotfried Mergner: Deutscher Kolonialismus

Nr.21: u.v.a. * Interview mit Clara Thalmann (II) * Martha Ackelsberg über Mujeres Libres * Antisemitismus in der Linken

Nr.22: u.v.a. Wolfgang Haug über Tschernobyl und die Asylanten * Wolfgang Pohrt über Linke und Ausländerpolitik * Augustin Souchy über Kollektivierung in Aragon * Rolf Recknagel über unbekannte Marut-Traven-Stories * Ulrich Klemm über Anarchismus und Antipädagogik

Nr.24: u.v.a. Exil/"Asylantenbehandlung" in Berlin * Stefan Schütz über Künstler und patriarchalische Gesellschaft

Nr.25: u.v.a Libertäre Tage in Frankfurt * (Textauszüge * Ralf Reinders über die Bewegung 2. Juni * Klaus Bittermann über Gedenkfeiern der Linken zum 2. Juni * Neue Männer und Arbeit

Nr.26: u.a. Grüne New Age Politik * Alltag - Klasse - Strukturen schaffen * Rosella di Leo über Patriarchatskritik * Ynestra King über Ökofeminismus * Interview mit Murray Bookchin (I) * Geschichte der IWW (I) * Zukunft Osteuropas

Nr.27: u.a. Startbahn-danach * Strobl/Penselin * Amnestiedebatte * Detlef Hartmann über IWF * Geschichte der IWW * Wolfgang Haug über Alltag/Klasse * Interview mit Murray Bookchin (II)

Nr.28: u.a. Panik und Politik (Kedichem-Antifa-Aktion) * Luciano Lanza über Utopie der Ökonomie * Geschichte der Wobblies, Teil II * Holger Jenrich über die Geschichte der Zeitschrift Befreiung * Jörg Auberg über Medienkritik

Nr.29: Anti-IWF-Kampagne * Shell-Boykott * Luciano Lanza über Ökonomie und Herrschaft * Mythos Kibbuzim * Diskussion - Vergewaltigung u.a.

Nr.30: Genkongreß-Bericht * Medien und Europa von Herby Sachs * Knipselkrant - frontline*AKTION- Vergewaltigungssondernummer und Kritik ehemaliger MitarbeiterInnen * Räterepublik 1919 am Beispiel Fürth von Michael Seligmann * Carlo Tresca - italoamerikanischer Anarchist von Jörg Auberg * Gerd Arntz - Nachruf u.a.

Nr.31: EG-Binnenmarkt: Industrieeuropa von Wolfgang Haug* Leiharbeit in der BRD von Thomas Schupp * Anarchismus und Intellektuelle von Jörg Auberg u.a.

Nr.32: China: Gesellschaft contra Staat * Frauenhandel von Anita Wilmes und Monika Autenrieb * Rassismus in der Linken von Jürgen Tobegen * Roma/Sinti von Karola Fings und Frank Sparing * Esoterik ändert nichts! von Hans A. Pestalozzi u.a.

Nr.33: Radikale Linke von Michael Wilk * Hungerstreik-Kritik von Gerhard Linner * Sozialer Ökofeminismus, Teil 1 von Janet Biehl * Friedrich Wolf bei den Kapputsch-Kämpfen? von Wolfgang Fey * Romanauszug aus Frank Harris: »Die Bombe« etc.

Nr.34: Wi(e)dervereinigungsdiskussion-I * Entstehungsbedingungen des Rechtsextremismus heute von Siegfried Jäger * * Sozialer Ökofeminismus, Teil 2 von Janet Biehl * Italienische Centri Sociali Autogesti, vorgestellt von Egon Günter * Die Anarchisten in Mülheim-Styrum nach dem Sozialisten-gesetz von Andreas Müller * Romanauszug aus Kurt Kläber: »Passagiere der 3.Klasse« * Herbert Read's Ästhetik von Ulrich Klemm u.v.a.

Nr.35: Demorede: Nie wieder Deutschland! * Stasi-Konferenz 1989 * Was kostet der Anschluß? * Nationalismusdiskussion-II * Flüchtlingspolitik – Ausländergesetz * 500 Jahre Kolonisation * Subsistenzansatz, Teil 1 von Veronika Bennholdt-Thomsen * Märzrevolution 1920 von Erhard Lucas * Traven - Marut von Augustin Souchy * Interview mit Laid Thenardier * 10 Jahre SF! uva.

Nr.36: PDS/Linke Liste-"Basis"demokratie * Radikale Linke-Kongreß * Entmilitarisierung/ Totalverweigerung * Häuserkampf in Ostberlin * Festung Europa * Subsistenzansatz, Teil 2 von Veronika Bennholdt-Thomsen * TAZ lügt! * Füchtlingspolitik – Mexiko/USA * Nationalismusdiskussion-III * de Antonios Dokumentarfilme von Jörg Auberg * Kölner Progressive * etc.

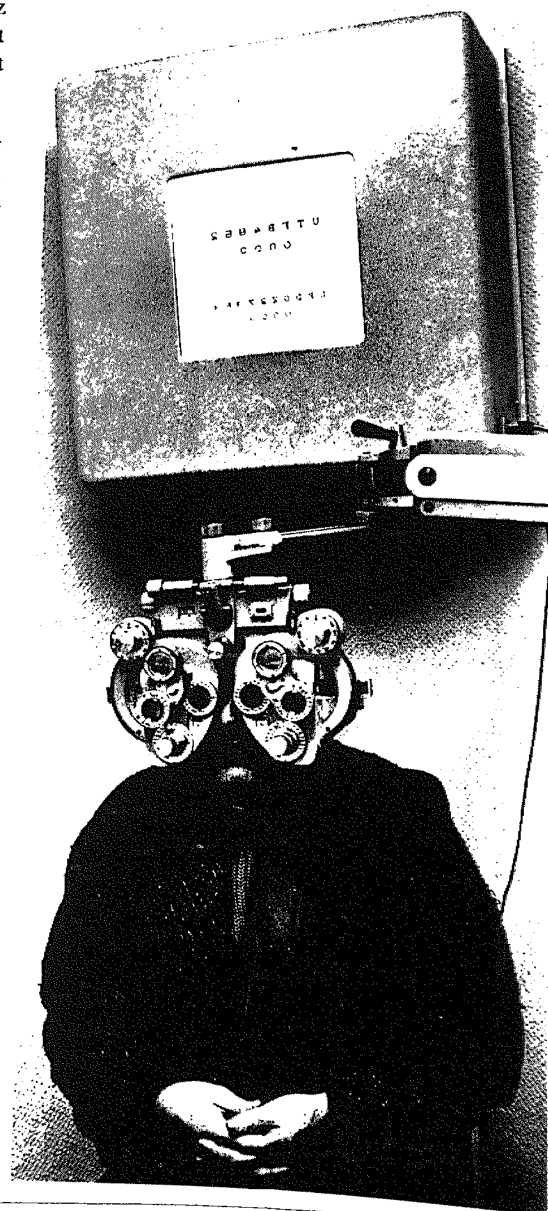
Nr.37: Kapitalismuskritik von Alexander Zinovjew * 2 Reden bei „Keine Stimme für Deutschland" * Nationalismus und Befreiung. Die Kurdenfrage von Ronald Ofteringer * GATT-Gattastrophe * 500 Jahre Kolonisations-Feiern * Interview mit Alain Finkielkraut über Rassismus * Der Faschismus von Vichy von Maria A. Macciocchi * Über Ärzte in KZs von Jens Bjørneboe * AIDS - ein medizinischer Irrtum? * Über das Elend der Gegenöffentlichkeit von Jörg Auberg * Wider den libertären Nationalgedanken * Nachruf auf Rudolf Michaelis u.a.

Nr. 38 Kurdenverfolgung und kein Ende * US-Militärpolitik von Philipp Agee * Krieg und Geschwindigkeit von Ulrich Bröckling * Palästinenser aus jüd. Sicht (Adam Keller) * Int. mit Primo Levi (1986) * Holocaust-Historikerstreit * Doitschstunde von LUPUS * Nazis im Osten * Unruhen in Athen * Anarchisten in Polen * Black Panther - Veteran-Innentreffen (1986) * Int. mit p.m., etc.

Nr.39 u.a. Multikulturelle Gesellschaft und die Frauen * Westliche Kultur und multikulturelle Gesellschaft * Murray Bookchin: Verteidigung der Aufklärung * LUPUS: Die Maskenbildner des Krieges * Herby Sachs: 500 Jahre Kolonisation * Pasolini von Maria A. Macciochhi

Nr. 40 u.a. Ausländerquotierung? * Bleiberecht für alle Roma von ROM e.V. * Pogrome beginnen im Kopf von Wolfgang Haug * Freihandelszone in Amerika von Herby Sachs * Desinformation und der Golfkrieg von Noam Chomsky * Artikel zum Ende der Sowjetunion

Nr. 41 u.a.: Flüchtlinge in Norderstedt * Skins - Ästhetik der Gewalt * Kurden zwischen Saddam und der Neuen Weltordnung * Zeitschriften: der Weiner Salto * Protest und Revolte in China von Klaus Haag *Theorie und Praxis von Class War * Ort der (Geschlechter-)Differenz von Rosella di Leo * Anarchistenpresse in Österreich-Ungarn * Diskussion: Anarchismus heute




Karl Marx Straße
Friedrich-Engels-Straße